

Fünf vor acht / Sicherheitspolitik:

Wir sind alle Kurden

Eine Kolumne von Mark Schieritz

Der Verrat von Donald Trump an den Kurden bedroht die Weltordnung und unsere Sicherheit. Europa muss sich selbst verteidigen, am besten mit einer gemeinsamen Armee.

21. Oktober 2019, 5:55 Uhr [353 Kommentare](#)

Vor 18 Jahren ergriff Peter Struck im Deutschen Bundestag das Wort. In New York hatte ein Terroranschlag gerade die Zwillingstürme zum Einsturz gebracht, die Welt war geschockt. "Heute sind wir alle Amerikaner", sagte der damalige Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Es war Ausdruck der transatlantischen Solidarität, aber auch Eingeständnis einer neuen Bedrohungslage.

Nach den Ereignissen der vergangenen Woche müsste man sagen: Wir sind alle Kurden.

Zur Erinnerung: Donald Trump hat seine kurdischen Verbündeten im Krieg gegen die Terrororganisation des selbst ernannten "Islamischen Staats" erst im Stich gelassen und dann ein Waffenstillstandsabkommen zu ihren Ungunsten vereinbart.

Der Verrat eines Alliierten ist eine Tragödie für das kurdische Volk und markiert wie die Terroranschläge des 11. Septembers einen Einschnitt in die internationalen Beziehungen. Dass die Amerikaner mit ihrer Rolle als globale Ordnungsmacht fremdeln, ist keine Neuigkeit. Doch in der Weltgeschichte gibt es immer wieder Momente, in denen sich eine Entwicklung so verdichtet, dass man sie im Rückblick als Beginn einer neuen Ära identifizieren kann.

Wenn man sich die Äußerungen des US-Präsidenten genau anschaut, dann wird die Logik seiner Entscheidung schnell klar: Trump sieht keinen Wert darin, sich in eine Auseinandersetzung einzumischen, wenn dabei aus seiner Sicht nichts für ihn selbst herauspringt.

Einerseits setzt Trump damit eine amerikanische Tradition fort: Das Engagement der USA in der Welt war selten altruistisch motiviert. Es ging fast immer um nationale Interessen. Da muss man sich nur einmal in Nicaragua oder in Grenada umhören. Andererseits definiert Trump neu, was im amerikanischen Interesse ist. Die Verteidigung einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in der Welt scheint nicht mehr dazuzugehören.

Das widerspricht dem Grundprinzip westlicher Verteidigungsgemeinschaften, wie es in der Nato seinen Ausdruck findet. Das Herz des Bündnisses bildet Artikel 5 des Nordatlantikvertrags. Er regelt, dass ein bewaffneter Angriff auf einen oder mehrere Mitgliedsstaaten als ein Angriff auf alle Mitgliedsstaaten begriffen werden kann. Daraus ergibt sich dann eine Beistandspflicht.

Macht kennt kein Vakuum

Aber was ist dieser Vertrag noch wert, wenn die Amerikaner ihn nicht mehr ernst nehmen? Wenn Wladimir Putin morgen im Baltikum einmarschiert, angeblich, um die russischen Minderheiten dort zu schützen: Wäre Trump zum Gegenschlag bereit? Genauer gesagt: Würde er Putin im Vorfeld deutlich machen, dass ein solcher Einmarsch verheerende Konsequenzen hätte? Oder würde er in einem Telefonat die Balten fallen lassen, so wie er in seinem Telefonat mit Recep Tayyip Erdoğan die Kurden fallen gelassen hat?

Vielleicht würde er das nicht wagen, aber ausschließen kann man das nicht. Und genau das ist das Problem. Macht kennt kein Vakuum. Wo sich die Amerikaner zurückziehen, werden sich andere Mächte breitmachen. Und das ist keine gute Nachricht für die Sicherheit Europas.

Für die Europäer bedeutet das: Sie müssen selbst zum machtpolitischen Akteur werden. Sie haben traditionell darauf gesetzt, dass sich internationale Konflikte lösen lassen, indem man zwischenstaatliche Beziehungen verbindlich regelt. Das funktioniert aber nicht, wenn sich niemand mehr an die entsprechenden Verträge hält.

Die Militarisierung Europas ist ein progressives Projekt

In der Wirtschaftspolitik findet bereits ein Umdenken statt: Das Handelsabkommen mit den Ländern Südamerikas hat eine geopolitische Komponente: Es soll diese Länder an Europa binden. Der geplante Kohlendioxidzoll – eine Abgabe auf Einfuhren gestaffelt nach ihrer CO₂-Intensität – folgt einer ähnlichen Philosophie: Europa würde die wirtschaftliche Macht des Binnenmarkts einsetzen, um den Rest der Welt zu einer klimafreundlicheren Politik zu zwingen.

Ähnliche Entschlossenheit wäre in der Verteidigungspolitik nötig. Europa sollte entweder auf eine gemeinsame Armee setzen oder zumindest die nationalen Armeen stärken und einen glaubwürdigen nuklearen Abschreckungsschirm aufbauen. Das ist unumgänglich in einer Welt, in der sich alte Bündnisse auflösen.

Man muss die Militarisierung Europas als progressives Projekt begreifen: Sie dient der Verteidigung der zivilisatorischen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Es wäre viel gewonnen, wenn das linke Lager in Deutschland das verstehen würde.

Als Bruno D. um kurz nach 11 Uhr etwas sagt, verstummt jedes Gespräch

Stand: 17:43 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von Per Hinrichs

Chefreporter WELT AM SONNTAG



Der Angeklagte Bruno D. konnte vor Gericht eine Episode aus dem KZ beisteuern

Er stand auf dem Wachturm – sah zu, wie Tausende starben: Vor dem Hamburger Landgericht erzählt Bruno D. erstmals, wie er seinen Dienst im Konzentrationslager Stutthof erlebt hatte. Und beklagt sich, dass gegen ihn überhaupt verhandelt werde.

Als Bruno D. am Montagvormittag um kurz nach elf Uhr sagt, dass er eine selbst verfasste Erklärung abgeben will, verstummt jedes Gespräch und bricht jedes Tastaturklappern der anwesenden Journalisten jäh ab. Jeder hier im Saal 300 möchte anhören, was der 93-jährige Angeklagte nun zu sagen hat, ob er etwas zu seiner Tätigkeit bei der SS im Konzentrationslager Stutthof erzählen wird und wie er dies heute sieht.

Die Erwartungshaltung unter den Prozessteilnehmern scheint beinahe physisch greifbar zu sein.

Es ist eine der letzten Möglichkeiten, einen lebenden Zeugen zu hören, der zu den Helfern des Holocaust gehört hatte. Er war dabei, als Tausende starben, und er stand auf der falschen Seite: auf dem Wachturm, in einer SS-Uniform und mit einem Gewehr in der Hand. Zu seinen Füßen krepitierten die Unschuldigen.

„Es ist mir ein großes Bedürfnis, den Opfern zu sagen, wie leid es mir tut, welches Leid man den Menschen im KZ angetan hat“, sagt Bruno D. mit fester Stimme.

Er habe seinen Wehrdienst an einem „Ort des Grauens“ ableisten müssen und sich nicht freiwillig zur SS gemeldet, fügt er hinzu. „Die Bilder des Schreckens haben mich mein ganzes Leben lang verfolgt“, so Bruno D. Er habe keine Möglichkeit gehabt, zu helfen, und habe nicht ein einziges Mal von seiner Waffe Gebrauch gemacht.

War das jetzt angemessen? Oder hätte man mehr erwarten können? Es ist jedenfalls ein Anfang, der Angeklagte nimmt Stellung und will berichten, was er wahrgenommen hat. Richterin Anne Meier-Göring nimmt seine Worte auf und fragt nach. „Wie sind Sie denn mit diesen Bildern umgegangen?“, will sie wissen.

„Ich habe versucht, nach dem Krieg alles zu verdrängen, ich konnte niemandem etwas sagen. Ich musste selbst zusehen, dass ich durchkam, und ich habe es geschafft.“

„Ihr Leben war nicht vorbei. Sie haben eine Familie begründet“, entgegnet die Richterin. „Welche Erinnerungen haben Sie?“

„Ich habe viele Leichen gesehen. Die Häftlinge haben sie aus den Baracken herausgezogen und auf einen Haufen abgelegt. Das war alles sehr grausam. Die Körper waren total nackt. Mitgefangene haben die herausgetragen, Leute in gestreiften Anzügen. Die Körper waren ausgemergelt, verhungert, durch Krankheit geschwächt. Sie taten mir furchtbar leid.“

„Was haben Sie denn da gedacht oder gefühlt, als Sie das gesehen haben?“, fragt Meier-Göring.

„Ich war froh, dass ich Ruhe hatte“

„Es war grausam, dass man das gesehen hat“, antwortet Bruno D. Die nackten, ausgemergelten Leichen seien eines der Bilder, das einen immer wieder verfolgte. „Ich war froh, dass ich Ruhe hatte, und jetzt wird alles wieder aufgewühlt, was ich nicht erinnern wollte“, beklagt er sich. „Mein Lebensabend wird zerstört. So habe ich mir das nicht vorgestellt“, sagt er.

Es sind heute keine Überlebenden im Saal, die hören könnten, wie sich ein ehemaliger SS-Wachmann über die Pflicht zur Erinnerung beschwert – während die Gefangenen ihre Verwandten sterben sahen. Also ist es an Meier-Göring, die eigentlich Jugendrichterin ist, den Angeklagten auf die Verhältnisse in Stutthof hinzuweisen. „Die Leute im Lager haben das auch miterlebt und müssen das wieder und wieder erleben. Die Vergangenheit muss wachgehalten werden. Können Sie das verstehen?“

Bruno D. schüttelt den Kopf. „Es ist schon so viel drüber gesprochen worden ...“

Es ist unklar, wen er nun meint, denn Bruno D. sprach nach seinen Angaben eben nicht mit seiner Familie über seine Zeit als SS-Wachmann im KZ – warum auch immer. Nur, wenn er offiziell gebeten wurde, gab er Auskunft: Einmal vernahm ihn die Staatsanwaltschaft im Jahre 1975 als Zeugen in einem anderen Verfahren, das andere mal ließ er sich 1982 in Hamburg vom Landeskriminalamt (LKA) befragen.

Das Wissen um das Leid der Menschen, das schlechte Gewissen, das er also stets hatte, wollte er in die hinterste Abstellkammer seines Gedächtnisses sperren – ein Giftschrank für toxische Erinnerungen. Eine kleine Dosis schon kann das Gemüt zerrütten.

Das Gegengift zu den schwarzen Bildern sind die Rechtfertigungen: Wurde er nicht zum Dienst im Lager gezwungen, als er Anfang 1944 wegen eines Herzfehlers von der Wehrmacht zur SS überstellt worden war, ohne dass er gefragt wurde? Er hatte doch auch nie geschossen? Und hatte er nicht ein anständiges Leben geführt, nach dem Krieg?

Die Vernehmung im Saal wirkt in diesen Momenten wie eine Mischung aus Strafprozess, Familientherapie und Geschichtsseminar. Tausende solcher Gespräche wurden wohl in deutschen Wohnzimmern zwischen Großeltern, Kindern und Enkeln geführt. Immer wieder die gleichen Fragen, immer wieder die gleichen Ausflüchte, Beschwichtigungen, Rechtfertigungen. Geredet wurde tatsächlich viel. Wie viel gesagt wurde, ist eine andere Frage.

Eine konkrete Episode aus dem KZ kann er doch beisteuern, als Bruno D. nämlich zwei Gefangenen bei einem Außeneinsatz geholfen haben will. Die beiden hatten einen Pferdekadaver entdeckt und ihn gefragt, ob sie sich Fleisch herausschneiden dürften. Er erlaubte es. „Ich war mir bewusst, dass ich vielleicht auch im Stacheldrahtzaun gelandet wäre, wenn das herauskommt, dass ich Häftlingen helfe.“

„Stand das denn irgendwo?“, fragt die Richterin nach.

„Das wusste man“, sagt Bruno D. Er nutzt oft ein „man“ statt des „ich“, es klingt neutraler, allgemeiner. Als sei er zwangsweise ins Lager eingewiesen worden, um sich all diese unfassbaren Grausamkeiten anzusehen. Dass er, wie die Anklage festhält, freiwillig oder gezwungen geholfen habe 5230 Menschen zu ermorden, scheint ihm ein unerhörter Vorwurf zu sein.

Meier-Göring versucht es noch einmal. Vielleicht gibt es ja noch eine hilfreiche Antwort in diesem deutschen Prozess, eine Art Erklärung. „Die Menschen, die dort gefangen waren, die das Lager überlebt haben, fragen sich, warum Sie das getan haben, warum Sie dort Wache gestanden haben? Verstehen Sie die Frage?“

„Die Frage verstehe ich“, sagt Bruno D. „Weil ich dazu gezwungen wurde, dort Dienst zu machen.“

François Hollande : « Instaurer un véritable régime présidentiel, avec un Parlement plus fort »

TRIBUNE

François Hollande

L'ex-chef de l'Etat plaide, dans une tribune au « Monde », pour un président chef du gouvernement, avec un mandat de six ans.

Publié hier à 23h08, mis à jour à 08h39 Temps de Lecture 8 min.



François Hollande arrive à l'Élysée, le 30 septembre. LAURENCE GEAI POUR « LE MONDE »

Tribune. Qui peut nier le malaise qui s'est installé dans la démocratie ? Il n'est pas une singularité française. Les Etats-Unis, comme souvent, en sont l'expression la plus criante et la plus désolante, avec un président qui bouscule toutes les règles.

En Europe, les extrémistes font vaciller les régimes parlementaires qui paraissaient les plus robustes. Ils prétendent au pouvoir, comme en Italie, et, quand ils ne l'occupent pas, ils perturbent la formation des gouvernements. Au Royaume-Uni, la bataille sur le Brexit a fini par déstabiliser la Chambre des communes, pourtant jugée comme étant le Parlement le plus puissant du monde. A l'Est, l'indépendance de la justice et la liberté sont de plus en plus mises en cause.

Apparente stabilité

Partout, les grands partis reculent. Partout, les citoyens expriment leurs exaspérations face à l'impuissance des gouvernants devant les défis les plus urgents. Partout, la défiance se cristallise sur les élus, leur nombre, leurs prétendus avantages et, au bout du compte, sur la démocratie elle-même.

Il en est même qui, au nom de la survie de la planète, appellent à instaurer des solutions autoritaires pour sauver l'espèce humaine. Certains vont jusqu'à vanter, dans le concert des nations, la supériorité de la Chine ou de la Russie, dont l'avantage majeur serait de ne pas être embarrassées par les contraintes du pluralisme.

« Si la personnalisation du pouvoir est nécessaire et même impérieuse dans une démocratie, elle a pris des formes qui, loin de convaincre le citoyen, stimulent sa colère »

La France n'échappe pas à ce mouvement général. Elle l'a même précédé. C'est dans notre pays que l'extrême droite a jailli au milieu des années 1980. C'est en France que la protestation se traduit par des mobilisations de rue, des violences urbaines ou des grèves plutôt que par l'ouverture de grandes négociations.

Cette réalité a été longtemps occultée par l'apparente stabilité que confère à nos institutions la V^e République. La place prééminente du président de la République et son élection au suffrage universel, la discipline majoritaire au sein de l'Assemblée nationale ont pu donner l'illusion que le système tenait bon alors qu'il craquait de toutes parts.

Redonner confiance aux citoyens dans leurs élus

Pour colmater les brèches, chaque président a tenté de moderniser nos institutions. Mais les réformes successives n'ont pas changé profondément la relation entre le pays et ses représentants et le « dédagisme » menace ceux-là mêmes qui l'avaient convoqué.

Le quinquennat, qui a réduit encore l'horizon, a sûrement une part de responsabilité dans ces excès, d'autant qu'il s'est conjugué avec l'immédiateté de l'information et la mise en équivalence de celle-ci avec les opinions charriées par les réseaux sociaux.

Ce malaise dans la démocratie appelle des réponses fortes à la mesure du danger qui grossit. Ces réponses sont d'abord politiques et relèvent des partis, de leur capacité à soulever un espoir crédible et à porter des solutions face aux peurs qui s'emparent de notre société.

Mais elles sont aussi institutionnelles. Je ne prétends pas que les procédures constitutionnelles règlent, par une espèce de magie, les défauts et les failles d'un système politique, mais elles contribuent à modifier les comportements des responsables, à rendre lisibles et rapides leurs décisions, à favoriser les compromis plutôt que les affrontements et à redonner confiance aux citoyens dans leurs élus.

Le dilemme impossible de l'Assemblée nationale

J'ai voulu mettre mon expérience de président de la République au service de cette réflexion. Notre Constitution tente de plus en plus mal de conjuguer le régime parlementaire avec une dérive présidentielle qui ne date pas d'hier.

Loin d'ajouter les avantages de l'autorité et de la responsabilité, ce mélange des genres aboutit à une confusion au sein de l'exécutif, avec la dyarchie président-premier ministre, et à une concentration excessive des pouvoirs au détriment du Parlement. Elle conduit la majorité à l'Assemblée nationale à un dilemme impossible : la loyauté jusqu'au bout ou la fronde jusqu'à sa perte.

Si la personnalisation du pouvoir, avec la communication qui lui est liée, est nécessaire et même impérieuse dans une démocratie, elle a pris des formes qui, loin de convaincre le citoyen, stimulent sa colère. Tout remonte au chef de l'Etat, alors qu'il ne devrait se préoccuper que de l'essentiel. De même, si le Parlement dispose de pouvoirs étendus pour contrôler, enquêter et alerter, le fait majoritaire [*une majorité parlementaire favorable au président de la République*] et la contrainte qui pèse sur son propre calendrier en limitent considérablement l'influence.

Le citoyen, lui-même, ne parvient pas à trouver sa place. Ses moyens d'intervention (pétition, référendum d'initiative partagée...) sont enserrés dans des conditions si strictes qu'ils en deviennent virtuels. Enfin, la centralisation demeure le mal français. Autant un Etat, pour être fort, doit être présent sur le territoire et mener à bien des politiques qui rassurent et rapprochent, autant cette prétention à tout régir sans disposer des ressources correspondantes est devenue insupportable.

« La VI^e République est brandie par ceux qui flattent le peuple pour mieux le dessaisir d'une part de sa souveraineté. Je ne crois cette proposition ni souhaitable ni possible »

Le temps me paraît donc venu de « trancher le nœud gordien » qui a trop longtemps ligoté le débat institutionnel.

J'écarter une VI^e République parlementaire qui ne serait qu'un retour à la IV^e et ne serait pas de nature à nous permettre d'affronter les épreuves de notre temps. L'élection du président de la République au suffrage universel est irréversible. C'est d'ailleurs un curieux procédé que de prétendre élargir la démocratie en privant les citoyens du droit de choisir directement leur principal dirigeant. Cette VI^e République est en définitive brandie par ceux qui flattent le peuple pour mieux le dessaisir d'une part de sa souveraineté. Bref, je ne crois cette proposition ni souhaitable ni possible. Et, pour tout dire, je l'estime dangereuse.

Séparation des pouvoirs

A l'inverse, je plaide pour l'instauration d'un véritable régime présidentiel, lequel revient, contrairement à bien des idées reçues, à donner au Parlement une place bien plus éminente que sa position actuelle.

En effet, dans ce cadre, le président ne nomme plus un premier ministre, mais une équipe dont il est le chef. Dès lors que le gouvernement n'est plus responsable devant l'Assemblée nationale, le président perd son droit de dissolution. L'exécutif ne peut donc plus faire pression sur le Parlement : il doit désormais composer avec lui. Ce serait encore plus vrai avec, comme je le propose, un président élu pour six ans et une Assemblée nationale élue pour quatre ans.

L'avantage d'une telle séparation des pouvoirs serait la clarté dans les responsabilités et l'efficacité de l'action publique. Le président disposerait de larges compétences qu'il exercerait en propre. Il réaliserait lui-même les arbitrages au sommet de l'administration dont il serait le chef, ce qui n'est pas le cas aujourd'hui puisque c'est constitutionnellement le gouvernement qui « *détermine et conduit la politique de la Nation* ».

« Dans le régime présidentiel que j'appelle de mes vœux, les partis reprendraient une place importante dans le débat public »

Dans notre pays le président doit rester un acteur majeur. C'est lui qui fixe les grandes orientations politiques du pays et l'engage à l'extérieur, mais une telle exigence n'implique cependant pas une concentration de tous les pouvoirs telle que nous la connaissons aujourd'hui. Elle ne justifie pas une domination du Parlement par l'exécutif.

Quant au Parlement, je propose d'élargir son pouvoir d'investigation, d'évaluation et d'initiative, y compris en levant les procédures qui pèsent sur le droit d'amendement. En contrepartie, il serait nécessaire d'alléger et de raccourcir la procédure législative. Dans le régime présidentiel que j'appelle de mes vœux, les partis reprendraient une place importante dans le débat public. Ils investiraient un Parlement rehaussé et capable de légiférer pleinement et souverainement.

Dans cet esprit, je ne suis pas convaincu par l'idée de réduire drastiquement le nombre de parlementaires. Cette « déflation » provoquerait un éloignement encore plus prononcé des députés par rapport à leur territoire. L'antiparlementarisme a un appétit insatiable et finira, si on continue à l'alimenter, par dévorer le corps même de la République.

Faire coïncider toutes les élections locales

De même que le travail du Parlement doit être revalorisé, la place des collectivités locales doit être pleinement reconnue. Pour la consacrer, je propose de transférer une large part des compétences de l'Etat et de regrouper le même jour toutes les élections locales (commune, département, région), avec le même mode de scrutin. Cette coïncidence des dates serait aussi une reconnaissance des missions de ces collectivités.

Enfin il serait opportun, sur certains textes, de convoquer une assemblée de citoyens tirés au sort, pour un temps limité. Elle débattrait non des détails du projet, mais de son orientation générale.

L'exemple de la concertation sur l'écologie est intéressant à suivre. Tout dépendra des suites qui lui seront données. Mais veillons à ne pas demander à cette procédure plus qu'elle ne peut donner : un éclairage utile, mais pas une réponse formelle. Une préparation, mais pas une conclusion. Une association, mais pas une substitution au Parlement.

« Je veux convaincre les Français que nous devons garder la stabilité que confère la V^e République sans rester dans l'immobilisme institutionnel »

Il ne peut être question, au nom de la démocratie citoyenne, d'écarter les forces vives de la délibération collective. Il est d'ailleurs un lieu où elles pourraient trouver toute leur place. Je suggère la création d'une agence du long terme, nouvelle forme d'une planification stratégique dont notre pays a tant besoin pour préparer les choix d'avenir sur l'écologie et l'énergie. La Nation tout entière doit participer aux choix d'investissement, qui vont déterminer son destin. Autant elle a besoin de confrontations sur les moyens d'y parvenir, autant elle requiert un consensus sur les buts à atteindre. Cette méthode remettrait démocratie politique, démocratie sociale et démocratie participative en harmonie.

Je suis conscient que bien des remèdes à la crise démocratique portent sur des questions économiques, sociales et territoriales dont le règlement est majeur pour garder le lien entre l'Etat et la Nation. Je suis également convaincu que l'enjeu climatique exigera de nouvelles formes de participation citoyenne et que notre Constitution elle-même devra intégrer des objectifs écologiques pour leur donner une force obligatoire. Mais je veux convaincre les Français que nous devons garder la stabilité que confère la V^e République sans rester dans l'immobilisme institutionnel. Notre pays a besoin de clarté, d'équilibre et d'engagement. Tel est le sens de mes propositions.

François Hollande a été président de la République de 2012 à 2017, et premier secrétaire du Parti socialiste de 1997 à 2008. Il publie « Répondre à la crise démocratique » (Fayard-Terra Nova, 126 pages, 14 €), en librairie le 23 octobre.

22. Oktober 2019, 7:21 Uhr

Interview am Morgen: Peer Steinbrück:

"Draghi wurde zum Ersatzakteur der Politik verdammt"



Als deutscher Finanzminister hat Peer Steinbrück die Euro-Krise samt ihren Folgen miterlebt.
(Foto: picture alliance / dpa)

Der ehemalige Finanzminister findet, Mario Draghi habe als EZB-Präsident vieles richtig gemacht - aber dann den entscheidenden Moment verpasst.

Interview von [Cerstin Gammel](#), Berlin

Gewiss, [Peer Steinbrück](#), 72, ist dafür bekannt, dass er gerne mal ganz direkt sagt oder zeigt, was er denkt. Man erinnere sich an das Finale seiner schließlich verlorenen Kandidatur um die Kanzlerschaft 2013. Der Sozialdemokrat kritisierte mit erhobenem Mittelfinger seine Kritiker. Ganz ausdrücklich nicht kritisieren will Steinbrück dagegen den jetzt turnusmäßig aus dem Amt scheidenden Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi. Was auch daran liegt, dass Steinbrück als ehemaliger Bundesfinanzminister und Genosse der Agenda-2010-Partei weiß, wie heikel es ist, drastische Reformen durchzuziehen. Da verlässt sich manche Regierung lieber auf den EZB-Präsidenten, damit der durch seine Geldpolitik das ausbessert, was die Regierenden aus Angst vor Abwahl scheuen.

SZ: Herr Steinbrück, Sie waren bis 2009, vor Mario Draghis Amtszeit, deutscher Finanzminister. Trotz der tiefen Krise damals gibt es den Euro noch. Hat Draghi seinen Job gut gemacht?

Peer Steinbrück: Mario Draghi war ein respektabler Präsident der Europäischen Zentralbank, daran gibt es nichts zu deuteln. Ich bin weit davon entfernt, wie andere ein Draghi-Bashing zu betreiben. Er repräsentierte in einer großen Krise mit der EZB die einzig handlungsfähige Institution Europas und wurde zum Ersatzakteur der Politik verdammt.

Also eine durchweg positive Bilanz?

Vor zwei Jahren hätte es den ganz langsamen, kommunikativ gut vorbereiteten Weg in eine Zinswende geben müssen. Er hätte die Geldpolitik reaktivieren müssen, um ihre Gestaltungsmöglichkeit wiederzugewinnen. Inzwischen glaube ich, dass die Nachteile der EZB-Politik größer als ihre Vorteile sind. Die Fixierung auf die Verhinderung einer Deflation war übertrieben. Eigentlich war die Deflationsgefahr eher gering.

Was genau sind die Nachteile?

Erstens, die Geldpolitik hat ihre Handlungsfähigkeit verloren. Wenn wir jetzt in eine Krise kommen, kann nur noch die Fiskalpolitik gegensteuern. Zweitens, der Zinssatz hat seine Funktion als Risikoindikator völlig verloren. Drittens, es ist enorm viel Liquidität im Markt und eines Tages kommt die Frage, wie kriegt ich die Zahnpasta wieder in die Tube. Viertens, durch die Geldschwemme sind Unternehmen und Banken leicht an Geld gekommen, obwohl sie kein wettbewerbsfähiges Geschäftsmodell aufweisen. Einige nennen sie daher

Zombiebanken und Zombieunternehmen. Das fünfte ist, dass einige Staaten durch den leichten und billigen Zugang zur Refinanzierung ihrer Staatsschulden davon entlastet worden sind, notwendige Reformen durchzuführen. Diese Nachteile überwiegen jetzt.

Das wird Draghi nicht entgangen sein ...

Es ist Draghi nicht zum Vorwurf zu machen. Er hat natürlich gesehen, wie viele Banken, Staaten und Unternehmen inzwischen am Tropf der Politik des billigen Geldes hängen. Das war und ist nicht einfach zu ändern. Man kann nicht einfach den Hahn ohne riskante Einbrüche zudrehen.

Stand es denn in seiner Macht, das zu ändern?

Ich glaube, dass er es zu einem bestimmten Zeitpunkt versäumt hat, den Märkten zu signalisieren, es gibt jetzt den Einstieg in eine ganz langsame Zinswende. Jetzt ist der Zins negativ mit dem Effekt, dass in einer Krise andauernd der Zinssatz im Instrumentenkasten ausfällt.

Daher plant die Zentralbank weitere Aufkäufe ...

Aber bitte, was wollen Sie noch weiter aufkaufen? Unternehmensanleihen und Staatsanleihen auf den Sekundärmärkten kauft die EZB doch schon massiv auf. Übrigens ist die Frage berechtigt, ob das ihr Mandat nicht überdehnt. Man kann lange streiten, ob das nicht Staatsfinanzierung ist. Jetzt taucht der Gedanke auf, dann solle die EZB doch auch Aktien aufkaufen. Das ist wirklich kurios. Oder absurd.

Man könnte allen Bürgern einen Scheck mit 2000 Euro schicken, die kaufen ein und beleben den Konsum.

Ja, das nennen wir Helikoptergeld. Das ist doch Voodoo-Ökonomie. Schwächere Einkommen würden es konsumieren, wahrscheinlich. Aber Leute mit höheren Einkommen würden das Geld wohl horten oder dort investieren, wo höhere Renditen zu erwarten sind, und am Ende noch die Gefahr der Blasenbildung vergrößern, etwa auf dem Immobilienmarkt. Wir haben keinen Mangel an Liquidität, wir haben keinen Mangel an Kapital. Ich kenne Banken, die haben Probleme auf der Aktivseite, weil sie nicht wissen, wohin mit dem Geld ihrer Einleger.

Was würden Sie empfehlen?

Ich bin nicht schlauer als andere. Es liegt nahe, eine Politik zu betreiben, die private und öffentliche Investitionen unterstützt. Innerhalb Europas würde damit auch dem Vorwurf entgegengetreten, die Deutschen betrieben eine Wirtschaftspolitik zum Schaden der Nachbarländer, weil sie so hohe Außenhandelsüberschüsse aufweisen und ihrer Lokomotivfunktion endlich entsprechen müssten. Das ergibt auch wegen des immensen Investitionsbedarfs Sinn, den wir insbesondere bei der digitalen und kommunalen Infrastruktur haben.

Die Koalition hat doch gerade 150 Milliarden Euro zusätzlich fürs Klima zugesagt.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz weist nicht zu Unrecht darauf hin, dass das Geld nicht abfließt. Und dass er Reste hat, woraus er sich am Ende des Jahres einen Kuchen backen kann. Man muss die limitierenden Faktoren beseitigen, die Programme konzentrieren und vereinfachen, Planungsverfahren beschleunigen, Fachpersonal ausbilden und einstellen.

In etwa einer Woche übernimmt Christine Lagarde die Führung der EZB. Was sollte sie als Erstes tun?

Ich halte es für wichtig, ganz langsam eine Wende beim Zins und der Liquiditätspumpe einzuleiten. Das bedarf nicht sofortiger Entscheidungen, aber einer kommunikativen Vorbereitung. Wir müssen langsam aus der Negativzinsphase raus. Da wird es einige Gegenargumente geben, weil wir konjunkturell gerade etwas absacken. Wobei ich das Wort Rezession nicht in den Mund nehme, nur weil wir zweimal hintereinander im Quartal leicht im Minus waren. Ich halte es für richtig, den Mechanismus der Geldpolitik langsam wieder zu reaktivieren, sodass er in einer richtigen Krisenzeit wieder zur Verfügung steht.

SICHERHEITSSZONE IN SYRIEN:

Kramp-Karrenbauer auf Konfrontationskurs

- VON LORENZ HEMICKER
- -AKTUALISIERT AM 22.10.2019-10:35



Die Verteidigungsministerin fordert eine internationale Schutzzone in Nordsyrien – und schließt auch den Einsatz deutscher Soldaten dabei nicht aus. Damit irritiert sie die SPD und vor allem Außenminister Maas. Die Kritik lässt nicht lange auf sich warten.

Die Aufregung war Annegret Kramp-Karrenbauer bei ihrem Auftritt im „Heute-journal“ des ZDF am Montagabend anzumerken. Gleich zu Beginn ihres Gesprächs mit Moderator Claus Kleber machte die Verteidigungsministerin und CDU-Parteivorsitzende aus Nordsyrien den Nordirak. Danach blickte sie über weite Strecken hochkonzentriert an der Kamera vorbei.

Die Abzüge bei der B-Note dürften in den kommenden Tagen in Vergessenheit geraten, angesichts der sicherheitspolitischen Pflöcke, die Annegret Kramp-Karrenbauer gerade offenbar einzuschlagen sucht und in der Sendung mit Aussagen auf den Punkt brachte, die in den Ohren der meisten Deutschen geradezu forsch klingen dürften.

Ein unausgesprochenes Agreement

Zwar haben sich die Deutschen in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend damit arrangiert, dass führende Politiker die Übernahme mehr internationaler Verantwortung fordern und die Bundeswehr in Auslandseinsätze den Verbündeten nachfolgt, wenn deren Rufe laut genug erklingen. Doch galt bis dato das unausgesprochene Agreement, dass Deutschland zum einen nicht mehr als unbedingt erforderlich zu solchen Missionen beisteuert und zum anderen schon gar nicht selbst zu solchen Einsätzen aufruft, ohne sich mit den europäischen Partnern oder gar innerhalb der eigenen Regierung abgestimmt zu haben.

Das war am Montag offenkundig anders. Mit Rückendeckung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) aber Vernachlässigung des SPD-geführten Auswärtigen Amtes schrift Kramp-Karrenbauer am Montagabend voran. Der Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ in Nordsyrien sei angesichts der Militäroffensive der Türken und des Abzugs der Amerikaner quasi eingestellt worden. Sie wolle eine international kontrollierte Schutzzone in Nordsyrien unter Einbeziehung der Türkei und Russlands, um den Kampf gegen die Terroristen fortzusetzen und Wiederaufbauarbeit leisten zu können. Warum die Initiative dazu aus Europa kommen müsse, dazu lieferte sie den Grund gleich mit: „Europa könne nicht nur beklagen, was in der Region geschehe und keine Antworten geben.“

Damit brach Kramp-Karrenbauer mit der zurückhaltenden Linie der deutschen Syrienpolitik. Wer wollte, konnte diesen Schritt auch als Spitze gegen Außenminister Heiko Maas (SPD) werten, den Kramp-Karrenbauer laut eigener Aussage nur per Kurznachricht informierte. Maas hatte zuletzt noch einmal geäußert, dass es zu früh für solche Überlegungen sei. Kramp-Karrenbauer sieht das offenkundig anders. Dafür machte die Verteidigungsministerin in erster Linie die eigenen Interessen

geltend. Der Kampf gegen die Terroristen müsste fortgesetzt werden, um ihr Wiedererstarken zu verhindern. Das gelte auch für neue Flüchtlingsströme.

Zum etwaigen Einsatz deutscher Soldaten verwies Kramp-Karrenbauer auf den Deutschen Bundestag, der darüber befinden müsse. Die Bundeswehr werde aber immer das zur Verfügung stellen, was die Politik von ihr verlange. Bislang sind die deutschen Streitkräfte nur phasenweise mit Aufklärungsflugzeugen und einem Tanker im syrischen Luftraum im Rahmen der Operation „Inherent Resolve“ aktiv.

Weitere Details ihres Vorschlags will Kramp-Karrenbauer beim Treffen der Nato-Verteidigungsminister am Donnerstag und Freitag in Brüssel vorstellen. Im ZDF ließ sie bereits erkennen, dass sie ein gemeinsames Vorgehen mit den Briten und Franzosen für essentiell hält. Sie verwies zudem auf den Deutsch-Französischen Verteidigungsrat. Zudem plane Kanzlerin Merkel, sich mit dem britischen Premierminister Boris Johnson, dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan zu treffen.

Die Kritik am Vorstoß der CDU-Parteivorsitzenden ließ nicht lange auf sich warten. Das Auswärtige Amt sehe Diskussionsbedarf, berichtete die Deutsche-Presse-Agentur am Dienstagmorgen unter Verweis auf Informationen aus dem Ressort. Der SPD-Obmann im Verteidigungsausschuss Fritz Felgentreu sagte im Deutschlandfunk, dass der Vorschlag mit den Sozialdemokraten nicht abgestimmt gewesen sei. Der außenpolitische Sprecher der Grünen, Omid Nouripour, warf Kramp-Karrenbauer vor, Maas zu widersprechen. So desavouiere sie mit nicht abgesprochenen Ansagen die Verlässlichkeit Deutschlands in seinen Bündnissen und verfestige den Eindruck, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Deutschland erpressen könne.

Die Spitze der Unionsfraktion stellte sich indes hinter Kramp-Karrenbauer. Es sei oft beklagt worden, dass Deutschland bei internationalen Krisen nur zuschauen, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Michael Grosse-Brömer. Nun gelte es abzuwarten, was die Briten und die Franzosen zu dem Vorschlag sagen würden.

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/wechsel-an-der-ezb-spitze-draghi-und-die-deutschen-16441766.html?premium>

WECHSEL AN DER EZB-SPITZE:

Draghi und die Deutschen

- VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 23.10.2019-11:02



Nirgendwo ist EZB-Präsident Mario Draghi, der am 31. Oktober abtritt, auf so viel Protest gestoßen wie in Deutschland. Am Ende hat er die Macht der Europäischen Zentralbank überdehnt. Eine Bilanz.

Die Geschichte der Entfremdung zwischen [Mario Draghi](#) und weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit ist keine Geschichte, in der es primär um geldpolitische Konzepte, Inflationsraten und Zinssätze geht. Im Kern handelt es sich um eine Geschichte von Macht, Ohnmacht und Kontrollverlust.

Draghi hat Deutschland, das glaubte, mit dem Vertrag von Maastricht und einer an der Deutschen Bundesbank ausgerichteten Konstruktion der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB) beherrschenden Einfluss auf die Geschehnisse der Währungsunion ausüben zu können, die Vergänglichkeit von Macht verdeutlicht. „Es gab eine prestigeträchtige Institution, die Bundesbank, mit einer vor 20 bis 50 Jahren erfolgreichen Geldpolitik – als fast jeder andere in der Welt einen Politikfehler nach dem anderen beging“, sagte Draghi kürzlich der „Financial Times“, um unerbittlich fortzusetzen: „Aber mit dem Euro sind wir in eine neue Welt eingetreten. Und diese Welt veränderte sich schnell.“

Die Entfremdung zwischen Draghi, der international als Geldpolitiker höchstes Ansehen genießt, und Deutschland fand auf drei miteinander verbundenen Ebenen statt. Die oberste Ebene betraf die Grundkonstruktion der Währungsunion. Wesentlich auf deutsches Drängen wurden in den Vertrag von Maastricht Sicherungen eingebaut, die eine übermäßige Verschuldung der Staatshaushalte und eine gegenseitige Haftung der Mitgliedsländer für die Schulden der anderen ausschloss, weil man daraus Gefahren für den stabilen Geldwert fürchtete.

Im Nachhinein ist man schlauer: Ein bedeutendes Manko ist im Rückblick die einseitige Fixierung auf Sicherungen gegen eine hohe Inflation des Güterpreisniveaus gewesen, die bis heute nicht kam. Aber die Konstruktion enthielt keine Sicherungen gegen die Verheerungen einer schweren Finanzkrise.

Zielscheibe für Akademiker und Medien

Doch schon in der großen Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 erwies sich in der [Eurozone](#) eine Kombination aus gemeinsamer Geldpolitik bei nationaler Finanzpolitik und segmentierten Finanzmärkten als nicht optimal, und spätestens seit dem Ausbruch der Euro-Krise im Jahre 2010 steht diese Konstruktion zumindest außerhalb Deutschlands unter scharfer Kritik. Von amerikanischen Ökonomen hätte man früh lernen können, dass eine Währungsunion mit einer gemeinsamen Geldpolitik mindestens ein weiteres gemeinsames Element benötigt, um wetterfest zu sein: entweder eine Banken- und Kapitalmarktunion oder, aus politischer Sicht fraglos problematischer, eine gemeinsame Finanzpolitik.

In beiden Fällen ist eine gewisse Form der supranationalen Risikoteilung kaum zu vermeiden, so wie auch eine gemeinsame Geldpolitik Elemente grenzüberschreitender Risikoteilung beinhaltet. Dies wurde allerdings erst richtig gesehen, als in der Euro-Krise die Zeit für Grundsatzdebatten knapp war. Damals hat die [Bundesregierung](#) unter dem Druck der Ereignisse und dem Druck der Partner (darunter hinter den Kulissen nicht zuletzt die Vereinigten Staaten) Konzessionen in Richtung einer supranationalen Risikoteilung gemacht.

Draghi hat in der Konstruktion der Währungsunion keine bedeutende Rolle gespielt, aber er hat seine Rolle als Präsident der Europäischen Zentralbank genutzt, um für Fortschritte in der Integration der Finanzpolitik sowie der Banken- und Kapitalmärkte einzutreten. Damit wurde für die sich in Deutschland zunächst vor allem in der akademischen Szene, dann auch in den Medien und in der Politik ausbreitende Euro-Kritik nicht nur die Bundesregierung zur Zielscheibe von Anfeindungen, sondern auch der EZB-Präsident.

Alles hat Draghi nicht bekommen

Draghi hat seine Ansichten nicht geändert. „Der Aufbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der Start der Europäischen Bankenaufsicht, die Schaffung eines gemeinsamen Abwicklungsfonds – all dies stieß auf Widerstand mit Hinweis auf moralisches Fehlverhalten oder eine angemessene Übertragung von bisher national wahrgenommenen Kompetenzen auf die europäische Ebene“, sagte er kürzlich in einer Rede. „Im Rückblick hat den Regierungen in der Eurozone nicht der Mut gefehlt, und sie haben Schritte im entscheidenden Moment übernommen. Im Ergebnis ist unsere Währungsunion heute stärker, und die meisten vorausgesagten Schwierigkeiten sind nicht eingetreten.“ Alles hat Draghi allerdings nicht bekommen – weder eine gemeinsame europäische Finanzpolitik noch eine Banken- und Kapitalmarktunion.

„Die größte Macht hat das richtige Wort zur richtigen Zeit“, schrieb Mark Twain. Die zweite Ebene der Entfremdung zwischen Draghi und den Deutschen betrifft die Frage nach den Grenzen des Mandats einer von der Politik unabhängigen Zentralbank. Zu dieser Entfremdung haben vor allem jene Worte beigetragen, mit denen Draghi nach Ansicht vieler Beobachter in einer kritischen Situation den Zusammenhalt der Eurozone gesichert hat.

Am 26. Juli 2012 fand im Lancaster House in London eine hochrangig besetzte Finanzkonferenz mit Draghi als Teilnehmer an einer Podiumsdiskussion statt. Vor Beginn der Runde sagte Draghi zu den anderen Teilnehmern noch, sie könnten sich mit ihren Ausführungen Zeit lassen, denn er habe ohnehin nicht viel zu sagen. Und wer das im Internet veröffentlichte Video von Draghis kurzer Rede anschaut, würde aus den anfänglichen Ausführungen nicht auf den historischen Charakter dieser Rede schließen. Dann faltete Draghi die Hände und sagte: „Aber es gibt eine andere Botschaft, die ich Ihnen mitteilen möchte. Innerhalb unseres Mandats ist die EZB bereit zu tun, was immer nötig ist, den Euro zu bewahren.“ Nach einer kurzen Pause folgt das Ende dieser Sequenz: „Und glauben Sie mir, es wird ausreichen.“

Draghi mit Pickelhaube

„Whatever it takes“ – was immer nötig ist. Mit diesen drei mittlerweile berühmten Wörtern und den aus ihnen sich ableitenden Folgen hat Draghi die Geschichte der Währungsunion nachhaltig beeinflusst. Seine Nachfolgerin Christine Lagarde, die damals im Publikum saß, sagte später, sie habe damals sofort die außerordentliche Bedeutung der Rede gespürt. Und auch manche Leute, die Draghis Geldpolitik sehr kritisch gegenüberstehen, räumen ein, dass der Londoner Auftritt ebenso mutig wie smart gewesen sei. Was auf den ersten Blick improvisiert wirkte, war das Ergebnis längerer Überlegungen gewesen. Zu Draghis Verständnis von Macht gehörte, dass die Bundesregierung vorher informiert gewesen sein soll, Bundesbankpräsident [Jens Weidmann](#) aber nicht.

Grenzüberschreitungen aus der Sicht traditioneller deutscher Geldpolitik hatte es in der EZB schon unter Draghis Vorgänger [Jean-Claude Trichet](#) etwa in Gestalt der Ankäufe von Anleihen aus Krisenländern gegeben. Sie bewegten das deutsche Direktoriumsmitglied Jürgen Stark zum Rücktritt. Auch Bundesbankpräsident Axel Weber, der damals Hoffnungen hegte, Nachfolger Trichets in der EZB zu werden und der hierfür aber keine ausreichende Unterstützung durch die Bundesregierung sah, war gegangen.

Trichet hatte gleichwohl lange Zeit darauf geachtet, sich nicht allzu weit von den Prinzipien der [Bundesbank](#) zu entfernen. Für Draghi, den die „Bild“-Zeitung bei seinem Amtsantritt im November 2011 als einen Preußen bezeichnet und mit Pickelhaube abgebildet hatte, spielten solche Traditionen keine Rolle. Der Gedanke, als Geldpolitiker ein politisches Projekt wie die Europäische Währungsunion zu retten, stellte aus der Sicht vieler Kritiker eine klare Überschreitung seines Mandats dar, auch wenn Draghi eine gegenteilige Ansicht vertritt. „Die EZB ist mit dem Mandat der Sicherung der Preisstabilität gegründet worden, und Preisstabilität gründet auf der Existenz des Euros. Wenn es keinen Euro gibt, ergibt das Mandat keinen Sinn“, sagte er der „Financial Times“.

Die Kritik an Draghi nahm erheblich zu, als den Worten Taten folgten. Denn mit Worten allein ließen sich die auf den Zusammenbruch der Eurozone spekulierenden Finanzmärkte nicht beruhigen. Draghis Antwort war ein

Programm namens OMT („Outright Monetary Transactions“). Es sieht seitens der EZB vor, in Schwierigkeiten befindlichen Euro-Mitgliedsländern durch den Ankauf kurzlaufender Staatsanleihen zu helfen, sofern ein Mitgliedsland vorher einen Antrag auf Hilfen aus einem europäischen Rettungsfonds gestellt hat und sich bereit erklärt, von dem Fonds aufgestellte wirtschaftspolitische Bedingungen zu akzeptieren. Offiziell begründet wurden die Anleihekäufe mit der Notwendigkeit, die Wirksamkeit der Geldpolitik in den Krisenländern zu sichern. Der Zentralbankrat der EZB stimmte dem Programm mit 21 von 22 Stimmen zu – die Gegenstimme stammte von Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Die Bundesregierung sagte, die EZB handele innerhalb ihres Mandats.

Er kümmerte sich nicht um Vorbehalte traditionell denkender Geldpolitiker

Kein anderes Programm Draghis hat die Proteste in Deutschland mehr befördert als OMT. Als „Falschmünzer“ wurde Draghi vom damaligen CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt bezeichnet. Die Bundesbank schlug sich auf die Seite der Kritiker, die Verstöße gegen das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Notenpresse sahen sowie die Gefahr einer Umverteilung von Risiken zwischen den Steuerzahlern unterschiedlicher Länder. Kurz: Die EZB überschreite ihr Mandat, indem sie Finanz- und Umverteilungspolitik betreibt, die aber gewählten Politikern vorbehalten seien.

Das häufig verwendete Bild, der deutsche Steuerzahler müsse für die überbordenden Schulden Südeuropas haften, wurde von vielen Gegnern verwendet, die OMT vor Gericht brachten, dort aber – wie auch in anderen europäischen Dossiers – nicht das bekamen, was sie sich erhofft hatten. Denn das Bundesverfassungsgericht schloss sich den Vorbehalten der Kritiker zunächst weitgehend an, gab die Angelegenheit dann aber an den Europäischen Gerichtshof weiter, der im Sinne der EZB urteilte. Dem schloss sich das Bundesverfassungsgericht anschließend weitgehend an, auch wenn es ein paar Bedingungen für die Anleihekäufe stellte.

Draghi kümmerte sich auch weiterhin nicht um Vorbehalte traditionell denkender Geldpolitiker. Dies zeigt auch die dritte Ebene der Entfremdung – die Verwendung geldpolitischer Instrumente. Im Jahre 2014 führte die EZB negative Leitzinsen ein, denen im Jahre 2015 ein mehrere Billionen schweres Anleihekaufprogramm folgte. In der Zwischenzeit hatte der anfangs vor allem von Ökonomen getragene Protest zur Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) geführt, deren anschließende Wahlerfolge der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble etwa zur Hälfte mit der Geldpolitik der EZB erklärte. Nach der Auflegung des Anleihekaufprogramms nahm die öffentliche Kritik der deutschen Finanzbranche in einem solch extremen Maße zu, dass es nicht allzu fern lag, dahinter eine orchestrierte Kampagne zu vermuten.

Manche deutsche Kritiker haben angeblich den Konflikt mit der EZB als einen Machtkampf gegen Mario Draghi gedeutet. Wenn dem so war, so haben sie diesen Machtkampf verloren, und es lohnt, den Gründen nachzugehen. Zum einen ist Deutschland nur ein Land in der Eurozone, wenn auch das größte. Furor aber lässt sich nicht leicht exportieren. Selbst wenn die Geldpolitik auch in anderen Ländern kritisch begleitet worden ist, so fehlte es dort doch an jenem Maß an Empörung und an Wut, das in Deutschland zu beobachten war. Zweitens haben weder Regierungen noch Gerichte eine Bereitschaft gezeigt, der EZB grundsätzlich in die Parade zu fahren.

Zudem ist Mario Draghi ein Mann, der nach dem frühen Tod seiner Eltern in jungen Jahren Verantwortung übernehmen musste und mit Disziplin, Willen und Fleiß eine beeindruckende Karriere absolviert hat und hinter dessen meist freundlicher Attitüde sich bei Bedarf eine große Härte verbirgt. Gegen deutsche Kritiker, die ihn mit abfälligen Bemerkungen häufig nicht verschonten, wusste er kräftig auszuteilen. „Nein zu allem“ sei keine Antwort auf die Krise, sagte er im Jahre 2012 einem damals noch Beifall spendenden Publikum. Ende 2017 attackierte Draghi auf einer Konferenz in Frankfurt Ökonomen aus Deutschland mit der Feststellung, viele Kritiker „seien von der Außenwelt abgeschirmt“. Mit dem Satz „Wir sprechen Englisch!“ deutete er an, dass seine Geldpolitik von vielen internationalen Ökonomen unterstützt wird und mancher deutsche Kritiker mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen offenbar nicht vertraut sei.

Auf der EZB-Konferenz in Sintra im vergangenen Juni ließ sich Draghi dann zu der Äußerung verleiten, Populisten seien in jenen Ländern stark, in denen die Geldpolitik der EZB nicht richtig erklärt werde. Viele Anwesende verstanden dies als einen bösen Seitenhieb auf den anwesenden Weidmann. Auch wenn Draghi später betont haben soll, er habe nicht an Weidmann gedacht, blieb ein sehr unangenehmer Nachgeschmack.

Daraus wird nicht nur ein erhebliches Kommunikationsproblem deutlich, das Draghi niemals ernsthaft zu überwinden versuchte. Erkennbar wird auch: Draghi forderte Gefolgschaft ein. Er arbeitete gerne mit einem kleinen Kreis von Vertrauten; potentielle Gegenspieler im Zentralbankrat versuchte er mit intern

„Beichtstuhlverfahren“ genannten Vier-Augen-Gesprächen auf Linie zu bringen – und nicht selten funktionierte es. Fachlicher Widerstand hätte im Prinzip am ehesten von EZB-Chefvolkswirt Peter Praet kommen können, einem sehr sympathischen Mann, der aber kein ökonomisches Schwergewicht wie sein Vorgänger Otmar Issing war. Und der häufig versicherte, zwischen ihm und Draghi passe kein Blatt Papier.

Am Ende waren die deutschen Kritiker trotz vieler wuchtiger Worte einfach zu schwach. Die Menschen rebellieren am ehesten gegen die Geldpolitik in einer Situation hoher Inflationsraten. Aber in den Draghi-Jahren blieb die durchschnittliche Inflationsrate in der Eurozone mit 1,2 Prozent sowohl unter dem Ziel der EZB wie unter den Erwartungen vieler Beobachter. Gerade deutsche Ökonomen hatten zu Beginn der Amtszeit Draghis zum Teil groteske Fehleinschätzungen über angeblich unausweichliche Inflationsschübe veröffentlicht, die nicht zu ihrem Ansehen beitrugen. Anschließende Versuche, die Berechnung der Inflationsrate anzuzweifeln, hatten keinen durchschlagenden Erfolg.

Sehr mächtig war er auf jeden Fall

Ähnlich gingen Versuche aus, die aus der Geldpolitik, anderen Elementen der Euro-Rettung sowie den Targetsalden stammenden finanziellen Risiken für Deutschland zu dramatisieren. Auf diesem Gebiet tat sich besonders [Hans-Werner Sinn](#) hervor. Aber mit der Sinn'schen Apokalypse ist es wie mit der vermeintlich dräuenden Hyperinflation und den auf die Dauer ermüdenden Prognosen über einen Crash des Banken- oder Geldsystems: Je länger die angekündigte Katastrophe ausbleibt, umso stärker verhallt die Botschaft.

„Je größer die Macht, umso gefährlicher der Missbrauch“, schrieb der irisch-englische Staatsmann Edmund Burke. Nichts hält ewig, und ein Missbrauch von Macht weckt früher oder später Gegenkräfte. Die größte Gefahr für die Macht von Draghis EZB ist immer Draghi selbst gewesen. Mit seiner dieses Jahr in Sintra angekündigten Absicht, ohne jede Vorabsprache mit dem Zentralbankrat eine weitere geldpolitische Lockerung ohne jede wirtschaftliche Notwendigkeit auf den Weg zu bringen, hatte er den Bogen kurz vor Ende seiner Amtszeit überspannt. Von den im September veröffentlichten Beschlüssen stieß vor allem die Wiederaufnahme des Anleihekaufprogramms auf bisher ungekannten Widerstand. In der Folge wurde eine tiefe Spaltung im Zentralbankrat offensichtlich, die Draghi ohne jede Not zugelassen hatte. Ein kurze Zeit später veröffentlichtes Manifest ehemaliger Geldpolitiker aus mehreren Ländern, darunter Issing und [Stark](#), verdeutlichte, dass mit dem Ende von Draghis Amtszeit der Druck übermächtig wird, einmal grundsätzlich über Ziele und Instrumente der Geldpolitik in der Eurozone zu sprechen. Eine solche Erörterung ist auch im Interesse der EZB dringend notwendig.

Vermutlich wird es in den Geschichtsbüchern heißen, Draghi sei allein wegen seiner Londoner Rede ein sehr bedeutender Geldpolitiker gewesen. Ein sehr mächtiger Geldpolitiker war er auf jeden Fall. Aber eine zu große Macht der Geldpolitik wird auf die Dauer für eine auf wohlwollende Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesene Institution wie eine unabhängige Zentralbank gefährlich. Zudem ermuntert sie Regierungen, im Vertrauen auf die Macht der Geldpolitik unangenehme, aber notwendige Entscheidungen hinauszuzögern. Im Kreise der Geldpolitiker seiner Epoche ist Mario Draghi ein Solitär gewesen. Seiner Nachfolgerin [Christine Lagarde](#) ist zu wünschen, dass sie die EZB wieder näher an die Menschen führt.

Quelle: F.A.S.

Réchauffement climatique : comment les scénarios les plus pessimistes ont été rattrapés par la réalité

Par [Gary Dagorn](#)

Publié aujourd'hui à 12h41, mis à jour à 12h54

DÉCRYPTAGES

Loin d'être alarmistes, les prévisions des précédents rapports du GIEC sont, au contraire, restées prudentes sur l'évolution de certains aspects du climat.

Le dernier rapport du Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat (GIEC) n'a pas fait exception à la règle. A peine [a-t-il été publié, le 25 septembre](#), qu'il a été critiqué et jugé « alarmiste » par ceux qui contestent la responsabilité humaine du réchauffement climatique ou la pertinence de ce groupe d'experts. Il en est ainsi depuis 1990 à chaque publication (1990, 1995, 2001, 2007, 2014) de ces volumineux rapports d'évaluation du changement climatique.

Ces critiques, dont beaucoup disent s'appuyer sur le « bon sens », ne résistent toutefois pas à l'analyse des cinq rapports du GIEC. Car non seulement ces derniers n'ont rien exagéré mais, souvent, les projections pessimistes se sont souvent révélées plus exactes que les autres, certaines étant même déjà dépassées. Pour chaque sujet, nous avons confronté les prévisions du GIEC depuis son premier rapport, en 1990, aux évolutions constatées.

- **Emissions de CO₂ : le scénario du pire**

Moteur principal du réchauffement climatique, le dioxyde de carbone (CO₂) est rejeté en quantités croissantes dans l'atmosphère terrestre. Au niveau mondial, chaque année ou presque bat le record de l'année d'avant. L'année 2018 n'échappe pas à la règle : 37,1 milliards de tonnes (Gt) de CO₂ ont été émises par les activités humaines, contre 36,15 Gt en 2017.

Prévoir précisément les futures émissions du principal gaz à effet de serre est crucial pour estimer l'ampleur du dérèglement climatique et ses conséquences. Dans chacun de ses rapports, le GIEC s'est appuyé sur plusieurs scénarios décrivant les évolutions possibles des sociétés humaines, de leurs démographies, de leurs modes de vie et de production, et donc de leurs niveaux d'émission.

Les émissions de CO₂ suivent plutôt les scénarios les plus inquiétants

Comparaison entre les émissions mondiales de CO₂ et les intervalles d'émissions prévus par les scénarios des cinq rapports du GIEC.

[Les niveaux d'émission actuels sont dans la fourchette haute des estimations. « Les scientifiques ne s'attendaient pas à ce que les émissions croissent si vite », selon Christopher Field, climatologue à l'université Stanford et coprésident du 2^e groupe de travail du GIEC de 2008 à 2015, interrogé par *Scientific American* en 2012.](#)

Les scénarios explorés de 1990 à 2014 n'ont pas su anticiper la rapidité de la croissance économique en Chine ou les difficultés de certaines grandes nations industrialisées pour réduire leurs émissions de gaz à effet de serre.

- **Températures : la hausse actuelle prévue, les projections s'emballent**

L'évolution observée des températures à la surface de la Terre a été prédite avec justesse par les modèles climatiques cités dans les rapports du GIEC. Comme l'ont noté [le média spécialisé Carbon Brief](#) ou le climatologue britannique Ed Hawkins, [qui compare régulièrement les projections du cinquième rapport du Giec aux observations.](#)

De rapport en rapport, les projections de l'évolution des températures d'ici à la fin du XXI^e siècle se sont faites plus inquiétantes au fur et à mesure que l'impact des gaz à effet de serre sur le système climatique de la Terre était mieux compris.

D'abord parce que la croissance des émissions de gaz à effet de serre (dioxyde de carbone, mais aussi méthane) n'a pas été parfaitement anticipée, mais aussi parce que les modèles climatiques ont sans cesse progressé en intégrant de plus en plus finement les très nombreux facteurs qui interagissent et en modélisant plus fidèlement les mécanismes qui lient les grandes entités physiques (terres, air, océans, calottes polaires, etc.).

A cela s'ajoute l'incertitude entourant certaines variables primordiales, comme la « sensibilité climatique », c'est-à-dire le degré de réchauffement moyen de la planète si l'on doublait la concentration de CO₂ dans son atmosphère par rapport au niveau préindustriel, que l'on estime être compris entre 2 °C et 4,5 °C. Une incertitude qui change assez nettement la teneur des projections selon la valeur adoptée.

Températures : les prévisions pour 2100 de plus en plus pessimistes

Comparaison des projections de température en 2100 présentes dans les rapports du GIEC jusqu'aux [dernières simulations françaises](#) de septembre 2019.

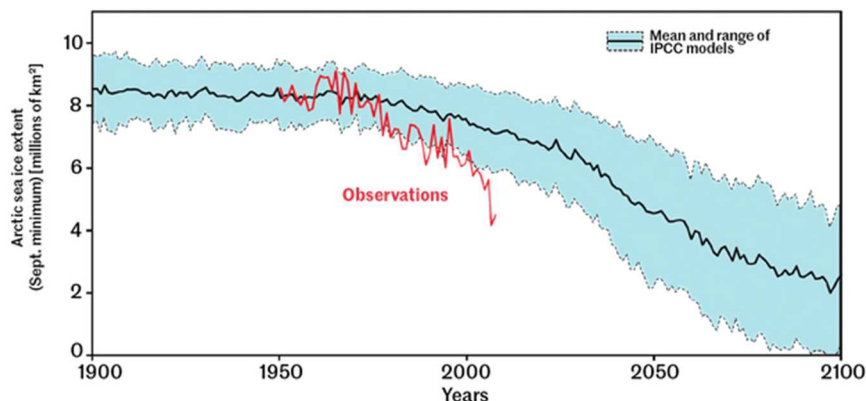
Résultat, alors que les scénarios les plus pessimistes des rapports du GIEC prédisaient jusqu'alors un réchauffement compris entre + 3 °C et + 5 °C (par rapport aux températures préindustrielles), les scénarios les plus récents indiquent un réchauffement potentiel de presque 7 °C, selon les simulations récentes de deux modèles français, qui serviront de référence au sixième rapport du GIEC prévu pour 2020/2021.

- **Banquise de l'Arctique : une fonte plus rapide que prévu**

Verra-t-on dans les décennies qui viennent un océan Arctique sans glace ? Très probablement, au moins en été. Mais la question se posait-elle seulement il y a quelques décennies ? Pas vraiment.

Avant les années 1970 et les premières mesures satellites, l'hypothèse d'une fonte de la grande banquise recouvrant l'océan Arctique ne s'est quasiment pas posée, puisqu'il était alors très difficile de mesurer l'étendue de la glace de mer. Les premières années de mesure n'ont pas changé cet état de fait, le premier rapport du GIEC de 1990 indiquant que l'analyse des données en 1989 ne montre « aucune tendance à long terme d'évolution de la superficie de la banquise entre 1953 et 1984 ». Le second, en 1996, ne s'est pas montré plus inquiétant, puisqu'on peut y lire que la banquise arctique « n'a montré aucune tendance significative de son étendue depuis que les mesures par satellite ont commencé en 1973 ».

La tendance était pourtant bel et bien présente, et il faudra attendre le quatrième rapport, en 2007, pour voir apparaître les premières projections d'une disparition totale de la banquise de fin d'été dans les pires scénarios d'ici à 2100 dans quelques modèles. Mais quasiment tous ceux utilisés dans le rapport ont grandement sous-estimé cette fonte, [selon une étude comparée publiée la même année](#). La comparaison des modèles du 4^{ème} rapport avec les observations, publiée dans « The Copenhagen diagnosis » en 2009 est elle aussi éloquente.



Superficie observée de la glace de mer en Arctique (en rouge) comparée aux 13 modèles du 4^{ème} rapport du Giec (2007). The Copenhagen Diagnosis, 2009

Depuis, le rythme de fonte de la banquise s'est encore accéléré, atteignant un record absolu en 2012. Septembre 2019 est aussi bien placé, puisqu'il s'agit du second « pire » mois pour la superficie de la banquise depuis 1979.

La superficie de la banquise arctique est au plus bas depuis le record absolu de septembre 2012

Deux facteurs peuvent principalement expliquer pourquoi les climatologues ont régulièrement sous-estimé le rythme de disparition de la banquise arctique.

Le premier est la variabilité naturelle du climat de l'océan Arctique, qui est assez forte et qui rend toute projection hasardeuse sur quelques décennies. Le deuxième tient à la difficulté des modèles à simuler correctement la formation et la tenue de la glace de mer, qui dépend en effet beaucoup des échanges de chaleur, imparfaitement compris, entre l'océan, l'air et les terres. En 2013, le GIEC a indiqué à ce sujet que seul un quart des modèles utilisés prédisaient correctement le rythme de fonte de la banquise arctique en été.

- **Antarctique ouest : une fonte longtemps incertaine**

La calotte glaciaire de l'Antarctique ouest a une particularité : son socle rocheux se trouve entre un et deux kilomètres en dessous du niveau de la mer, ce qui a longtemps nourri des soupçons sur la stabilité de cette gigantesque masse de glace (équivalente à entre 3 et 6 mètres de montée du niveau des océans si elle fondait) face au réchauffement des eaux océaniques.

Si les inquiétudes sur une désintégration partielle de l'Antarctique ouest ne sont pas nouvelles, les mesures *in situ* manquent pour documenter le rythme de fonte et donc la gravité du problème, et les simulations numériques ne parviennent pas à modéliser correctement les observations.

Les quatre premiers rapports d'évaluation publiés par le GIEC indiquent ainsi, depuis 1990, qu'une montée substantielle du niveau des océans due à une désintégration partielle de cette partie de l'Antarctique est « *très peu probable* », les deux premiers rapports ajoutant par ailleurs qu'une telle déstabilisation n'est « *pas nécessairement* » ou « *probablement pas* » liée au réchauffement climatique.

Le cinquième rapport, publié en 2014, est un tournant. Les auteurs écrivent que de « *futures instabilités de la calotte de l'Antarctique ouest sont possibles, mais sont sujettes à des incertitudes considérables* ». Selon eux, une déstabilisation massive requerrait tout de même « *un réchauffement local significatif (+ 5-7 °C)* » pour advenir.

Le [rapport spécial du GIEC sur les océans et la cryosphère](#) rendu le 25 septembre note pour la première fois que la fonte des barrières de glace de l'Antarctique ouest s'est nettement accélérée depuis 2006 et a continué après le cinquième rapport en 2013. A tel point que cette partie de l'Antarctique est devenue un contributeur non négligeable de la montée du niveau des océans. Mais l'ampleur des instabilités marines de ces barrières de glace reste inconnue et difficile à quantifier. Faute de données issues d'observations directes, les éléments de preuves d'une déstabilisation rapide restent « *limités* », les climatologues s'attendant plutôt à une disparition à long terme (plusieurs siècles, voire millénaires) de cette partie du continent blanc.

- **Montée du niveau des océans : une prudence assumée**

Le calcul de la montée du niveau des océans dépend de plusieurs autres facteurs, parmi lesquels la température de l'eau, mais aussi, très logiquement, du rythme de fonte des glaciers, banquises et calottes polaires qui viennent s'y déverser. Il n'y a donc rien de surprenant à constater que le rythme de montée du niveau de la mer n'a fait qu'être révisé à la hausse au fil des rapports du GIEC.

De façon assez étonnante, le premier rapport publié en 1990 donnait une estimation de la montée du niveau de la mer relativement proche de celles données actuellement, en prévoyant + 65 cm en 2100 (avec un intervalle de confiance allant de 31 à 110 cm). Mais les trois rapports suivants resteront davantage conservateurs, en prévoyant pour les « pires » scénarios une montée de 42 à 49 cm d'ici à la fin du siècle. Ici encore, le cinquième rapport constitue en 2013 un tournant. Car non seulement il actualise à la hausse les chiffres de montée des eaux d'ici à 2100 (avec une estimation centrale à + 73 cm), mais il indique pour la première fois que les calottes de l'Antarctique ouest contribuent à faire monter le niveau des eaux.

Malgré cela, de nombreux observateurs jugent que les rapports du GIEC sous-estiment la montée potentielle du niveau de la mer à laquelle nous pourrions être confrontés au XXI^e siècle. Selon Andra Garner, de l'université de Rowan (New Jersey), interrogée [par le média spécialisé Carbon Brief](#), « *depuis la publication du rapport du GIEC en 2013, nous avons vu la gamme des estimations de la montée du niveau des mers s'élargir significativement, certaines études suggérant la possibilité d'une montée de 2,5 m en 2100* ».

Dans une [étude comparée des estimations scientifiques précédentes publiée en 2018](#), la climatologue estime que « *les rapports du GIEC ont eu tendance à fournir des estimations intentionnellement prudentes et conservatrices de la montée du niveau de la mer, au lieu de se concentrer sur des possibilités extrêmes dont les conséquences seraient lourdes* ». Un constat soutenu par [d'autres publications précédentes](#).

Ainsi, même si [le rapport spécial du GIEC sur les océans publié mercredi 25 septembre révisé à la hausse ses projections](#) (+ 84 cm en 2100, jusqu'à 1,10 m dans le scénario haut, une montée de 2 m n'étant pas exclue), elles restent inférieures à de nombreuses autres estimations. Un résultat qui tient au fait que certaines méthodes sont jugées moins fiables que d'autres par le GIEC.

- **Dégel du pergélisol : grande menace et grande incertitude**

Le dégel progressif du pergélisol (ou *permafrost*, en anglais), c'est-à-dire des sols constamment gelés, est probablement l'une des menaces les plus lourdes qui pèsent sur l'équilibre du climat terrestre indispensable aux sociétés humaines. Ces terres, dont la température n'excède jamais 0 °C, contiennent en effet de très grandes quantités de dioxyde de carbone et de méthane, un gaz à effet de serre environ 25 fois plus puissant que le CO₂.

On estime actuellement que le pergélisol, qui couvre près d'un quart des terres émergées de l'hémisphère Nord, stocke entre 1 440 et 1 600 milliards de tonnes de carbone, soit presque deux fois plus que toute l'atmosphère terrestre. Son dégel pourrait libérer une immense quantité de carbone séquestrée dans les sols depuis des millénaires, et menacer d'aggraver nettement le réchauffement en cours.

Pourtant, malgré les conséquences significatives qu'un tel dégel peut avoir sur le réchauffement climatique, il n'est pas du tout pris en compte dans les projections de températures et les scénarios élaborés dans les rapports du GIEC. Une critique dont se défend l'organisation, pour qui il est difficile d'intégrer et de chiffrer l'ampleur de ces événements en raison du grand degré d'incertitude les entourant.

[Une étude publiée dans Nature en avril 2015](#) estime que la fonte de ces terres pourrait relâcher près de 338 milliards de tonnes de CO₂ d'ici à 2100 si rien n'est fait pour lutter contre le réchauffement et nos émissions de gaz à effet de serre. Soit autant que l'ensemble des émissions mondiales de CO₂ depuis 2009.

https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/10/23/macron-veut-changer-l-ue-parce-que-le-monde-change-ca-passe-ou-ca-casse-et-avec-lui-ca-casse-souvent_6016538_3232.html

« Macron veut changer l'UE parce que le monde change. Ça passe ou ça casse. Et avec lui, ça casse souvent »

Sylvie Kauffmann [éditorialiste au « Monde »](#)

Le président français s'est converti à la concertation en politique intérieure, mais à l'extérieur, il ne jure que par l'audace et l'initiative personnelles, estime l'éditorialiste au « Monde » Sylvie Kauffmann. Au risque de tendre les relations en Europe.

Publié aujourd'hui à 06h04, mis à jour à 07h01 Temps de Lecture 4 min.



Emmanuel Macron lors d'un Conseil européen, à Bruxelles, le 18 octobre. FRANK AUGSTEIN / AP

Chronique. Bruxelles à l'ère Macron, ce n'est plus le plat pays, c'est les montagnes russes. Lorsqu'il a fait irruption, auréolé de sa victoire électorale, dans la chorégraphie à la fois codifiée et confuse des sommets européens en 2017, le président français a surpris et séduit. Deux ans et demi plus tard, il surprend toujours, mais la séduction a fait place à l'irritation, voire à la franche acrimonie. Le jeune premier s'est transformé en leader autoproclamé de l'Europe. Ses initiatives inattendues et ses attaques antisystème déroutent, dérangeant, choquent.

Leadership et Europe sont presque un oxymore. L'Union européenne (UE) compte deux présidents, celui de la Commission et celui du Conseil, ce n'est déjà pas simple. L'affaire se complique encore lorsque des dirigeants nationaux se posent en leader européen, parce que leur personnalité, leur poids politique ou la taille de leur pays les y incite. Ou, plus simplement, parce que l'Europe, comme la nature, a horreur du vide.

Angela Merkel, de fait, a longtemps rempli ce rôle officieux. Barack Obama la considérait ostensiblement comme la leader de l'Europe. Il fut même une époque – 2011, dans le sillage de la crise de la dette – où le chef de la diplomatie polonaise, Radoslaw Sikorski, [la suppliait publiquement](#) de prendre davantage les rênes : « *Je crains moins la puissance de l'Allemagne que son inaction* », écrivit-il. Intrinsèquement conservatrice, la chancelière allemande exerçait un leadership parfaitement aligné sur son pays, plus grosse économie de l'UE et plus grand bénéficiaire du marché unique. Ce qui était bon pour l'Allemagne était bon pour l'Europe, et réciproquement : c'était le leadership du statu quo.

Emmanuel Macron, lui, fait très exactement l'inverse. A la fois leader par nature et par défaut – Angela Merkel, affaiblie sur la scène politique allemande, tente de passer la main, les Britanniques ont disparu dans le gouffre du Brexit, le gouvernement italien est occupé à survivre –, il pratique, lui, le leadership de la disruption et du mouvement permanent. Ses ennemis sont l'immobilisme et la paralysie. Il veut changer l'UE parce que le monde change. Ça passe ou ça casse. Et avec lui, ça casse souvent.

Retour de bâton

Deux exemples illustrent sa méthode, et ses risques. Aux Conseils européens de juin, consacrés aux nominations aux postes exécutifs de l'UE, il démolit le système des *spitzenkandidaten* (chefs de file des partis), après avoir dûment prévenu de son offensive, puis manœuvre et parvient à imposer des candidats de compromis. « *Il casse les règles du jeu puis les reparamètre en tenant compte des intérêts des autres* », décrypte-t-on à l'Élysée.

Bluffés par ce coup mené de main de maître, les partenaires de la France encaissent sans trop broncher : beaucoup y trouvent, après tout, leur compte.

Le retour de bâton arrive trois mois plus tard, lorsque le Parlement européen rejette la candidate de M. Macron au poste de commissaire, Sylvie Goulard. C'est au tour du président d'encaisser – sauf que lui ne le fait pas sans broncher. Il accuse le coup et le montre.

Emmanuel Macron est rentré dans le dur. Le deuxième exemple se produit au Conseil européen des 17 et 18 octobre : le président français met son veto à l'ouverture de négociations d'adhésion à l'UE avec la Macédoine du Nord et l'Albanie. Il est, depuis, la cible de virulentes critiques, accusé d'avoir trahi la parole donnée, discrédité l'Europe, commis une « *erreur historique* ».

Lui et son entourage font valoir que l'Albanie ne remplit pas encore les conditions, que « découpler » les deux pays aurait un effet déstabilisateur dans la région, et, surtout, qu'il faut d'abord réformer le processus d'adhésion, « *trop bureaucratique et automatique* », et le processus de décision au sein de l'UE, déjà si dysfonctionnel à vingt-huit qu'il serait paralysé par l'arrivée de nouveaux membres.

Deux visions de l'Europe

L'affaire est grave. Elle oppose la France et l'Allemagne (qui soutient l'élargissement) et, surtout, elle met en tension deux visions de l'Europe, selon l'Élysée : celle qui est prête à diluer l'UE et celle pour laquelle il faut, au contraire, la renforcer. C'est au cœur de la conviction profonde qu'a Emmanuel Macron que l'Europe ne peut se permettre d'être faible dans le monde instable d'aujourd'hui. Il ne cédera donc pas, mais va à présent tenter de recoller les morceaux en rendant visite aux pays les plus affectés par sa position.

Face aux critiques, les conseillers de M. Macron justifient son attitude : « *C'est ça le leadership. Vous êtes un leader en Europe ou vous ne l'êtes pas, dit l'un d'eux. Lui l'est.* » A quel titre ? Au titre qu'il est le seul prêt à l'assumer et à avancer des idées, répondent-ils en substance, mettant au défi les autres dirigeants d'en faire autant : « *Just do it !* »

L'autre reproche, bien sûr, porte sur la méthode. Autant Emmanuel Macron s'est mis, tardivement, à la concertation en politique intérieure, autant à l'extérieur il semble ne jurer que par l'audace et l'initiative personnelles.

Il a pourtant, en mars, su inviter Angela Merkel et Jean-Claude Juncker, président de la Commission européenne, à rencontrer le président chinois Xi Jinping à Paris avec lui. Mais au G7 de Biarritz, il a fait venir le ministre iranien des affaires étrangères sans même consulter ses partenaires britannique et allemande. Parallèlement, il a lancé sa démarche de rapprochement avec la Russie, sujet sensible et clivant en Europe, sans y avoir associé ne serait-ce que Berlin.

Au moins peut-il se targuer d'avoir ouvert le débat, sur les relations avec Moscou, ou sur l'élargissement. D'avoir, aussi, imposé ses thèmes – la taxation des GAFAs, la défense européenne, la nécessité d'une stratégie à l'égard de la Chine – dans l'agenda bruxellois. Il lui reste juste à imposer son leadership.

Sylvie Kauffmann (éditorialiste au « Monde »)

Einkommensverteilung:

Verschärft sich die Ungleichheit?

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst offenbar unaufhörlich. Ständig erscheinen alarmierende Studien – und jetzt kommt das Thema sogar ins Kino. Zeit für einen Faktencheck

Von **Kolja Rudzio**

16. Oktober 2019, 17:07 Uhr Editiert am 22. Oktober 2019, 19:53 Uhr DIE ZEIT Nr. 43/2019, 17. Oktober 2019 [88 Kommentare](#)



Thomas Piketty © Vincent Muller/ddp

Bedrohlich schwillt die Musik an, in irrem Tempo rasen Bilder über die Leinwand – Bettler, Jachten, Fackeln, Villen, Nazis, Kreuze auf einem Soldatenfriedhof. Dazu ist die Stimme von Thomas Piketty zu hören, der vor einer Katastrophe warnt, sollte es nicht gelingen, die Spaltung zwischen Arm und Reich zu überwinden. So sieht der dramaturgische Höhepunkt des Films *Das Kapital im 21. Jahrhundert* aus, der jetzt ins Kino kommt. In der Dokumentation breitet der französische Ökonom Thomas Piketty seine Thesen aus. Berühmt wurde Piketty vor fünf Jahren durch ein Buch mit dem gleichen Titel. Nun legt er doppelt nach: mit einem weiteren Buch, das im März auf Deutsch erscheint (*Kapital und Ideologie*) – und mit dem Film.

Piketty trifft einen Nerv. Erst vergangene Woche sorgte eine Studie für Schlagzeilen, nach der die Einkommen in Deutschland so ungleich verteilt sind wie noch nie. Und diese Woche erhielten drei Ökonomen den Nobelpreis, die sich mit der Bekämpfung von Armut beschäftigen. Das Thema Ungleichheit bewegt die Menschen.

Der Kapitalismus, so lautet Pikettys Warnung, droht die Gesellschaften zu zerreißen. Weil er die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft, die Mittelschichten zerstört und die Arbeitnehmer mit einem immer kleineren Stück vom Wohlstand abspeist. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer – das ist das düstere Szenario, auf das alles zuläuft. Doch wie dramatisch ist die Entwicklung in der Wirklichkeit? Was trifft auch auf Deutschland zu? Zeit für eine Überprüfung der gängigsten Aussagen zur Ungleichheit.

1. Wird die Kluft weltweit immer größer?

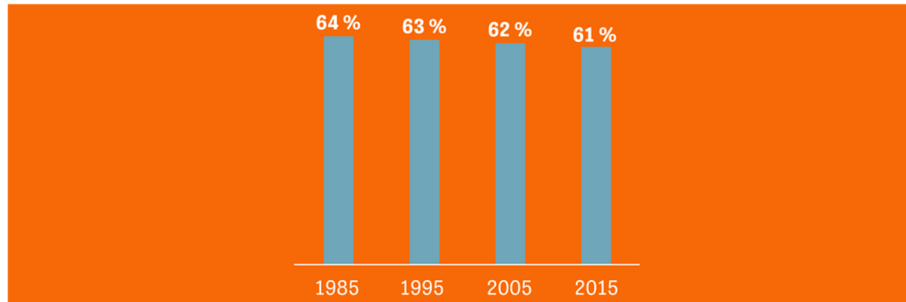
Es kommt darauf an, welche Kluft gemeint ist. Vergleicht man Staaten miteinander, verbessert sich die Lage: Vor allem in China, Indien und anderen asiatischen Staaten wuchs der Wohlstand schneller als in den Industriestaaten. Dadurch entkamen eine halbe Milliarde Menschen der Armut. Während 1990 etwa jeder Dritte weltweit von weniger als 1,90 Dollar am Tag lebte, ist es heute nur noch knapp jeder Zehnte. Die Inflation ist dabei herausgerechnet. So gesehen wurde die Kluft zwischen Arm und Reich kleiner.

Meint man jedoch die Ungleichheit innerhalb der Länder, sieht es anders aus. In den meisten Staaten ging die Schere zwischen Besserverdienern und Geringverdienern auseinander. Nach Daten der Industrieländerorganisation OECD wuchsen die Unterschiede in der Einkommensverteilung zwischen Mitte der 1980er- und der 2000er-Jahre in 20 von 24 untersuchten Industriestaaten. Die Ungleichheit nahm also zu. Seit 2007 ist dieser globale Trend allerdings nicht mehr so eindeutig. Die OECD warnt dennoch vor einer fortschreitenden Spaltung.

Als Treiber dafür galten in der Vergangenheit etwa die Automatisierung und die Globalisierung: Neue Maschinen und neue Konkurrenten aus China drücken auf die Löhne vieler Arbeiter in den Industrieländern. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaften fast überall Mitglieder verloren haben – ihr Einfluss darauf, Angestellte am Erfolg von Unternehmen teilhaben zu lassen, schwindet also. Von Land zu Land kann auch die Steuer- und Sozialpolitik eine Rolle spielen. Und in jüngster Zeit auch die extreme Konzentration von Geld bei den Inhabern und Top-Angestellten einiger "Superstarfirmen" wie Amazon oder Google.

2. Schrumpft die Mittelschicht?

Die Mittelschicht bröckelt: Bevölkerungsanteil mit mittlerem Einkommen in den Industrieländern.



Quelle: OECD© ZEIT-Grafik

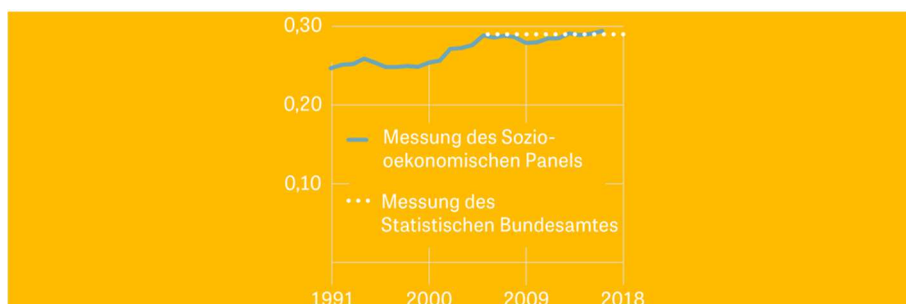
Das ist wohl für jede Gesellschaft die größte Gefahr: Die Mitte geht verloren. Und tatsächlich deutet eine Studie der OECD darauf hin, dass die Mittelschicht in den Industrieländern in den vergangenen Jahrzehnten kleiner wurde – allerdings in langsamem Tempo. Mitte der 1980er-Jahre gehörten im Schnitt der OECD-Länder 64 Prozent der Bevölkerung aufgrund ihres Einkommens zur Mittelschicht. Bis heute sank dieser Anteil auf 61 Prozent – pro Jahrzehnt ging er also um einen Prozentpunkt zurück.

In Deutschland zählen laut der OECD-Studie heute noch 64 Prozent der Bevölkerung zur mittleren Einkommensschicht. Die Mitte ist hierzulande also nach wie vor etwas breiter als anderswo. Auch hier schrumpfte sie jedoch seit den Achtzigern: Damals zählten 69 Prozent der Westdeutschen zur Mittelschicht.

Bei dieser Untersuchung geht es ums Nettoeinkommen. Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft könnte noch wichtiger sein, wie viele Menschen selbst das Gefühl haben, zur Mitte zu gehören – oder abgehängt zu sein. Da sieht es in Deutschland ebenfalls gut aus: Über 70 Prozent der Bevölkerung sagen in Umfragen, sie sähen sich selbst in der Mittelschicht. Auch gefühlt ist die Mitte also noch immer ziemlich groß.

3. War die Ungleichheit in Deutschland jemals höher?

In Deutschland sind die Einkommen ungleicher verteilt als früher, das zeigt der Gini-Koeffizient. Dieses Maß für Ungleichheit kann zwischen null (alle bekommen gleich viel) und eins (einer hat alles) liegen.



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Statistisches Bundesamt© ZEIT-Grafik

Vergangene Woche sorgte die Nachricht für Schlagzeilen, die Einkommen in Deutschland seien so ungleich verteilt wie nie zuvor. Grundlage war eine Studie des gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts. Das hatte festgestellt, dass sich die Einkommen, anders als bisher gedacht, auch in den vergangenen zehn Jahren weiter auseinanderentwickelt haben.

Man muss an dieser Stelle ein wenig in die Feinheiten der Ungleichheitsmessung eintauchen, um die Meldung richtig einordnen zu können. Die gängigste Kennzahl, um die Ungleichheit einer Verteilung zu beschreiben, ist der Gini-Koeffizient. Er kann einen Wert zwischen null und eins annehmen, wobei null hieße, dass alle genau das gleiche Einkommen haben, und eins, dass einer alles erhält und alle anderen nichts, die Ungleichheit also maximal wäre. Im OECD-Schnitt liegt der Gini seit zehn Jahren unverändert bei 0,32. In Deutschland betrug er im Jahr 2005 laut der besagten Studie 0,289 und stieg bis 2016 auf 0,295. Doch was lässt sich daran tatsächlich ablesen – an einem Zuwachs um 0,006?

Zu einem vollständigen Bild gehört, dass es verschiedene Erhebungen zur Einkommensverteilung gibt. Sie alle beruhen auf Befragungen und enthalten daher eine große Portion Unsicherheit. Das Statistische Bundesamt

veröffentlicht den von ihm ermittelten Gini-Koeffizienten deshalb nur bis zur zweiten Stelle hinter dem Komma. Und laut dieser amtlichen Erhebung hat sich der Gini schon seit über einem Jahrzehnt nicht mehr bewegt, er liegt seit 2005 unverändert bei 0,29. Was folgt daraus? Niemand weiß, welche Zahl die richtige ist. Klar ist aber: Nach diesen Messungen hat die Ungleichheit bis 2005 zugenommen und blieb seither mehr oder weniger auf demselben Niveau.

4. Wächst die Armut in Deutschland?

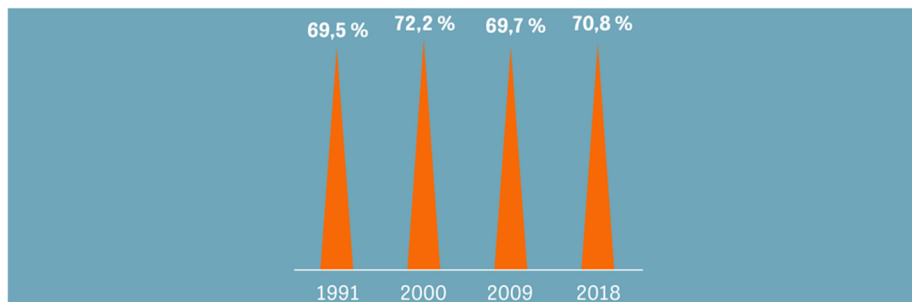
Armut in Entwicklungsländern kann bedeuten, dass jemand hungert und friert. In den Industriestaaten ist diese Not so selten geworden, dass Armut hier heute oft anders definiert wird. So gilt in der EU als von Armut bedroht, wie es offiziell heißt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Damit, so der Gedanke, kann man sich so wenig leisten, dass man sich am unteren Rand der Gesellschaft bewegt. In Deutschland fällt ein Alleinstehender, der weniger als etwa 1050 bis 1100 Euro netto zur Verfügung hat, in diese Kategorie.

Zwischen 1991 und 2005 stieg der Anteil der Armutsgefährdeten in der Bevölkerung hierzulande von 11 auf 14 Prozent. Und je nach Quelle hat sich dieser Anteil auch in jüngerer Zeit noch erhöht, um ein bis zwei Prozentpunkte. Es gibt also mehr Menschen als früher, die deutlich weniger Geld zur Verfügung haben als die Mitte.

Experten vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft erklären das vor allem damit, dass viele Arbeitsmigranten und Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Die Armut wuchs demnach, weil mehr Arme ins Land kamen. Das trifft wohl zu, doch wie groß dieser Effekt genau ist, darüber wird gestritten.

5. Fällt immer weniger für die Arbeitnehmer ab?

So viel vom deutschen Nationaleinkommen floss als Lohn an die Arbeitnehmer – der Rest sind Kapitaleinkünfte.



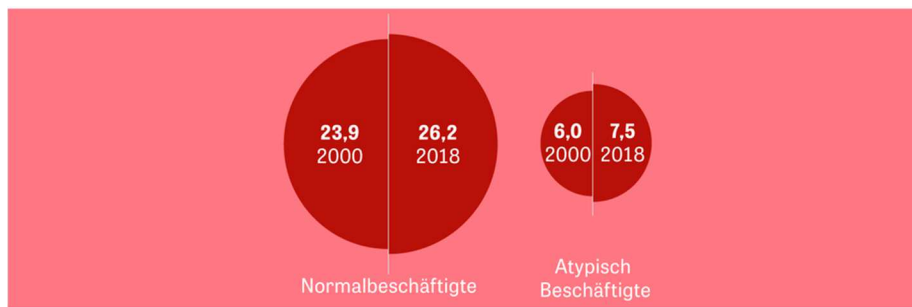
Quelle: IfW© ZEIT-Grafik

Wie es um die Gerechtigkeit zwischen Arbeit und Kapital steht, verrät eine Zahl: die Lohnquote. Sie gibt an, wie viel von allen Einkommen, die in einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden, bei den Arbeitnehmern landet. Sinkt die Lohnquote, so fließt mehr vom Gesamteinkommen in die Taschen der Kapitalbesitzer. In den vergangenen Jahren hieß es häufig, die Lohnquote gehe zurück. Auch im Piketty-Film wird die Gefahr beschrieben, dass die Kapitalbesitzer reicher werden, weil Geld zu Geld kommt, während diejenigen, die von ihrer Arbeit leben, zurückfallen.

Doch kürzlich hat das Statistische Bundesamt neue Berechnungen vorgelegt, und nun zeigt sich, zumindest für Deutschland: Das stimmt so wohl nicht. Jens Boysen-Hogrefe und Dominik Groll vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel werteten die Daten der Behörde aus und stellten fest: Die Lohnquote in Deutschland ist heute so hoch wie vor 30 Jahren. Zwar gab es während der Krisenjahre zur Zeit der Hartz-Reformen ein Tief, doch das ist schon seit etwa zehn Jahren wieder überwunden. Zuletzt gingen 71 Prozent des Volkseinkommens an die Arbeitnehmer, 1991 waren es knapp 70 Prozent. Für Deutschland lässt sich also nicht behaupten, dass die Kapitalisten ein immer größeres Stück vom Kuchen abgreifen.

6. Sorgen mehr prekäre Jobs für Ungleichheit?

Heute gibt es mehr prekäre Arbeit, zum Beispiel Leiharbeit – aber auch mehr normale Jobs (Angaben in Millionen).



Quelle: Statistisches Bundesamt© ZEIT-Grafik

Keine Sozialreform der vergangenen Jahrzehnte hat in Deutschland für so viel Streit gesorgt wie die Hartz-Reform. Für die Kritiker steht fest, dass sie vor allem Niedriglöhne, prekäre Jobs und Ungleichheit gefördert hat. Doch stellte die OECD 2011 in einer Studie zu den Ursachen von Ungleichheit fest: Arbeitsmarktreformen spielten dabei eine geringe Rolle. Einerseits erhöhten sie die Ungleichheit, wenn durch sie mehr schlecht bezahlte Jobs entstünden, andererseits senkten sie die Ungleichheit, wenn durch sie Menschen in Arbeit kämen. Häufig würden sich beide Effekte gegenseitig aufheben.

In Deutschland nahm die Ungleichheit insbesondere vor Inkrafttreten von Hartz IV zu, danach weniger stark. Das spricht dagegen, dass die Reform die wichtigste Ursache war. Im Übrigen ging der Anteil der atypischen, oft als prekär bezeichneten Arbeit – also etwa der Minijobs, der Leiharbeit oder der Solo-Selbstständigkeit – in den vergangenen Jahren zurück.

7. Ist Ungleichheit nötig, damit die Wirtschaft läuft?

Ungleichheit gehört zur Marktwirtschaft, das scheint fast selbstverständlich. Wenn ein Unternehmer ein besonders großes Risiko auf sich nehmen soll, muss er auch auf besonders hohe Einnahmen hoffen können. Und ein Arbeitnehmer, der sich stärker als andere engagiert, sollte mehr verdienen können. Ist Ungleichheit also gut für die Wirtschaft? Forscher des Internationalen Währungsfonds und der OECD sorgten kürzlich mit zwei Studien für Aufsehen. Sie stellten fest, dass Ungleichheit dem Wachstum schadet. In Deutschland, so lautet eine ihrer Schlussfolgerungen, hätte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwischen 1990 und 2010 um sechs Prozentpunkte höher sein können, wenn die Ungleichheit in dieser Zeit nicht angestiegen wäre. Mehr Gleichheit ist also gut für die Wirtschaft.

Doch diese These ist umstritten. Eine Forschergruppe um den Chef des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, hat sie überprüft. Ergebnis: In armen Ländern schaden Einkommensunterschiede der Entwicklung. In wohlhabenderen Staaten dagegen geht mehr Ungleichheit mit mehr Wachstum einher. Allerdings gelte dabei nicht das Motto: Viel Ungleichheit schafft viel Wachstum. So einen Automatismus gebe es nicht. Kluge Politik, etwa im Bildungssystem, mache es auch möglich, beides zu erreichen: mehr Wachstum und weniger Ungleichheit.

8. Tun andere Länder mehr gegen die Ungleichheit?

Einer der schärfsten Kritiker der ungleichen Verhältnisse in der Welt ist die Entwicklungshilfeorganisation Oxfam. Jedes Jahr sorgt sie vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos mit Berichten für Aufsehen, in denen sie die extreme Konzentration des Reichtums anprangert. Vergangenes Jahr veröffentlichte Oxfam etwas Neues: Eine Studie zu der Frage, inwieweit Länder ihre Politik darauf ausgerichtet haben, Ungleichheit zu bekämpfen. Die Experten der Organisation analysierten Steuergesetze und Sozialleistungen, das Bildungssystem und die Regeln am Arbeitsmarkt und bewerteten alles mit einem Punktesystem. Das Ergebnis ist ein Ranking. Auf Platz eins als Land, das am meisten gegen Ungleichheit unternimmt, steht Dänemark – gefolgt von Deutschland. Von 157 untersuchten Staaten tut kein anderer mehr als diese beiden, um die Spaltung zu bekämpfen – jedenfalls laut Oxfam.

Andere Studien, die das Bildungssystem und die Arbeitsmarktregeln unberücksichtigt lassen, kommen zu einem abweichenden Ergebnis. So fragt die OECD: Wie stark sorgen die Steuern und die Sozialleistungen der jeweiligen Länder dafür, die Unterschiede bei den Bruttoeinkommen abzuschwächen? Bei diesem Vergleich liegt Deutschland im Mittelfeld. Das hiesige Steuer- und Sozialsystem senkt die Ungleichheit der Bruttoeinkommen um 29 Prozent, im OECD-Schnitt sind es 27 Prozent. Am stärksten dämpft nach dieser

Rechnung Irland die Unterschiede (um 40 Prozent), am wenigsten Mexiko (3 Prozent). Auch die Schweiz (16 Prozent) oder die USA (18 Prozent) liegen weit hinten.

9. Sind die Vermögen besonders ungleich verteilt?

Schaut man auf die Vermögen, gehört Deutschland zu den eher ungleichen Staaten. Nach einer Erhebung von zwei OECD-Experten besitzt das reichste Zehntel der Bevölkerung hierzulande knapp 60 Prozent des gesamten Vermögens. Der Durchschnitt in der OECD liegt bei 52 Prozent. Besonders viel Reichtum ballt sich beim obersten Zehntel auch in Dänemark (64 Prozent), in den Niederlanden (68 Prozent) und vor allem in den USA (80 Prozent). Die Gründe sind vielschichtig. Im Fall Deutschlands heißt es unter anderem, es gebe hier wenig Eigenheimbesitzer. Wo viele Menschen Immobilien besitzen, sind die Vermögen breiter verteilt. Außerdem erfasst die Statistik zwar die private Altersvorsorge, die in vielen Ländern eine große Rolle spielt, blendet aber gesetzliche Rentenansprüche aus, die in Deutschland wichtig sind.

10. Löst eine Vermögensteuer das Problem?

In jeder Diskussion über Ungleichheit taucht sie irgendwann auf: die Vermögensteuer. Sie müsse wieder eingeführt werden, heißt es dann. Doch viele Experten winken ab. Nicht nur weil es extrem aufwendig ist, sie zu erheben. Um wirklich die Verteilung zu ändern, müsste sie auch deutlich höher sein als bisher diskutiert – und dann würden viele Unternehmer und Vermögende ihr Geld wohl anderswo anlegen. Eher geeignet sei da schon die Erbschaftsteuer, sagen Ungleichheitsforscher wie Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Oder sie empfehlen, den Erwerb von Wohneigentum zu fördern. Folgt man Oxfam, dem Ifo-Institut oder der OECD, dann gibt es ohnehin nicht den einen Schalter, mit dem man die Ungleichheit ausknipsen könnte. Steuern, Sozialleistungen, Arbeitsmarktregeln, Gesundheitsförderung, Bildungsangebote oder neue Klimagesetze – wer die Ungleichheit verringern will, kann kein Politikfeld ausklammern.

Le Figaro (site web)

mercredi 23 octobre 2019 - 18:36 UTC +02:00 1702 mots

Économie ; Conjoncture

Comment Mario Draghi a sauvé l'euro et secoué la BCE

Collomp, Florentin, Infographie, Service

RÉCIT - L'Italien Mario Draghi préside sa dernière réunion à la Banque centrale européenne avant de passer la main à Christine Lagarde, face à une contestation ouverte de son action.

En prenant la tête de la Banque centrale européenne (BCE), le 1er novembre 2011, Mario Draghi prévient qu'il a peu de marges de manœuvre. À peine sortie de la crise financière, l'Europe est à nouveau au bord de la récession. En campagne en Allemagne pour sa nomination, l'Italien avait même endossé les habits d'un tenant de l'orthodoxie chère à la Bundesbank, au point d'être représenté dans la presse coiffé d'un casque à pointe.

Huit ans plus tard, au moment de céder, à 72 ans, son siège à Christine Lagarde, la semaine prochaine, il est conspué par ces mêmes «faucons» pour avoir révolutionné l'institution à coups de politiques non conventionnelles. Le tabloïd *Bild* le caricature en «*comte Draghila*» saignant les petits épargnants. L'Allemande Sabine Lautenschläger a claqué la porte du directoire de la BCE le mois dernier.

La critique gagne d'autres pays et s'étale sur la place publique. Personne, pourtant, ne conteste que, grâce à son action musclée, innovante, voire iconoclaste, Draghi a sauvé l'euro menacé d'explosion par la crise des dettes souveraines, maintenu la Grèce dans la monnaie unique et assis la crédibilité de la BCE.

Sa dernière réunion du Conseil des gouverneurs, ce jeudi, devrait être consacrée à recoller les morceaux au moment des adieux, après les dissensions engendrées par le dernier «bazooka» de mesures annoncées en septembre: reprise du programme controversé de rachats d'actifs, nouvelle baisse des taux en dessous de zéro, soutien aux banques...

Originaire de Padoue, en Vénétie, Mario Draghi est le premier représentant d'un pays du sud de l'Europe, sur proposition de Silvio Berlusconi, à prendre la tête de la BCE, après le Néerlandais Wim Duisenberg et le Français Jean-Claude Trichet. L'Allemagne accepte, avec l'idée tacite que le président de la Bundesbank Jens Weidmann lui succéderait en 2019. Un choix pas évident, quand l'Italie faisait partie de ces pays, dits «périphériques», avec la Grèce, l'Irlande ou le Portugal, dangereusement surendettés, mettant l'euro en péril.

Docteur en économie, professeur à l'université de Florence, il a un profil impeccable. Après des années à la Banque mondiale puis au sein du Trésor italien, il fait un détour dans le privé chez Goldman Sachs, avant de diriger la banque centrale de son pays, où il suit les traces paternelles.

Michel Sapin l'a côtoyé longtemps avant son arrivée à Francfort. «*Pour comprendre son attachement à l'euro, il faut remonter à son action au Trésor dans les années 1990, au moment où la lire était exclue du système monétaire européen, précurseur de la monnaie unique, rappelle l'ancien ministre socialiste de l'Économie. Loin d'un simple rôle de gestionnaire technique de la monnaie, il en a acquis une conviction historique de la construction européenne. C'est ce qui sous-tend son action quand le gouvernement grec a failli entraîner le pays dans le précipice.*»

Au paroxysme de la crise du «Grexit», à l'été 2015, Draghi n'hésite pas à bousculer ceux qui seraient tentés de lâcher Athènes. Il a des échanges acerbes avec le ministre allemand de l'Économie, Wolfgang Schäuble. «*Si vous voulez pousser la Grèce hors de l'euro, faites-le, n'utilisez pas la BCE pour le faire*», explose-t-il, lors d'une réunion houleuse à Bruxelles.

Il finit par rallier la chancelière Angela Merkel à la nécessité d'un nouveau plan de sauvetage. Au pire de la tourmente, la Grèce empruntait à des taux stratosphériques (le taux à deux ans jusqu'à 45 %) ; elle vient le mois

dernier d'émettre pour la première fois une obligation d'État à taux négatif pour refinancer sa dette. Un résumé de l'ère Draghi.

Dompter les marchés

Dès 2012, il annonce la couleur. Face au pilonnage spéculatif des marchés, il affirme en juillet que la BCE «*est prête à faire tout ce qui est nécessaire*» («*whatever it takes*», expression entrée dans la légende) *pour préserver l'euro* ». «*Croyez-moi, ce sera suffisant*», martèle-t-il. Une «*intuition géniale*», loue Christian Noyer, gouverneur de la Banque de France jusqu'en 2015: montrer aux marchés que «*la BCE était prête à leur répondre de façon illimitée*», sans même encore avoir défini comment.

L'arsenal comprend des mesures inédites en Europe. Le *quantitative easing* (QE), déjà pratiqué par la Fed américaine ou la Banque du Japon, est lancé en 2015 par la BCE. Un programme d'achats d'actifs, qui a atteint au total 2 600 milliards d'euros (près d'un quart des dettes publiques des États de l'euro) d'injection massive de liquidités dans l'économie. Alors qu'on croyait en avoir vu le bout en décembre dernier, il va reprendre le mois prochain devant l'incertitude croissante sur la conjoncture européenne.

En huit ans, Draghi a présidé à dix baisses de taux directeurs. Installé la zone euro pour longtemps dans l'univers des taux négatifs, jusque-là seulement pratiqués par de petits pays, au détriment des bilans des banques et du bas de laine des épargnants. Au rang des mesures non conventionnelles, figure aussi un dispositif de prêts à taux préférentiels pour inciter les banques à ouvrir les vannes du crédit (TLTRO). Contrairement à son prédécesseur («*Nous ne nous préengageons jamais*», disait Trichet), Mario Draghi n'hésite pas à annoncer ses intentions pour l'avenir («*forward guidance*»), ce qui ravit les marchés financiers, où il est surnommé «*Super Mario*».

Un solitaire

Cette politique d'assouplissement irrite plus que jamais les faucons allemands et leurs alliés nordiques. Dès 2012, Jens Weidmann, gouverneur de la Bundesbank, témoigne devant la Cour constitutionnelle de Berlin contre la BCE, dont il fait pourtant partie, à propos de la possibilité (jamais utilisée) de rachats illimités de titres souverains (OMT), perçue comme une aide déguisée aux États en difficulté. Draghi est taxé d'œuvrer en priorité pour l'économie italienne. La Cour de justice de l'UE lui donne raison six ans plus tard.

Mais c'est pour lui une «*cassure personnelle*», selon Christian Noyer. «*À partir de ce moment-là, il a un peu moins cherché à obtenir le consensus le plus large possible*», au sein du cénacle de 25 grands argentiers (19 gouverneurs des États membres de l'euro et 6 membres du directoire). «*Cela aurait été beaucoup mieux si nous avions eu l'unanimité dès le départ, regrette-t-il dans une interview au Financial Times. Une fois que j'ai compris que ce ne serait pas le cas, ça a été le prix nécessaire à payer.*»

Solitaire, secret, «*il n'est pas un grand animateur d'équipe*», à en croire un habitué de Francfort. Il est accusé de passer en force, quitte à tordre le bras des réfractaires. Les employés de la BCE critiquent son fonctionnement «*clanique*» et son retranchement dans sa «*tour d'ivoire*» au quarantième étage du siège au bord du Main. Ses interlocuteurs s'accordent pourtant pour louer sa courtoisie, son autorité, son sang-froid et même son humour. «*Je crois qu'à part Trump, nous n'avons aucun problème. Mais nous avons Trump*», ironisait-il récemment.

L'exposition au grand jour de la zizanie au conseil avant son départ l'a affecté. «*Il est las*», constate un ministre des Finances européen. Candidat malheureux à sa succession, Weidmann a une nouvelle fois déversé sa bile dans la presse allemande sur le bilan de Draghi. Wolfgang Schäuble l'avait accusé de faire le lit de l'extrême droite europhobe. Pourtant, le soutien à l'euro dans les populations des pays membres est à un record historique (74 % fin 2018).

Les «faucons» ont perdu

Aux suspects habituels - Allemagne, Autriche, Pays-Bas, Estonie - se sont ajoutées le mois dernier les voix des membres français de l'institution, Benoît Cœuré, sur le départ à la fin de l'année, et François Villeroy de Galhau, gouverneur de la Banque de France, pour tiquer sur la reprise du QE. Soit neuf récalcitrants sur vingt-cinq membres du conseil. Cela n'empêche pas Villeroy de Galhau de saluer, dans *Les Échos*, «*un grand serviteur de l'Europe*», au «*sens aigu des priorités*», et son «*courage*» pour tenir le cap face aux critiques.

«Les faucons ont perdu la bataille. Mario Draghi a été très fort en installant un dispositif très difficile à défaire», constate Bastien Drut, de CPR Asset Management, coauteur d'un livre intitulé *Comment les années Draghi ont changé la Banque centrale européenne* (éd. Bréal). La fronde ouverte en cette fin de règne met en lumière les limites de la politique monétaire.

«Le paradoxe le plus frappant de Mario Draghi est que c'est l'un des plus grands banquiers centraux de tous les temps mais qu'il quitte la BCE sur un bilan terrible sur son objectif d'inflation», résume Frédéric Ducrozet, économiste chez Pictet. Censée flirter avec les 2 % selon le mandat fixé à la banque centrale, celle-ci stagne à 0,8 % en septembre. Un «mystère» pour Benoît Cœuré. Et un défi pour Christine Lagarde, à qui son prédécesseur laisse peu de marges de manœuvre.

«En quittant la BCE, Mario Draghi laisse une zone euro qui, après plus de cinq années de reprise - soit onze millions d'emplois créés -, connaît un très sérieux coup de froid qui fait craindre la récession», relève Bruno Cavallier, chez Oddo.

L'intéressé a lui-même maintes fois souligné les limites de son action et appelé les gouvernements à prendre le relais par une action budgétaire coordonnée, maillon faible de l'édifice de la zone euro. «Cette politique a été une formidable réussite. Est-ce la bonne politique face au contexte d'aujourd'hui? s'interroge Michel Sapin. Cela ne remet pas en cause l'extraordinaire inventivité et le courage de Mario Draghi. Heureusement qu'il était là .»

Deutsche Geschichte

Die Geburt der Nation



dpaOtto von Bismarck

FOCUS-Online-Autor [Alexander Galdy](#)

Die französische Besetzung lässt in Deutschland ein Nationalgefühl und die Sehnsucht nach einer Identität aufkommen. Bismarck schuf die Voraussetzungen für die deutsche Einheit, wenn auch unter preußischer Führung.

Die deutsche Geschichte scheint paradox: Erst gab es rund 1000 Jahre ein Reich, aber keine Nation. Dann zu Beginn des 19. Jahrhunderts entdeckten die Deutschen ihr Nationalgefühl, diesmal fehlte jedoch ein einheitliches Staatengebilde. Nachdem Preußen 1806 unter den Kanonen des [französischen](#) Heeres zusammengebrochen war, gliederte sich Deutschland in drei Großräume: die Rheinbundstaaten als Verbündete Frankreichs, Preußen und Österreich. Ein Deutschland einzig Vaterland war so weit in die Ferne gerückt, wie kaum zuvor in seiner Geschichte.

Doch je länger die Herrschaft Napoleons dauerte, umso deutlicher zeichnete sich ein Stimmungsumschwung in der Bevölkerung ab. Die Intellektuellen im Land heizten die Stimmung an. Begriffe wie Nation und Vaterland machten verstärkt die Runde und wurden regelrecht zu Parolen. Der [Philosoph](#) Johann Gottlieb Fichte hielt 1807 und 1808 seine „Reden an die deutsche Nation“. Darin rief er das Volk zu den Waffen. Die Partikularisten sollten sich endlich ihrer „Deutschheit“ besinnen.

Die Sehnsucht nach einer Identität

Das waren ganz neue Töne. Aus ihnen sprach die Demütigung genauso wie die Sehnsucht nach einer neuen Identität, die durch die Fremdherrschaft verloren gegangen war. Organisationen wie der Tugendbund oder der Deutsche Bund des Turnvaters Jahn stärkten das neue Nationalgefühl.

Als Napoleon sich [aus Russland](#) zurückziehen musste, eroberte die Nationalbewegung Deutschland, die vorher nur von einzelnen Vordenkern proklamiert wurde. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. wurde mit Briefen regelrecht bombardiert, er solle endlich den Befehl zur Volkserhebung erteilen. Nach langem Zögern erklärte er am 16. März 1813 Frankreich den Krieg. Am Tag darauf folgte sein Appell „An mein Volk“. Nach den Befreiungskriegen war die Vorherrschaft Napoleons [in Europa](#) gebrochen. Europa ordnete sich 1815 mit dem Wiener Kongress neu.

Was wird aus Deutschland?

Für die Gruppierungen der Nationalbewegung war die zentrale Frage: Was wird aus Deutschland? Während des Volkskriegs gegen Napoleon schien die Stunde zur Bildung eines deutschen

Nationalstaates gekommen. Doch am Ende hatte nicht die deutsche Nation gesiegt, sondern verbündete Regierungen, deren Ziel es primär war, die Macht ihrer gekrönten Häupter zu erhalten. Weder die beiden deutschen Großmächte noch die Mittel- und Kleinstaaten wollten freiwillig etwas von ihrer Souveränität zugunsten eines Staates abgeben. Zur Enttäuschung der deutschen Patrioten setzte sich deshalb nicht eine bundesstaatliche, sondern eine Staatenbund-Lösung durch. Mit dem Deutschen Bund war ein Nationalstaat unter einheitlicher Führung wieder auf Eis gelegt.

Doch die Stimmung blieb aufgewühlt. Deutschland befand sich am Beginn der Epoche des Vormärz. 1817 trafen sich die neu entstandenen Burschenschaften beim Wartburgfest, um einen einheitlichen deutschen Nationalstaat zu fordern.

Ihre Farben waren Schwarz-Rot-Gold – die Uniformfarben des Lützowschen Freikorps, in dem viele Studenten gegen Napoleon gekämpft hatten. Die Forderungen des Wartburgfestes wurden in ganz Deutschland verbreitet. Diese missfielen Fürst von Metternich, dem österreichischen Kanzler und Architekt der neuen Staatenordnung. Doch noch konnte er die deutschen Regierungen nicht zu Gegenmaßnahmen drängen.

Das änderte sich schlagartig, als 1819 der Student Carl Sand den Schriftsteller August von Kotzebue erstach, weil dieser in seinen Schriften die Ideale der Nationalbewegung verspottete. Eine Steilvorlage für Metternich. Endlich hatte er einen Vorwand, die revolutionären Umtriebe zu unterbinden. Mit den Karlsbader Beschlüssen wurde die Pressefreiheit in den Ländern des Deutschen Bundes praktisch aufgehoben. Die Nationalbewegung suchte Schutz im Untergrund, und in Deutschland herrschte wieder Ruhe – wenn auch die trügerische Ruhe eines Polizeistaates.

Die Nationalbewegung im Aufwind

Doch die Stille war nur vorübergehend. 1830 kam es – ausgelöst durch die französische Julirevolution – in mehreren deutschen Städten zu Unruhen mit Barrikadenkämpfen. Um die Situation zu befrieden, sahen sich die Fürsten gezwungen, Zugeständnisse in Form von Verfassungsänderungen zu machen. Darüber hinaus bildeten sich Landtage neu. Die liberalen Kräfte der Nationalbewegung waren wieder im Aufwind. Beim Hambacher Fest 1832 traten sie selbstsicher auf. Dies führte allerdings dazu, dass die Zensurbestimmungen nochmals verschärft wurden. Aber die Ruhe der Jahre nach den Karlsbader Beschlüssen konnten Metternich und seine Gesinnungsfreunde nicht mehr erzwingen.

Der Stimmungsumschwung war unverkennbar. Für die Anhänger der Nationalbewegung stellte sich nicht mehr die Frage, ob es zu Veränderungen kommen würde, sondern wann. Am 24. Februar 1848 siegte zum dritten Mal in Frankreich die Revolution. Die Unruhen schwappten über den größten Teil Europas. Auch in fast allen deutschen Ländern gingen die Menschen auf die Straßen. Am 18. März brach in Berlin der Aufstand aus. König Friedrich Wilhelm IV. blieb nichts anderes übrig, als das Militär abzuziehen und den Aufständischen das Feld zu überlassen. Als am 18. Mai 1848 die 585 gewählten Volksvertreter die Frankfurter Paulskirche betraten, schien der Weg zum einheitlichen Nationalstaat geebnet.

Das Scheitern der Revolution

Welche Staatsform sollte das neue Deutschland repräsentieren? Diese Frage dominierte die Debatte der Abgeordneten. Es gab zwei Alternativen: ein Großdeutschland mit Österreich unter einem habsburgischen Kaiser und eine kleindeutsche Lösung ohne die Donaumonarchie. Die Nationalversammlung verlor sich in endlosen Diskussionen ohne Ergebnis, während die Konterrevolution ihre Kräfte sammelte.

Die Abgeordneten der Nationalversammlung einigten sich im November 1848 auf eine kleindeutsche

Lösung und boten dem preußischen König die deutsche Kaiserkrone an. Friedrich Wilhelm IV. war die „Schweinekrone“ des Parlaments nicht gut genug, er lehnte ab. Das war das Ende der Nationalversammlung. Von nun an diktierte die Reaktion das politische Geschehen.

Das Verhältnis zwischen Otto von Bismarck und der Nationalbewegung könnte man als Ironie der Geschichte bezeichnen: Seit seiner Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten im Jahr 1862 regierte er am Parlament vorbei.

„Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Blut und Eisen“, äußerte er sich vor dem Abgeordnetenhaus.

Bismarck ging es vorrangig um die Machterweiterung Preußens. Doch gerade damit schuf er Schritt für Schritt die Voraussetzungen für die deutsche Einheit, wenn auch unter preußischer Führung.

Drei Kriege brauchte Bismarck bis dorthin. Mit dem Sieg im Deutsch-Dänischen Krieg und dem Friedensschluss von 1864 wurde Dänemark aus dem Deutschen Bund hinausgedrängt. Das gleiche Schicksal ereilte Österreich mit der Niederlage bei Königgrätz im Jahr 1866. Der Deutsche Bund und damit der Dualismus zwischen Preußen und Österreich gehörten der Vergangenheit an. Deutschland war ein Bundesstaat mit 22 Klein- und Mittelstaaten nördlich der Mainlinie – dominiert von Preußen.

Der Strategie Bismarck

Mit der Schaffung des Norddeutschen Bundes nahm Bismarck der national gestimmten Öffentlichkeit den Wind aus den Segeln. In Frankreich beängstigte man dagegen die Veränderungen beim Nachbarn erst mit Misstrauen dann mit zunehmender Angst. Da 1870 das [spanische](#) Parlament dem Mitglied einer Nebenlinie der Hohenzollern den vakanten Thron anbot, befürchtete Frankreich eingekreist zu werden.

Selbst als die Hohenzoller auf die Kandidatur verzichteten, verlangte Napoleon III. eine umfassende Garantieerklärung, um dies für immer auszuschließen. Der preußische König, der gerade in Bad Ems weilte, lehnte ab und telegraphierte den Sachverhalt nach [Berlin](#). Bismarck, der alte Strategie, redigierte den Text, um den Inhalt zu verschärfen, und gab die überarbeitete Fassung als „Emser Depesche“ an die Presse.

Bismarck wollte den Krieg gegen Frankreich – und er bekam ihn. Wegen der diplomatischen Niederlage und aus innerpolitischen Gründen trat Napoleon III. die Flucht nach vorne an und erklärte am 19. Juli 1870 Preußen den Krieg.

Schnell wurde der preußisch-französische Krieg zu einem deutsch-[französischen](#) und damit einem nationalen Krieg.

Die Geburt der deutschen Nation in Versailles

Die Deutschen waren in Kriegslaune. Auch die süddeutschen Staaten, die nicht Teil des Norddeutschen Bundes waren, kämpften an der Seite Preußens. Zu groß war der Druck der national gesinnten Öffentlichkeit geworden, sodass den süddeutschen Fürsten gar keine andere Wahl blieb, als sich dem Norddeutschen Bund anzuschließen.

Noch vor der Kapitulation Frankreichs und dem offiziellen Friedensvertrag spielte sich am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles Epochales ab: Mit der Kaiserproklamation war ein neuer Nationalstaat aus der Taufe gehoben: das Deutsche Reich. Deutschland hatte es endlich geschafft. Deutlich später als andere Staaten wurde es eine Nation.

ENDE EINER ÄRA:

Draghis Bilanz

- EIN KOMMENTAR VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 24.10.2019-16:14



Unter Mario Draghis Führung war und ist die Inflationsrate sehr niedrig. Und in der Euro-Krise agierte er mutig. Dennoch blieb die Amtsführung des EZB-Chefs bis zuletzt umstritten. Seiner Nachfolgerin hinterlässt er ein schweres Erbe.

Eigentlich müssten gerade die Deutschen **Mario Draghi** zum Abschied auf einem Podest aus der Europäischen Zentralbank in Frankfurt in seine Heimat nach Rom tragen. Denn während Draghis Amtszeit hat die Inflationsrate in der Eurozone im Durchschnitt bei nur 1,2 Prozent gelegen.

Im historischen Vergleich ist das sehr wenig. Übrigens auch wenig im Vergleich zu der Zeit, als in Deutschland die **Bundesbank** über den Wert der D-Mark wachte. Die Wahrscheinlichkeit, dass Draghi von den Deutschen zum Abschied gefeiert wird, ist eher gering. Die Höchststrafe hat die „Bild“-Zeitung verhängt, die den ursprünglich als Preußen gefeierten Italiener nun als „Draghila“ bezeichnet und die zum Amtsantritt verliehene Pickelhaube zurückfordert.

Ganz im Unterschied zur in Deutschland verbreiteten Wahrnehmung wird Draghi im Ausland häufig nicht nur als Retter des Euros, sondern auch als ein sehr kenntnisreicher Ökonom gepriesen. Dort gilt er als ein großer Geldpolitiker.

Die Stammtisch-Hoheit verlor er früh

Es ist Angst vor Machtverlust und Angst ums liebe Geld, die Draghi und die **EZB** vielen Deutschen entfremdet haben – und nicht wenige Politiker und Ökonomen, darunter manche mit eigener politischen Agenda, haben in den vergangenen Jahren versucht, diese Ängste zu schüren. Profitiert haben sie von einer erstaunlichen kommunikativen Unfähigkeit Draghis, der lieber zu Teilnehmern an den Finanzmärkten als zur breiten Bevölkerung sprach und damit die Schlacht um die Oberhoheit am deutschen Stammtisch schon zu Beginn verloren hatte.

Unterfüttert wurden die Ängste nicht durch die oft prognostizierte, aber ausgebliebene Hyperinflation. Sondern durch den starken Rückgang der **Zinsen** und die Sorge, die Deutschen könnten einer gigantischen innereuropäischen Umverteilung zum Opfer fallen. Für diese Ängste ist Draghi nicht ursächlich verantwortlich, aber er hat zu ihnen beigetragen.

Der seit Jahrzehnten beobachtbare Rückgang der Zinsen ist zu einem guten Teil nicht durch die Geldpolitik verursacht, sondern durch die demografische Entwicklung und eine rückläufige Nachfrage der Unternehmen nach Sachkapital, die sich mit dem allmählichen Bedeutungsrückgang der Industrie in den reichen Ländern erklärt. Diese seit langem im Ausland verbreitete Erkenntnis benötigte Jahre, um nach Deutschland vorzudringen, wo sie mittlerweile allerdings auch angekommen ist. Diese

fundamentalen Ursachen sind auch der Grund, warum die Zinsen in den kommenden Jahren, unabhängig von der Geldpolitik, vermutlich nicht deutlich steigen werden.

Die Geldpolitik Draghis hat den fundamentalen Zinsrückgang zusätzlich akzentuiert; zunächst mit guten und dann mit immer weniger guten Gründen. Negative Leitzinsen sind als geldpolitisches Instrument in einer Krise vertretbar, angesichts ihrer unerfreulichen Nebenwirkungen für Banken und Privathaushalte allerdings nicht als permanente Lösung bei Wirtschaftswachstum. Draghi, der in der Euro-Krise des Jahres 2012 außerordentlich mutig war, erwies sich in den vergangenen zwei Jahren mit einem Zögern, Zinsen auch einmal zu erhöhen, als bemerkenswert mutlos.

Die zweite deutsche Sorge ist ein Kontrollverlust über die Europäische Währungsunion, die man mit dem Vertrag von Maastricht eingehegt glaubte. Nachdem ausgerechnet Deutschland unter Bundeskanzler Gerhard Schröder mit einer zu hohen Neuverschuldung die Glaubwürdigkeit der in Maastricht vereinbarten finanzpolitischen Regeln ruiniert hatte, unterminierte erst die Finanzkrise und danach die Eurokrise das Vertrauen in eine Ordnung, in der eine gemeinsame Geldpolitik ohne jede supranationale Risikoteilung funktionieren kann.

Draghi steht nicht am Beginn dieser Entwicklung. Als er die Präsidentschaft der EZB im November übernahm, waren Institutionen wie der Euro-Schutzschirm (EFSF, später ESM) von den Regierungen bereits erschaffen worden. Aber speziell mit der Bereitschaft zu umfangreichen Käufen von Staatsanleihen wurde Draghi zur Zielscheibe deutscher Kritiker, die vor den mit einer solchen Politik verbundenen Risiken warnten. Mit einer aus wirtschaftlichen Gründen völlig unnötigen Reaktivierung des Anleihekaufprogramms zum Ende seiner Amtszeit hat Draghi die alten Sorgen, die sich bis heute als völlig übertrieben herausgestellt haben, ohne jede Not wieder aufleben lassen.

Keine Scheu vor großen Zahlen

Draghi hat die Macht der EZB, auch wegen der Passivität nationaler Regierungen, mindestens gedehnt. Und nach Ansicht mancher Kritiker überdehnt. Er hat keine Scheu vor großen Zahlen gezeigt, in einer extrem schwierigen Situation die Währungsunion zusammen gehalten und für fast 3 Billionen Euro Wertpapiere kaufen lassen, um die Inflationsrate ein wenig anzuheben.

Am Ende seiner Amtszeit steht die EZB intern zerstritten und seltsam machtlos da, weil bei Zinsen um den Nullpunkt Geldpolitik einen guten Teil ihrer Wirksamkeit verliert. Lagardes EZB sollte sich wieder mehr zurücknehmen und auf ihre Kernaufgaben konzentrieren – und sachliche öffentliche Kritik ernster nehmen als zuletzt. Eine Zentralbank lebt von ihrem Ansehen in der Bevölkerung.

Quelle: F.A.Z.

SCHNELLER SCHLAU

Von GUSTAV THEILE, Grafiken: JENS GIESEL · 22.10.2019

Nicht wenige sind vom Brexit genervt. Doch die EU kann sich freuen – während sich die Briten zerfleischen, rückt das restliche Europa zusammen. Denn auf einmal mögen die Europäer Brüssel wieder.

Geht die Serie in die nächste Staffel oder tut sie es nicht? Selbst die größten Fans dieser Politsatire haben inzwischen wohl ein Einsehen und hoffen darauf, dass sie endlich abgesetzt wird. Doch gegenwärtig sieht es in London so aus, als würden die Drehbuchschreiber sich tatsächlich trauen, die nächste Staffel an die Brexit-Saga dranzuhängen. Dabei sind die Cliffhanger inzwischen abgegriffen, der Hauptdarsteller wurde zwar ausgetauscht, aber auch mit dem neuen Schauspieler hat sich wenig geändert. Es gibt nur mehr Krawall. Die Story wiederholt sich.

Und doch tut sich etwas. Dafür muss man nur den Blick abwenden, nicht nach Brüssel oder London schauen. Man muss den Blick auf das Publikum richten, auf die EU-Bürger.

Die nämlich haben in der Serie einen der Hauptdarsteller wieder liebgewonnen. Die EU, sie wird wieder beliebt: Im Mai 2016, wenige Wochen vor dem Brexit-Referendum, hatte nur jeder Dritte ein gutes Bild von der EU, mehr als jeder Vierte blickte eher negativ auf die EU. Ein Jahr lang hatte das EU-Image gelitten, war regelrecht abgestürzt. Generell hatte der Trend nach unten gezeigt. Vor der Finanzkrise ab 2008 war der Anteil der Leute mit schlechtem EU-Bild noch halb so groß gewesen, mehr als jeder zweite hatte ein positives EU-Bild.

Seit dem 23. Juni 2016, dem Tag der Brexit-Abstimmung, zeigt der Trend in die andere Richtung. Auf jeden, der negativ auf die EU schaut, kommen inzwischen wieder zweieinhalb Menschen, die Brüssel positiv sehen.

Und das liegt nicht an einigen Ländern. Auf dem gesamten Kontinent wächst die Zustimmung, am stärksten in Deutschland, um mehr als zwanzig Prozentpunkte nämlich. Doch in so unterschiedlichen Ländern wie Portugal, Griechenland oder Ungarn war der Anstieg ähnlich stark. Und selbst die Briten schauen positiver auf die EU. Nur in Frankreich hat sich das EU-Image seit dem Brexit-Referendum nicht verbessert.

Das beste Image innerhalb der EU hat Brüssel auf der Insel, allerdings in Irland. Knapp zwei Drittel der Iren blicken positiv die EU. Noch bessere Werte erzielt sie nur in Albanien, das ein Beitrittskandidat ist. Allerdings wurde die Umfrage vor dem jüngsten Gipfel durchgeführt, auf dem die EU die Aufnahme formeller Beitrittsgespräche vorerst verweigerte.

Was die Ursache für die gestiegene Europa-Zustimmung ist, ist sicher nicht so ganz leicht auszumachen. Denkbar wäre, dass die Pro-Europäer das Gefühl haben, die Reihen schließen zu müssen. Schaut man sich aber die Daten an, sticht eines heraus: Die Europäer sind wieder deutlich zufriedener mit der Demokratie in der EU.

Im Mai 2016 waren die Unzufriedenen in der Mehrheit: 47 Prozent waren nicht einverstanden mit der EU-Demokratie, nur 42 Prozent waren „sehr zufrieden“ oder „eher zufrieden“. Diese Stimmung ist deutlich gekippt: Nur noch gut ein Drittel ist unzufrieden, mehr als die Hälfte der Europäer sieht die EU-Demokratie dagegen positiv.

In den Brexit-Verhandlungen war die EU-Kommission einer der Verhandlungspartner der britischen Regierungschefs. Offenbar hat sie sich darin nach Meinung vieler Europäer ganz gut geschlagen. Inzwischen vertraut mit 46 Prozent fast die Hälfte der Bevölkerung der EU-Kommission, vor der Brexit-Abstimmung waren das noch 10 Prozentpunkte weniger. Genau umgekehrt ist die Entwicklung beim Misstrauen in die Kommission. In einigen Ländern ist die Entwicklung aber noch deutlicher. Unter anderem in Deutschland. Jeden fünften Deutschen hat die Kommission seit dem Jahr 2016 von sich überzeugen können. In der gleichen Zeit ist die Zahl der Leute, die der Kommission misstrauen, um 17 Prozent zurückgegangen.

Doch nicht nur die Stimmung in der EU hat sich gewandelt. Auch die Themen, die die Leute als wichtig wahrnehmen, sind inzwischen andere. Vor sieben Jahren, als die Schuldenkrise die Politik in Europa bestimmte, standen wirtschaftliche Themen ganz oben: Arbeitslosigkeit und die Staatsfinanzen beschäftigten die Leute. Vor drei Jahren standen die Einwanderung und der Terrorismus ganz oben auf der Prioritätenliste.

Inzwischen werden andere Themen wichtiger: Der Klimawandel bewegt vor allem die Skandinavier und die Iren, die Briten sorgen sich um die wirtschaftliche Situation, was mit den Brexit-Debatten zu tun haben dürfte. Im Rest des Kontinents macht nach wie vor die Einwanderung Sorgen.

Doch auch wenn sie nach wie vor das Thema Nummer eins ist, dominiert sie nicht mehr so stark. In vielen Ländern nennen bis zwanzig Prozentpunkte weniger die Einwanderung als das größte Problem der EU.

Im Jahr 2016 waren noch fast drei von fünf Deutschen der Ansicht, dass die Einwanderung das größte Problem ist, 2019 sind es nur noch zwei von fünf Leuten. In Großbritannien nennt nur noch jeder fünfte die Einwanderung, 2016 sah das noch jeder Zweite so. Nur in Griechenland hat sich an dem Anteil kaum etwas getan.

Gleichzeitig gewinnt der Klimawandel in der Wahrnehmung der Menschen an Bedeutung. Um 20 Prozentpunkte, in Finnland sogar um fast 30, ist der Anteil der Menschen gestiegen, die den Klimawandel als das größte Problem der EU ansehen.

Geringer war der Anstieg vor allem im Osten der EU. Aber auch in Polen und Ungarn hält inzwischen jeder Sechste den Klimawandel für das größte Problem. Das sind jeweils etwa zehn Prozentpunkte mehr als vor drei Jahren.

Überall in der EU hat sich die Stimmung also deutlich gewandelt, selbst in Großbritannien. Dort hat sich in den vergangenen Jahren etwas sehr bemerkenswertes abgespielt. Seit März 2018 halten die Briten den Frieden nicht mehr für die positivste Errungenschaft der EU, seitdem führt eben das die Liste an, was im Staffelfinale in London auf dem Spiel steht: der freie Personen- und Warenverkehr.

Datenrecherche: Matthias Janson ([Statista](#)), Jens Giesel, Gustav Theile

„Der Osten hängt noch immer am Tropf des Westens“

Hans-Werner Sinn (p. 3 KLIMAPOLITIK)

Münchner Merkur, 12./13. Oktober 2019, S. 3.

Hans-Werner Sinn, 71, hat schon zu Wendezeiten gewarnt: Bei der Transformation der einstigen DDR von einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft werden entscheidende Weichen falsch gestellt. Der wohl renommierteste deutsche Ökonom sah Fehlentwicklungen vor allem bei der Privatisierung der Ostbetriebe und in der Tarifpolitik. 30 Jahre später trafen wir den ehemaligen Chef des Münchner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, um mit ihm Bilanz zu ziehen – und einen Blick in die wirtschaftliche Zukunft zu werfen.

Was verbinden Sie persönlich mit der deutschen Wiedervereinigung?

Ich war 13 Jahre alt, als die Mauer gebaut wurde. Am 12. August 1961 war ich mit meinen Eltern in den Osten gefahren, um eine Tante zu besuchen. Als wir am Nachmittag zurückfahren wollten, war schon alles mit Stacheldraht abgesperrt. Das hat mich sehr beeindruckt.

Seit dem Mauerfall sind jetzt 30 Jahre vergangen. Noch immer bestehen erhebliche Ungleichheiten zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Warum ist das so?

Zunächst einmal zu den Zahlen. Fangen wir mit dem Positiven an: Die Rente liegt im Osten mittlerweile bei 123 Prozent des westdeutschen Niveaus, und das, obwohl die Preise dort niedriger sind.

Wie kommt das?

Man hat bei der Umstellung der Renten bei der Wiedervereinigung sehr großzügig gerechnet. Das betrifft die Altrenten, die heute ausbezahlt werden. Die zu erwartenden Neurenten, um die sich die aktuelle Diskussion dreht, sind natürlich nicht so hoch, weil ja im Osten auch die Löhne niedriger sind. Die Stundenlohnkosten liegen im Osten im Schnitt bei nur 81 Prozent des Westniveaus.

Das sind dann die weniger positiven Zahlen...

Ja. Die verfügbaren Einkommen im Osten inklusive der staatlichen Transfers liegen zwar bei 85 Prozent des Westniveaus, doch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nur bei 75 Prozent. Und auch das ist zu einem großen Teil durch die Verringerung der Zahl der Köpfe im Osten, also durch eine Massenabwanderung gen Westen, auf dieses Niveau gehoben worden. Das BIP-Wachstum selbst war nämlich seit 1995 nicht höher als im Westen. Rechnet man den Staatssektor heraus und betrachtet man nur die private Wertschöpfung, kommt man beim BIP auf gerade mal 62 Prozent des Westniveaus. Der Staatssektor ersetzt im Osten die fehlende Exportindustrie. Es gibt heute nur noch 850.000 Industriearbeitsplätze in Ostdeutschland. Ursprünglich waren es vier bis fünf Mal so viele.

Ernüchternd!

Man muss feststellen: Ein industrieller Wiederaufbau hat nur ansatzweise stattgefunden, es ist ein lediglich binnenwirtschaftlich orientierter Landesteil entstanden, der am Tropf des Westens hängt.

Wie ist es dazu gekommen?

Dafür gibt es viele Gründe, die wichtigsten sind die Privatisierungspolitik und die Tarifpolitik. Die Löhne wurden von Westgewerkschaften und Westarbeitgebern ausgehandelt, die im Osten ihre Niederlassungen gründeten, weil es die entsprechenden Tarifparteien im Osten noch gar nicht gab. Die Treuhandanstalt als Besitzerin der Ostunternehmen hat sich da lieber ganz herausgehalten. Die West-Arbeitgeber und West-Gewerkschaften hatten kein Interesse daran, dass sich Konkurrenten aus der ganzen Welt mit ihren Produkten und Marktkenntnissen der Treuhandfirmen bemächtigen und mit

ihrer Hilfe als Billiglohnanbieter auftreten würden. Den vom Westen gesteuerten Tarifpartnern konnten die Löhne für die potenziellen Konkurrenten im Osten gar nicht hoch genug sein.

Aber mussten die Löhne nicht so hoch sein, weil es sonst zu Massenabwanderungen gekommen wäre?

Man kann Löhne in der Marktwirtschaft nur durch die Nachfrage der Investoren nach Arbeitskräften hochziehen lassen, aber man kann sie nicht erfolgreich hochdrücken. Versucht man das, kommen die Investoren nicht. Mit einem Seil kann man ziehen, aber nicht schieben. Die Konsequenz der vorausseilenden Lohnerhöhungen war der dramatische Verlust an Arbeitsplätzen, den ich erwähnt habe. Dadurch kam die befürchtete Abwanderung erst recht in Gang. Ich bin überzeugt, dass eine andere Tarifpolitik zu mehr Wachstum, viel mehr Arbeitsplätzen und letztlich deutlich höheren Löhnen geführt hätte.

Gibt es nicht die Chance, das Versäumte nachzuholen?

Kaum. Der Zug ist abgefahren. Mit der Lohnpolitik hat man die Chancen verspielt, die Ostdeutschland dadurch hatte, dass es 15 Jahre früher als die meisten anderen Ex-Comecon-Länder in den großen Markt der EU integriert wurde. Man hätte den Vorsprung nutzen können, um sich Lieferbeziehungen und Marktpositionen im Westen aufzubauen. Heute kommt man gegen die Niedriglohnanbieter aus Polen, Tschechien und Ungarn kaum noch an.

Und was ist bei der Privatisierung schiefgelaufen?

Die Privatisierung durch die Treuhandanstalt war im Grunde eine Ramschaktion, bei der die gesamte ostdeutsche Wirtschaft auf einmal auf den Tisch kam. Das hätte ganz anders laufen müssen. Die Treuhandanstalt hätte Joint-Venture-Partner suchen können, ähnlich wie Skoda es mit Volkswagen tat. Die Japaner und viele andere scharrten ja schon mit den Hufen und wären bereit gewesen, sich zu engagieren. Es hätte dann die Möglichkeit gegeben, der ostdeutschen Bevölkerung Anteilsscheine im Umfang des Wertes der Minderheitsbeteiligungen der Treuhand zu übereignen, ähnlich wie der Einigungsvertrag es ja verlangte. Im Übrigen hätte man der ostdeutsche Bevölkerung die Wohnungen geben können, die zu DDR-Zeiten gebaut wurden. Stattdessen wurden die Wohnungsbestände zu Spottpreisen an westdeutsche Wohnungsunternehmen verkauft, die sie dann oft mit hohem Gewinn an internationale Immobilienfirmen weitergereicht haben, die heute in die Vollen gehen und Mieten verlangen, die den Ruf nach Enteignung laut werden lassen.

Kurz gesagt: Die Politiker wollten damals nicht auf den Rat der Ökonomen hören. Und haben als Quittung dafür die AfD bekommen?

Die Mischung aus Arbeitslosigkeit, fehlender wirtschaftlicher Dynamik und fehlendem Eigentum führte sicherlich zu der Frustration, die mithilfe der AfD stark zu machen.

Was kann man jetzt noch tun?

Wenn eine Industrie erst einmal zerstört ist, wird es schwer, Strukturen wieder in Gang zu setzen. Was man jetzt tun kann und muss, ist, innovative Projekte gezielt im Osten anzusiedeln. Ich halte es auch für wichtig, über einen Vermögensfonds nach norwegischem Vorbild nachzudenken, durch den die Gesamtbevölkerung, nicht nur jene im Osten, zu Vermögen kommen kann. Der ifo-Präsident Clemens Fuest hat dazu Vorschläge unterbreitet.

Kommen wir zur ökonomischen Gegenwart. Rutschen wir in eine Rezession?

Die guten Jahre seit 2010 sind vorbei. Die Industrie ist schon seit einem Jahr in der Rezession, sie schrumpft. Andere Sektoren wie etwa der Bau laufen noch sehr gut, aber in zwei, drei Jahren könnte die Krise auch auf den Immobiliensektor übergreifen.

Die EZB plädiert für Konjunkturprogramme...

Die würden nur der Binnenkonjunktur helfen – aber gerade die läuft ja noch. Gegen den Ausfall auf unseren Exportmärkten und auch gegen den Strukturwandel, den wir teils politisch erzwungen haben, helfen solche Programme leider nicht.

Sie meinen die Autobranche?

Ja. Die Beschlüsse zur CO₂-Reduktion, die die deutsche Umweltministerin in Brüssel mit abgenickt hat, sind verheerend für die deutsche Industrie.

Was meinen Sie?

Die politische Fixierung auf das Elektroauto bringt fürs Klima erst mal gar nichts, wenn man den CO₂-intensiven Herstellungsprozess der Batterien berücksichtigt und den Umstand, dass der Strom ja keineswegs nur aus erneuerbaren Quellen stammt. Beim heutigen deutschen Strommix wird der Auspuff überwiegend nur ins Kraftwerk verlagert. Nützen tut diese Politik anderen, zum Beispiel den französischen Autobauern, die ohnehin viele kleine Autos herstellen, die heute schon viele E-Fahrzeuge im Angebot haben und deren Kunden auf billigen Atomstrom zurückgreifen können.

Unsere Grünen verstehen nicht, dass E-Autos nicht grün sind. Leider hat sich ihre Naivität mit den französischen Industrieinteressen zu einer unheilvollen Allianz verbündet.

Ist das deutsche Blauäugigkeit?

Ich gehe noch weiter. Ich halte es für demokratiethoretisch nicht in Ordnung, wenn eine Ministerin in Brüssel ohne Beteiligung des deutschen Parlaments die mögliche Dezimierung unserer Autoindustrie mit beschließen darf. Man kann das politisch wollen. Aber dann muss sich der Bundestag damit beschäftigen. Das war nicht der Fall. Der Bundestag darf nur noch exekutieren und überwachen, was in Brüssel beschlossen wurde.

Wie wäre denn dem Klima besser geholfen?

Wirksame Klimapolitik braucht ein weltweit koordiniertes Vorgehen möglichst aller Länder, und dafür gibt es nur ein Mittel: den globalen Emissionshandel. Es allein zu versuchen, ist sinnlos, weil dann andere Länder bei fallenden Weltmarktpreisen jene Mengen an Brennstoffen verbrauchen, die wir freigeben. Wenn einige Länder vorangehen wollen, brauchen Sie einen weltumspannenden und von Anfang an recht großen und wirtschaftlich starken Klub der Gutwilligen, der im Inneren Freihandel gewährt und sich nach außen durch Zölle absichert, während er seine Emissionen durch einen gemeinsamen Emissionshandel koordiniert und begrenzt. Die Zölle müssen so gewählt sein, dass es attraktiv wird, diesem Klub beizutreten. Wir sollten nicht der Illusion erliegen, dass wir das Klima retten, indem wir mit gutem Beispiel vorangehen und unsere Industrie dabei lädieren.

Das Interview führten Corinna Maier und Georg Anastasiadis.

Nachzulesen auf www.merkur.de

159,43

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/bdi-chef-kempf-die-regierung-ruiniert-die-industrie-16449690.html?premium>

BDI-PRÄSIDENT IM GESPRÄCH:

„Die Regierung ist dabei, die deutsche Industrie zu ruinieren“

- VON JULIA LÖHR, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 25.10.2019-09:54

Dieter Kempf stellt der schwarz-roten Koalition eine vernichtende Halbzeitbilanz aus. Im F.A.Z.-Interview spricht der BDI-Chef über Klimaschutz, Bürokratie und zu geringe Investitionen.

Herr Kempf, die deutsche Wirtschaft ist zuletzt nicht mehr gewachsen, sondern leicht geschrumpft. Stehen wir vor einer Rezession?

Ich gehe davon aus, dass die Wirtschaft dieses Jahr gerade noch um 0,5 Prozent wachsen wird. In Richtung null würde es bei einem harten Brexit gehen. Der lässt sich hoffentlich verhindern.

Die Maschinenbauer sprechen von einer besorgniserregenden Lage. Das klingt nicht nach einer schnellen Besserung.

In vielen Betrieben gibt es schon seit sechs, teils auch neun Monaten Kurzarbeit. Nach zwölf Monaten endet das Kurzarbeitergeld, dann könnte es bitter werden. Deshalb wäre es gut, wenn Unternehmen das Instrument flexibler nutzen könnten.

Was stimmt Sie so optimistisch, dass Deutschland nur in einem kurzen Konjunkturtief steckt?

Das ist nicht ausgemacht. Es hängt davon ab, wie die Politik reagiert. Der Brexit und der Handelsstreit zwischen den Vereinigten Staaten und China belasten unsere Unternehmen am meisten. Dennoch sollte die Bundespolitik handeln. Wir haben einen massiven Investitionsstau in Deutschland. Wir sind zu einem Schnarchland geworden, weil es uns zehn Jahre richtig gut ging. Es ist höchste Zeit für ein Sofortprogramm, um private und öffentliche Investitionen zu stärken: Unternehmensteuer runter, Verwaltung digitalisieren, schneller genehmigen. Wenn die Regierung jetzt vorschlägt, wir sollten ein Turboplanungsrecht für Verkehrsprojekte einführen, damit wir so schnell werden wie unsere Nachbarländer, dann bin ich fast sprachlos. Das hat doch mit Turbo nichts zu tun. Wir müssen schneller werden als unsere Nachbarn, damit der Standort vorankommt. Wir brauchen dringend mehr Tempo.

Und weniger Bürgerbeteiligung, die Bauvorhaben blockiert?

Bürgerbeteiligung ist richtig und wichtig. Aber es muss flotter entschieden werden. Nehmen wir den Ausbau der Stromleitungen: Von den für die Energiewende notwendigen 7700 Kilometern sind gerade mal gut 1000 fertig. Bei mir zu Hause in einem Vorort von Nürnberg läuft eine Hochspannungsleitung direkt hinter meiner Lieblingsbäckerei vorbei. Die verkauft ihre Wecken dort schon seit mehr als 30 Jahren. Jetzt soll eine neue, leistungsstärkere Leitung gebaut werden. Und was passiert: In der Bäckerei meines Vertrauens liegt eine Unterschriftenliste dagegen aus.

Sie haben natürlich nicht unterschrieben.

Natürlich nicht. Ich habe die Mitarbeiter in eine Diskussion verwickelt, wo die Backöfen in der Bäckerei ihren Strom herbekommen. Diese zwiegespaltene Gesellschaft, die bereitet mir wirklich Sorgen. Alle wollen die Energiewende, nur bitte ohne neue Windräder, Solarpanels auf den Feldern oder neue Hochspannungsleitungen. Das ist absurd.

Laut der Umfrage einer großen Beratungsgesellschaft hat das Vertrauen in Produkte „made in Germany“ im Ausland rapide abgenommen, vor allem wegen des Verhaltens von VW und [Deutscher Bank](#). Ist die deutsche Wirtschaft schlechter als ihr Ruf?

Ganz sicher nicht. Ich finde es schmerzhaft, dass ein Vertrauensverlust nicht nur den Verursacher straft, sondern eine gesamte Branche oder die Industrie als Ganzes.

Wann hat Deutschland zuletzt ein Produkt entwickelt, bei dem die Welt sagt: wow?

Ständig, kein Wunder bei mehr als 1500 Weltmarktführern. Mir persönlich fällt sofort die Erfindung eines gewissen Wuppertaler Unternehmens ein, die weltweit in Küchen Kult ist.

Sie meinen den Thermomix?

Als Verbandschef möchte ich keine Namen nennen. Nur so viel: Ich habe auch so eine Kiste zu Hause. Und ich bin der typische Konvertit. Zuerst war ich skeptisch. Aber dann habe ich angefangen, damit zu kochen. Und wissen Sie was: Plötzlich kann so ein Kochtrottel wie ich kochen.

Zum Kempf'schen Haushalt gehören auch mehrere Oldtimer. Bleiben die in der Garage, wenn das Benzin wegen des CO2-Preises bald teurer wird?

Meine Oldtimer werden im Schnitt 500 Kilometer im Jahr bewegt. Eigentlich müsste ich die weiter ausfahren. Mit mehr CO2-neutralen Kraftstoffen lässt sich sogar aus einem alten Verbrenner ein umweltfreundlicheres Gefährt zaubern. Jeder braucht ein Hobby. Wichtig ist, sorgsam und vernünftig mit unseren Ressourcen umzugehen. In meinem Unternehmen habe ich immer und überall das Licht ausgemacht. Zum Einkaufen gehe ich mit Stofftasche, und zwar nicht erst, seit es Fridays for Future gibt. Im Hause Kempf gibt es auch keine Avocado, weil ich den Strauch hier noch nicht gefunden habe. Allerdings sage ich auch nicht: Esst nie wieder Avocados! Keiner sollte aus dem Klimaschutz eine Religion, einen Glaubenskrieg machen.

Machen wir das?

Deutschland ist auf dem Weg in eine Verbotskultur, weil zu viele Diskussionen einseitig geführt werden, zu egoistisch und unversöhnlich. Es kann nicht sein, dass in Berlin darüber entschieden wird, ob jemand im Bayerischen Wald ein Auto braucht oder nicht. Grundlage politischer Entscheidungen müssen die Lebensrealitäten der Menschen sein und keine unrealistischen Ziele.

Fühlt sich die deutsche Wirtschaft vom Klimaeifer der Regierung überrollt?

Wie die [Bundesregierung](#) Klimaschutz in Gesetze gießt, macht mich fassungslos. Damit kein Missverständnis aufkommt: Die Wirtschaft steht voll hinter dem Pariser Klimaschutzabkommen. Aber die Bundesregierung ist gerade dabei, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu ruinieren.

Auf wen sind Sie schlechter zu sprechen – auf Wirtschaftsminister [Peter Altmaier](#) (CDU) oder Umweltministerin Svenja Schulze (SPD)?

Die Umweltpolitik dieser Koalition hat nichts mit langfristig orientierten und klimapolitisch sinnvollen Zielen zu tun. Das ist schlampige Gesetzgebung. Nehmen Sie das Gesetz zum Emissionshandel: Samstag Abend um 20 Uhr erreichte uns der Entwurf, übrigens an unsere allgemeine E-Mail-Adresse info@bdi.eu, bis Montag 18 Uhr sollten Verbände und Gewerkschaften Stellung nehmen. Mit Verlaub: So nicht! Nicht nur wir im [BDI](#), auch die Bundestagsabgeordneten haben kaum Zeit, sich mit diesem so wichtigen Thema zu befassen. So macht die Exekutive ein parlamentarisches System kaputt.

Welcher Grüne wäre Ihnen als Wirtschaftsminister lieber – Annalena Baerbock oder Cem Özdemir?

Die Wirtschaft und die Grünen trennt inhaltlich noch sehr viel. Wir reden mehr miteinander als früher. Ich erlebe die Grünen als Gesprächspartner, die sehr gut zuhören und auch informiert sind. Trotzdem muss ihnen klarwerden: Deutschland braucht eine breit aufgestellte und leistungsstarke Wirtschaft, keine Konzentration auf die eine oder andere Technologie. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat das nach meinem Eindruck in seiner Partei am besten verstanden.

Am Sonntag wird in Thüringen gewählt. Wie sehr schadet die AfD mit ihren ausländerfeindlichen Parolen dem Wirtschaftsstandort Deutschland?

Ich reduziere das nicht auf eine Partei. Nationalistisches Gedankengut schadet dem Standort Deutschland erheblich. Wir brauchen Investitionen aus dem Ausland, wir brauchen ausländische Arbeitskräfte, auch Fachleute für die Industrie. Die nationalistischen Töne schrecken schon heute massiv Fachkräfte aus anderen europäischen Ländern ab. Sie kommen nicht zu uns, obwohl wir sie brauchen. Die Willkommenskultur schwindet. Als Ausländer hätte ich nicht das Gefühl, in Deutschland willkommen zu sein. Wir machen damit einen Riesenfehler.

Wie willkommen ist der chinesische Anbieter Huawei mit Blick auf den Aufbau des 5G-Netzes?

Es darf in einer offenen Marktwirtschaft nicht darum gehen, ein einzelnes Unternehmen auszuschließen. Die Bundesregierung muss rasch klare, ehrgeizige Sicherheitsstandards entwickeln. Diese müssen europaweit anschlussfähig sein und für jeden auf dem Markt gelten. Wer dieselben strengen Sicherheitsbedingungen erfüllt, ist willkommen. Wichtig ist, dass der Staat das genau überwacht. Mit einer Selbstverpflichtung der Unternehmen ist es nicht getan.

Nächste Woche findet der Digitalgipfel der Bundesregierung statt. Braucht es Veranstaltungen wie diese überhaupt noch?

Die Gipfel selbst wohl nicht, das ist eher Show. Aber die Zeit zwischen den Gipfeln, die ist wichtig. Da wird gearbeitet.

Braucht die Wirtschaft Gaia-X, die Datencloud, die der Wirtschaftsminister gerade plant?

Der Grundgedanke stimmt: Europa braucht eine eigene Cloud-Architektur. Damit meine ich ein technisches Regelwerk, das die Speicherung und den Austausch von Daten erleichtert. Ich bin sicher, es gibt den Bedarf. Mein alter Arbeitgeber ist ein gutes Beispiel, warum Unternehmen für eine technisch ähnliche Lösung mehr zu zahlen bereit sind: weil sie sich davon ein hohes Sicherheitsniveau versprechen. Im Zeitalter zunehmender Cyberangriffe und wachsender Künstlicher Intelligenz wird Datensicherheit immer entscheidender.

Sie haben Altmaier schon länger nicht mehr kritisiert – hat Sie versöhnt, dass er seine Industriestrategie nach Ihrem Protest überarbeitet?

Er ist auf unsere Kritik eingegangen. Jetzt sind wir gespannt auf das Ergebnis. Wenn er jetzt noch zum Strompreisgipfel einladen würde, den er seit anderthalb Jahren ankündigt, dann wären viele in der Industrie zufriedener.

Quelle: F.A.Z.

KLIMAWANDEL-DEBATTE:

Esst ruhig Fleisch!

- VON WINAND VON PETERSDORFF
- -AKTUALISIERT AM 25.10.2019-06:34



Fleisch ist in Verruf geraten, das Schnitzel nur noch mit Schuld zu verzehren. Dabei macht Fleischverzicht weder gesund noch rettet er das Klima. Der große Fleischreport.

Löschen Sie alles, was Sie in den letzten Jahren über rotes Fleisch gehört haben. Es ist nicht ungesund, und sein Beitrag zum [Klimawandel](#) ist geringer als propagiert. Eine jahrzehntelange Kampagne hat das Nahrungsmittel in Verruf gebracht und Menschen zu fleischarmen Diäten gedrängt, die ihrer Gesundheit schaden und den Klimawandel nicht stoppen können. Schlecht fundierte Forschung, kommerzielle Interessen und religiös-ideologische Vorstellungen prägen das Narrativ einer überlegenen fleischfreien Ernährung. Genauer Überprüfung hält dieses nicht stand.

An vorderster Front der jüngsten Bemühungen, den Menschen den Fleischkonsum auszureden, steht eine internationale Wissenschaftlervereinigung, angeführt vom veganen Harvard-Professor Walter Willett, die unter dem Label „EAT-Lancet“ eine pflanzenbasierte Diät für die ganze Menschheit propagiert. Sie hat zu Beginn des Jahres einen global beachteten Diätplan vorgelegt, der den Anspruch erhebt, gleichzeitig die Welt zu retten und die menschliche Gesundheit zu bewahren. Das Rezept: weitgehender Verzicht auf rotes Fleisch. Ein kleiner Hamburger mit 49 Gramm Rindfleisch in der Woche wäre gerade noch okay, mehr aber nicht.

Die Gruppierung, um die es geht, ist kein gewöhnlicher Wissenschaftler-Zirkel auf der Suche nach Erkenntnis. Es ist ein international bestens vernetztes Gremium mit Weltrettungsanspruch. Wichtiger Förderer ist die Denkfabrik EAT des norwegischen Milliardär-Ehepaars Stordalen, das sich dem Tierschutz verschrieben hat, einen aufwendigen Stil pflegt und sein Geld mit Hotels und Einkaufszentren verdient. Viele Mitglieder des EAT-Lancet-Zirkels sind selbst [Vegetarier](#), und einige haben ein kommerzielles Interesse an der Verbreitung des veganen Lebensstils, wie die New Yorker Publizistin Nina Teicholz, die Gründerin der Organisation „Nutrition Coalition“, detailgenau aufgeführt hat. Sie müssen deshalb mit dem Verdacht leben, dass sie voreingenommen sind in ihren Darstellungen des fleischlosen Lebens.

Ein belastbarer Beweis fehlt

Die EAT-Lancet-Streiter sind allerdings keine Einzelkämpfer, sondern nur Verstärker einer längst herrschenden Vorstellung vom gesunden Essen. Sie reihen sich ein in eine lange Linie von Forschern, Politikern, internationalen Organisationen und religiösen Führern, die die fleischarme Kost predigen und hartnäckig Einfluss auf die tägliche Ernährung der Menschen zu nehmen trachten. Wer erinnert sich noch an den famosen „Veggie Day“, den die Grünen mit heiligem Ernst in Deutschland einführen wollten?

Woher kommt es, dass der Pfad zum globalen Vegetarismus heute fast schon wie zwangsläufig vorgezeichnet wirkt? Die These, dass der Konsum von Rind- und Schweinefleisch ungesund ist, regiert schon seit Jahrzehnten die Ernährungspolitik in den Vereinigten Staaten, in Deutschland und in den meisten anderen Industrieländern. Es könne herzkrank machen, Krebs auslösen oder Diabetes. Eines haben die Propagandisten des reduzierten Fleischkonsums in all den Jahren allerdings versäumt: einen belastbaren wissenschaftlichen Beweis für ihre These zu präsentieren.

Das rächt sich jetzt. Gerade hat eine Gruppe von 14 Forschern aus sieben Ländern eine Serie von Analysen in den „Annals of Internal Medicine“ veröffentlicht, mit folgender brisanter Quintessenz: Für die inzwischen seit Jahrzehnten geltende Empfehlung, den Genuss von rotem Fleisch zu reduzieren, gibt es keine gute wissenschaftliche Basis. Die Evaluierung unter Mitwirkung des kanadischen Star-Wissenschaftlers Gordon Guyatt von der McMaster University in Hamilton gehört zu den größten, die je in diesem Feld unternommen wurden. Die Forscher haben de facto die gesamte moderne Ernährungsforschung, soweit sie Aussagen zur Gesundheitswirkung von Fleisch macht, einem rigorosen wissenschaftlichen Qualitätscheck unterzogen.

Gordon Guyatt ist nicht irgendwer. Er ist einer der Väter der evidenzbasierten Medizin. Sein akademisches Leben hat er der Frage gewidmet, wie man die Relevanz wissenschaftlicher Studien und ihrer Aussagegrenzen identifiziert, damit nur gut fundierte Erkenntnisse für die Behandlung von Patienten genutzt werden. Die von ihm und seinen Kollegen zu diesem Zweck entwickelte „Grade“-Methode ist weltweiter Standard in der Medizin. Jetzt haben die Forscher sie auf die Ernährungswissenschaft ausgedehnt. Das Ergebnis der Analysen erläutert Guyatt im Gespräch mit dieser Zeitung so: Es gebe tatsächlich eine Korrelation zwischen dem Konsum von rotem Fleisch und dem Aufkommen von Krebs- und Herz-Kreislaufkrankungen. Allerdings stehe der Beweis wissenschaftlich auf schwachen Füßen. Tatsächlich sei es unsicher, ob das Fleisch die Krankheiten auslöse. Und wenn, dann seien die Effekte sehr klein. Für die Zukunft der Ernährungswissenschaftler ist das ein brisanter und zugleich schockierender Befund.

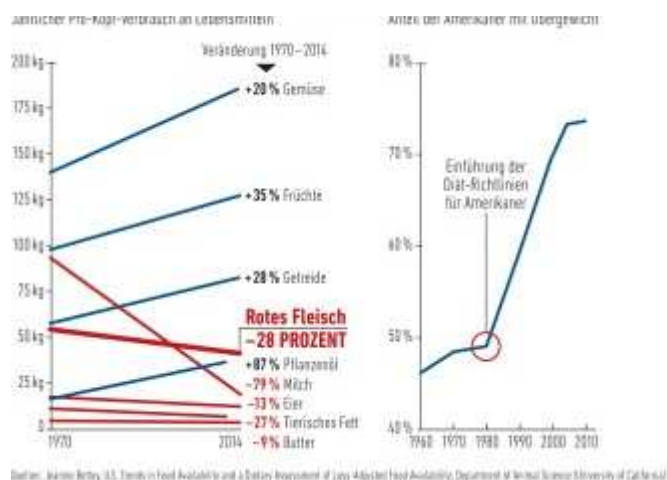


Bild: F.A.Z. Grafik Brocker

Guyatt und seine Mitstreiter haben dafür sämtliche verfügbaren Studien ausgewertet, die Aussagen über den Zusammenhang zwischen rotem Fleisch und Krankheiten treffen. Nur eine Minderheit waren sogenannte randomisierte kontrollierte Studien. Dafür werden Leute in zwei Gruppen aufgeteilt, eine Gruppe hat mindestens eine Fleischmahlzeit mehr auf dem täglichen Speiseplan als die andere. Solche Studien sind der Goldstandard in der Erkenntnisgewinnung. Sie sind gleichwohl selten, weil sie so aufwendig für alle Beteiligten sind.

Deshalb greifen die Forscher überwiegend auf sogenannte Beobachtungsstudien zurück. Dafür werden Leute gefragt, was sie gegessen haben. Wenn sie besonders krank oder besonders gesund sind, dann könnte das an ihren Ernährungsgewohnheiten liegen. Leider lügen Leute in Befragungen oft ihr

Verhalten schön. Oder sie erinnern sich falsch. Das lässt die Qualität vieler Aussagen von vorneherein fragwürdig erscheinen.

Schwerer wiegt aber eine alte Regel für die Interpretation von statistischen Daten: Korrelationen sind keine Kausalitäten. In westlichen Gesellschaften beispielsweise, in denen urbane Eliten den Fleischkonsum als ungesund diskreditieren, sind Fleischesser eher Leute, die auch sonst auf ihre Gesundheit pfeifen. Sie machen keinen Sport, rauchen, trinken und essen zu viel. Werden diese Leute krank, kann das deshalb viele Gründe haben. Verfälschend hinzu kommen die Möchtegern-Vegetarier, die ihren Fleischkonsum verheimlichen. Sie sind eher gesundheitsbewusst, sportlich aktiv und womöglich dank eines Lebensstils gesünder, dessen wahre Zutaten die Forscher gezwungenermaßen fehlinterpretieren, weil sie ihnen verschwiegen wurden.

Qualitativ fragwürdige Beobachtungsstudien bestimmen seit Jahrzehnten den Diskurs über die richtige Ernährung. Die Wissenschaftler kennen diese gravierende Einschränkung der Aussagekraft ihrer Untersuchungen. Eigentlich. Das hindert sie aber selten daran, ihre Studien so zu vermarkten, als ob sie Kausalitäten bewiesen hätten. Der Medizinforscher John Ioannidis leitet das „Meta-Research Innovation Center“ an der Universität [Stanford](#) in Kalifornien und ermittelt mit mathematischen Methoden, wo und wie wissenschaftliche Studien falsch liegen. Ein besonders abwegiges Beispiel für ein vermeintliches Forschungsergebnis hat er 2013 aufgespießt: Zwölf Haselnüsse täglich, heißt es da in einer Forschungsarbeit, verlängern das Leben um zwölf Jahre. Ein Lebensjahr pro Nuss, das wäre gewiss revolutionär. Ist aber Unfug.

In einer Untersuchung zur Qualität der Ernährungsforschung hat Ioannidis Folgendes gefunden: Von 50 zufällig aus einem populären Kochbuch ausgewählten Zutaten sind 40 in Ernährungsstudien mit Krebsrisiko verbunden. Mal machen sie demnach krank, mal wehren sie Krebs ab. Manche Zutaten machen sogar beides, je nach Untersuchung. Drei Viertel der Risikoschätzungen waren allerdings statistisch gar nicht signifikant oder nur gering. Mit anderen Worten, die Beweislage war schwach. Das halte die Autoren aber nicht ab, ihnen große Effekte zuzuschreiben, berichtet Ioannidis, der konsequenterweise auch die Wissenschaft hinter dem EAT-Lancet-Diätplan als „Science Fiction“ bezeichnet. Tatsächlich sind es ausgerechnet die unzuverlässigen Beobachtungsstudien, die den von Gordon Guyatt und seinen Kollegen beschriebenen schwachen Zusammenhang zwischen Fleischkonsum und Krankheiten gezeigt haben. Die mit Abstand größte randomisierte kontrollierte Studie konnte keinen Zusammenhang zeigen.

Die Ergebnisse entlarven laut Guyatt eine bestimmte Fraktion von Ernährungswissenschaftlern, die er mit harschen Worten kennzeichnet: Sie behaupten fragwürdige kausale Effekte, verraten ihrem Publikum aber nicht, wie klein die gefundenen Effekte in Wahrheit seien. Sie ignorieren die persönlichen Vorlieben und Werte der Leute. Und sie schreiben Bürgern vor, was sie tun sollen, statt ihre Wahlfreiheit zu respektieren. Zudem verlangten diese Ernährungsforscher, nach laxeren Wissenschaftsstandards spielen zu dürfen als der Rest der Naturwissenschaften. Guyatt hält das für inakzeptabel und besorgniserregend. Er lässt keinen Zweifel, gegen wen seine Breitseite gerichtet ist: gegen EAT-Lancet, den Harvard-Forscher Walter Willett und seine Adepten in aller Welt.

„Na und?“, könnte man fragen. Was ist so schlimm daran, ein paar wissenschaftliche Standards zu verletzen, dafür den Menschen aber vegetarisches Essen nahezubringen? Tatsächlich haben die fragwürdigen wissenschaftlichen Ergebnisse aber auch Eingang in regierungsamtliche Ernährungsempfehlungen gefunden, die zum Beispiel in den Vereinigten Staaten den Speiseplan von Soldaten, Schülern öffentlicher Schulen, Armenküchen und Patienten in staatlichen Hospitälern bestimmen.

Die Wirkung reicht über diese Gruppen hinaus. Wie Nina Teicholz, die New Yorker Autorin des Bestsellers „The Big Fat Surprise“ nachzeichnet, halten sich viele Amerikaner sogar ziemlich treu an die Regierungsempfehlungen. Sie konsumieren heute mehr Obst, Gemüse, Getreideprodukte und fettarmes Hühnerfleisch als vor dreißig Jahren, dafür deutlich weniger rotes Fleisch und tierische Produkte wie Butter, Vollmilch oder Eier. Leider gibt es aber keine Hinweise, dass diese Diät ihrer Gesundheit genutzt hätte. Im Gegenteil: 1980 hat die amerikanische Regierung begonnen,

Ernährungsrichtlinien zu veröffentlichen. Seitdem ist der Anteil der Übergewichtigen und Fettleibigen in den Vereinigten Staaten vom lange konstanten Niveau von unter 50 Prozent auf 73 Prozent gestiegen. Eine der Folgen: Mehr als die Hälfte der Amerikaner leidet unter Diabetes oder der Vorstufe Prädiabetes. Betroffen sind nicht nur Fettleibige. Einzelne Studien zeigen, dass mehr als die Hälfte der Menschen mit diagnostizierten Essstörungen wie Magersucht Veganer oder Vegetarier waren. Ein Drittel der Online-Celebrity-Veganer mit mehr als 100 000 Anhängern auf Youtube hat die Diät inzwischen aufgegeben, zeigt eine Nachforschung des Bloggers Ben Hunt. Der Fleischverzicht ist ihnen nicht bekommen, geben demnach viele zu.

Es gilt auch hier: Korrelationen sind keine Kausalitäten. Aber das Krankheitsbild der Bevölkerung in Industrienationen lege doch die Forderung nahe, die herrschenden Vorstellungen von gesunder Ernährung zu überdenken, sagt Frederic Leroy, Mikrobiologe und Ernährungsspezialist an der Freien Universität Brüssel. „Wir sollten aufhören, ein nährstoffreiches Lebensmittel wie rotes Fleisch zum Sündenbock für falsche Ernährung in der westlichen Welt zu machen, und lieber jene omnipräsenten Snacks vermeiden, die vor allem aus Zucker, Stärke und Speiseöl bestehen.“

Viel spricht dafür, dass Fleisch schlicht gesund ist

Gesunder Menschenverstand kann dabei nicht schaden. Vom Mikrobiologen, Blogger und Diät-Coach Dennis Mangan stammt folgende griffige Darstellung: Wenn wir die 2,4 Millionen Jahre menschlicher Evolution auf 24 Stunden komprimierten, dann würden wir Folgendes lernen: Wir essen seit 24 Stunden Fleisch, aber erst seit sechs Minuten Weizen und seit vier Sekunden industriell verarbeitete Nahrung. Archäologen haben herausgefunden, dass Menschen zu ungefähr jener Zeit anfangen, Tiere mit Steinwerkzeugen zu schlachten. Im Laufe der Zeit verloren die Menschen die Fähigkeit, das wichtige Vitamin B12 zu absorbieren, und mussten es deshalb über tierische Produkte aufnehmen, berichtet der Brüsseler Forscher Leroy. Fleisch wurde für die Ernährung so wichtig, dass sein Mangel schon im Pleistozän krank machte, haben Archäologen aus 1,5 Millionen Jahre alten Skeletten geschlossen.

Einfach gesagt: Menschen haben sich daran angepasst, dass ihre Ernährung Fleisch enthält. Das heiße nicht zwangsläufig, dass nicht auch fleischarme Kost gesund sein könne, hebt Leroy hervor. Allerdings wäre Homo sapiens dann eine spektakuläre Ausnahme von der Regel, dass Lebewesen gedeihen, wenn sie das essen, worauf sich ihr Körper über Hunderttausende Jahre eingestellt hat.

Es klingt ungewohnt in diesen Tagen, aber vieles spricht dafür, dass Fleisch schlicht gesund ist. Es enthält, so sagt es der kanadische Forscher Andrew Mentore, hochqualitatives Protein, B-Vitamine, Zink, Eisen, Magnesium und ungesättigtes Fett, wie man es auch in Olivenöl findet. Mentore leitet aktuell eine der ambitioniertesten Ernährungsstudien, die je unternommen wurde. Die Forscher begleiten dafür 135 000 Menschen auf fünf Kontinenten über zehn Jahre hinweg. Ein Ergebnis: Frisch zubereitetes Fleisch scheint in Maßen (bis zu eine Mahlzeit am Tag) eher gut als schlecht zu sein für die Gesundheit.

Der zweite schwere Schlag

Das ist der zweite schwere Schlag gegen die seit Jahrzehnten herrschende Ernährungsdoktrin, deren Ursprung die Sieben-Länder-Studie aus den sechziger Jahren bildet. Ihr ist letztlich die Vorstellung zu verdanken, gesättigte Tierfette, die besonders in rotem Fleisch vorkommen, verstopften die Adern und lösten Herzinfarkte aus. Auf diese Studie sei die Entstehung des gewaltigen Marktes für Low-Fat-Produkte zurückzuführen, sagt Andrew Mentore. Doch weist sie schwere methodische Mängel auf. Die Autoren hätten zum Beispiel in der Datenauswahl hemmungslos nach Rosinen gepickt, die ihre These stützten. Obwohl die Studie deshalb heute weitgehend als widerlegt gilt, hält sich die Vorstellung der vom tierischen Fett verstopften Adern hartnäckig. So stark ist das Bild.

Der Kampf um die richtige Ernährung für die Menschheit hat gerade erst begonnen. Eine Gruppe von Wissenschaftlern versuchte tatsächlich, die Guyatt-Studien zu unterdrücken. Sie forderten die „Annals of Internal Medicine“ dazu auf, die Aufsatz-Serie zurückzuziehen. Guyatt sagt, mit Kritik habe er

gerechnet. Die Reaktionen nach der Veröffentlichung seien aber hysterisch gewesen. Zudem wurde einem der Autoren unterstellt, er habe Zuwendungen aus der Industrie zu verschweigen versucht. Das stimmte zwar nicht, war der „New York Times“ aber einen längeren Text wert.

Doch das sind nur Scharmützel. Die Aktivisten haben längst eine neue Front aufgemacht: Seit einigen Jahren hat sich der Akzent in den Anti-Fleisch-Kampagnen verschoben, weg von der Tierwohl-Idee und der Sorge um die menschliche Gesundheit hin zur Klimakatastrophe. Die fleischlose Kost wird nun zunehmend als zwingendes Gebot im Kampf gegen den Klimawandel beschrieben. Die Welt muss vegan werden, damit sie nicht verbrennt, lautet das neue Mantra, das offenbar besonders unter jungen Leuten verfährt. Internationale Organisationen machen sich das Argument zu eigen.

Politiker und nicht zuletzt Tierschutzorganisationen wie Peta kritisieren die Nutztierhaltung als Hauptverursacher der Erderwärmung. Sie berufen sich dabei auf höchste Autorität, einen Bericht der Welternährungsorganisation FAO von 2006, der die Tierproduktion als wichtigste Quelle für Treibhaus-Emissionen identifiziert. Die Organisation hat die Studie seitdem zwar revidiert, die Aktivisten zitieren sie aber munter weiter.

Die Kuh steht trotzdem nicht ganz zu Unrecht am Klima-Pranger. Wiederkäuer produzieren bei der Verdauung Methan. Das Gas ist gefährlich. Klimawissenschaftler messen Methan ein „global warming potential“ zu, das dem 28-Fachen von CO₂ entspricht. Eine Einheit Methan ist, so gesehen, 28 Mal so schlimm wie eine Einheit Kohlendioxid. Das ist die Rechnung, die auch im Weltklimabericht verwendet wird. Nur ist das nicht die ganze Wahrheit. Denn es gibt einen entscheidenden Unterschied: Während CO₂ für viele hundert Jahre in der Atmosphäre bleibt, zerfällt Methan. Es hat eine Halbwertszeit von zehn Jahren. Das hat Konsequenzen: Während gleichbleibende Methan-Emissionen das Klima nicht zusätzlich erwärmen, führen gleichbleibende CO₂-Emissionen die Welt näher an die Klimakatastrophe.

Der Unterschied ist erheblich, wie Michelle Cain von der Universität Oxford darlegt. Sollten, wie vielfach gefordert, Emissionen besteuert werden nach Maßgabe des „global warming potential“, dann würden Viehhalter unfair behandelt. Das wird offensichtlich, wenn man ein Kohlekraftwerk oder eine Autoflotte mit einer Kuhherde vergleicht. Sobald ein Kohlekraftwerk geschlossen wird, würde es in diesem Szenario nicht mehr mit einer CO₂-Steuer belastet werden. Dabei erwärmt das von ihm ausgestoßene Kohlendioxid die Atmosphäre auch noch Tausende Jahre nach der Schließung. Eine Herde Kühe dagegen trägt schon wenige Jahre nach der Anschaffung nicht mehr zusätzlich zum Klimawandel bei, weil sich emittiertes Methan und zerfallendes Methan neutralisieren. Das beim Zerfall von Methan entstehende CO₂ wird von Pflanzen aufgenommen, die von Kühen gefressen werden. Das dabei entstehende Methan zerfällt wieder. „Es ist ein Kreislauf“, sagt Frank Mitloehner, Agrarprofessor an der Universität von Kalifornien in Davis. Trotzdem müsste der Viehhalter immer weiter CO₂-Steuern bezahlen. Die entlastende Kreislaufeigenschaft des Methans kommt indes – nicht nur nach Mitloehners Wahrnehmung – in der öffentlichen Debatte nicht vor. Freigesprochen werden kann die Kuh also nicht, aber ihr Beitrag zum Klimawandel verschwindet hinter dem von Kohlekraftwerken, Zementfabriken und dem Autoverkehr zu einer Randgröße. Würden die Vereinigten Staaten komplett vegan, würden ihre Treibhausgas-Emissionen um 2,6 Prozent sinken. Das Land wäre aber außerstande, die Nährstoffe für eine gesunde Ernährung seiner Einwohner bereitzustellen. Der Klima-Effekt einer kompletten Veganisierung Deutschlands wäre so gering, dass er nicht einmal messbar wäre, sagt Frank Mitloehner.

Wasserverbrauch nicht so hoch, wie oft behauptet

Ein anderes Argument von Vegetariern ist der Wasserverbrauch der Rinderzucht. Dieser liegt jedoch deutlich niedriger als oft behauptet wird, bei etwa 200 Liter pro Kilogramm Fleisch – unter der Voraussetzung, dass ein Rind 500 Tage lebt, täglich 50 Liter Wasser trinkt und 125 Kilogramm Fleisch ergibt. Selbst wenn man mehr Wasserverbrauch unterstellt: Mehr als 90 Prozent davon ist Regenwasser. Das ist unproblematisch, weil kein Grund- oder Trinkwasser abgezweigt wird.

In der Klimadebatte ist noch eine andere Milchmädchen-Rechnung populär. Die Idee, dass das Weideland fürs Rindvieh schlicht umgepflügt werden müsste, um darauf Getreide oder andere Ackerfrüchte anzubauen und auf diese Weise mehr Nahrungsmittel für die Menschheit zu ernten, ist naiv. Viehhaltung wird traditionell auf Flächen praktiziert, die gerade nicht für den Ackerbau geeignet sind. Auch wird für den Futteranbau selten gerodet. Der Boden ist nicht gut genug, oder es gibt nicht genug Wasser. Es stimmt zwar, dass zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche für Tierhaltung genutzt werden. Aber dabei handelt es sich überwiegend um Land, das nur dank Viehhaltung überhaupt für die menschliche Ernährung nutzbar ist.

Steigt die Nachfrage nach Fleisch und Milch weiter, drohen für neue Weideflächen und Sojafelder mehr Wälder gerodet zu werden, die als Klimasenken eine wichtige Rolle spielen. Die Bilder aus Brasilien sind noch gegenwärtig. Soja ist eines der wichtigsten Exportgüter des Landes. Es dient als Schweinefutter vor allem in Schwellenländern, für Sojaöl und in für den menschlichen Verzehr. Verschweigen sollte man nicht, dass Sojaproteine im Zentrum viele vegetarischer Diäten stehen. Eine wachsende Rolle spielt zudem die Umwandlung von Sojaöl in Biodiesel. Auch wenn die Rolle der Tierhaltung überschätzt werde, sei jeder vernünftige Mensch besorgt über Abholzungen im Regenwald, sagt Forscher Leroy. Doch ist diese Entwicklung nicht zwangsläufig. Acker- und Weideland kann, wenn es richtig genutzt wird, deutlich ertragreicher werden und im Nebeneffekt sogar die Klimabilanz verbessern.

Die Herausforderung, die bis 2050 auf voraussichtlich zehn Milliarden Menschen anwachsende Weltbevölkerung zu ernähren, sei ohne Viehhaltung schlicht nicht zu bewältigen, sagt Mitloehner. Zumal die Nutztiere noch einen Riesenvorteil haben: Sie sorgen für den natürlichen Dünger auf rund der Hälfte der Ackerfläche weltweit. Ohne Mist und Gülle müsste man mehr Kunstdünger produzieren. Das ist besonders energieintensiv, mit entsprechenden Folgen für die Klimabilanz.

Ein Verdacht vieler Viehhalter lautet, dass die neue Obsession, mit individuellen Beiträgen wie dem Befolgen einer veganen Diät etwas gegen den Klimawandel tun zu können, bloß den großen Verschmutzern in die Karten spiele und von den fundamentalen Herausforderungen ablenke. Um die Erderwärmung wirklich zu stoppen, schreibt der Klimaforscher Michael Mann, gebe es keine Alternative dazu, einen Großteil der Kohle, des Öls und des Erdgases im Boden zu lassen.

Vorerst profitieren nicht nur die Förderer dieser fossilen Energieträger davon, dass Fleisch als Klimakiller in Verruf geraten ist, sondern auch die Hersteller von pflanzlichem Fleischersatz. Das amerikanische Unternehmen „Impossible Foods“ hat einen Hamburger auf den Markt gebracht, der ähnlich blutig wie richtiges Rindfleisch ist. Klimaschutz, sagt der Unternehmensgründer Pat Brown, ist das zentrale Motiv. Im Labor wurden Pflanzenmoleküle ingenieurtechnisch so bearbeitet, dass sie wie Fleisch schmecken. Brown hat die Absicht, den Fleischkonsum der Menschheit bis 2035 auch durch pflanzliche Laborprodukte zu ersetzen.

Zu den Investoren von Impossible Food gehört die Stiftung Good Ventures, hinter der unter anderem der Facebook-Mitgründer Dustin Moskowitz steht. Die Stiftung hat sich dem Tierwohl verschrieben. Vor zwei Jahren machte sie der britischen Zeitung „The Guardian“ 2017 eine zweckgebundene Spende. Für knapp 900.000 Dollar lieferte die Zeitung daraufhin eine Serie über „Grausamkeit gegen Tiere auf Bauernhöfen“ und industrielle Landwirtschaft. Solche Beiträge helfen den Weg zu bereiten für die große Alternative: Nahrung aus dem Labor. Das müsste ein paar Naturfreunde doch nachdenklich machen.

Quelle: F.A.S.

25. Oktober 2019

Was ist das Erbe von Draghis Zinspolitik?

Nach acht Jahren hat Mario Draghi diesen Donnerstag sein Amt als EZB-Präsident niedergelegt. Nachfolgerin wird Christine Lagarde. Draghis Amtszeit war durch eine Niedrigzinspolitik geprägt, mit welcher der Euro stabilisiert und das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden sollte. Kommentatoren bewerten den Erfolg dieses Kurses unterschiedlich.



KAUPPALEHTI (FI) / 24. Oktober 2019

Kreativer Euro-Verteidiger

Draghi hat vor allem für die Rettung der europäischen Währung Bedeutendes geleistet, resümiert Kauppahti:

„Draghi hat in seiner achtjährigen Amtszeit die Grenzen des Mandats ausgeweitet. Er wird als unnachgiebiger Verteidiger des Euro in Erinnerung bleiben. Seine legendären Worte 'whatever it takes' während der Eurokrise 2012 gingen in die Geschichte ein. ... Draghi wurde dafür gelobt, das Instrumentarium der Zentralbank kreativ genutzt zu haben. ... Man kann sagen, dass Draghi bei der Rettung des Euro erfolgreich war. Seine Unnachgiebigkeit und die Tatsache, dass Griechenland davor bewahrt wurde, aus der Eurozone zu rutschen, haben Vertrauen in die Gemeinschaftswährung geschaffen. Trotz seiner Errungenschaften hat er aber nicht das Ziel erreicht, die Inflation zu erhöhen, obwohl er so viel Geld wie nie zuvor in den Markt gepumpt hat.“

[Zum Originalartikel](#)

EL ECONOMISTA (ES) / 25. Oktober 2019

Beim wichtigsten Auftrag versagt

El Economista zieht eine kritische Bilanz von Draghis Amtszeit:

„Viele Wirtschaftswissenschaftler loben seine Rolle bei der Rettung Griechenlands. Er hat den Euro konkurrenzfähiger gemacht und es ermöglicht, neue Arbeitsplätze zu schaffen ... Allerdings hat er es nicht geschafft, den wichtigsten Auftrag der EZB zu erfüllen: die Inflationsrate auf ein Niveau knapp unter zwei Prozent zu erhöhen. Und zwar kein einziges Mal in seinem achtjährigen Mandat. ... Hinzu kommt, dass er einen Vorstand verlässt, der zerstrittener ist denn je. Mehr als einem Drittel der Mitglieder (darunter Frankreich) bereiten die Folgen der im September beschlossenen Anreizpolitik Sorgen. Sie haben sich gegen eine Umsetzung ausgesprochen. Lagarde muss die Spaltung jetzt überwinden und die Eurozone in die Normalität zurückführen.“

[Zum Originalartikel](#)

NRC HANDELSBLAD (NL) / 24. Oktober 2019

Nationale Interessen vergiften EZB-Vorstand

Welch schwieriges Erbe Draghi hinterlässt, skizziert NRC Handelsblad:

„Draghi nutzte die Tatsache, dass alle Euroländer faktisch eine gleichwertige Stimme haben, von Malta bis Deutschland. So konnte er während der sehr kontroversen Sitzung im September Länder, die

gemeinsam die Mehrheit der Bevölkerung der Euro-Länder, ihrer Wirtschaftskraft und des bei der EZB eingelegten Euro-Kapitals stellen, an die Seite drängen. ... Mit ihm wurde nicht nur die Politik der EZB politischer, sondern auch die Bank selbst. Da er es versäumte, eine breite Basis für seine Politik zu schaffen, ließ Draghi das Gift der Nationalinteressen in den Vorstand tröpfeln. Seine Nachfolgerin muss viel reparieren.“

□ **Zum Originalartikel**

WIENER ZEITUNG (AT) / 24. Oktober 2019

Nullzins-Gegner bleiben in der Minderheit

Warum die von Draghi verfochtene Nullzinspolitik auch unter seiner Nachfolgerin weitergehen wird, erklärt die Wiener Zeitung:

„Jens Weidmann, Chef der Deutschen Bundesbank, fordert zusammen mit einer Reihe von Kollegen in anderen Euro-Staaten dringend eine Wende; auch der neue österreichische Nationalbank-Gouverneur Robert Holzmann fordert eine Rückkehr zur Stabilitätspolitik. Sie haben sehr gute Argumente auf ihrer Seite: die laufende Enteignung der Sparer durch die Nullzinspolitik, die unzulässige Staatsfinanzierung vor allem der Staaten der südlichen Peripherie, letztlich das Aushebeln marktwirtschaftlicher Mechanismen insgesamt. Leider ist realistischlicherweise kaum damit zu rechnen, dass sich die Aufständischen von der Stabilitätsfraktion durchsetzen werden. Denn rein numerisch sind sie (noch?) in den entscheidenden Gremien der EZB in der Minderheit.“

<https://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-thueringen/landtagswahl-in-thueringen-es-muss-auch-mit-der-linken-gehen-16455871.html?premium>

NACH DER THÜRINGEN-WAHL:

Es muss auch mit der Linkspartei gehen

- EIN KOMMENTAR VON STEFAN LOCKE
- -AKTUALISIERT AM 28.10.2019-21:14



Wieder einmal muss in Thüringen politisch Neuland betreten werden. Doch allen Unkenrufen zum Trotz droht weder Chaos, noch ist das Land unregierbar.

In Thüringen wird zum zweiten Mal binnen fünf Jahren politisch Neues ausprobiert werden. 2014 hat kaum jemand geglaubt, dass Deutschlands erste rot-rot-grüne Koalition, noch dazu unter Führung der Linken und mit nur einer Stimme Mehrheit im Landtag, funktionieren könnte. Am Ende aber hat das Bündnis trotz aller Schwierigkeiten und auch mit Glück durchgehalten. Ausgerechnet das ländlich geprägte Thüringen, dessen größte Stadt Erfurt gerade einmal 200.000 Einwohner hat, wurde damit auch noch zum Vorbild für ähnliche Koalitionen in den Großstädten Berlin und Bremen.

Thüringen geht es heute nicht schlechter als vor fünf Jahren, im Gegenteil; auch gibt es hier nach wie vor Bratwürste und Bananen, wie am Wahlabend mehrfach ironisch angemerkt wurde. Rot-Rot-Grün hat das Land nicht umgekrempelt, sondern ganz ordentlich verwaltet, wie selbst Bodo Ramelow zugegeben hat, der im Übrigen beim Regieren Maß und Mitte wahrte und darauf achtete, dass insbesondere seine Partei nicht überschnappte.

Dabei half auch die außerordentlich gute Konjunktur; so konnte das Bündnis sich und seiner Klientel ein paar Lieblingsprojekte wie zwei beitragsfreie Kindergartenjahre spendieren und zugleich mehr als eine Milliarde Euro Schulden abbauen.

Grüne wecken mit Rigorismus Ängste

Dass es dennoch nicht für eine Fortsetzung reicht, hat viele Gründe, zwei entscheidende haben mit den kleinen Koalitionspartnern SPD und Grüne zu tun. Die SPD kann sich, sofern sie nicht wie in Brandenburg den Ministerpräsidenten stellt, nicht vom negativen Bundestrend lösen, und die Grünen wecken mit ihrem Rigorismus gerade auf dem Land Ängste.

Warum etwa großflächig Wald abgeholzt werden soll, um Windräder aufzustellen, lässt sich, noch dazu in Thüringen, kaum vernünftig vermitteln. Die Linke als Partei des Ministerpräsidenten wiederum profitierte von der Auseinandersetzung mit der AfD, was auch schon in Brandenburg und Sachsen die jeweiligen Amtsinhaber stärkte – und zu Lasten kleiner Koalitionspartner und der Opposition ging.

So muss nun also in Thüringen abermals politisch Neuland betreten werden. Und wiederum allen Unkenrufen zum Trotz droht weder Chaos, noch ist das Land unregierbar. Tradierte Mehrheiten, starke Volksparteien und große Koalitionen sind Vergangenheit, stattdessen wird es zuerst in den Ländern und früher oder später auch im Bund Dreier- oder sogar Viererbündnisse geben oder wie in Thüringen

eine Minderheitsregierung. In diesem Fall Linke, SPD und Grüne, die von der FDP oder gar der CDU toleriert werden.

Diese Form des Regierens mag anstrengend sein, hätte aber den Charme, jenseits einer Koalitionsräson inhaltlich zu streiten und zu debattieren, was gerade den oft langweiligen Landtagen und damit deren Ansehen in der Bevölkerung und auch der Demokratie nur guttun könnte. Thüringen mit seinen zwei Millionen Einwohnern und einem Politikbetrieb, in dem jeder jeden kennt, hat dafür womöglich genau die richtige Größe. Einig sind sich alle Parteien vernünftigerweise auch darin, in keiner Weise mit der AfD zusammenzuarbeiten, in der ein Extremist den Ton angibt, der die Verhältnisse umstürzen will.

Dennoch ist diese AfD von einem Viertel der Wähler gewählt worden. Festzuhalten bleibt aber auch, dass die übergroße Mehrheit der Thüringer – wie im September auch der Brandenburger und der Sachsen – nicht AfD gewählt hat. Dass diese radikale Partei dennoch am Wahlabend, vor allem in Reden aus Berlin, abermals in einen Topf mit der Linken gesteckt wurde, zeigt entweder Unwissen oder Ignoranz gegenüber den Verhältnissen im Osten.

Die Linke regiert sozialdemokratisch

So sehr solche Einschätzungen für manchen spartakistisch geprägten, westdeutschen Landesverband der Linken richtig sein mögen, so sehr gehen sie an der Realität im Osten der Republik vorbei, erst recht an der in Thüringen unter Ramelow, wo die Linke weder radikal noch die Speerspitze des Fortschritts ist, sondern sozialdemokratisch regiert.

Wenn Umfragen zufolge siebzig Prozent der Thüringer sagen, Ramelow sei „ein guter Ministerpräsident“, und selbst sechzig Prozent der CDU-Wähler diese Ansicht teilen, widerspricht es der Lebenserfahrung, dass das alles Ewiggestrige, Irre oder „rote Socken“ sind. Auch der am Wahlabend oft gehörte Satz, es gebe keine Mehrheit mehr für die politische Mitte, trifft zumindest für Thüringen nicht zu, weil die Linke hier längst Mitte ist, was wiederum in Umfragen fast die Hälfte der Thüringer genauso sieht. Schließlich sagen 69 Prozent der vor der Wahl intensiv befragten Einwohner dieses Landes, dass die CDU neu über eine Zusammenarbeit mit der Linken entscheiden solle, was auch 68 Prozent der CDU-Wähler im Freistaat finden.

Thüringens CDU-Chef Mike Mohring hat das – getrieben von einem desaströsen Wahlergebnis und der Aussicht, weitere fünf Jahre in der Opposition zu schmoren – nach einer kurzen Nacht als Auftrag verstanden und am Montag eine Zusammenarbeit mit der Linken ins Spiel gebracht. Auch wenn die Partei und Ramelow das, nicht zuletzt wegen der heftigen Angriffe der CDU im Wahlkampf, vorerst ausschlagen dürften, könnte es durchaus sein, dass Thüringen auch hier über kurz oder lang ein neues Experiment wagt.

NATO-AUSTRITT VON AMERIKA:

Kann Europa sich selbst verteidigen?

- VON LIANA FIX UND BASTIAN GIEGERICH
- -AKTUALISIERT AM 28.10.2019-10:52



Europas Sicherheit befindet sich in der Krise. Was würde passieren, wenn sich die Vereinigten Staaten aus der Nato verabschieden? Ein Gastbeitrag.

Es ist Februar 2021. Wenige Monate nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erklärt Donald Trump die Nato für obsolet und kündigt den Rückzug Amerikas aus der Allianz an. Alle amerikanischen Kräfte – das militärische Personal und die Ausrüstung – inklusive der Nuklearwaffen und Raketenabwehrsysteme werden so bald wie möglich aus Europa abgezogen.

Seit die „New York Times“ im Januar 2019 erstmals davon berichtete, dass Trump im Verlauf des Jahres 2018 mehrmals einen möglichen Rückzug aus der Allianz diskutiert hat, beschäftigt dieses Albtraumszenario Politiker und Fachleute. Der amerikanische Kongress hat gehandelt und den „NATO Support Act,“ verabschiedet, der den Einsatz von Haushaltsmitteln für den Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Nordatlantikpakt verbietet. Dennoch kann die Möglichkeit eines solchen Schrittes nicht gänzlich ausgeschlossen werden und ein entsprechendes Szenario bleibt daher plausibel.

Präsident Trumps Sinnieren über einen Rückzug aus der Nato war für Europa ein Weckruf: Europa muss dringend mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Aber sind die Europäer in der Lage sich selbst zu verteidigen, und wie würden sie ihre Verteidigungspolitik ohne die Vereinigten Staaten gestalten?

Bei einem von der Körber-Stiftung und dem Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) durchgeführten Planspiel, das in einem vertraulichen Rahmen im Juli in Berlin stattfand, wurde dieses Szenario mit Teilnehmenden aus Frankreich, Deutschland, Polen, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten simuliert. Innerhalb eines Tages spielten die Teams den Rückzugs Amerikas aus der Nato durch, gefolgt von Krisen in einem Mitgliedsstaat auf dem Westbalkan und in Osteuropa. Die Ergebnisse dieses Planspiels waren ernüchternd.

Zu Beginn nahmen die meisten Teams zunächst eine abwartende Haltung ein und konzentrierten sich darauf, die Vereinigten Staaten zu überzeugen, wieder Teil der Nato zu werden – im Gegenzug für bis dato nicht vorstellbare Zugeständnisse. Dabei zeigte sich, dass eine amerikanische Strategie, mit dem Nato-Austritt zu drohen, Früchte tragen könnte.

Proaktiv wurden die Europäer erst, als sich die Sicherheitslage im Szenario bedeutend verschlechterte. Bei einer Krise in einem Nato-Land auf dem westlichen Balkan (im Szenario war dies ein pro-russischer Putsch), gingen die meisten Teams davon aus, dass sich die verbleibenden Nato-Mitgliedsstaaten schwertun würden, in einem Grauzonen-Szenario den Bündnisfall nach Artikel 5

auszurufen. Ohne amerikanische Sicherheitsgarantien, so scheint es, steht auch die Glaubwürdigkeit von Artikel 5 und der Willen zur kollektiven Verteidigung in Frage.

Im Falle einer Eskalation im Osten (im Szenario war dies die Stationierung von russischen Boden-Boden Marschflugkörpern in Westrussland mit einer erweiterten Reichweite von über 4500 Kilometern) wurden europäische Defizite insbesondere in der Luft- und Raketenabwehr als unmittelbare Gefahr für europäische Mitgliedsstaaten gewertet – insbesondere für diejenigen ohne Nuklearwaffen. Diese Lücken zu schließen würde jahrelange Investitionen voraussetzen. Europa bliebe so lange verwundbar.

Nukleare Abschreckung bleibt die Gretchenfrage in Europa

Insbesondere für Deutschland würde ein Rückzug der Vereinigten Staaten aus der Nato eine existenzielle Sicherheitsbedrohung darstellen. Das deutsche Team schlug vor, das Potential des französisch-deutschen Vertrages von Aachen aus dem Jahr 2019 zu prüfen und Frankreich und Großbritannien zu bitten, ihren nuklearen Schirm auf weitere europäische Länder auszudehnen. Aufgrund der zu erwartenden innenpolitischen Widerstände wurde die Option, dass Deutschland eigene Nuklearwaffen entwickelt, schnell verworfen. Jedoch wäre die Erweiterung des britischen und französischen nuklearen Schirms mit erheblichen Kosten verbunden und würde die Debatte über eine faire Lastenverteilung in Europa wieder anheizen. Nukleare Abschreckung bleibt die Gretchenfrage in Europa: Sollte die Erweiterung des britischen und französischen Nuklearschirms scheitern, erwarteten einige Teams die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen in Europa.

Aus französischer Perspektive wäre die Nato ohne die Vereinigten Staaten erledigt. Mit Blick auf den institutionellen Rahmen favorisierte das französische Team den Aufbau einer neuen, EU-zentrierten kollektiven Verteidigungsstruktur („EU-Allianz“), der sich anschließend weitere Akteure auf bilateraler Basis anschließen könnten. Dieser Vorschlag stieß insbesondere von britischer und polnischer Seite auf Skepsis. Deutschland, Frankreich und Großbritannien bestanden darauf, dass die Nato-Kommandostruktur auch nach einem Rückzug der Vereinigten Staaten erhalten bleiben und es Möglichkeiten für Amerika geben müsse, einer zukünftigen Sicherheitsstruktur zu einem späteren Zeitpunkt beizutreten.

Insbesondere Polen hatte wenig Vertrauen

Ein Vereinigtes Königreich nach dem Brexit würde sich als ein führender Akteur europäischer Sicherheit betrachten. Angesichts der wichtigen militärischen Fähigkeiten Großbritanniens sah das britische Team ihr Land in einer starken Verhandlungsposition und betrachtete eine französisch-deutsche Führung in Verteidigungsfragen mit Skepsis. Die britischen roten Linien waren: keine EU-Armee, keine EU-Allianz: „Großbritannien wird europäische Sicherheit mitgestalten, nicht einfach eine Unterschrift unter einen Vertrag setzen“.

Insbesondere Polen, repräsentativ für die sich besonders verwundbar fühlenden osteuropäischen Mitgliedsstaaten, hatte wenig Vertrauen in Europas Fähigkeit kollektive Verteidigung zu organisieren und war versucht, bilaterale Verträge mit Amerika zu schließen: „Sollten sich die Vereinigten Staaten zurückziehen, sollte dies zuletzt auf der östlichen Flanke geschehen!“. Eine Bilateralisierung von Sicherheit und Verteidigung wäre die wahrscheinliche Folge. Interessanterweise wiesen alle Teams russische Offerten zurück. Dies zeigt, dass Russland nicht als glaubwürdiger Garant für Sicherheit in Europa gesehen wird, auch wenn manche mutmaßten, dass Deutschland möglicherweise zu einem entsprechenden Dialog mit Russland bereit sein könnte.

Für das amerikanische Team war eine Subventionierung europäischer Sicherheit keine Option mehr. Die Europäer sollten im Gegenzug für Sicherheitsgarantien alles auf den Tisch legen: von Handels- bis Iran- und Chinapolitik: „Länder, denen es wichtig ist, werden schon Wege finden, uns zum Bleiben zu bewegen“. Beim Krisenmanagement auf dem Kontinent solle Europa die Führung übernehmen. Eine transaktionale Beziehung scheint der neue Normalzustand zwischen den Vereinigten Staaten und

Europa zu sein – eine große Enttäuschung für die Europäer, die darauf gehofft hatten, dass ihr Partner weiterhin ein strategisches Interesse an Europa und einer wertebasierten Partnerschaft haben würde.

Insgesamt waren die Europäer prinzipiell willens, ihre eigene Verteidigung zu organisieren. Die Defizite bei militärischen Fähigkeiten verhinderten jedoch ein effektives Handeln und ließen Risse zwischen den Mitgliedsstaaten sichtbar werden. Ohne die Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten wurden die Prinzipien europäischer Einigkeit und gegenseitiger Solidarität schnell in Frage gestellt. Dies könnte bereits eintreten, sollten sich die Vereinigten Staaten nicht vollständig zurückziehen, sondern nur ihre militärische Präsenz und Bereitschaft einzugreifen allmählich reduzieren. Europas Sicherheit steht auf dem Spiel ohne die Vereinigten Staaten. Aber die sind vor allem an einem „fairen Deal“ interessiert in Verteidigung und Handel.

Liana Fix, Programmleiterin Internationale Politik, Körber-Stiftung, und Bastian Giegerich, Leiter Verteidigungs- und Militäranalyse, International Institut for Strategic Studies (IISS)

Die englische Originalfassung dieses Artikels erscheint bei „War on the Rocks“.

Quelle: FAZ.NET

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/kommentar-zur-energieversorgung-in-zeiten-des-klimaschutzes-16451337.html?premium=0x34ae811e478c3ffa45e19de8aaf35a40&GEPC=s5>

OHNE KOHLE, ÖL UND ERDGAS:

Wo soll der grüne Strom herkommen?

- EIN KOMMENTAR VON ANDREAS MIHM
- -AKTUALISIERT AM 26.10.2019-10:51



Es reicht nicht, bloß CO₂-Emission zu vermeiden. Für die Stromversorgung in Deutschland reichen die Erneuerbaren Energien nicht aus. Erfolgsmeldungen wie die jüngste, wonach 43 Prozent des Bruttostromverbrauchs aus Ökostrom stammten, beschönigen die Lage.

Bis zum Jahresende sollen Bundestag und Bundesrat die wichtigsten Gesetze beschlossen haben, um sicherzustellen, dass Deutschland seine Klimaziele einhalten kann. Am Freitag hat das Parlament dazu das erste Gesetzespaket beraten. Naturgemäß liegen die Schwerpunkte auf der Vermeidung klimaschädlicher Emissionen. Aber das darf nicht dazu führen, die andere Seite der Medaille außer Acht zu lassen: Wenn Kohle, Öl und Erdgas – von Atomkraft nicht zu reden – in absehbarer Zeit keine Rolle mehr in der Versorgung der Volkswirtschaft spielen sollen, wer sonst wird die energetische Basis absichern?

Erfolgsmeldungen wie die jüngste, wonach 43 Prozent des Bruttostromverbrauchs bis September aus Ökostrom stammten, beschönigen die Lage. Denn Elektrizität deckt nur ein Viertel der Energie, die Haushalte und Betriebe nachfragen. Die restlichen 1800 Terawattstunden beruhen auf Importware: Öl, Gas und Kohle. Die Erneuerbaren sichern nur 15 Prozent des gesamten Energieverbrauchs. Die Deckungslücke bis 2050, dann soll das Land kohlendioxidneutral sein, beträgt 85 Prozent.

Doch die Frage, wie und woher die Gesellschaft ihre Energie künftig stattdessen beziehen will und wird, ist nicht geklärt. Nur so viel steht fest: Allein mit in Deutschland erzeugtem Ökostrom wird das nicht funktionieren. Es ist schon fraglich, ob die Regierung das Ziel einer Grünstromversorgung in Höhe von 65 Prozent im Jahre 2030 überhaupt erreichen kann.

Das niedrigste Ergebnis seit 20 Jahren

Für die Belieferung aus dem Inland kommen in erster Linie zwei Quellen in Frage: Wind und Sonne. Die Biomasse dürfte angesichts hoher Kosten und des Flächenverbrauchs ihre Möglichkeiten ausgereizt haben. Bei der zunehmend preiswerter werdenden Photovoltaik ist noch Luft nach oben, auch in Ballungsräumen. Aber für eine verlässliche Versorgung scheint in hiesigen Breitengraden trotz Klimawandels die Sonne nicht lange und intensiv genug. Bleibt der Wind.

Aber das Arbeitstier der Energiewende lahmt. Der Ausbau kommt nicht mehr voran. Nach Berechnungen der Windbranche müssten jedes Jahr Anlagen mit einer Kapazität von 5000 Megawatt neu aufgestellt werden, um das Ziel 2030 zu erreichen. Tatsächlich wurde davon in den ersten neun Monaten gerade einmal ein Zehntel installiert. 507 Megawatt markieren das niedrigste Ergebnis seit 20 Jahren. Entsprechend groß ist der Druck der Betreiber, der in die Krise geratenen Anlagenhersteller und der Länder, in denen sich mit gefördertem Windstrom gutes Geld verdienen ließ, den Ausbau zu beschleunigen.

Zu Panikmache à la Greta Thunberg besteht jedoch kein Anlass. Die Angelegenheit ist kompliziert. Das liegt an vielen Faktoren. Einer ist die anfänglich missratene Umstellung der Subventionsvergabe mittels Ausschreibungen. Dort bekamen „Bürgerenergiegenossenschaften“ den Zuschlag, die später keine Baugenehmigung erhielten.

So wurden Ausbaumengen blockiert. Blockaden gibt es auch wegen vieler Prozesse. Kaum ein Projekt, das nicht beklagt wird. Zuweilen geht es dabei nur um Geldschneiderei. Oft genug klagen aber auch Anwohner, die ihre Gesundheit in Gefahr sehen, vom Ärger über nächtliche Blinkfeuer und das veränderte Landschaftsbild ganz zu schweigen. Australier haben dafür das schöne Akronym „Banana“: Build absolutely nothing anywhere near anybody. Zu Deutsch etwa: Versuche nichts auch nur in der Nähe von irgendjemandem zu bauen.

Keine Märkte für „grünen“ Wasserstoff

Wegen der allgemeinen Verunsicherung werden kaum noch Bauflächen ausgewiesen. Auch deshalb bleiben bei den Versteigerungen die Gebote von Investoren weit unter der gebotenen Menge, weshalb der Wettbewerb um die geringste Subvention ausfällt und die Investoren den von der Regierung genannten Höchstpreis bieten und einstreichen. Die Branche verlangt mehr Aktion vom Gesetzgeber: Er soll Mindestabstände zur Wohnbebauung kappen, Genehmigungsverfahren von den Kommunen ans Land abgeben und den Naturschutz reduzieren: Windräder statt Rotmilane.

Davon sollten die Parlamentarier die Finger lassen. Besser wäre es, sie verlagerten den Ausbau der Windenergieerzeugung dahin, wo die Ausbeute größer ist und der Widerstand geringer: auf das Meer. Viel stärker als auf den Aufbau der Windanlagen müsste das Augenmerk auf den Leitungsausbau gelegt werden. Es bleibt ein Skandal, dass jedes Jahr Hunderte von Millionen Euro ausgegeben werden, um Strom zu bezahlen, der mangels Trassen nicht transportiert werden kann.

Wenn es aber schon um das eine Viertel der deutschen Energieversorgung so kritisch steht, was ist dann mit dem Rest? Energieautarkie ist nur ein Traum, Deutschland bleibt auf Dauer auf den Import von Energieträgern angewiesen. Nach Lage der Dinge wird das vor allem Erdgas sein, später aus erneuerbaren Energien erzeugter Wasserstoff. Für Wasserstoff, erst recht für „grünen“, gibt es weltweit noch keine Märkte. Angesichts seiner Klimaschutzzusagen muss Deutschland binnen zehn Jahren Wasserstoff in großem Stil einführen. Es liegt im deutschen und europäischen Interesse, potentiellen Lieferländern zu helfen, solche Industrien aufzubauen. Ein Konzept dafür tut dringend Not.

Quelle: F.A.Z.

PLANMÄSSIGER NIEDERGAN:

Der schleichende Tod der DDR

- VON PHILIP PLICKERT
- -AKTUALISIERT AM 28.10.2019-06:47



Die DDR ist an ihrem System gescheitert – auch wenn viele den finalen Niedergang nicht wahrhaben wollten. Eine Analyse.

Schon bevor die Mauer vor dreißig Jahren, am 9. November 1989, fiel, war die DDR so gut wie tot – zumindest wirtschaftlich. Sie stand unmittelbar vor der Pleite. Die SED-Spitze kannte die Wahrheit, verheimlichte sie aber. In einer „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen“, den der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Egon Krenz, in Auftrag gegeben hatte und die dem Politbüro am 30. Oktober 1989 vorgelegt wurde, beschrieb Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, „ein ungeschminktes Bild“. Um die drohende Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden, müsste man „eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent“ anordnen, was „die DDR unregierbar machen“ würde. Schürers Vorschläge: den Westen um Zusammenarbeit und neue Kredite bitten. Das SED-Politbüro stimmte zu. Zehn Tage später aber brachen die Mauer und die DDR zusammen.

Die DDR-Bevölkerung hatte schon länger den gravierenden Niedergang und die Mangelversorgung gespürt. Besucher aus dem Westen konnten sehen, wie heruntergekommen Städte und die Infrastruktur waren. „Die DDR war völlig abgewirtschaftet, es gab einen gewaltigen Investitionsrückstand“, erklärt der in London lehrende Wirtschaftshistoriker Albrecht Ritschl. Nach späteren Schätzungen betrug der Produktivitätsrückstand zu Westdeutschland 70 Prozent. Im Westen machten sich zur Wendezeit dennoch viele Illusionen über die Wirtschaftskraft.

Schon 1950 Produktivitätsrückstand von etwa einem Drittel

Ein oft gehörtes Stereotyp besagte, die DDR zähle zu den „zehn führenden Industrieländern der Welt“. In seinen Memoiren beklagte Helmut Kohl, wie falsch man „selbst mit den pessimistischsten Schätzungen“ über den Wert des DDR-Produktionskapitals gelegen habe. Dass die DDR es geschafft habe, den wahren Zustand ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verdecken, „kann man nur als eines der größten Täuschungsmanöver des zwanzigsten Jahrhunderts bezeichnen“, so Kohl. „Wenn Kohl von ‚Täuschungsmanöver‘ sprach, diente das natürlich auch seiner Exkulpation“, sagte dazu allerdings der Potsdamer Wirtschaftshistoriker André Steiner. Dass die DDR-Statistiken propagandistisch geschönt waren, war bekannt. „Wer es wissen wollte, konnte es wissen.“

Mehrere fundamentale Schwächen belasteten die DDR-Wirtschaft seit den späten vierziger Jahren. Entgegen einer oft gehörten Behauptung lag der frühe Rückstand nicht primär an den russischen Demontagen von Industriebetrieben und Reparationen an die Sowjetunion. Zwar stimmt es, dass die DDR mehr zahlen musste. Doch der Westen war stärker zerbombt gewesen. „Die wirtschaftliche Misere der DDR kann nicht mit den russischen Reparationen entschuldigt werden“, erklärt Ritschl. Vielmehr war es die schockartige Einführung des Sozialismus, die der Produktivität schon in der

Anfangsphase einen Schlag versetzte. Die brutale Enteignung von Unternehmern und Landwirten, die politische Verfolgung und die Flucht von Mittelstand und Fachkräften in den Westen schwächten die Wirtschaft. Schon 1950 betrug der DDR-Produktivitätsrückstand zum Westen etwa ein Drittel.

Produktionsprobleme und Verschwendung von Ressourcen

Das sozialistische System litt an drei inhärenten Schwächen: Koordinations-, Anreiz- und Innovationsproblemen. Kritiker hatten das früh erkannt. Statt über den Preismechanismus und den Markt sollte die Produktion und Verteilung über bürokratische Fünfjahrespläne gesteuert werden. Doch diese mit großem Aufwand erstellten Pläne waren voller Mängel. Es kam immer wieder zu Stockungen und Verzögerungen in der Produktion und gleichzeitig zu großer Verschwendung von Ressourcen.

Im Grunde tappten die Planer im Dunkeln, weil ohne einen funktionierenden Preismechanismus, der Signale über die Knappheit sendet, keine rationale Wirtschaftsrechnung möglich ist. Friedrich von Hayek argumentierte, die Planung erfordere ein unmögliches Maß an zentralisiertem Wissen. Es war quasi unmöglich, Produktion, Bedarf und Verteilung aufeinander abzustimmen. Ineffiziente Betriebe, die Verluste machen, wurden nicht geschlossen, die Verluste stattdessen staatlich gedeckt. Von einer „weichen Budgetbeschränkung“ schrieb der ungarische Kritiker János Kornai. Statt auf marktwirtschaftliche Anreize wie Gewinne und Verluste setzte die DDR auf Pläne und Vorgaben. Die stark erhöhten Arbeitsnormen führten im Juni 1953 zu einem Volksaufstand. Um die Abwanderung und Westflucht gerade von jungen Fachkräften zu stoppen, befahl Walter Ulbricht 1961 den Mauerbau.

Schulden im Westen

In den sechziger Jahren wollte man die Planwirtschaft reformieren und den Leitern der Volkseigenen Betriebe mehr Freiräume und Eigenverantwortung einräumen; Im „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ sollten sie in einen „Wettbewerb“ treten und „Gewinne“ machen können, um mehr Anreize zu haben.

Damit habe man versucht, marktwirtschaftliche Mechanismen zu imitieren, allerdings ohne die Grundlagen einer Marktwirtschaft, Privateigentum und freie Preisbildung, zuzulassen, erklärt Historiker Steiner. Aufgrund ihrer Inkonsistenz waren die Erfolge dieser Reformen jedoch mäßig. Ulbrichts Parole „Überholen ohne einzuholen“ blieb hohle Propagandaphrase. Um Produktionslücken zu füllen, importierte die DDR mehr aus dem Westen und verschuldete sich dort. „Wir machen Schulden bei den Kapitalisten bis an die Grenze des Möglichen“, erklärte Ulbricht 1970 in Moskau. Wenig später wurde er durch seinen Gegenspieler Erich Honecker abgelöst. Der drehte die Reformen zurück. Statt Wachstum zu forcieren, erlaubte er mehr Ausgaben für Konsum und Sozialprogramme. Dafür nahm er weitere Schulden im Westen auf.

In den späten siebziger Jahren schlug mit Verspätung auch in der DDR die Ölpreiskrise zu, nachdem die Sowjets nicht mehr extrem verbilligt Erdöl lieferten. „Das hat der DDR den Rest gegeben“, sagt Wirtschaftshistoriker Ritschl. Die Verschuldung im nichtsozialistischen Ausland stieg immer mehr. 1982 stand Ost-Berlin praktisch vor der Zahlungsunfähigkeit. Nur die beiden von der Bundesrepublik garantierten Milliardenkredite gaben ihr eine Atempause. Der Rückstand im Lebensstandard wurde aber immer offensichtlicher.

Auch den Wettlauf um Technologien verlor der Sozialismus. Die Versuche, etwa eine Computer- und Mikrochipindustrie aufzubauen, führten zu grotesken Resultaten: In den Jahren 1986 bis 1989 wurden mehr als 14 Milliarden Mark für Forschung, Entwicklung und Produktion mikroelektronischer Bauteile eingesetzt, drei Kombinate arbeiteten daran. Doch die Produktion war hoffnungslos ineffizient. Einen 256-Kbit-Speicherschaltkreis in der DDR herzustellen kostete mehr als 500 Mark. Auf dem Weltmarkt gab es das gleiche Bauteil für 4 bis 5 Valutamark. „Große Teile der DDR-Industrie arbeiteten, wenn man zu Westpreisen rechnete, mit negativer Wertschöpfung – eine vornehme Umschreibung für das Unwort Verlust“, erklärt Ritschl. Für den Bamberger

Wirtschaftshistoriker Jürgen Schneider zeigt das Versagen, eine wettbewerbsfähige Computerindustrie aufzubauen, exemplarisch das Versagen sozialistischer Systeme. Sie scheiterten an den Anreiz- und Innovationsproblemen.

Allerdings entsprach es in den siebziger und achtziger Jahren nicht mehr dem Zeitgeist, die Schwächen der DDR fundamental zu kritisieren; wer das tat, galt als „kalter Krieger“ und „Entspannungsfeind“. In der westdeutschen DDR-Forschung gab es einen Paradigmenwechsel hin zu einer „systemimmanenten“ Methode, die den Sozialismus innerhalb seiner eigenen Paradigmen verstehen wollte, damit aber letztlich distanz- und kritiklos wurde. Die Frage bleibt, warum so viele Wissenschaftler und Politiker im Westen den Niedergang der DDR nicht zur Kenntnis nehmen wollten. Der Historiker André Steiner erkennt darin politische Motive: „In der politisch wieder aufgeheizteren Situation zwischen Ost und West seit den frühen achtziger Jahren ging es um den bestehenden Status quo, und da passte das Bild von einer wirtschaftlich immer stärker dahinsiechenden DDR schlicht nicht ins Bild.“

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ezb-chef-draghi-hoert-auf-ein-roemer-hinterlaesst-spuren-16456087.html>

EZB-CHEF DRAGHI HÖRT AUF:

Ein Römer hinterlässt Spuren

- VON [CHRISTIAN SIEDENBIEDEL](#)
- -AKTUALISIERT AM 28.10.2019-19:24



Nach acht Jahren als EZB-Präsident wurde Mario Draghi nun offiziell verabschiedet. Europäische Staatschefs sprachen dem Italiener ihren Dank aus – vor allem für die Rettung des Euros.

Mit Polizeistaffeln und einigem Spektakel trafen sie am Montag in Frankfurt ein: die Gäste für [Mario Draghis](#) Abschiedsparty, das „Farewell Event“, wie es offiziell hieß. Empfangen wurden sie von einem EZB-blauen statt roten Teppich, aber nicht weniger festlich. Nach acht Jahren hört Draghi als Präsident der Europäischen Zentralbank auf; und niemand Geringeres als Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron und Italiens Präsident Sergio Mattarella hielten die Abschiedsreden für „Mario“, wie die Bundeskanzlerin den scheidenden Notenbankchef unter Berufung auf das gemeinsam Erlebte ganz vertraulich nannte.

„Du hast den Euro durch unruhige See navigiert“, lobte die Bundeskanzlerin: „Für Deinen leidenschaftlichen Einsatz danke ich Dir von Herzen“, hob sie hervor. Von den vielen Konflikten und der Kritik an Draghi ist nur zwischendurch mal ganz vorsichtig die Rede, etwa wenn [Merkel](#) andeutet, die Unabhängigkeit der Notenbank schließe ein, dass diese manchmal auch anders entscheide, als man selbst es sich gewünscht hätte: „Unabhängigkeit schützt in jede Richtung.“

Er glaubte immer an den Euro

Um Draghis Spuren zu beschreiben, die er in Frankfurt hinterlasse, erinnerte die Kanzlerin an die römische Vergangenheit der Region: „Der Limes verlief hier nur wenige Kilometer entfernt.“ Sogar das Frankfurter Rathaus heiße schließlich Römer und der Ort, wo es stehe, Römerberg: Das alles zeige die kultur- und geistesgeschichtliche Nähe Frankfurts zu Rom: „Es ist also eine gute Tradition, als Römer hier Spuren zu hinterlassen.“ Das habe Draghi „als herausragende Persönlichkeit“ getan.

Frankreichs Präsident [Emmanuel Macron](#) und Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella hoben wie Merkel die drei Worte hervor, mit denen Draghi in Erinnerung bleiben werde: „Whatever it takes“. Drei „schlichte“ Worte mit großer Wirkung, wie Macron betonte, von Draghi 2012 in einer Rede in London gewählt, um auszudrücken, dass die Notenbank alles in ihrem Mandat mögliche zur Rettung des Euros tun werde. Damit habe er alle Zweifel an der die Unumkehrbarkeit des Euros ausgeräumt – eine große Leistung für die gemeinsame Währung.

Lagarde will Draghis Arbeit fortführen

Als nach Merkel auch Macron Draghi überschwänglich dankt, ist der sonst oft so unnahbar wirkende Präsident sichtlich gerührt. Draghi selbst beschwört nach den heftigen Differenzen im EZB-Rat zu seinem Abschied die Einheit. „Was den EZB-Rat eint, war immer und wird immer viel stärker sein, als irgendetwas, das ihn spalten könnte.“ Mit einem Handschlag übergibt er symbolisch das höchste Amt in der Notenbank an seine Nachfolgerin [Christine Lagarde](#); obwohl deren Amtszeit streng genommen erst am Freitag beginnt.

Lagarde nennt Draghi ein „Vorbild“ für ihr künftiges Engagement an der Spitze der [EZB](#). Er habe das Mandat der Preisstabilität hochgehalten und zudem dazu beigetragen, dass der Euro so populär sei wie nie zuvor. Sie sagte: „Ihr Erbe ist für uns die Herausforderung, weiter in Ihrem Sinne zu wirken mit Weisheit, Entschlossenheit und Engagement.“ Die künftige EZB-Präsidentin hob hervor, es gehe ihr darum, den Euro stark zu machen „für die Bürgerinnen und Bürger der Union“.

159,65

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/oekonom-patrick-artus-deutschland-laeuft-hinterher-16456104.html?premium>

FRANZÖSISCHER ÖKONOM ARTUS:

„Deutschland setzt auf die Industrien von gestern“

-
- VON CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS
-
- -AKTUALISIERT AM 29.10.2019-11:41
-

Weniger Produkte, mehr Dienstleistungen: Die Industrie ändert sich und die Unternehmen in Deutschland orientieren sich völlig falsch – meint Patrick Artus. Im F.A.Z.-Interview erklärt der französische Ökonom, warum sein Bild von der Bundesrepublik so düster ist.

Herr Artus, Sie sind einer der Ökonomen, die Deutschlands wirtschaftliche Lage als besonders bedrohlich ansehen. Warum ist das so?

Deutschland befindet sich in einer strukturellen, nicht konjunkturellen Krise. Denn die Spezialisierung seiner Industrie ist sehr ungünstig: Auto, Chemie und Maschinenbau stehen für 7,2 Prozent der Beschäftigung. In Frankreich sind es nur 1,8 Prozent. Diesen Industriebereichen geht es sehr schlecht, denn sie setzen auf die Produkte von gestern.

Kann sich die Lage nicht bald schon wieder drehen?

Wir erleben einen strukturellen Umbruch weg von einer Welt der Industrie zu einer Welt der Dienstleistungen. Hinzu kommen die neuen Anforderungen an Umwelt- und Klimaschutz. Dieselautos, von denen die deutschen Hersteller noch stark abhängen, will heute niemand mehr kaufen. Für Plastik, auf das die deutsche Chemieindustrie noch stark setzt, gilt jetzt das Ziel, 90 Prozent zu recyceln. Dann braucht man praktisch kein neues Plastik mehr. Auch die Landwirtschaft, die künftig biologischer sein wird, braucht weniger Agrarchemie.

Und der Maschinenbau? Man braucht doch weiter Maschinen, um Dinge herzustellen?

Deutlich weniger als bisher. Die Entwicklung in China ist symptomatisch, auch China wird zur Dienstleistungsgesellschaft. Die Menschen kaufen sich weniger Autos, denn bei der zunehmenden Urbanisierung sind sie in den Städten unpraktisch. Was machen die Leute mit ihrem Geld? Sie fahren am Wochenende weg, und wenn in einem Auto, dann mit einem Leihwagen. Man verreist häufiger, geht ins Restaurant, und währenddessen passt ein Babysitter auf die Kinder auf. Alle diese Entwicklungen, die wir überall verfolgen, kommen den Dienstleistungen zugute, nicht der Industrie. Daher erhöht die Industrie weltweit gesehen nicht mehr ihre Kapazitäten.

Was ist etwa mit dem Wohnen oder dem Bausektor?

Auch da greift das „Teilen“ um sich, schauen Sie sich Airbnb an. Und die Alterung der Bevölkerung verhindert, dass der Bau ein Wachstumssektor ist. Durch das Internet verliert die Logik des Eigentums an Bedeutung. Es ist idiotisch, einen Rasenmäher in der Garage zu haben, den man höchstens eine Stunde in der Woche benutzt; also teilt man ihn sich. Es gibt auch keinen Stolz mehr, ein Auto zu besitzen; vom Statussymbol wird es zum reinen Transportmittel. Man leiht sich, was man vorher gekauft hat. Daher wird in der Welt künftig viel weniger Kapital gebraucht. Und die deutsche Wirtschaft hat da ein Problem, weil sie noch viele Kapitalgüter produziert.

Gibt es gar keine Industriebereiche, die noch wachsen?

Der Flugzeugbau, der Luxusbereich und der Sicherheits- und Verteidigungssektor. Frankreich hat in diesen Bereichen übrigens einige Stärken. Doch seine Industrie ist nur halb so groß wie die deutsche.



Der französische Ökonom Patrick Artus hält batteriebetriebene Elektroautos für eine Sackgasse. :Bild: Picture-Alliance

Wenn China kein Wachstumsmotor der Industrie ist, kann es künftig Indien sein?

Ja, es stimmt, in Indien steigt der Bedarf an Industriegütern noch, in Afrika auch. Doch das gleicht nicht den Rückgang in China aus. Die Industrie wächst heute noch in Ländern mit niedrigen Löhnen wie in Südasiens, etwa Vietnam, Indonesien und den Philippinen oder in Zentraleuropa. Doch selbst in Ländern wie Polen greift man jetzt auf billige Arbeiter aus der Ukraine zurück. Südkorea ist in der gleichen Lage wie Deutschland; als Hochkostenland leidet es unter dem strukturellen Umbruch.

Sie meinen, Deutschland ist heute nicht mehr wettbewerbsfähig?

Auf der Kostenseite hat sich die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stark verschlechtert. Bei den Lohnstückkosten lagen Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien 2007 ungefähr gleichauf. Heute ist Deutschland 16 Prozent teurer als Frankreich oder Italien und 30 Prozent teurer als Spanien. Seit Jahren steigen die Löhne in Deutschland durchschnittlich ungefähr um 3 Prozent – gegenüber 1 Prozent in Spanien und 2 Prozent in Frankreich. Daher verliert die deutsche Wirtschaft im Export erstmals seit der Wiedervereinigung Marktanteile. Seit Anfang 2017 sind die deutschen Ausfuhren um zwei Prozentpunkte weniger gestiegen als der Welthandel. Die Löhne wachsen auch stärker als die Produktivität.

Das führt dazu, dass von den Einkommen der Unternehmen jetzt wieder mehr auf die Beschäftigten abfällt als auf die Anteilseigner; das war das letzte Mal beim Amtsantritt von Bundeskanzler Schröder so, also vor der Agenda 2010. Immerhin sind die Gewinne der Unternehmen noch hoch. Das verdanken sie weitgehend den niedrigen Zinsen. Es wird in Deutschland zu wenig hervorgehoben, dass die Nullzinsen nicht nur die Sparer bestrafen, sondern auch ein enormer Vorteil für die Unternehmen sind.

Was folgt aus den hohen Kosten?

Die deutsche Industrie wird noch stärker Standorte in die billigen Länder Osteuropas verlegen. Die Arbeitslosigkeit wird steigen. Bisher behalten die meisten Unternehmen noch ihre Beschäftigten, das ist wegen der Sicherung des Humankapitals der richtige Weg für einen vorübergehenden Konjunkturabschwung, nicht aber für eine Strukturkrise. Die Kurzarbeit steigt wieder an. Daher geht auch die Produktivität zurück. Ich schätze, die Arbeitslosigkeit wäre heute 4 Prozentpunkte höher, wenn die Unternehmen ihre Belegschaften an die Nachfrage angepasst hätten.

Also sollen wir künftig alle unser Heil in Dienstleistungen suchen?

Auch da hat Deutschland ein Problem. Die Deutschen sind keine große Konsumenten von Dienstleistungen. In Frankreich, Spanien oder in den Vereinigten Staaten wachsen sie schneller, etwa

im Bereich der Freizeitgestaltung, der Gastronomie, des Einzelhandels, der Haushaltshilfen oder des Flugverkehrs. Die Schaffung neuer Stellen im Dienstleistungssektor hat sich in Deutschland verlangsamt, anderswo wächst sie noch deutlich.

Was also kann Deutschland tun?

Aus meiner Sicht sollten die Unternehmen die Produktion umstellen und auf die Produkte von morgen konzentrieren, etwa wasserstoffgetriebene Autos.

Deutschland und Frankreich ziehen, staatlich gefördert, aber gerade eine Batterieproduktion für Elektroautos auf.

Das ist eine Sackgasse. Da steckt man 1,7 Milliarden Euro in eine Technologie, die heute schon veraltet ist. Die Autohersteller brauchen billige Batterien, die kann man nicht in Deutschland oder Frankreich bauen. Der französische Batteriehersteller Saft, der auch bei dem deutsch-französischen Projekt mitmacht, zieht derzeit eine große Produktion in China auf. Dort werden die Hersteller die Batterien kaufen. Man sollte den deutsch-französischen Batterieplan sofort einstellen. Wasserstoff und die Brennstoffzellen haben dagegen Zukunft. Das französische Commissariat für Atomenergie (CAE) ist auf diesem Gebiet beispielsweise ein führender Akteur.

Wie sollen und können Regierungen Technologie fördern?

Das ist eine schwierige Frage. Auf jeden Fall können Regierungen nicht die Technologien von morgen vorschreiben, weil sie diese nicht kennen. Der amerikanische Ansatz, über die staatliche Förderagentur Darpa den Unternehmen ohne Einmischung Geld zur Verfügung zu stellen, scheint mir sinnvoll. Wir brauchen ein europäisches Darpa. In Europa sollten wir auch das Wettbewerbsrecht überdenken. In Branchen mit zunehmenden Skalen- und Netzwerkerträgen bei wachsender Unternehmensgröße ist die Frage zu stellen, ob wir nicht monopolähnliche Situationen in Europa akzeptieren sollen, damit europäische Unternehmen im weltweiten Wettbewerb mithalten können. Und der europäische Markt darf kein Flickenteppich mehr sein, etwa bei öffentlichen Ausschreibungen. Deutschland ist bei öffentlichen Ausschreibungen ein geschlossener Markt. Haben Sie schon mal einen Zug in Deutschland gesehen, der nicht in Deutschland gebaut wurde?

Der Wachrüttler unter den Ökonomen

Patrick Artus, 68 Jahre alt, ist einer der profiliertesten Ökonomen Frankreichs. Er ist Chefvolkswirt der französischen Investmentbank Natixis und hält unter anderem einen Lehrauftrag an der Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne. Vor klaren Worten, nicht selten mit einem Schuss Polemik, schreckt er selten zurück. Aussagen, dass Politiker wenig Ahnung von Wirtschaft haben, viele Journalisten faul seien und ein großer Teil der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung nichts nütze, sind von ihm überliefert. Artus, der viele populärwissenschaftliche Bücher veröffentlicht hat, rüttelt jedoch auch immer wieder wach – so warnt er Frankreich schon seit langem vor dem Verlust seiner Industrie.

Vor der Finanzkrise 2007 und 2008 täuschte er sich mit seinen Vorhersagen, dass zuerst keine Krise bevorstehe und dass sie nach ihrem Eintreffen nicht schwer ausfallen werde. Mit diesen Fehleinschätzungen befand er sich allerdings in guter Gesellschaft. Einem Lager wie den Keynesianern oder den Monetaristen lässt sich Artus nicht zuordnen. Bei der Technologieförderung etwa gibt er den Ordoliberalen Recht, die dem Staat nicht zutrauen, die Technologien der Zukunft zu kennen und wirft dem französischen Staat vor, sich zu sehr in Industriefragen einzumischen. *chs*.

Quelle: F.A.Z.

Le Figaro, no. 23392

Le Figaro, mercredi 30 octobre 2019 758 mots, p. 19

Opinions

Quelles leçons retenir du fiasco de l'EPR ?

Bayart, Bertille

Il n'a fallu que 410 jours aux ouvriers funambules de 1930 pour construire l'Empire State Building. Il en faudra au moins 5 500 (plus de quinze ans) à la filière nucléaire française pour mettre en service le réacteur EPR de Flamanville. C'est un échec. Cuisant. Inacceptable.

Lundi, le ministre de l'Économie, Bruno Le Maire, la ministre de la Transition écologique, Élisabeth Borne, et Jean-Bernard Lévy, le PDG d'EDF, ont partagé le constat sévère dressé par Jean-Martin Folz, ex-patron de PSA et auteur d'un rapport sur le chantier de Flamanville, dont la facture a triplé, à plus de 12 milliards d'euros. Le patron de l'électricien public devra sous un mois présenter un plan d'action vigoureux pour remettre d'équerre un secteur à la dérive, et élaborer une organisation qui soit, enfin, à la mesure des meilleurs standards de gestion de projets complexes.

L'État, actionnaire d'EDF et de l'ex-Areva et décideur de la politique énergétique, ne peut cependant se contenter de tancer ses ouailles. Il doit balayer devant sa porte.

En 2006, tout à sa guerre avec son frère ennemi Areva, qui avait signé un contrat en Finlande, EDF avait promis à Flamanville un EPR à 3,3 milliards d'euros construit en 54 mois. Une durée à comparer aux 98 mois de construction qui furent nécessaires pour Civaux, le dernier réacteur de la série de la génération précédente (1991). Jean-Martin Folz, avec ses mots choisis, dit que ces estimations initiales étaient « *au mieux irréalistes* ». Traduction : ils ont menti. Et ce mensonge a été gobé par l'État. Délibérément ou par ignorance ? L'une et l'autre hypothèses sont également désolantes.

Depuis dix ans, l'État commande ou reçoit des rapports sur le secteur nucléaire sans oser en tirer de franches conclusions. Rapport Roussely en 2010, rapport d'Escatha en 2015 (sur le projet Hinkley Point au Royaume-Uni), rapport d'Escatha et Cohen Le Billon en 2018 (sur la pertinence d'un nouveau programme nucléaire). Tous ont surligné le problème de la perte de compétences qui, de la maîtrise d'ouvrage aux qualifications des soudeurs, sape aujourd'hui encore la crédibilité du nucléaire français. Mais tous ont aussi réclamé, par allusion subtile ou carrément selon les auteurs, une cohérence de la politique énergétique impulsée depuis le plus haut sommet de l'État.

Depuis 2007, l'énergie est une compétence partagée entre le ministère de la Transition énergétique et celui de l'Économie. La politique énergétique, la politique industrielle, l'État actionnaire ne parlent plus d'une seule voix. Et l'Élysée, évidemment décideur ultime, se garde de donner une direction claire et assumée.

La France est-elle encore un pays d'avenir du nucléaire ? Les locataires de Bercy passent, et ceux du boulevard Saint-Germain encore plus vite, sans que depuis Fukushima on ait une réponse sans équivoque à cette question majeure. Lundi encore, Bruno Le Maire et Élisabeth Borne ont donné le spectacle d'un canon à deux voix discordant. Le premier, sans le dire ouvertement, ne souhaite plus subordonner la décision de lancer un nouveau programme nucléaire à la mise en service de Flamanville, ce qui désormais impliquerait qu'aucune décision ne sera prise avant la prochaine présidentielle. La seconde campe au contraire sur cet enchaînement - ouverture de Flamanville puis décision - bien que, de sources concordantes, aucun arbitrage présidentiel n'ait été rendu sur le sujet depuis que l'on sait que la centrale normande ne sera pas en service en 2022.

La débandade de l'industrie nucléaire française est inqualifiable. Mais aucune solution ne pourra être apportée si au sommet, c'est-à-dire au sommet de l'État, on ne répond pas à des questions qu'aujourd'hui on n'ose pas, ou n'ose plus, poser, de peur d'assumer les réponses. Un, l'EPR est-il la bonne technologie ou faut-il envisager d'autres produits, quitte à s'appuyer sur d'autres compétences, par exemple russes ou chinoises ? Deux, le projet Hinkley Point est-il toujours réalisable et souhaitable ? Trois, la France sera-t-elle demain, avec un nouveau programme, toujours un pays nucléaire ?

Les deux premières questions sont désagréables mais méritent des réponses en termes économiques. La troisième est politique. L'arbitrage à rendre en termes de coût, de disponibilité et d'émissions de CO2 du nucléaire par rapport aux autres sources de production d'électricité, c'est maintenant. On ne parle pas ici de réforme des retraites, où l'on se sert de la clause du grand-père pour reporter les mesures et donc délayer leurs effets. La sécurité énergétique des générations futures exige des réponses, maintenant. Et ces réponses seront plus efficaces pour remobiliser une filière industrielle en capilotade que de faire peser sur son avenir une épée de Damoclès suspendue par manque de courage politique.

GESPRÄCH MIT ETHNOLOGIN STÜCKRAD:

„Die etablierten Parteien nehmen die Angst der Bürger nicht ernst“

- VON SIMON STRAUS
- -AKTUALISIERT AM 30.10.2019-06:38



Die Volkskundlerin Juliane Stückrad aus Eisenach sieht in Thüringen eine schwere Krise des Lokalen. Im Interview spricht sie über den Unmut der Wähler, Politiker als Vorbild und die Sehnsucht nach Kontinuität.

Sie haben am Beispiel ostdeutscher Randregionen über Kulturen des Unmuts geforscht. Warum?

Im Unmut ist eine Erwartung an die Welt erhalten. Über den Unmut erhalten wir Einblicke in die Vorstellungen der schimpfenden Menschen von einem guten Leben. Daher muss der Unmut sehr ernst genommen werden.

Bei der vergangenen Landtagswahl haben rund eine Viertelmillion Thüringer die AfD gewählt. Was sind das für Menschen?

Das ist eine sehr heterogene Gruppe. Die wenigsten Wähler der AfD bekennen sich öffentlich zu ihrem Wahlverhalten, weil sie wissen, dass ihre Wahl nach wie vor eine Art Tabubruch in der Gesellschaft darstellt. Bei meinen Feldforschungen, die ich im letzten Jahr in Ostthüringen und Sachsen durchführte, habe ich aber Menschen getroffen, die mir indirekt Hinweise auf ihr Wahlverhalten gaben. Das reichte von der Rentnerin mit Arbeitslosenbiographie und sehr niedriger Rente, die darunter leidet, ihre Enkel nicht unterstützen zu können, über den Gedeimten, der einst zur DDR-Elite gehörte und dann seinen sozialen Status einbüßte. Oder einen ehemaligen DDR-Oppositionellen, der früher sein Selbstbewusstsein aus einer Gegnerschaft zum Staat bezog, in der Bundesrepublik nie richtig Fuß fasste und deshalb dem gegenwärtigen System wiederum feindlich gegenübersteht. Bis hin zum Selbstständigen, der viel arbeitet und trotzdem auf keinen grünen Zweig kommt, sozial kaum abgesichert ist und darüber hinaus keine Lobby für seine Anliegen findet. Zudem noch der schlecht bezahlte Arbeiter, dem die Wertschätzung fehlt, und der Einfältige, dem die ganze Welt zu unübersichtlich ist und der nach einfachen Modellen sucht. In Teilen Ostthüringens und vor allem im Sächsischen Erzgebirge und dem Vogtland darf man außerdem den starken Einfluss evangelikaler und charismatischer Strömungen auf das Wahlverhalten nicht unterschätzen.

Erstaunlich ist, dass die AfD gerade bei jungen Wählern sehr erfolgreich abgeschnitten hat. Wie kommt das?

Das Umfeld spielt eine wichtige Rolle. Ein junger Mann erzählte mir unlängst, dass er früher Hakenkreuze an die Wand sprühte und nun die SPD wählen würde, weil sein Lehrmeister das auch tue. Bei jungen Menschen sind die politischen Meinungen noch sehr formbar, da spielen Vorbilder eine große Rolle. Darum kümmern sich die etablierten Parteien zu wenig. Beispielsweise gab es vor einiger

Zeit einen Sportler-Ball in der ostthüringischen Provinz, zu dem auch die lokale Politprominenz geladen war. Von den etablierten Parteien kam niemand, nur zwei Vertreter der AfD waren da. So etwas wird von den Leuten sehr aufmerksam registriert. Es stellt sich auch die Frage: Wie ernst wird die Jugend in einem alternden Land genommen? „Hier werden keine Fachkräfte, sondern nur billige Fachidioten gesucht“, erklärte mir neulich ein junger Mann mit gutem Studienabschluss, der gerne in Thüringen arbeiten würde, aber dort keine anständig bezahlte Beschäftigung findet.

Im Wahlkampf wurde der Spitzenkandidat der AfD als „Rassist“, „Faschist“ und „Nazi“ bezeichnet. Wenn man seinen Wahlerfolg jetzt betrachtet, scheint es, als habe ihn das nur stärker gemacht?

Ich glaube, viele, die jetzt AfD gewählt haben, interessieren sich gar nicht so besonders für den Spitzenkandidaten an und für sich. Sie wollen einfach ihren Protest ausdrücken. Die etablierten Parteien nehmen die reale Angst der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst. In dem von ihnen oft beschworenen „Dialog“ geht es meist nur darum, die Angst der Bürger zu relativieren, nicht sie zu verstehen. Vielen AfD-Wählern geht es materiell gut, aber hinter der ökonomischen Fassade fühlen sie eben eine große Leere. Sie werden getrieben von Abstiegsangst und Sehnsucht nach Überschaubarkeit, Sicherheit und Kontinuitäten. Bei den etablierten Parteien ist der Begriff „Reform“ zum Beispiel durchweg positiv besetzt, aber viele Leute in Ostdeutschland haben in den letzten dreißig Jahren schon so viele Reformen erlebt und wollen einfach nicht noch mehr Veränderung. Da kann dann zum Beispiel die Diskussion um eine Gemeindegebietsreform schnell Reflexe wecken, die nicht mehr einzufangen sind.

Die Grünen haben in Thüringen ein unterirdisches Ergebnis erzielt. Treibt der Klimawandel die Menschen in Thüringen nicht um?

In der Tat ist das kaum ein Thema im Rahmen meiner Feldforschung gewesen. Die Leute sprechen wenig darüber. Was ich im Zuge meiner Untersuchungen stattdessen eindrücklich erlebe, ist eine Krise des Lokalen. Wir müssen uns viel stärker klar machen, dass nur dort, wo Leute leben, wirklich entschieden wird, wie sie das Land als Ganzes finden. Deshalb muss das Lokale um jeden Preis gestärkt werden. Darauf aufbauend kann man dann erst über globale Fragen reden.

Was müssen die Parteien aus der Sicht der Ethnologin anders machen?

Die meisten Parteien denken viel über ihr Image bei den Wählern nach. Sie investieren viel Geld in teure Werbespots und schalten Anzeigen in den sozialen Netzwerken. Aber vielleicht wäre es ja viel lohnender, wenn sie ihr eigenes Bild vom Wähler, von der Wählerin untersuchen würden. Und sich fragten, ob sie bei ihrer Bewertung der Personen nicht zu stark vereinfachen, ob sie die Komplexität der Biographien wirklich anerkennen. Es müsste viel stärker darum gehen, die Wähler als mündige Mitakteure im politischen Feld anzuerkennen. Dazu gehört, sie nicht nur im Wahlkampf in ihren Dörfern und Vereinen zu besuchen und sich den Rest der Zeit in eine eigenen Welt aus Gremien und Dienstwagen zurückzuziehen. Man muss sich den Leuten zeigen und ihnen damit Wertschätzung entgegenbringen. Auch und gerade auf einem Sportler-Ball in der Provinz.

Wagen Sie eine persönliche Koalitionsprognose?

Es erscheint eher unwahrscheinlich, aber warum sollte die Linke nicht mit der CDU koalieren? Denn so unglaublich es für viele westsozialisierte Beobachter klingen mag, aber die Linke als Nachfolgeteil der SED und die CDU als einstige Blockpartei haben eine gemeinsame Politikerfahrung. In der DDR haben sie schon einmal zusammengearbeitet. Und nach der Wende sind nicht wenige ehemalige SED-Mitglieder in die CDU eingetreten. Allein von den Persönlichkeitsstrukturen her könnte so eine Koalition durchaus funktionieren.

BJÖRN HÖCKES SPRACHE:

Mief und Muff

- EIN KOMMENTAR VON [PAUL INGENDAAY](#)
- -AKTUALISIERT AM 29.10.2019-11:34



Grammatisch spricht Björn Höcke überaus korrekt, doch sonst hängen seine sprachlichen Bilder etwas schief. Besonders die Rechtsneigung ist unübersehbar.

Vor neunzig Jahren hätten sich die öffentlichen Äußerungen (von den privaten mal zu schweigen) des thüringischen AfD-Chefs [Björn Höcke](#) durchaus karrierefördernd auswirken können. Zwar hätte die junge NSDAP mit Höckes Rede von der „Wende 2.0“ wenig anzufangen gewusst, und die Frage ist, ob Höcke selbst so genau weiß, was er damit meint. Aber andere Sätze des Wahlsiegers vom Sonntag hätte die aufstrebende Partei der Nationalsozialisten in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts gar nicht so übel gefunden, etwa die Sache mit dem „bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“, eine von vielen gedruckten Höcke-Formulierungen, die das Verwaltungsgericht Meiningen zu dem Urteil bewogen, dass man Höcke einen „Faschisten“ nennen darf. Um an einen anderen Spruch vom Wahlabend zu erinnern: „Wir werden uns unser Land jetzt weiter zurückholen.“

Mein persönlicher Favorit unter den Höcke-Sätzen nach dem AfD-Sieg ist: „Der Mief und der Muff werden jetzt abgeräumt werden, liebe Freunde.“ Man achte einerseits auf den korrekten Plural im Verb (ganz selten!), andererseits auf die Alliteration in Anlaut und Ablaut (gar nicht so leicht!). Und das war's dann auch schon in der Abteilung sprachliche Finesse, denn natürlich lässt sich weder Mief noch Muff besonders leicht „abräumen“, hier taumelt das brachiale Wort einfach ins Leere. Ein bisschen lüften, das wär's schon. Wirklich unappetitlich ist Höckes Ausdruck „soziale Patrioten“, mit dem er in Interviews auch gestandene journalistische Profis verwirrt. Man spürt: Etwas stimmt damit nicht, bis einem aufgeht, dass der Begriff eine clevere auratische Nähe zur Wortschöpfung „Nationalsozialist“ herstellt, ohne exakt dasselbe auszusagen. Nur der Vollständigkeit halber sei noch mitgeteilt, dass Thüringen 1926 Schauplatz des ersten NSDAP-Parteitag nach dem Hitler-Putsch wurde und dort die Hitlerjugend gegründet wurde, aber vielleicht ist das Björn Höcke gar nicht klar.

In Thüringen, das sich zum sogenannten „Trutzgau“ entwickelte, konnte die NSDAP 1930 auch ihre erste Beteiligung an einer deutschen Landesregierung verbuchen. Minister waren Erwin Baum und Wilhelm Frick. Volksbildungsminister Frick schrieb den Erlass „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“, um (steht aber auch alles in Wikipedia) die „Verseuchung durch fremdrassige Unkultur“ zu unterbinden, doch es könnte natürlich sein, dass Höcke auch davon nichts weiß. Obwohl er Geschichtslehrer ist. Der meine das nicht so? Der rede nun mal so komisch, und für diesen flackernden Blick könne er doch nichts? Thüringens CDU-Vorsitzender Mike Mohring jedenfalls sagte auf einem Podium: „Ich finde, Höcke ist ein Nazi.“ Lustig war, dass Grünen-Chef Robert Habeck fand, mit dem Wort „Faschist“ sei es bei Höcke eigentlich getan. Sollte die [AfD](#) irgendwann wirklich mal bürgerlich werden wollen, müsste sie solche Leute schleunigst loswerden. Tut sie aber nicht. Die nächste Chance käme beim AfD-Parteitag im November. Wie wär's mit einem Zeichen, dass die AfD nicht nur spalten, sondern dazugehören will?

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-mitgruender-bernd-lucke-haelt-vorlesung-im-dritten-anlauf-16459164.html>

UMSTRITTENER AFD-MITGRÜNDER:

Lucke hält Vorlesung im dritten Anlauf

- VON MATTHIAS WYSSUWA, HAMBURG
- -AKTUALISIERT AM 30.10.2019-15:00



Verängstigte Studenten, Zäune und noch mehr Polizei: Unter besonderen Vorkehrungen hält der umstrittene Professor und AfD-Mitgründer Bernd Lucke seine Wirtschaftsvorlesung in Hamburg.

Im dritten Anlauf hat Bernd Lucke es geschafft: Am Mittwoch konnte er weitgehend frei von Protesten, Geschrei und Widerspruch seine Vorlesung „Makroökonomik II“ auf dem Campus der Hamburger Universität halten. Der Vorlesungssaal wurde gesichert durch Zäune und Dutzende Polizisten.

Da unklar war, ob es Lucke dieses Mal gelingen würde, die Veranstaltung ohne Störungen über die Bühne zu bringen, hatte er die Vorlesung kurz zuvor schon einmal gehalten und aufzeichnen lassen, und zwar in einem kleinen Vorlesungssaal. Vor dessen abgeschlossenen Türen wusste kaum jemand, was drinnen gerade passierte. Zwei Männer, ganz in schwarz gekleidet, bewachten den Eingang. Einer von ihnen sagte, dass dort „Bauarbeiten“ stattfänden. Aber das war gelogen.

Wäre Lucke wieder von seiner Vorlesung abgehalten worden, hätte er seinen Studenten die Aufzeichnung geschickt. Die Universität teilte auf Nachfrage mit, das sei auch „ein Angebot (...) an die teils verängstigten Studierenden, um ihnen ein Lernen unter unbehelligten Bedingungen und ohne die große mediale Aufmerksamkeit zu ermöglichen“.

„An ihre Grenzen gekommen“

Die Lage in Hamburg ist verfahren. Zwei Mal schon hatte Bernd Lucke versucht, nach seiner Rückkehr an die Universität Hamburg seine Vorlesung „Makroökonomik II“ zu halten. Beim ersten Versuch hatten ein paar hundert Studenten vor dem Uni-Hauptgebäude gegen den einstigen Mitbegründer der AfD protestiert, dazu aufgerufen hatte der Studierendenausschuss Asta. Später ließen zahlreiche Störer im Vorlesungssaal Bernd Lucke nicht zu Wort kommen. Es wurde gerempelt und geflucht, Papierkügelchen wurden geworfen. Luckes Sicherheit sei nie in Gefahr gewesen, hieß es später. Beim zweiten Versuch in der vergangenen Woche standen allerdings Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes vor einem anderen Vorlesungssaal und ließen nur hinein, wer angemeldet war und seinen Personalausweis dabei hatte. Als allerdings etwa 15 Störer in den Saal drängten, hatten die Sicherheitsleute keine Chance mehr. Die Vorlesung wurde abgebrochen, Lucke durch einen Nebeneingang herausgeführt. Ein Banner der Antifa wurde im Saal hochgehalten.

Beim dritten Versuch an diesem Mittwoch standen nun Polizisten in voller Montur bereit. Der neue Ort wurde nicht öffentlich bekanntgegeben – und hat sich doch schnell herumgesprochen. Wieder dürfen nur Studenten hinein, die für den Kurs angemeldet sind und sich ausweisen können. Ein paar Studenten verteilen wieder Flyer.

Die Universität hatte sich nach der gescheiterten zweiten Vorlesung mit einem Schreiben an Katharina Fegebank gewendet, die Hamburger Wissenschaftssenatorin und Grünen-Politikerin. Darin schlug sie

vor, dass Lucke als Ersatz zu der Präsenzveranstaltung eine Online-Vorlesung halten solle. Man hätte „die digitale Variante als Mittel der Deeskalation bevorzugt“, heißt es, und in dem Schreiben darauf hingewiesen, „dass die Universität mit der Verwirklichung von Sicherheitsmaßnahmen an ihre Grenzen gekommen ist“. Man habe Fegebank darum gebeten, dass die „Sicherung der Veranstaltung und der beteiligten Personen vollumfänglich durch die staatlichen Ordnungskräfte erfolgt“. Die Online-Vorlesung lehnte Lucke laut Universität jedoch ab. Und der Senat stellte in einer Dienstanweisung klar, dass die Vorlesung wie angekündigt stattzufinden habe.

Wie es in den nächsten Wochen weiter geht, ist völlig offen. In einem Streitgespräch in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ forderte Lucke Fegebank dazu auf, ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten und seine Verfassungstreue zu überprüfen. In diesem Verfahren könne er beweisen, dass er stets aktiv und aus innerer Überzeugung für die Verfassung eingetreten sei. Fegebank reagierte zurückhaltend und sagte, es müsse alles dafür getan werden, damit Luckes Vorlesungen ordnungsgemäß stattfinden könnten. Sie sagte aber auch, Lucke habe eine Partei gegründet, die heute einen rechtsextremen Weg gehe. „Diese Verantwortung kann Ihnen niemand abnehmen, auch ich nicht.“

Seit Tagen schon wird Fegebank heftig von der Opposition kritisiert, weil sie erst zögerlich und dann halbherzig Stellung für die Redefreiheit bezogen hat. Der Koalitionspartner von der SPD schweigt auffällig.

Aber das sind nicht die einzigen Folgen des Skandals. Schon vor der Vorlesung am Mittwoch hatte die Universität angekündigt, dass noch eine alternative Vorlesung „Makroökonomik II“ angeboten werden solle. Die Universität hatte auch mitgeteilt: „Wegen der im Rahmen der letzten Vorlesungseinheit entstandenen Stresssituationen haben Mitglieder des Technischen- und Verwaltungspersonals darum gebeten sicherzustellen, dass sie ihre Arbeit frei von Angst verrichten können.“ Es lägen auch entsprechende Schreiben von Studenten vor. „Als Sofortmaßnahme bietet die Psychotherapeutische Hochschulambulanz der Universität Hamburg Ad-hoc-Therapien zur Bewältigung von Posttraumatischen Belastungsstörungen an.“

Quelle: FAZ.NET

NEUE STATISTIK:

Weniger Deutsche sind von Armut betroffen

- VON DIETRICH CREUTZBURG, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 30.10.2019-14:42

Die robuste Wirtschaftsentwicklung in Deutschland kommt in der Breite an. Das zeigen gleich mehrere Kennzahlen.

Die Zahl der Menschen in Deutschland, die in absolut ärmlichen Verhältnissen leben, ist auf einen Tiefstand gesunken. Insgesamt 3,1 Prozent der Bevölkerung mussten im vergangenen Jahr mit starken materiellen Einschränkungen ihrer Lebensverhältnisse umgehen, wie eine an diesem Mittwoch veröffentlichte Auswertung des Statistischen Bundesamts zeigt.

Das sind 0,3 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2017. Zugleich ist es der niedrigste Stand seit Beginn dieser Statistik im Jahr 2005. Den bisher höchsten Stand hatte die Quote im Jahr 2008 mit 5,5 Prozent erreicht.

Die Erhebung, die auf Daten des amtlichen Mikrozensus basiert, misst die sogenannte erhebliche materielle Deprivation. Dabei werden insgesamt neun mögliche Armutsmerkmale abgefragt – beispielsweise ob sich ein Haushalt mindestens einmal im Jahr eine Woche Urlaub leisten kann, ob er mit der Miete in Rückstand ist oder über keine Waschmaschine verfügt. Treffen mindestens vier dieser Merkmale zu, gilt ein Haushalt in diese Sinne als arm.

Weniger Minijobber

Der Anteil der betroffenen Senioren lag mit 2,4 Prozent auch im vergangenen Jahr deutlich unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Allerdings ist dieser Wert zuletzt nicht mehr gesunken.

Die Erhebung ist einer von mehreren Bausteinen der europäischen Armutsstatistik und unterscheidet sich von der hierzulande politisch stärker beachteten Quote der sogenannten relativen Armutsgefährdung. Diese misst den Anteil der Haushalte, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Medians) in der Gesellschaft beträgt.

Da sich im Zeitablauf das allgemeine Einkommensniveau erhöht, geht diese Kennziffer auch in wirtschaftlich günstigen Zeiten nicht automatisch zurück. Allerdings ist auch sie im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, und zwar von 16,1 auf 16 Prozent, wie die Mitteilung des Statistischen Bundesamts weiter zeigt. Die Werte weichen geringfügig von jenen ab, die die Behörde schon im August veröffentlicht hat, da es leichte technische Unterschiede zwischen der nationalen und der EU-Statistik gibt.

Dritter Baustein der europäischen Armutsmessung ist der Anteil der Personen unter 60 Jahren, die in Haushalten mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung leben – in denen entweder alle Erwachsenen arbeitslos sind oder allenfalls kleine Zuverdienste etwa durch Minijobs haben. Der Anteil der hiervon Betroffenen ist 2018 von 8,7 auf 8,1 Prozent gesunken.

Auf insgesamt 18,7 Prozent der Bevölkerung, rund 15,3 Millionen Personen, traf im vergangenen Jahr mindestens eine der drei Armutsdefinitionen zu. Dies ist ein Rückgang um 0,3 Prozentpunkte oder 200.000 Personen.

30. Oktober 2019, 4:39 Uhr

Kunstfreiheit:

Bushido vs. Bundesrepublik Deutschland



"Ich hoffe, ihr habt euren Spaß gehabt": Bushido ist einer der erfolgreichsten - und umstrittensten - deutschen Rapper. (Foto: imago/future image)

Die Songs von Bushido gelten als frauenfeindlich, homophob und verrohend. Das Bundesverwaltungsgericht muss nun entscheiden, ob sein Album "Sonny Black" auf dem Index landen durfte. Über die Grenzen des Sagbaren.

Von [Wolfgang Janisch](#), Karlsruhe

Natürlich kann man sich fragen, was es da eigentlich noch zu überlegen gibt.

"Keine weiße Weste, bleibe eine Bestie; ich zerfleisch' dich und verbrenne deine Leichenreste." Ist es etwa das, wofür sie die Kunstfreiheit ins Grundgesetz geschrieben haben? "Yeah, es gibt tausend Gründe, warum ich dich töten muss; doch der plausibelste von allem ist; wie blöd du guckst." Hat Artikel 5 Absatz 3 das wirklich gemeint? "Und ich ramme deiner Schwester meinen Schwanz in ihr Maul." Ist das Kunst? Kann das weg? Muss es weg?

An diesem Mittwoch verhandelt das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig über das 2014 erschienene Album "Sonny Black" von Bushido, aus dem die Zeilen stammen - oder die Lines, wie das im Jargon heißt. Es geht um die Frage, ob die Scheibe auf den Index gesetzt werden durfte. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, eine altherwürdige Institution, hat sie als jugendgefährdend eingestuft. Die CD ist damit nicht verboten, aber Vertrieb und Werbung unterliegen deutlichen Einschränkungen. Bückware sagte man dazu früher, als es vorwiegend um schmuddelige Videos ging, die unter dem Ladentisch verkauft wurden.

Juristisch stehen beim Bundesverwaltungsgericht wichtige Verfahrensfragen im Vordergrund, zum Beispiel: Wie groß ist der Beurteilungsspielraum der Bundesprüfstelle? Wie intensiv können Gerichte deren Entscheidungen überprüfen? Das ist keineswegs trivial, weil sich daran entscheiden kann, wie weit

der Arm des Jugendschutzes reicht; das Verwaltungsgericht Köln hatte gegen Bushido entschieden, das Oberverwaltungsgericht Münster zu seinen Gunsten.

Womöglich ist auch das Bundesverwaltungsgericht nur eine weitere Etappe im Prozess Bushido gegen die Bundesrepublik Deutschland. Aber der Kern des Konflikts bewegt die Gemüter derzeit auch in anderen Zusammenhängen. Wie umgehen mit Hassrede, mit Gewaltverherrlichung, mit Verächtlichmachung? Seit dem Mord an Walter Lübcke macht sich eine beklemmende Ahnung von der Kraft böser Worte breit, die den Boden bereiten können - für Gewalt oder gar Mord. Muss man nicht mit neuen Augen auf ein altes Problem schauen, auf den Gangsta-Rap als eine Kunstform mit Risiken und Nebenwirkungen?

Gangsta- oder Battle-Rap beschäftigt die Bundesprüfstelle bereits seit rund 20 Jahren, also lange bevor die Debatte über Hip-Hop und Rap mit der Echo-Preisverleihung an Farid Bang und Kollegah wegen der Textzeile "Mein Körper definierter als von Auschwitz-Insassen" explodierte. Zuständig für die Indizierung ist ein Zwölfergremium aus Vertretern von Kultur, Medienindustrie, Jugendarbeit, Schulen und Kirchen. Stets geht es um die heikle Abwägung zwischen Jugendschutz und Kunstfreiheit. Und man kann wirklich nicht behaupten, die Prüfer hingen einem angestaubten Kulturbegriff an, der allein das Wahre, Schöne, Gute gelten ließe. Schon eher: Kunst darf auch böse und hässlich sein. In seiner Grundsatzentscheidung zum Jugendschutz - es ging um einen Roman über die Wiener Prostituierte Josefine Mutzenbacher - hielt das Bundesverfassungsgericht 1990 fest: "Die Kunstfreiheit umfasst auch die Wahl eines jugendgefährdenden, insbesondere Gewalt und Sexualität thematisierenden Sujets sowie dessen Be- und Verarbeitung nach der vom Künstler selbst gewählten Darstellungsart." Womit sie freilich nicht automatisch Vorfahrt habe, sondern umso eher, je mehr sie in ein künstlerisches Konzept eingebunden sei.

Für den Gangsta-Rap ist das deshalb relevant, weil er aus der Welt der Ghettos stammt, aus einer Welt krimineller Lebensstile. Das ist das Thema der Kunstform Rap, daraus stammen die Elemente, derer er sich bedient: Gewalt, Verbrechen, Sexismus, Homophobie. Das Dilemma liegt freilich darin, dass genau diese Elemente sein jugendgefährdendes Potenzial ausmachen. Wo soll man die Grenze ziehen?

Die Bundesprüfstelle zieht sie dort, wo der Gangsta gleichsam aus einer comichaften Welt heraustritt. "Wenn Kinder in der Lage sind zu sehen, dass das eine

Kunstfigur ist, dann wird ein Song nicht indiziert", sagt die Vorsitzende Martina Hannak. Wenn die Kraftmeiereien also erkennbar übertrieben sind, wenn es eine fiktive, abstrakte Welt bleibt, in der man sich als cooler Macker geben kann - dann ist das kein Fall für den Index. Die rote Linie verläuft dort, wo sich der Rapper sozusagen als falsches Vorbild für die reale Welt geradezu aufdrängt, mit einem Menschenbild, in dem Gewalt das einzige Mittel der Konfliktbewältigung ist und das Ego sich durch Demütigung anderer aufpumpt. Wo also die Gefahr besteht, dass ein Hass- und Gewalt-Rap nicht nur den Sound für den Schulhof setzt, sondern auch in die Herzen dafür anfälliger junger Menschen kriecht. In "Sonny Black" heißen Homosexuelle "Schwuchtel", "Schwanzlutscher" oder "Tucken", Frauen werden "Fotze", "Bitch" oder "Nutte" genannt. Sozialethisch nicht vertretbar und desorientierend für Jugendliche, befand die Prüfstelle.

Dass verbales Spiel und wirkliche Welt verschwimmen, ist auch deshalb nicht fernliegend, weil Rapper - um authentisch zu wirken - gern mit einer kriminellen Vergangenheit kokettieren. Interessant und vielleicht auch für den Kontext soziale Medien lehrreich: Die Prüfer unterstellen keineswegs, dass aus Worten immer Taten werden. Dass also 14-jährige Bushido-Fans Konkurrenten gnadenlos niederprügeln. Es sei nicht davon auszugehen, dass die Lines aus "Sonny Black" eins zu eins umgesetzt würden. Die Gefahr liegt aus ihrer Sicht vielmehr darin, dass eine verrohte Sprache Haltungen formt - zumal bei jungen Menschen. Sie erhielten die konsequente Botschaft, dass Demütigungen, Rücksichtslosigkeit und Gewalt Umgangsformen seien, die von der Gesellschaft toleriert würden.

Es ist ein fast schon altmodisch wirkender Erziehungsauftrag, den die Bundesprüfstelle verfolgt - der Auftrag, zumindest die Chance auf eine wertebezogene Erziehung aufrechtzuerhalten, wo brutale Sprache sich nicht in die Köpfe der Kinder drängt. Es gehe um die Mutter aller Werte, sagt Martina Hannak, um Empathiefähigkeit. Und dies sei durchaus modern: "Damit kann man im Zeitalter der Digitalisierung vielen Problemen begegnen."

63%

der Deutschen glauben, man müsse sehr aufpassen, wenn man seine Meinung öffentlich äußert

Wie kann das sein?

IM STREIT, S. 12, UND IM FUSSELTON, S. 51





Einsamer Vater der Einheit
Kolja Gloger über ihre Jahre mit Michael Gorbatschow
Politik, Seite 7

Das kann doch nicht wahr sein
Hat ein Betrüger Polizisten und Richter getäuscht?
Koch & Uebele, Seite 22

So krank macht Arbeit
Sechs Betriebsärzte über den Druck in deutschen Firmen
Wischke, Seite 22/27

KATHOLISCHE KIRCHE

Ehen gegen den Priestermangel

Der Vatikan kündigt den Zölibat lockern. **VON RALF LÖBBERT**

Die Nachricht klingt wie herber süßer Klara-Klara: Bei der Annahmeerklärung im Kongress sprach sich eine Mehrheit der Bischöfe dafür aus, verheiratete Diakone zu Priestern zu weihen. Doch was anschließend abzuwecken, könnte die Weihenbe-scheidener, Schließlich geht es um den Zölibat. Er soll gelockert werden, wenn auch vorerst nur im präsen-tations-Überricht-Sektor.

Um die Trägheit der Garde zu overcome, muss man sich erinnern, was die Zölibat für die Kirche bedeutet. Die Bibel kennt die nie-derschauende Priesterwahl, die seit 1179, Unirrztzen war es immer, dass ein Johannes Paul II. und Benedikt XVI. wählen durften, das jede Wahl-sicherung Väter des heiligen Meeres Kirche mit Blick zum Himmel und gütigsten. Eine Mehrheit der Bischöfe will es. Das Papst Instruktion enthält, es zusammen. Im bevor-stehenden 2017 nach 2017 eine Öffnung des Zölibats für bewährte, erprobte Männer – die Welt preisen – für möglich.

Die Beschränkung auf eine drei-mündige Region der katholischen Welt darf nicht übersehen unterschreiben. Hier wird ein Präzedenzfall geschaffen. Andere Ökumenen können hier sich zum Vorbild nehmen. Präzedenzfall gibt es schließlich nicht nur in Amerika, sondern auch in Australien nach August. Seit 2008 ist in Deutschland nur 60 Priester geworben. Im Jahr 1990 waren es noch 295. Seit dem Minderheitsbericht abschließend der Glaubensrat katholischer in die Reformbilanzen der Kirche. Um dies weiterzuentwickeln zu können, forderte immer wieder Bischöfe die Lockerung des Priesterzölibats. Sehr zum Misfallen des konservativen Lagers.

Schon vor der Annahmeerklärung schickte in Deutschland mit im Vatikan die Einkommens-gemeinschaft. Selbst die Papst gegen seine Harnst-Vorläufer. Schließlich er sich dem Vatikan seiner Bischöfe zum an, einschließlich des Konflikts in einer Synodalfolge. Rufnahmen können hängt nicht mehr mit Verzicht auf eigene Weihen-berufung werden. Gleichwohl geht es auf die Kriterien zu. Theorien, unterste er in zum deutschen Erzbischof, noch Bewehrung der Zölibats, nicht Ablösung der Aachen-Weihen.

UMBRUCH IM PARTEISYSTEM

Mehr Ramelow wagen

Ein Gegner reichte. Die CDU sollte sich trauen, in Thüringen mit den Linken zusammenzubereiten. **VON MARTIN MADHOWER**

Wollen man etwas Besseres daran denken, dass 13 Prozent der Thüringer für Bodo Ramelow und die AfD gestimmt haben, dann muss das zu bestehen sein. Eine Verleumdung. Bisher nicht man nicht ein Verbrechen. Es gehört zu den Behauptungen. Politik, weil er einer der prominenten ist. Die Verleumdungsbotschaften hat nicht gemacht, er ist nicht aus der Luft gefallen. Die AfD ist ein Partei, die sich nicht ankommen – und daher liegt, die Verleumdungsbotschaften über Bodo Ramelow ist. Er ist ein Mann, der in der Lage ist, den Weg zu einem Wahlkampf zu finden, kann das überlegen gelassen sein.

Wie in Thüringen für die AfD gestimmt hat, ist also entgegen von ein-wählender Personlichkeit, dass er Hilfe in Kauf nimmt. Oder er unterstützt dies bewusst. Das ist ein Vorteil der Wähler davon von der AfD überlegen ist, macht viele Menschen stoff (Sprechen auch in Thüringen). Und es verbindet einen im politischen Spiel also anderen miteinander. Wie alles für die CDU.
Denn gerade will der AfD zuwachen (mit der Hilfe katholischer Partei ist, kommt mit der Thüringer Landtagswahl eine Argumentation an. Ein Ende, die wir Berater der AfD zu einem Einzel der Selbstverpflichtung in der Union geworden ist die AfD und die Linken die gleiche Ziel zu erreichen. Wie alle eine Zusammenstellung mit der AfD aus, wie eine Zusammenstellung mit den Linken zusammenfügen.
Es ist nicht viel über jetzt an der Zeit, zu sagen: Eine große Koalition. Ob. Linken und CDU, die hinter mich auf (siehe auch Seite 2).

Gegen Bodo Ramelow wirkt mancher Sozialdemokrat wie ein Antreiber

Spezialkommissionen wurde das das Bündnis wieder aufge-führt, kann das am Wahlkampf die Ergebnisse der Linken wieder Kraft von 31 Prozent. Die AfD aber mit 23 Prozent, auf Platz zwei. Die CDU mit 22 Prozent dahinter. Niemand weiß was im Linken und AfD Leistungen, verschiedene Paul Zwickel, der (CDU-Geschäftsberichter in Berlin. Sie bedeutet das bei diesem Wahl-gangung Die CDU schließt Bündnisse aus mit Parteien, die zusammen 34 Prozent der Wähler repräsentieren. Thüringer wird, möglicher. Und Hinkel hat eine Wahlkampf, wie ein -Spezialkommission in der Landschaft zu helfen.

FUSSBALL

Lange Pässe in die Neunzigerjahre

Die Bundesliga ist wieder spannend, aber qualitativ. **VON OLIVER FROTICH**

Gut ein Viertel der Saison ist rum und der Rekordmeister von München war zudem ein einziger. Tabellenführer: Hoffenheim (Halbzeit). Hoffenheim (Halbzeit) Union Berlin (1. Halbzeit). Die Partie Freiburg gegen Wolfsburg könnte man zusammenfassend als Sprössling beschreiben. Viele Spieler traten immer über-sichtlichen Umgang. Nach dem fünften Abwehrschickal des FC Bayern nicht die besten deutsche Fußballspieler wieder was eine Liga-sche Gruppe von Glück hat.

Übertragsrechte schien in das jedoch war für den neuen Rekordmeister. Denn der deutsche Fußball ist wie der deutsche Schachspieler unter-halten, aber qualifizierter. Die Liga ist nur deswegen weiter spannend, weil sich die Spieler eines Besseren besonnen hat – nicht unange-kommen. Die Bayern schafften es seit dem Abgang Pep Guardiola nicht, die wirtschaftlichen Mittel komplett in spezifischen Vorgaben zu investieren. Die Chance, Bayern München hinter sich zu lassen, erfolgte gar auf Dauer mit der Spitze zu verbessern, war lange nicht mehr so groß.

Früher, ist ein anderer Vorteil diese Chance zu nutzen war. Die Konkurrenz spürte, umgeben von einer Skulptur, aber nicht unheimlichen Leistung, sondern schwa-mmeren Vertrag. In der Bundesliga sind die Neunziger nicht lange Platz, keine Zwei-kämpfe, sogar Lücken im Mittelteil, viel Pleite und großer Wille, hinsichtlich ist sogar der namengebende Lebens wieder in. Macht Erfolg erreicht dabei aber möglich.

Wie immer unangelegte die untereinander bereits ablegte wie der deutsche Fußball, lässt keine Substanz auf. Das ist ein Problem nicht auch als in die Wirtschaft. Und so geschwunden der Fußball wenig Ballen, obwohl ein Nachwuchsbundesliga nach immer sehr viele Talente hervorbringt. Die schände Qua-lität gegen die deutsche Fußball regelmäßig im Europacup, ab 1997 among unter dem FC Bayern kein deutscher Club immer Teil. Die absolute Tabellenführer Borussia Mönchengladbach gewann immer noch einmal in der europäischen Europa League trotz seiner drei Spiele. Nur war das nur der Welt schauen, kann die Bundesliga Wählern machen.

PROMINENT IGNORIERT



Ein Problembär?

Im Bären, nennt die Schlosser Linderhof, so geht ein Tier von im-mer im Feld zu finden sind, die Zu-mer keine man Bestehen, die Kalb-wei derer was einem Bären präzi-sier-Schulz sowie einem Hinbach ge-funden. Wie das immer deutsche Bär. Dabei ein zweiter Teil Bären. Die beständig Problembar, laut 2006 des Ministerpräsidenten Bieder zu einem anderen Handeln inspiziert. Sieber, pass auf www.zeit.de

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

© Bodo Ramelow, Bild: Sören Schröder

BCE : des marges de manœuvre limitées pour Christine Lagarde

ÉDITORIAL

Le Monde

Editorial. La nouvelle présidente de la Banque centrale européenne hérite d'une situation qui donne le sentiment que la politique monétaire est arrivée au bout de ce qu'elle pouvait faire pour stimuler l'économie.

Publié aujourd'hui à 12h13, mis à jour à 12h32 Temps de Lecture 2 min.



Passage de témoin entre le président sortant de la BCE Mario Draghi et sa successeur Christine Lagarde, à Francfort, le 28 octobre 2019. Boris Roessler / AP

Editorial du « Monde ». Une fois de plus, en accédant à la présidence de la Banque centrale européenne (BCE), vendredi 1^{er} novembre, Christine Lagarde va devoir assumer l'étiquette de femme-la-plus-puissante-de-la-planète.

Dans des cercles du pouvoir dominés par les hommes, la Française a fini par prendre l'habitude de ce type de superlatif, à Bercy d'abord, sous la présidence de Nicolas Sarkozy, puis à Washington, lorsqu'elle a pris la direction générale du Fonds monétaire international (FMI). Mais à Francfort, quelle sera la nature exacte de son pouvoir ? Si celui de ses prédécesseurs était étendu, les marges de manœuvre de la nouvelle présidente seront beaucoup plus limitées.

D'abord, Christine Lagarde hérite d'une situation qui donne le sentiment que la politique monétaire est arrivée au bout de ce qu'elle pouvait faire pour stimuler l'économie. La baisse du taux de dépôt, qui navigue désormais en territoire négatif, et la reprise des rachats de dettes publiques ont pris des allures de dernières cartouches pour la BCE.

Pire, certains se demandent si les inconvénients de ces mesures inédites ne finissent pas par surpasser leurs avantages. Qui croit encore que des taux toujours plus bas vont inciter les entreprises et les ménages à emprunter davantage, alors qu'ils sont déjà accoutumés à ce que l'argent ne coûte pratiquement rien ? Qui croit encore que l'inflation pourra tendre vers les 2 %, l'objectif affiché de la BCE, simplement parce qu'on continuera d'injecter des liquidités dans l'économie ?

Un ralentissement mondial se profile

En revanche, les risques de bulles spéculatives, dans l'immobilier ou sur les marchés boursiers, sont de plus en plus prégnants. Cet environnement de taux d'intérêt bas permet également aux entreprises en difficulté de se refinancer à bon compte. Cette orientation de l'épargne vers des sociétés peu efficaces pèse sur la productivité, et donc la croissance de demain. Enfin, la faiblesse des taux d'intérêt fragilise les banques européennes, qui font déjà pâle figure face à leurs homologues américaines.

Ensuite, la nouvelle présidente de la BCE devra composer avec une conjoncture sur laquelle elle aura peu de prise. Qu'il s'agisse des risques associés au Brexit ou de ceux liés à la guerre commerciale entre les Etats-Unis et la Chine, Christine Lagarde aura du mal à protéger la zone euro du ralentissement mondial qui se profile.

Quelle latitude a-t-elle vis-à-vis des marchés financiers ? En promettant un soutien sans limite à l'activité, son prédécesseur, Mario Draghi, a condamné la BCE à mener la politique que les investisseurs attendent. Tout revirement se paiera cash.

Enfin, l'ex-directrice générale du FMI, habituée à fonctionner au consensus, se trouve propulsée à la tête d'une institution profondément divisée entre des pays du nord de la zone euro, dont l'épargne est pénalisée par cette politique accommodante, et ceux du sud, qui seraient dans l'incapacité de refinancer leur dette sans des taux aussi bas.

La principale mission de Christine Lagarde va paradoxalement consister à convaincre les gouvernements de la zone euro que la BCE n'a plus tant de pouvoir que cela et que c'est à eux à prendre le relais des politiques monétaires avec des mesures de relance budgétaire. M. Draghi, malgré son titre de « sauveur de l'euro », lors de la crise des dettes souveraines de 2011, n'y est pas parvenu. Christine Lagarde est désormais la « reine » de la zone euro, jusqu'à ce que, comme dans le conte d'Andersen, quelqu'un lui fasse comprendre finalement qu'elle est nue.

Le Monde

159,82

<https://www.lefigaro.fr/economie/le-scan-eco/explicateur/pourquoi-l-excedent-budgetaire-de-l-allemande-enerve-tant-ses-partenaires-20191030>

Le Figaro (site web)

mercredi 30 octobre 2019 - 19:11 UTC +01:00 1122 mots

Scan Eco ; L'explicateur

Pourquoi l'excédent budgétaire de l'Allemagne énerve tant ses partenaires

Herrero, Océane

DÉCRYPTAGE - Bruno Le Maire, Mario Draghi, et maintenant Christine Lagarde: l'excédent budgétaire allemand nourrit de plus en plus de critiques.

52 milliards. C'est l'excédent budgétaire attendu, en 2019, pour l'Allemagne. La somme pourrait faire des envieux, mais elle attire surtout les critiques de ses partenaires de la zone euro. Christine Lagarde, qui prend ses fonctions à la tête de la Banque centrale européenne (BCE) ce vendredi, a elle aussi mis en garde ce mercredi : « *les pays, et en particulier ceux qui ont de l'espace budgétaire, n'ont pas vraiment fait les efforts nécessaires. On pense évidemment à des pays qui sont de manière chronique en excédent budgétaire comme les Pays-Bas, l'Allemagne.* »

Ce « problème de riche » que rencontre en particulier l'Allemagne est pointé du doigt par Christine Lagarde pour plusieurs raisons.

« *L'Allemagne réalise des excédents budgétaires importants, et des excédents commerciaux colossaux puisqu'il s'agit d'un des premiers pays exportateurs au monde* », rappelle Mathieu Plane, économiste à l'Observatoire français des conjonctures économiques (OFCE). Balance commerciale et balance budgétaire sont intimement liées dans un pays où les exportations comptent pour la moitié du PIB.

Or l'excédent budgétaire est très peu investi, alors même que l'économie allemande est en plein ralentissement. La croissance allemande devrait être à peine de 0,5% en 2019 et de 1% en 2020.

La BCE et les partenaires de l'Allemagne, à l'image de Bruno Le Maire, appellent donc à une politique de relance: « [les ministres allemands] *me disent toujours que les investissements publics en Allemagne sont suffisants. Je reste convaincu qu'il est possible d'investir davantage* », a critiqué le ministre de l'Économie et des Finances français début octobre.

Un manque de coopération

« *On reproche à l'Allemagne de ne pas jouer le rôle de locomotive au sein de la zone euro, et donc de ne pas permettre que la croissance de l'ensemble des pays s'améliore* », explique Frédéric Lerais, économiste et directeur de l'Institut de recherches économiques et sociales (Ires). Les excédents commerciaux allemands qui nourrissent l'excédent budgétaire se font au détriment d'autres pays. Or, cela ne correspond pas aux règles du jeu fixées au sein de la zone euro: en somme, l'Allemagne se voit reprocher de ne pas « jouer collectif ». « *Dans les années 2000, quand l'Allemagne était en difficulté, les pays européens ont mis en œuvre une politique de relance en soutien. Ce qu'elle ne fait pas aujourd'hui* », complète Nicolas Goetzmann, responsable de la recherche et de la stratégie macroéconomique à la Financière de la Cité.

La crispation autour de l'excédent allemand n'est plus seulement européenne, mais mondiale. L'Allemagne profite des politiques de relance mises en place ailleurs, comme aux États-Unis ou en Chine, qui importent donc des productions ; mais sur le plan intérieur, elle a tari sa demande... Et importe donc peu. Une politique dans laquelle l'Allemagne a tout à perdre, selon Éric Heyer, directeur du département Analyse et prévision de l'OFCE: « *lorsqu'il y a un excédent quelque part dans le monde, il y a un déficit qui lui*

correspond. Or quand on parle d'un grand pays comme l'Allemagne [qui représente 30% du PIB de la zone euro] le déséquilibre est forcément important et cela renforce les tensions commerciales, du protectionnisme. Et peut-être à terme la récession. »

Guerre commerciale entre les États-Unis et la Chine, menace de Donald Trump de taxer les automobiles européennes (surtout allemandes)... Dépendante de son commerce extérieur, l'Allemagne est extrêmement vulnérable face aux soubresauts mondiaux que ses excédents contribuent à créer.

Pour réaliser la relance que ses partenaires appellent de leurs vœux, l'Allemagne a devant elle deux leviers principaux. Le premier est celui de la compétitivité. *« On reproche aux Allemands d'être trop bons, quelque part, »* dit Éric Heyer. Or l'Allemagne estime avoir déjà fait des efforts, en instaurant un salaire minimum notamment. Le second levier est l'investissement public, qui pourrait permettre de relancer la croissance de l'Allemagne et tirerait l'ensemble des pays de la zone euro. *« Des investissements publics, ça ne veut pas juste dire faire des routes. Cela peut financer des énergies renouvelables, des projets de robotisation par exemple. Ce qui, en somme, peut favoriser la croissance de long terme, »* explique Frédéric Lerais. L'Allemagne est par exemple en retard concernant ses infrastructures numériques. Alors que le déploiement de la 5G se profile, celui de la 4G n'est pas encore achevé. L'industrie la plus importante du pays, l'automobile, peine également à innover pour s'adapter aux nouvelles demandes: l'électrique, notamment.

Peur phobique de la dette

Alors même que sa croissance est faible, et qu'elle sous-investit, pourquoi l'Allemagne est-elle donc si réticente à mettre en place une politique de relance? Pour elle, l'excédent budgétaire constitue un rassurant bas de laine budgétaire, alors que le vieillissement de sa population annonce des dépenses sociales importantes. *« On peut s'attendre à des déséquilibres démographiques profonds à moyen terme »*, explique Frédéric Lerais. *« Concernant l'âge de départ à la retraite, l'Allemagne est déjà au maximum »*, souligne Éric Heyer. Elle n'a donc pas d'autre choix que de prévoir des fonds pour financer les pensions de ses futurs - et nombreux - retraités.

L'Allemagne reste en outre habitée par une croyance qui reste cardinale dans la fabrication des politiques économiques allemandes: celle que les déficits budgétaires sont fondamentalement mauvais et susceptibles de créer de l'inflation. Ils craignent ainsi que la dette ne finisse sur les épaules de leurs enfants. Cette orthodoxie budgétaire est assez peu remise en question par les partis politiques allemands. La politique du *« schwarze Null »* (budget strictement à l'équilibre) *« n'a politiquement aucun sens mais personne ne le dit, tant c'est ancré au niveau politique »*, regrette Nicolas Goetzmann.

La critique ciblée de Christine Lagarde prend donc le risque de braquer l'Allemagne: *« Aucun gouvernement fédéral n'a investi davantage, nous parlons d'une augmentation de 30% par rapport à la législature précédente, et cela ne comprend pas les incitations à investir du paquet climat, qui pèsent plusieurs milliards »* d'euros, a réagi Olaf Scholz, le ministre des Finances, le jour même.

Philippe Waechter: «Après Mario Draghi, les défis de Christine Lagarde à la BCE seront plus politiques que monétaires»

INTERVIEW - Pour l'économiste, la nouvelle présidente devra notamment persuader l'Allemagne de jouer le jeu de la croissance dans la zone euro.

Par **Luc Lenoir**

Publié hier à 17:38, mis à jour hier à 19:17

Pour Philippe Waechter, les premières déclarations de Christine Lagarde «suggèrent que ses vues sont cohérentes avec l'idée d'une politique monétaire durablement accommodante». *Presidential Palace/VIA REUTERS*

Philippe Waechter est directeur de la recherche économique chez Ostrum Asset Management. Il est également chargé de cours à l'École normale supérieure de Cachan, et membre associé du Conseil économique et social d'Île-de-France. Il a notamment publié avec Martial You «Subprimes, la faillite mondiale» (Alphée, 2008).

LE FIGARO.- Christine Lagarde a répété ce mercredi que les pays présentant un excédent budgétaire, comme l'Allemagne ou les Pays-Bas, devaient davantage investir pour soutenir la croissance. Quelle politique cette déclaration laisse-t-elle augurer? Assiste-t-on à un changement de style par rapport à Mario Draghi?

Philippe WAECHTER.- Christine Lagarde apparaît comme étant Draghi-compatible. Ses premières déclarations suggèrent que ses vues sont cohérentes avec l'idée d'une politique monétaire durablement accommodante. Elle enfonce le clou également en ce qui concerne l'importance de la politique budgétaire dans l'équilibre des politiques économiques en zone euro. La politique économique est unijambiste en n'utilisant que la politique monétaire, il faut une politique budgétaire qui vienne en complément de celle-ci afin de mettre en place les conditions d'une croissance durablement plus élevée.

Le credo de Mario Draghi était le suivant: la BCE solvabilise les dettes publiques en maintenant des taux d'intérêt très bas dans la durée. Aux gouvernements de profiter de ces conditions pour mettre en œuvre des politiques structurelles afin de caler la croissance sur une trajectoire plus forte. Christine Lagarde est dans la lignée de ces propos. Le point désormais est de connaître davantage le style et la communication de la nouvelle présidente de la BCE. Sur ce point il pourrait y avoir des différences avec Draghi car les deux n'ont pas du tout la même personnalité.

Quels sont les atouts de Christine Lagarde face à ces enjeux?

Elle a une vision du monde et gardera à la BCE son indépendance. Elle a aussi une capacité à convaincre qui peut permettre une intégration supplémentaire de la zone Euro. Elle n'est pas spécialiste des questions monétaires mais dispose d'une vision plus politique que Mario Draghi. Cela pourrait lui permettre de convaincre davantage les gouvernements de venir en complément des mesures monétaires. En outre si tel était le cas cela limiterait la nécessité d'aller plus loin dans ces mesures monétaires.

L'enjeu pour Christine Lagarde est important mais de nature très différente de celui auquel son prédécesseur a eu à faire face. Draghi a dû sortir la zone Euro de la très longue récession dans laquelle les politiques d'austérité avaient plongé la zone. Il y est arrivé en transformant la banque centrale qui est devenue de façon plus franche le prêteur en dernier ressort de la zone. Sa politique avait permis à la zone euro de retrouver le chemin de la croissance.

Pour Christine Lagarde, l'enjeu est à la fois d'inscrire cette croissance dans la durée et d'améliorer les conditions de cette expansion pour améliorer la distribution des revenus et les créations d'emplois. L'enjeu est aussi de rendre plus autonome la croissance de la zone dans un monde globalisé mais qui n'est plus ni coordonné ni coopératif. La réalisation de ces objectifs sera d'autant plus complexe que la nouvelle Commission Européenne tarde à définir clairement ses priorités et qu'une croissance insuffisante pourrait accroître le risque de populisme. Les défis sont considérables et ils sont plus politiques que monétaires. C'est en cela que le choix de Christine Lagarde a du sens.

Les plans de Quantitative Easing et les taux bas suffiront-ils pour soutenir la croissance? La conjoncture, notamment en Allemagne, ne semble plus «répondre» aux manœuvres de la BCE...

Christine Lagarde ne considère pas que les mesures prises sont suffisantes pour soutenir la croissance. Elle ajoute la nécessité d'une politique budgétaire volontariste. Elle cible très directement l'Allemagne qui dispose d'un important surplus budgétaire. Nos voisins d'outre-Rhin ont les moyens de soutenir la croissance européenne en recentrant leur activité sur le vieux continent. Ce pourrait être une opportunité pour ajuster le modèle de croissance allemand qui est trop dépendant du monde hors Europe. Dans le monde complexe qui est le nôtre, il pourrait être efficace que l'Allemagne, par son action, donne davantage d'autonomie de croissance à la zone Euro afin de mieux résister aux éventuels chocs externes. Là est l'enjeu pour la zone Euro et l'Allemagne. L'impulsion budgétaire allemande permettrait de relâcher les contraintes dans les autres pays et de cibler davantage l'investissement pour accroître à terme la croissance potentielle.

Sur la question des investissements, Christine Lagarde est favorable à une BCE qui s'inscrirait dans le combat de son temps pour lutter contre le réchauffement climatique. Le maintien de taux d'intérêt bas ou négatifs pour faciliter les investissements en infrastructure est une idée émise par l'ancienne directrice générale du FMI et cela a du sens. Elle est séduite aussi par les greenbonds qui pourraient entrer dans les opérations de la BCE.

L'Allemagne ne semble plus répondre parce que le modèle allemand est peut-être remis en question. En outre, Jens Weidmann, le président de la Bundesbank, la banque centrale allemande, est opposé à toute mesure qui ne soit pas strictement orthodoxe de la part des autorités monétaires européennes. Alors, être attentif au changement climatique....

„DATTELN 4“ IM RUHRGEBIET:

Kohlekraftwerk soll wohl doch ans Netz

- VON HELMUT BÜNDER, DÜSSELDORF
- -AKTUALISIERT AM 31.10.2019-07:01



1,5 Milliarden Euro hat Uniper in das Kraftwerk investiert. Wegen des Kohleausstiegs stand die Nutzung in Frage. Im Sommer 2020 soll es jetzt in Betrieb genommen werden.

Trotz des geplanten Kohleausstiegs wird das Kraftwerk Datteln 4 im kommenden Jahr aller Voraussicht nach doch ans Stromnetz gehen. Branchenkreise bestätigten eine entsprechende Meldung der Nachrichtenagentur Reuters. Sie berichtete unter Berufung auf einen Regierungsvertreter, dass der vom Energiekonzern Uniper errichtete Steinkohlemeiler im Norden des Ruhrgebietes planmäßig in Betrieb genommen werden könne. Eine offizielle Bestätigung steht noch aus. Das Bundeswirtschaftsministerium will erst in zwei Wochen seinen Entwurf für ein Gesetz über den Ausstieg aus der Steinkohleverstromung vorlegen. Eine Sprecherin lehnte einen Kommentar ab.

Uniper hat in das Steinkohlekraftwerk im Norden des Ruhrgebietes schon mehr als 1,5 Milliarden Euro investiert. Es gilt als das modernste und sauberste Kraftwerk dieser Art in ganz Europa. Er soll im Betrieb sehr viel weniger Kohlendioxid ausstoßen als viele ältere Anlagen in Deutschland. Dennoch hatte es in der Kohlekommission die Empfehlung gegeben, eine „Verhandlungslösung“ zu suchen, damit im Bau befindliche Kohlekraftwerke nicht mehr ans Netz gehen. Die Lösung würde faktisch nur für ein Kraftwerk gelten – und zwar Datteln 4. Es hatte schon Verhandlungen über eine mögliche Entschädigung gegeben. Diese Gespräche würden jetzt beendet, hieß es aus Regierungskreisen. Schon vor einigen Wochen war ein erster Entwurf durchgesickert, der sich als ein Festhalten an Datteln 4 interpretieren ließ. Das Wirtschaftsministerium hatte das Papier aber wieder einkassiert.

„Wir brauchen Sicherheit und Vertrauensschutz für unsere Aktionäre“

Das Kraftwerk Datteln 4 sollte ursprünglich schon im Jahr 2011 fertig werden. Wegen zahlreicher Pannen verzögerte sich der Abschluss der Arbeiten aber jahrelang. Von einem Verbot für den Betrieb von Datteln 4 würde nun vor allem die Deutsche Bahn profitieren. Sie hatte bei Baubeginn den größten Teil der Kapazität für die Versorgung mit Bahnstrom gebucht. Nun will sie aber aus dem Vertrag wieder aussteigen, weil dem Konzern die damals vereinbarten Preise inzwischen zu hoch sind. Auch mit RWE, einem weiteren Großkunden für Strom aus Datteln, liegt Uniper noch vor Gericht über Kreuz. Die Anlage mit einer Leistung von 1100 Megawatt soll nach der Unternehmensplanung im Sommer kommenden Jahres in den Regelbetrieb gehen. Die Strombörse EEX ist gerade darüber informiert worden, dass dieser Fahrplan steht. Schon für Januar sei vorgesehen, das Kraftwerk für eine technische Synchronisation mit dem Stromnetz zu verbinden.

In seinem Ausstiegsgesetz soll das Wirtschaftsministerium unter anderem die Einzelheiten für ein Ausschreibungsverfahren festlegen. In der ersten Phase würden dann solche Steinkohlekraftwerke ausscheiden, für welche die Betreiberunternehmen die geringsten Stilllegungsprämien verlangen. Die Entschädigungen für den Ausstieg aus der Braunkohle werden hingegen bilateral mit den Konzernen

ausgehandelt. Der Essener Versorger RWE verlangt, die Zahlungen in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zu verankern, um sich gegen eventuelle spätere Gesetzesänderungen abzusichern. Angestrebt werde eine Lösung wie für die Atomrückstellungen. „Wir brauchen Sicherheit und Vertrauensschutz für unsere Aktionäre“, sagte eine Konzernsprecherin.

Informierte Berliner Kreise wollen wissen, dass RWE für die bis zum Jahr 2022 geplanten Stilllegungen mit höchstens 3 Milliarden Euro rechnen könne. Der Vorstandsvorsitzende Rolf Martin Schmitz fordert hingegen Kompensationszahlungen von bis zu 1,5 Milliarden Euro je Gigawatt. Der Versorger wird in der ersten Stufe voraussichtlich Kraftwerke mit einer Kapazität zwischen 2,4 und 3 Gigawatt aus der Produktion nehmen müssen. Weitere staatliche Hilfen verlangt das Unternehmen für den möglichen Erhalt des Hambacher Forstes, den die Kohlekommission empfohlen hat. Dafür sei eine neue Tagebauplanung und ein teures neues Konzept für die Rekultivierung des Braunkohlegebiets erforderlich, heißt es von RWE. Deren Kosten dürften nicht bei RWE hängenbleiben. Nach früheren Angaben aus dem Unternehmen geht es dabei um bis zu eine Milliarde Euro.

EZB

Die Geister, die er rief

Die neue Chefin der Europäischen Zentralbank erbt von ihrem Vorgänger eine völlig enthemmte Geldpolitik.

Von **Uwe Jean Heuser**

29. Oktober 2019, 16:50 Uhr Editiert am 31. Oktober 2019, 8:44 Uhr DIE ZEIT Nr. 45/2019, 30. Oktober 2019 [1 Kommentar](#)



Christine Lagarde und Mario Draghi bei einer Konferenz in Frankfurt

Die Geister, die er rief – Seite 1

Ist das nicht ein Anlass zur Warnung? Eine Politikerin wird Chefin der Europäischen Zentralbank. Eine Frau, die keine Geldtheorien studiert hat und vehement gesellschaftliche Ziele wie ein eng verbundenes Europa oder soziale Gerechtigkeit verfolgt. Eine Ikone der Gleichberechtigung. Eine ehemalige Spitzenanwältin. Französische Finanzministerin. Chefin des Internationalen Währungsfonds.

Angesichts einer solchen obersten Zentralbankerin hätten sich noch vor 15 Jahren in der engen Gemeinschaft der Geldgelehrten die Nackenhaare aufgestellt. Ökonomen aus ihrem Kreis und gerade nicht Juristen und Politiker sollten Zentralbanken führen, unabhängig von taktischen Erwägungen und nur volkswirtschaftlichen Größen wie der Menge des Geldes oder dem Geldwert verpflichtet. Aus ihren Daten sollten sie herauslesen, wie hoch der Zins sein muss. In diesem Weltbild waren die Zentralbanken wie Kirchen und die Geldprofis ihre Hohepriester.

Nun aber hält sich die Sorge in engen Grenzen, und das nicht nur, weil die 63-jährige Französin Christine Lagarde eine kluge, aufgeschlossene und charismatische Managerin ist. Vielmehr sind die Technokraten an der Spitze in diesem Jahrzehnt selbst zu Politikern geworden. Und im Fall von Mario Draghi und seinen Unterstützern nicht einmal zu sonderlich guten. Die Mitgliedsländer des Euro entwickeln sich vielfach gerade nicht nach ihren Vorstellungen.

Wobei, man muss da einen Unterschied machen zwischen dem diese Woche abtretenden Chef der Europäischen Zentralbank und seinen Jüngern, so wie fast immer, wenn mit einem Namen eine ökonomische Kehrtwende verbunden wird.

Bei John Maynard Keynes etwa, dem führenden britischen Ökonomen der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg, der erst dem Geld und dann dem Staat mehr Einfluss auf die Konjunktur zuschrieb als vorher gedacht. In den 1960er-Jahren bestimmten die Keynesianer dann allerorten die Wirtschaftspolitik und versuchten die Konjunktur zu steuern – bis sie an Selbstüberschätzung litten und in den Ölkrisen ein Jahrzehnt später an der harten Realität scheiterten. Viele, die heute im Namen von Keynes reden, verlangen höhere Staatsausgaben, egal wie es der Volkswirtschaft geht. Und das, obwohl dem Meister selbst vorschwebte, dass die Staaten dem Abschwung mit neuen Schulden entgegenwirken und im Aufschwung genau diese Schulden wieder abbauen.

Kaum anders verhält es sich bei dem Amerikaner Milton Friedman, der sich nach dem Krieg gegen Keynes' Lehre stellte und den Marktliberalismus neu begründete. Friedman fand neue Argumente dafür, dass staatliches Eingreifen schnell seine Wirkung verlieren kann. Und er stemmte sich gegen Keynes' Überzeugung, dass die Menge des umlaufenden Geldes die Volkswirtschaft nachhaltig bewegt und Zentralbanken diese Wirtschaft immer wieder mit Geldspritzen aus Rezessionen befreien müssen. Erst seine "Follower" einschließlich des eigenen Sohnes radikalisierten die liberale Lehre, drängten den Staat überall zurück, egal ob das nun sinnvoll war oder nicht. Und sie wiesen den Zentralbankern eine gänzlich passive Rolle zu, sodass sie nur noch nach einer simplen Regel eine bestimmte Geldmenge anstreben sollten.

Mario Draghi ist kein Vordenker wie Keynes und Friedman, sondern ein hochgeachteter Praktiker von 72 Jahren. Dazu ein charmanter Professor, der gern mit Studenten diskutiert. Und das Symbol für eine neue Geldpolitik. Seine Generation hat aus der Geschichte der Wirtschaftskrisen gelernt, dass Zentralbanken nicht passiv bleiben dürfen, wenn der große Einbruch kommt. Dann stockt nämlich der Geldfluss, die Banken misstrauen sich gegenseitig, und es bedarf tatsächlich neuer liquider Mittel, damit die Wirtschaft nicht austrocknet. Bloß droht eben nicht ständig ein solcher historischer Einbruch, und wie jede steuernde Kraft in der Ökonomie stößt auch die Geldpolitik schnell an ihre Grenzen.

Was man Draghi zugutehalten muss: Das Europa des Euro ist ein einmalig schwieriger Fall. Während die USA, Geburtsland der Finanzkrise von 2008, schnell und drastisch die Folgen bekämpften, während sich Washington an den führenden US-Banken beteiligte und die Zentralbank die Zinsen massiv senkte, taten Deutschland und Europa nur das Notwendigste, um die Krise zu überstehen. Erst langsam lernten sie, dass der Euro verlangte, in schlechten Zeiten füreinander einzustehen – und dass Partner wie Griechenland, die es allein nicht schafften, sich im Gegenzug für die Hilfe auch verändern mussten.

Wie kommt Europa vom superbilligen Geld wieder los?

Als Mario Draghi im Jahr 2011 zur Europäischen Zentralbank nach Frankfurt kam, grassierte das Misstrauen in Europa. Zwischen Geber- und Nehmerländern, Nord und Süd, Anlegern und staatlichen Schuldnern. Einzelnen Ländern wie Italien drohte deshalb die Insolvenz, dem Euro das Ende. Im Jahr 2012 hatte der Italiener dann seinen großen Moment. Seine Bank werde die Währung bewahren, sagte er fast beiläufig bei einem Auftritt in London – "was immer dafür nötig ist". Beruhigend fügte er hinzu, man dürfe gewiss sein: "Es wird ausreichen." Kurze Zeit später verabschiedete die Zentralbank ein Programm, um Staatsanleihen von notleidenden Mitgliedern des Euro zu kaufen, die sich einem strengen Rettungsregime unterstellten.

Das war Geldpolitik vom Feinsten, weil Draghi in Wahrheit nun gar nichts tun musste. Die Zinsen der Krisenländer wie Italien und Portugal sanken, ohne dass Draghis Bank ihr Programm je aktivieren musste. Euroland gewann Zeit, um sich zu retten, obwohl die Zentralbank keine einzige Staatsanleihe kaufte. Die Aussicht war schon genug.

Viel spricht dafür, dass der Erfolg von 2012 Mario Draghi und seine Gehilfen mit großem Selbstvertrauen erfüllte. In einer zunehmenden Anmaßung wurden sie von Rettern des Moments zu Konjunkturlenkern und sogar zu denen, die Demokratien bewahren wollten. Statt der Politik einmalig Zeit zu kaufen, damit sie stabile Verhältnisse schafft, zog man diese Aufgabe dauerhaft nach Frankfurt. Die Folge: Das, was einmal Kardinalsünden der Geldpolitik waren, wie Staatsanleihen zu kaufen und auf diese Weise die Finanzpolitik von der Disziplin des Marktes zu befreien, wurde zum "New Normal". Der Ausnahmezustand wurde zur Regel.

Zunächst ließen Draghi und Co. den Zins verschwinden. Für frisches Geld mussten Banken bald nichts mehr bezahlen, weil der Leitzins gegen null sank. Um eigenes freies Geld über Nacht bei der Zentralbank zu parken, müssen sie dagegen bezahlen, weil Draghi den ehemals positiven Einlagenzins unter null senkte und somit zu einer Einlagengebühr machte. Im Jahr 2015 schien auch das nicht mehr genug, unterstützt von vielen Kollegen gerade aus Südeuropa brach der Chef das nächste Tabu und legte ein Programm zum Kauf von Anleihen auf. Europa war damit spät dran.

Die Federal Reserve in den USA hatte ihre über fünf Jahre laufenden Käufe schon wieder beendet. Und dann passierte Draghi das Gleiche wie so vielen Mächtigen, wenn sie sich einer Strategie

verschreiben: Er fand einfach kein Ende, obwohl Europa spätestens 2017 einen echten Aufschwung erlebte. Immer gab es noch eine Wahl, die den politisch gewordenen Zentralbankern Sorgen bereitete – was, wenn die Franzosen rechts außen wählen würden (taten sie nicht) oder die Italiener (taten sie)?

Auf diese Weise verpasste die Zentralbank den Ausstieg. Erst Ende 2018 kaufte sie ihre vorerst letzten Anleihen, insgesamt hatte sie da rund 2,5 Billionen Euro an Wertpapieren erworben und dadurch diese riesige Menge Geld in den Finanzmarkt gepumpt. Jetzt erlebt die Weltwirtschaft und mit ihr Europa einen Abschwung, und die Europäische Zentralbank kann nicht als Gegenmaßnahme wie gewohnt die Zinsen kräftig senken. Es gibt ja keine. Und das ist nur eines der Probleme: Unterschiedlich hohe Zinsen zeigen normalerweise an, welche Unternehmen und Staaten riskant wirtschaften und welche nicht. Doch in Draghis Geldschwemme geht diese höchst wichtige Funktion unter, sodass Zombiebanken und Zombieunternehmen, die längst pleite sein müssten, weiter Kredit erhalten.

Die größte Frage ist, wie Europa, das sich ans superbillige Geld gewöhnt hat, je wieder davon loskommt. Zum Beispiel ist das wenig dynamische Italien mit Schulden von über 130 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung davon abhängig. Deshalb fehlt auch ein Licht im Tunnel der Sparer, vor allem in Deutschland. In der stabilsten Volkswirtschaft des Euro-Raums sind die Zinsen nämlich besonders niedrig, während die Preise steigen. Da können Draghisten den deutschen Sparer zynisch vorwerfen, sie hätten mehr Aktien und Häuser kaufen sollen – sie und ihr Held tragen eine Mitschuld daran, dass eine ganze Generation ihr Geldvermögen und ihre zu erwartenden privaten Renten der Kaufkraft nach schmelzen sieht wie Eis in der Mittagssonne.

Mario Draghi selbst hat nicht mehr herausgefunden aus seinem selbstbestärkenden Denken. Das zeigte sich zuletzt deutlich. Gegen fast die Hälfte seiner Kollegen im Rat der Zentralbank setzte er durch, dass erneut jeden Monat Anleihen für 20 Milliarden Euro gekauft werden und der Einlagenzins auf das Rekordtief von minus 0,5 Prozent sinkt.

Mario Draghis Politik hat die Menschen gespalten

Hätte Draghi über die Jahre Alternativen gehabt? Natürlich hätte er das.

So hätte er früher aussteigen und auch die Ziele seiner Bank überdenken können. Zu lange hat er das Gespenst der drohenden Deflation, also einer Spirale sinkender Preise und abnehmender Wirtschaftstätigkeit, an die Wand gemalt. Immer zielte er auf zwei Prozent Inflation bei den Verbraucherpreisen ab – ohne in Rechnung zu stellen, dass die Deflationsgefahr mit dem Aufschwung verschwand und sich dafür eine andere Art der Inflation beschleunigte: Seine Politik jubelte die Aktienkurse und Immobilienpreise in die Höhe und schuf Finanzblasen, die irgendwann zu platzen drohen.

All das würde vielleicht vor seiner Großtat im Jahr 2012 verblassen, wären da nicht die Geister, die er rief. Seine Follower kennen kein Halten und zeigen Zeichen ihrer Ideologisierung. Lange haben sie argumentiert, die Geldpolitik müsse ihren großen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen nutzen – um nun zu behaupten, dass die Zentralbank gar nicht anders könne, weil die von Ersparnissen überfluteten Finanzmärkte die Richtung vorgäben. Sie berauschen sich an einer gut hundert Jahre alten Idee, die nun als "Modern Monetary Theory" aus den USA kommend an Einfluss gewinnt: Geld ist eine staatliche Schöpfung und soll genutzt werden, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten und Ungleichheit zu bekämpfen – was immer dafür nötig ist. Diskutiert wird schon, dass die Zentralbank zusätzlich Aktien aufkaufen könne, wenn ihr die Anleihen ausgehen. Oder dass sie einfach Schecks an die Bürger schickt. Alles, um neues Geld unter die Leute zu bringen.

Dass dies selbst berühmte Fachleute wie den amerikanischen Nobelpreisträger Paul Krugman erschreckt, hemmt die Begeisterung keineswegs. Es ist wie oft in der Ökonomie: Die Jünger der Bewegung übertreiben es maßlos mit einem ursprünglich wichtigen Argument. In diesem Fall halten sie das auch noch für progressiv und sozial.

Das ist vielleicht der größte Irrtum von allen. Schon Mario Draghis Politik hat die Menschen nicht etwa zusammengeführt, sondern neu gespalten. Nullzinsen und ein bewusst herbeigeführter geringer Währungskurs des Euro haben in Deutschland die Immobilienpreise so stark steigen lassen, dass ärmere Mieter in vielen Stadtvierteln keinen Platz mehr finden und Unfrieden entsteht. Wer hat, wer sich Häuser und Aktien leisten kann, dem wird in dieser Welt gegeben. Also sorgt die fortgesetzte

Geldschwemme nicht etwa für Ausgleich, sondern droht die Menschen überall in Europa so zu trennen, wie das Griechen oder Italiener schon kennen. Eine vermögende Oberschicht lebt da räumlich und vom Bewusstsein her fernab der anderen Bürger. Das Fazit: Mit ihrem Finanzdenken hält die Zentralbank vielleicht den Kapitalismus am Laufen, keineswegs aber die Gesellschaften zusammen.

In dieser Woche endet die Amtszeit des Mannes, der kein Ende gefunden hat, und Christine Lagarde übernimmt die Führung in Frankfurt. Sowenig Sympathie sie für Draghis teils einsamen Führungsstil hegt, so viel hat sie für seine Geldpolitik übrig. Doch sie verfügt auch über ein antiideologisches Gespür und hat das in ihren ersten Interviews anklingen lassen. So will sie "eine gemeinsame Linie finden", möchte "die verschiedenen Meinungen zusammenbringen", wie sie dem *Spiegel* gesagt hat, und den gespaltenen Zentralbankrat wieder einen.

Lagarde ist eine moderne Kommunikatorin, die sich mit der Bank für den Klimaschutz einsetzen und auf die Regierungen einwirken will, damit sie mehr investieren und reformieren. Außerdem möchte sie die Bank der deutschen Öffentlichkeit näherbringen – was die alten Gralshüter wie auch Draghi selbst für schwierig halten, weil die Debatte mit den Bürgern unpräzise würde. Doch es sind eben er und die Draghisten, die durch ihr hochpolitisches Vorgehen der Ära der Technokraten ein Ende gesetzt haben.

Dass es so weit kam, ist auch die Schuld von Angela Merkel. Vor Mario Draghi hatten viele auf den damaligen Bundesbankchef Axel Weber gesetzt. Der zog sich zurück, weil er sich im Ringen um eine seriöse Geldpolitik von Berlin alleingelassen fühlte. Acht Jahre später hieß der deutsche Kandidat Jens Weidmann. Mehrfach hatte sich der Bundesbanker Draghi widersetzt und seine Unabhängigkeit bewiesen – was ihm nichts half. Im europäischen Postenpoker opferte Merkel ihn für die Spitze der EU-Kommission. Die Geldpolitik zu korrigieren und den heimischen Sparern zu helfen war der Kanzlerin offensichtlich nie so wichtig. Und ein strenger deutscher Ökonom an der Spitze der Zentralbank hätte ihr neue Konflikte geschaffen.

Nun muss die Hoffnung also einer pragmatischen Politikerin und Juristin aus Frankreich gelten, die auf der Suche nach Konsens vielleicht einmal von den Null- und Negativzinsen Abstand nimmt. Aber so wird Christine Lagarde eben nur handeln, wenn es politisch zweckmäßig ist. Und das kann dauern.

WIE WAR LUTHER WIRKLICH?:

Abschied von „Junker Jörg“

- VON THOMAS KAUFMANN
- -AKTUALISIERT AM 31.10.2019-14:02



Martin Luther ist vielfältig und schillernd. Ihn neu zu erfinden, ist ein Gebot der theologischen und der gesellschaftspolitischen Vernunft. Zur Entmythologisierung eines wirkungsreichen Luther-Porträts. Ein Gastbeitrag.

Bei Kreativen gehört es dazu, sich dann und wann, meist sicht- und vernehmbar, „neu zu erfinden“. Schon für Albrecht Dürer, der vielen noch immer als erster Künstler (und nicht mehr Handwerker) gilt, war die ständig veränderte Sicht auf sich selbst ein schöpferisches Lebensthema. Auch jene Gestalt der älteren deutschen Geschichte, über die wir mehr wissen als über jede andere, erfand sich ständig neu und wurde immer wieder neu erfunden: Martin Luther.

In einem brillanten Büchlein mit dem Titel „Cranachs Luther“ hat der große Hamburger Kunsthistoriker Martin Warnke vor dreieinhalb Jahrzehnten die „Entwürfe“ des Künstlers für das „Image“ des Reformators rekonstruiert. Dabei trat eine Art Arbeitsteilung zwischen Lukas und Luther hervor, die sich schon in den ersten Bildunterschriften aus den Jahren 1520/1 prägnant greifen lässt: Der Stift des Künstlers schafft das vergängliche Bild; ein unvergängliches Bild seines Geistes schafft Luther selbst durch seine Schriften.

In den zeitgenössischen Bildern Luthers spiegelte sich, was man in ihm sah oder was Cranach und andere an ihm sichtbar machen wollten. Zuerst, 1520/1, den stürmisch-streitenden, dann den gesprächswillig-frommen Mönch und Bibelausleger, den gelehrten Doktor. Wenig später, 1521/2, nach der Zeit auf der Wartburg: den bärtigen Ritter, „Junker Jörg“, der Ordnung stiftet und Aufruhr zurückdrängt. Dann, ab 1525, den Ehemann im Doppelbildnis mit seiner Frau Katharina von Bora. Schließlich, in den 1530er und 1540er Jahren, gemeinsam mit anderen Wittenberger Professoren oder allein: den beliebten, unerschütterlichen, monumentalen Kirchenlehrer, die Ikone der Rechtgläubigkeit, den Vater der lutherischen Kirche.

So verstanden waren Cranachs Luther-Porträts visuelle Reflexe und Kommentare bestimmter historischer Kontexte, denen sie sich verdankten. Doch im Unterschied zu den berühmten Cranachschen Kupferstichen des Mönchs und des Doktors Luther, die von Künstlern wie Erhard Schön, Hans Baldung Grien, Hieronymus und Daniel Hopper rasch aufgenommen und variiert wurden, lassen sich Rezeptionsspuren des „Junkers Jörg“ in der zeitgenössischen Druckgraphik nicht nachweisen.

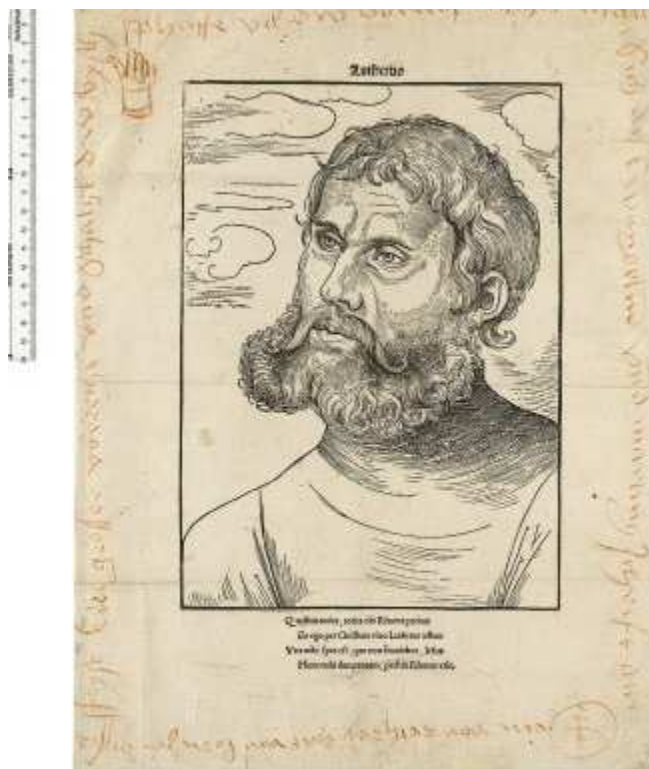
Leitikone des Protestantismus

„Junker Jörg“, der Luther also, der von der Wartburg zurückkehrte und von seinem Freund Cranach mit vollem Haupthaar und Bart ins Bild gesetzt wurde, gehört seit alters zu den Leitikonen des Protestantismus. An kaum einer Darstellung, so scheint es, wird der radikale Umbruch sinnenfälliger:

Der dem weltgeschichtlichen Rampenlicht des Wormser Reichstags entwichene, auf die stolze Burg über dem Thüringer Wald verschleppte Bettelmönch hat Kutte und Tonsur abgelegt; als Adliger, als Ritter „Georg“ oder „Jörg“ getarnt, bricht er innerlich und äußerlich mit dem geistlichen Stand und den Ordensgelübden.

Barhäuptig, den bewölkten Himmel über sich, ist er unmittelbar zu Gott. Bald wird der kräftige Barträger die revolutionären Umtriebe des „Bilderstürmers“ Andreas Bodenstein, genannt Karlstadt, in „geordnete Bahnen“ lenken. Das Bild Luthers als „Junker Jörg“ ist integraler Bestandteil eines Narrativs, in dem Luther zum überlegenen Reformator wird, der die Reformation vor „Linken“, „Radikalen“ wie Müntzer und Karlstadt, rettet und dauerhaft, mit Hilfe der weltlichen Obrigkeit, einschärft, dass Bauernland in Junkerhand gehört.

Bisher ging die einschlägige kirchen-, kunst- und allgmeinhistorische Forschung davon aus, dass die Porträts des „Junkers Jörg“ im Dezember 1521 oder März 1522 von Lucas Cranach d. Ä. in Wittenberg angefertigt wurden. Außer einem Holzschnitt sind es insbesondere zwei ohne Datierung überlieferte, weithin bekannte Ölgemälde, die heute in Weimar und Leipzig hängen. Im Dezember 1521 war Luther heimlich von der Wartburg nach Wittenberg gereist, um einige Vertraute zu treffen und sich über die gärende Lage zu informieren. Anfang März 1522 kehrte er dann definitiv aus seinem Exil zurück. Manches spricht dafür, dass ihn vor allem die Absicht nach Hause trieb, das auf der Wartburg ins Deutsche übersetzte Neue Testament rasch in den Druck zu bringen.



Lutherus... :Bild: Staatliche Kunstsammlung Dresden

Durch zwei chronistische Überlieferungen ist gesichert, dass Luther dem Maler Cranach in seiner ritterlichen Tarnung vorgeführt, von diesem aber nicht erkannt worden war. Bisher ging man davon aus, im Porträt des „Junkers Jörg“ die ikonische Manifestation dieser Cranachschen Verblüffung vor Augen zu haben. Die Legende war schließlich so stark, dass der Maler Heinrich Stelzner den Porträtisten auf seinem Genrebild „Cranach malt Luther auf der Wartburg“ (um 1890) eigens in Luthers Versteck teleportierte. Doch dass Cranach Luther damals überhaupt porträtiert hat, ist alles andere als sicher.

Unterschiedliche Versionen, der selbe Holzschnitt

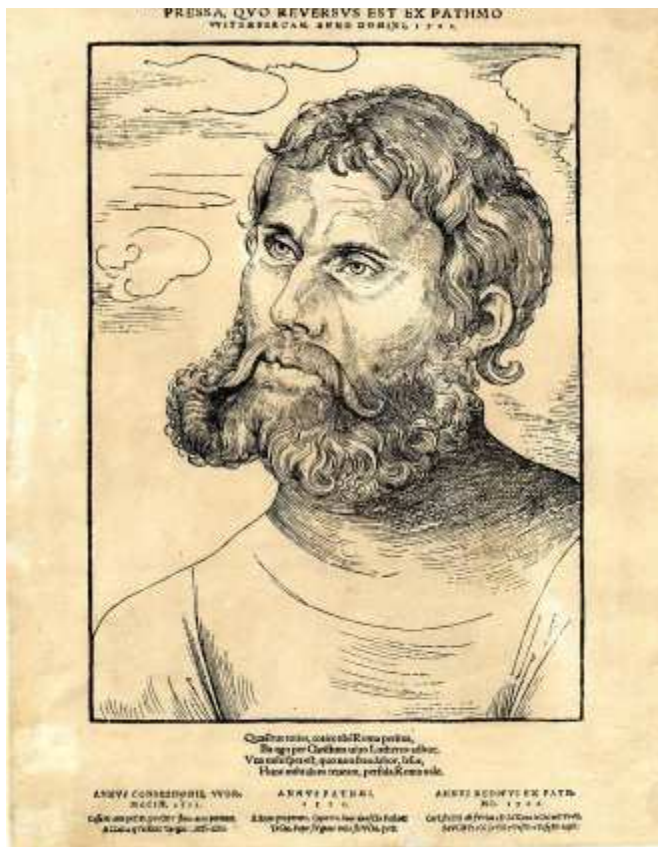
Eine kritische Revision der Überlieferungen zum „Junker Jörg“, die die Leitikone am Ende „stürmt“, hat von den unterschiedlichen Versionen der Einblattdrucke auszugehen, die allesamt denselben Holzschnitt verwendeten. Insgesamt vier verschiedene Ausfertigungen liegen vor. Sie unterscheiden sich durch fortschreitende Erweiterungen des Textbestandes. Die nur in einem einzigen Exemplar erhaltene Erstfassung zeigt einen bärtigen Männerkopf mit Himmelsblick. Über dem Bild ist eine in Schwabacher Typen gesetzte Überschrift („Lutherus“) angebracht. Unterhalb des Holzschnittes ist ein vierzeiliges lateinisches Gedicht, ein sogenanntes Tetrastichon, in Antiqua gesetzt. Es ist etwa folgendermaßen zu übersetzen: „So oft gesucht, so oft von Dir, Rom, bedroht, lebe ich, Luther, durch Christus immer noch. Eine Hoffnung besitze ich, die mich nicht betrügen wird: Jesus. Solange ich mich an ihn halte, fahr hin, treuloses Rom!“

In der handschriftlichen Überlieferung ist dieses Gedicht für 1537 gesichert. Das Typenmaterial, das für den Einblattdruck verwendet wurde, ist nicht vor 1523 nachzuweisen, jenem Jahr, als die Cranach-Döringsche Druckwerkstatt ihre Arbeit aufnahm.

Auf der nächsten Stufe der Bearbeitung wurde dem Einblattdruck eine Überschrift hinzugefügt, die den Barträger als Luther identifizierte, „wie er im Jahre 1522 aus seinem Patmos nach Wittenberg zurückkehrte“. Mit „Patmos“, dem Namen einer griechischen Insel in der Südägäis, auf der der Apokalyptiker Johannes seine Offenbarung empfangen haben soll, hatte der inspirierte Prophet Luther in einigen wenigen Briefen sein Versteck auf der Wartburg selbst bezeichnet. Unterhalb des Bildes war auch in dieser Version das vierzeilige Gedicht abgedruckt.

Die letzte wichtige Erweiterung auf einer dritten Bearbeitungsstufe des Einblattdrucks fügte unterhalb des Holzschnittes drei kleine, je vierzeilige lateinische Textblöcke hinzu, die den Dargestellten in einen größeren historischen Horizont einordneten. Jeder dieser Textblöcke weist eine Überschrift und ein Chronogramm (auch Eteostichon) auf, das heißt einen lateinischen Vers, in dem die Buchstaben mit lateinischen Zahlenwerten (M, D, C, X, V, I) die Jahreszahl ergeben, auf die sich der Vers bezieht. Sie lauten: 1.) „Jahr des Bekenntnisses zu Worms 1521. Zu den Füßen des Kaisers, stand er, wo Worms am Ufer des Rheins liegt.“ 2.) „Jahr von Pathmos 1521. Vom Rhein forteilend wird er gefangen; des Papstes ausgespannte Netze meidend, strebt er unter die Dächer von Pathmos.“ 3.) „Jahr der Rückkehr von Pathmos 1522. Wegen Karlstadts Rasereien eilt er nach Sachsen zurück und reißt die Schafe wieder aus dem wütenden Rachen.“ Die vierte Version des Blattes entsprach der dritten und fügte lediglich ein Impressum hinzu. Es datiert den Druck auf 1579 und nennt Johannes Schwertel in Wittenberg als Drucker. Dort war der gebürtige Coburger seit 1563 tätig; er hatte Materialien der Cranachschen Werkstatt übernommen und hoffte offenbar noch Ende der 1570er Jahre, mit dem Motiv „Luther als Junker Jörg“ Geld zu verdienen.

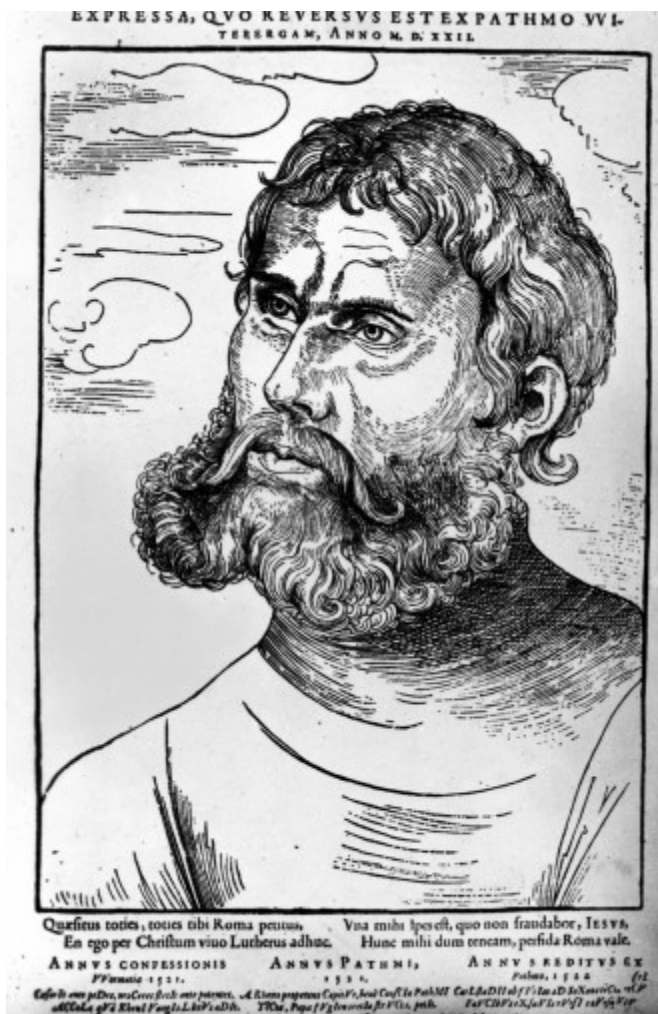
Zwei der seit der dritten Version abgedruckten Chronogramme lassen sich in einem Sammeldruck des Jahres 1548 nachweisen. Sie waren einer Separatausgabe von Philipp Melanchthons Luther-Biographie angefügt, die zuerst 1546 erschienen war, dem Todesjahr des längst zum Denkmal seiner selbst gewordenen Reformators. Ursprünglich hatte Melanchthons wirkungsreiche „Geschichte des Lebens und der Taten Martin Luthers“ der Eröffnung des zweiten lateinischen Bandes von dessen Wittenberger Gesamtausgabe gedient.



... zurück aus Patmos ... :Bild: Wartburg Eisenach

Aus all dem ergibt sich: Jene Ausfertigungen des Blattes, die Luthers Auftritt in Worms als heroischen Bekenntnisakt feiern und die Rückkehr von der Wartburg als kraftvollen Sieg über den Auführer Karlstadt bewerten, gehören in die Zeit nach Luthers Tod. Sie sind Teil jener explodierenden Luther-Memoria, durch die ihn seine Anhänger in einer Fülle an Text- und Bildgattungen vergegenwärtigten und autoritativ kanonisierten. Als Quelle für das Jahr 1522 fallen die Einblattdrucke mit dem Holzschnitt des „Junkers Jörg“ aus. Auch für die „Junker Jörg“-Gemälde dürfte dies gelten. Die Verwendung einer Kopfschablone, mit der die Cranachwerkstatt ihre protomanufakturielle Bildproduktion effizienter gestaltete, weist deutlich in die Zeit nach Luthers Tod. Die zweite Bearbeitungsstufe des Blattes, die den bärtigen Luther durch ihre Überschrift ins Jahr 1522 datiert, vor dessen Todesjahr anzusetzen ist gleichfalls höchst unwahrscheinlich. Die Ikone des bärtigen Tatmenschen, der von der Wartburg heimkehrte und Ordnung schaffte, existierte zu Luthers Lebzeiten nicht.

Dass die oben zitierten vier lateinischen Verszeilen, in denen „Lutherus“ über die häufige Verfolgung durch Rom klagt und den Bedrängnissen durch die „Papisten“ ein triumphales „ich lebe“ (vivo) entgegenschleudert, nicht ins Jahr 1522 passen, hätte der Forschung auch früher auffallen können. Denn 1521 war er gerade erst verurteilt worden. Von immer neuen, häufigen Angriffen „Roms“ auf sein Leben konnte zu diesem Zeitpunkt keine Rede sein.



nach Sachsen. :Bild: © Eastblockworld.com

1537 sah das anders aus, denn inzwischen hatte Luther zahllose Kontroversen durchgefochten, war – wie er überzeugt war – diversen Mordanschlägen und sinistren Nachstellungen der „Römer“ und der mit ihnen kollaborierenden Juden knapp entgangen. Johannes Aurifaber, sein Schüler, Famulus, Editor seiner Predigten, Briefe und Tischreden und intimer Kenner seiner Biographie, brachte die Verse im Jahr 1537 unter. Dass sich der Reformator insbesondere auf Reisen als lateinischer Gelegenheitsdichter betätigte, ist auch sonst bezeugt.

Schwer erkrankt

Während eines Konventes des Schmalkaldischen Bundes, des politisch-militärischen Bündnisses der Protestanten, der im Februar 1537 in dem gleichnamigen hessischen Städtchen am Südwestabhang des Thüringer Waldes zusammentrat, erkrankte Luther schwer. Gegenstand der Beratungen war das nach Mantua einbestellte päpstliche Konzil. Binnen zweier Wochen verschlechterte sich Luthers Gesundheitszustand dramatisch – ein Harnsteinleiden. Er wählte sich dem Tod nahe und bestand darauf, umgehend abtransportiert zu werden; er wollte auf sächsischem Territorium sterben. Testamentarische Vorkehrungen wurden getroffen. Der Abschied von den Freunden und dem Kurfürsten erfolgte in dem Bewusstsein, es werde seine letzte Reise sein. Aus Wittenberg eilte Katharina ihm schon entgegen, in der Hoffnung, ihn noch lebend anzutreffen. Beim Aufbruch in Schmalkalden segnete Luther die Umstehenden mit dem Zeichen des Kreuzes und dem Wunsch: „Der Herr erfülle euch mit seinem Segen und Hass auf den Papst.“ Ein aus Rom entsandter Legat beobachtete die Szenerie und hielt Luther bereits für tot.

Wohl aufgrund der Erschütterungen während der rumpeligen Fahrt löste sich der Stein in der kommenden Nacht in Tambach; nach Wochen konnte der geschwächte Reformator erstmals wieder Wasser lassen. Er war gerettet – natürlich durch einen Eingriff des himmlischen Herrn. Sofort reiste

der Begleiter Friedrich Myconius, Superintendent von Gotha, zurück in das 15 Kilometer entfernte Schmalkalden. Vor dem Haus des päpstlichen Legaten rief Myconius aus: „Lutherus vivit, Lutherus vivit.“ Den triumphalen Vierzeiler als Dichtung Luthers in diesem historischen Kontext zu verorten, wie Aurifaber es tat, ist gut vorstellbar.

Ob Luther während der Zeit des Schmalkaldener Krankenlagers rasiert wurde, ist unbekannt. Dass er sich nicht nur auf der Wartburg, sondern auch während eines mehrmonatigen Aufenthaltes vom April bis Oktober 1530 auf der Veste Coburg, also in der Zeit des Augsburger Reichstages, einen Bart wachsen ließ, ist bezeugt. So, wie Cranach ihn 1521/2 nicht erkannte, ging es damals dem Kurprinzen Johann Friedrich. Interessanterweise sind zwei von insgesamt sieben Cranachschen Ölporträts eines bärtigen Luther mit der Jahreszahl 1537 überliefert: Das eine stammt aus der Stadtkirche Penig und befindet sich heute als Dauerleihgabe im Museum der Wartburg. Das andere hängt heute im Muskegon-Museum of Art in Michigan. Das Bemerkenswerte an beiden Bildern aber ist, dass sie den Wittenberger Theologieprofessor in einem Paarbild mit seiner Frau Katharina präsentieren.

Für das Jahr 1537 ist im Zusammenhang der Tischreden Luthers Folgendes überliefert: „Cranach der ältere Doctor Martini Luthers Hausfrau abconterfeit. Als nu die Tafel an der Wand hinge, und der Doctor das Gemälde ansahe, sprach er: ‚Ich will eine Mann darzu malen lassen und solche zewy Bildern mantua auf das Concilium schicken, und die heiligen Väter allda versamlet, fragen lassen, ob sie lieber haben wollten den Ehestand oder den Cölibatum, das ehelose Leben der Geistlichen.‘ Demnach habe Luther, nachdem er ein neues Cranachsches Porträt seiner Frau an der Wand sah, dazu aufgefordert, ihn als Mann dazuzumalen und die Bildnisse beider an das verhasste Konzil von Mantua senden zu lassen. Der Bart und Schwert tragende Luther als weltlicher, Virilität und Vitalität ausstrahlender Ehemann – mit diesem finalen habituellen Bruch mit dem Zölibat, das er einst gelobt hatte, wollte das sächsische Infant terrible die Konzilsväter verschrecken.

Maximales antikatholisches Provokationspotential

In Bezug auf den Porträttyp des „Junkers Jörg“ ergibt sich somit folgende Rekonstruktionshypothese: Der Holzschnitt der Erstfassung des Einblattdrucks und der bärtige Luther der gemalten Paarbilder dürften in enger zeitlicher Nähe zur Rückkehr des glücklich dem Tode entronnenen Reformators von seiner Reise nach Schmalkalden entstanden sein, also Mitte März 1534. Die primäre Verwendungsabsicht des Bildtypus war eine „antipapistische“: Luther demonstrierte, dass Christus ihn, entgegen der Hoffnungen seiner Feinde, am Leben erhalten hatte. Durch das möglicherweise von Luther selbst angeregte Paarbild mit bärtig-vitaler Männlichkeit setzte er sich in einer Weise in Szene, die ein maximales antikatholisches Provokationspotential barg.

Nach der wohl einmaligen, nicht sehr wirkungsreichen Verwendung des Holzschnittes verblieb dieser in der Cranachschen Werkstatt. Erst nach Luthers Tod entfaltete er ein neues, nun entschieden wirkungsreicheres Leben. Die nachgeborenen Hüter seines Erbes, die Rörer, Mathesius und Aurifaber, stilisierten die Zeit auf der Wartburg als Luthers „Patmos“, den Exilierten als „Georg“ oder „Jörg“, überhöhten den von diesem selbst sehr nüchtern beurteilten Auftritt in Worms zum heroischen Bekenntnisszenario und werteten den reformatorischen Richtungskampf mit Karlstadt, dessen frühe Verbundenheit mit Luther sie in den Akten weitgehend unsichtbar machten, zur Niederschlagung von Aufruhr um.

Erst nach 1546 wurde der Holzschnitt mit dem bärtigen Mann mit den Entscheidungsjahren der frühen Reformation (1521/2) verbunden. Die Ölgemälde des „Junkers Jörg“ dürften gleichfalls im Zeichen der postmortalen Luther-Memoria entstanden sein, als Menschen Geschmack daran fanden, sich „ihren“ Luther in bestimmten Lebensphasen vor Augen zu halten.

Bezug zur Gegenwart

Luther neu zu erfinden ist ein Gebot der theologischen und der gesellschaftspolitischen Vernunft. Gelingen kann dies nur, wenn man alte Bilder „stürmt“. Erratisch feste Luther-Bilder durch

Historisierung zu relativieren oder gar zu schleifen ist die Aufgabe kritischer Geschichtsbeziehungswissenschaft. Diese Aufgabe ist brandaktuell.

Denn manche alten Bilder eines untoten Luther-Zombies werden gerade wieder beschworen und beginnen, ein gespenstisches Leben zu entfalten. Auf Wahlplakaten rechter Parteien taucht der „deutsche Luther“ wieder auf, ein Ausländerfeind, ein Antiislamist, ein autoritäres Mannsbild in Bronze, der Judenfeind, ein patriarchalischer Herr im Haus. In historischen Jugendbüchern neurechter Agitatoren wird Luther als Heldengestalt in einer Kette „großer Männer“ reanimiert. Nicht nur die Graphik dieser Bücher erinnert an die fatale Epoche der hemmungslosen Politisierung Luthers im wilhelminischen Kaiserreich, die die historische Primärbedingung der Möglichkeit seiner Instrumentalisierung im NS-Staat war.

Der erste und wichtigste Schritt jeder kreativen Neuerfindung Luthers besteht darin, ihn vom Sockel zu holen und die Patina des Autoritativen und vermeintlich Bedeutsamen abzutragen. Gewiss – nur den Angefochtenen, den Zweifler, den Hadernden, den Musischen, den Sprachkünstler, den Tröster sichtbar zu machen und den Polterer, den Donnernden, den geifernden Polemiker, den übervital machtvollen Kerl, das „fürchterlich Robuste“, „das Chorlerisch-Grobianische, das Schimpfen, Speien und Wüten“ (Thomas Mann) an ihm zu verhehlen geht auch nicht an. Luther ist vielfältig und schillernd, nie nur einer, immer auch ein anderer.

Einige zeitgenössische Künstler haben begonnen, an neuen Bildern Luthers zu arbeiten. Die 2017 in Wittenberg gezeigte Ausstellung „Luther und die Avantgarde“ ließ höchst unterschiedliche, neue Zugänge zu einem Abgenutzt-Übergroßen erkennen. Auch der Streit über den Lüpertzschen Entwurf für ein Glasfenster in der Marktkirche in Hannover kann helfen, die unserer Zeit gestellte Aufgabe der finalen Entmonumentalisierung des Reformators voranzutreiben. Denn was immer man von dem unruhigen, aufwühlenden Poltergeist aus der mitteldeutschen Provinz halten mag – den falschen Händen muss man ihn entwinden.

Der Verfasser lehrt Kirchengeschichte an der Georg-August-Universität Göttingen.

Quelle: F.A.Z.

AMTSANTRITT ALS EZB-CHEFIN:

Madame Lagarde und die geldpolitische Selbstbeschränkung

- EIN KOMMENTAR VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 01.11.2019-08:17



Christine Lagarde sollte die Arbeit der Europäischen Zentralbank auf ihren Kern beschränken. Die Geldpolitik ist kein Allheilmittel. Doch die Zinsen werden auch aus anderen Gründen noch länger niedrig bleiben.

Das Konzept der von Regierungen unabhängigen Zentralbank beruht auf der Beschränkung ihres Mandats. Die meisten unabhängigen Zentralbanken sind der Sicherung der Geldwertstabilität verpflichtet, manche zudem der Unterstützung des Wirtschaftswachstums oder der Sicherung einer möglichst hohen Beschäftigung. Das alleinige Ziel der Europäischen Zentralbank besteht nach dem Vertrag von Maastricht in der Sicherung des Geldwerts. Rund sechzig Zentralbanken in der Welt, darunter auch die EZB, betrachten dieses Ziel bei Inflationsraten in der Nähe von zwei Prozent als erfüllt.

Mit der großen Finanzkrise vor rund zehn Jahren hat sich in der Praxis das Betätigungsfeld der Zentralbanken erweitert. In der Krise haben sie als sogenannter Kreditgeber der letzten Instanz das wankende Finanzsystem stabilisiert und einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung geleistet.

Kein Allheilmittel

Besonders weit griff die EZB Mario Draghis aus, die im Jahre 2012 einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt der gemeinsamen Währung leistete und in der Folge die Aufsicht über die großen Banken in der Eurozone übernahm. Damit hat die EZB ihr Mandat zumindest gedehnt; nach Ansicht mancher Kritiker hat sie es überdehnt. Unbestreitbar riskiert eine weit in die allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgreifende Zentralbank auf Dauer ihre Unabhängigkeit.

In den vergangenen zehn Jahren haben sich viele Zentralbanken angesichts häufig tatenloser Regierungen zu einer Art Versicherer gegen die Gefahr von Wirtschaftskrisen entwickelt. Sobald heute in den Industrienationen die Konjunktur einen Schwächeanfall zu erleiden droht, stehen die Zentralbanken parat, um mit viel Geld und niedrigen Zinsen auszuhelfen. Nicht selten wünschen sich gerade populistische Politiker eine sehr expansive Geldpolitik. Dies ist eine für Zentralbanken sehr gefährliche Entwicklung. Die Geldpolitik ist als wirtschaftspolitisches Allheilmittel ungeeignet.

Schwer vermittelbar

[Christine Lagarde](#) muss ihre Präsidentschaft nutzen, um die EZB wieder stärker auf ihre Kernaufgabe zu konzentrieren. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Inflationsraten in den Industrienationen deutlich zurückgebildet. Dafür dürften neben der seit den achtziger Jahren betriebenen Geldpolitik auch strukturelle Ursachen wie der Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung verantwortlich sein. Während der Amtszeit Draghis betrug die durchschnittliche Inflationsrate in der Eurozone nur 1,2 Prozent. Offiziell strebt die EZB eine knapp unter zwei Prozent liegende Inflationsrate an.

Wie andere Zentralbanken sollten sich die Währungshüter im Frankfurter Ostend die Frage stellen, ob eine leicht unter dem Ziel liegende Inflationsrate tatsächlich ein ernstes wirtschaftspolitisches Problem darstellt, das mit umfangreichen Anleihekaufprogrammen und Negativzinsen bekämpft werden muss.

Nicht nur dem sprichwörtlichen Mann auf der Straße ist eine solche Geldpolitik schwer vermittelbar. Denn während die meisten Fachleute Anleihekaufprogramme und Negativzinsen in schweren Krisen als zulässige geldpolitische Instrumente betrachten dürften, ist deren Anwendung in Zeiten eines wenn auch nicht sehr hohen Wirtschaftswachstums auch unter Fachleuten umstritten.

Trend wird sich nicht ändern

Eine Selbstbeschränkung der EZB würde vor allem in Deutschland auf Zustimmung stoßen, wo die Geldpolitik der vergangenen Jahre sehr viel schärfer, zum Teil auch sehr viel polemischer begleitet worden ist als im Rest der Welt. Aber eine EZB, die sich auf ihre Kernaufgabe konzentriert und akzeptiert, dass bei Zinsen nahe dem Nullpunkt eine Stimulierung der Konjunktur mittels Geldpolitik nur noch eingeschränkt funktioniert, wird als Konjunkturretter in einer Rezession kaum noch zur Verfügung stehen.

Dann aber stellte sich die angesichts eines immer noch moderaten Wirtschaftswachstums heute noch völlig verfrühte Frage nach einem aktiven Beitrag der Finanzpolitik. Lagarde hat namentlich Deutschland und die Niederlande zu einer aktiveren Finanzpolitik aufgefordert und damit eine im Ausland weit verbreitete Stimmung wiedergegeben.

Eine Reduzierung der Geldpolitik auf ihre Kernaufgabe, den Geldwert zu stabilisieren, heißt, dass die EZB allein eine Zinspolitik betreiben dürfte, die ihrem vertraglich festgelegten Mandat entspricht. Das bedeutet aber auch: Man darf von der EZB nicht verlangen, ihre Leitzinsen nach den Präferenzen des deutschen Sparbuchspareners festzulegen.

Es existiert zwar keine sehr gute ökonomische Begründung für negative Leitzinsen in einer Zeit, in der die Wirtschaft immer noch wächst und eine Deflation nicht erkennbar ist. Aber die Zinsen sind nicht nur wegen der Geldpolitik niedrig, sondern nicht zuletzt aus fundamentalen Gründen wie der Demographie und, im Herbst der Industriegesellschaft, einer nachlassenden Nachfrage der Unternehmen nach kapitalintensiven Investitionen. Wer sich in der Welt umschaute, sieht einen generellen Trend zu niedrigen Zinsen, der sich so schnell nicht ändern wird.



[Gerald Braunberger](#) Herausgeber.

Quelle: F.A.Z.

Thirty years after the Berlin Wall fell

Germans still don't agree on what reunification meant

Discontent may even be growing



[Print edition | Europe](#)

Oct 31st 2019 | BERLIN, BISCHOFFERODE AND LEIPZIG

On November 9th 1989, as the Berlin Wall tumbled, Hans-Joachim Binder was on night shift at the potash mine in Bischofferode, a village in the communist-ruled German Democratic Republic. Mr Binder, a maintenance worker who had toiled in the mine for 17 years, had no idea of the momentous events unfolding 240km (150 miles) to the east. The first sign something was up was when most of his colleagues disappeared to investigate what was happening at the border with West Germany, just ten minutes' drive away. Only three returned to complete their shift.

Less than a year later Germany was reunited, capping one of the most extraordinary stories in modern history. Not only had a communist dictatorship collapsed, releasing 16m people from the fear of the Stasi (secret police) and the stultification of censorship. Unlike any other country ever freed from tyranny, the entire population of East Germany was given citizenship of a big, rich democracy. As a grand, if ill-fated, gesture of welcome the West German chancellor, Helmut Kohl, converted some of their worthless savings into hard currency at the preposterously generous exchange rate of one Deutschmark to one Ostmark.

More than 1m Ossies took advantage of their new freedom by moving to the West, where most thrived. Official statistics no longer counted this group—who were disproportionately young, clever, female and ambitious—as East Germans. For those who stayed behind, however, the 30 years since the fall of the Wall have been a mix of impressive progress, often taken for granted, and sour disappointment.

A price to pay

The harm wrought by four decades of oppression and indoctrination could not be undone overnight. But a people brought up in a society where initiative was ruthlessly crushed had to adapt suddenly to the rigours of capitalism. Unsurprisingly, many could not. Mr Binder was laid off. So were hundreds of thousands of others who previously toiled in safe, dreary and unproductive state-backed jobs. Despite attempts to save it, including large protests and a hunger strike, the potash mine was shut down—one of 8,500 companies in the east privatised or liquidated by the Treuhand, a new government agency. Mr Binder bounced around in odd jobs for a while, eventually winding up on Hartz IV, the stingiest of Germany's unemployment benefits, where he languishes today. Like many East German

women, his wife retrained and left for a job in the west. Asked how he feels about the reunification of his country, he shrugs. “My safe job was gone. For me, the gdr could have carried on.”

There was no manual to guide the absorption of east into west. The policies that failed people like Mr Binder were always going to be subject to fierce dispute. The surprise, as Germany approaches the 30th anniversary of the fall of the Wall, is the speed with which these debates have roared back into the public sphere. Newspapers and magazines are full of reassessments of the *Wiedervereinigung* (reunification); westerners are lapping up memoirs and polemics by eastern authors. Never before has Germany debated its reunification with such vigour. Why?

Many observers say the debate grew louder three or four years ago. The most obvious explanation is therefore the migrant crisis of 2015-16. Petra Köpping, the integration minister in Saxony, one of the five eastern states established at reunification, says that when she tried to explain to her constituents why the state was helping refugees, some replied: “Integrate us first!” Many easterners resented the resources being devoted to help newcomers when they felt left behind. They also disliked the labelling of their complaints as racist.

But the refugee crisis merely triggered a deeper shift, says Christian Hirte, the government’s special commissioner for east Germany. One idea, floated by Angela Merkel, who as chancellor is east Germany’s best-known export, is that the east is undergoing something comparable to the experience of West Germany in 1968, when children forced their parents to account for their activities in the Nazi period. Now, the argument runs, young east Germans seek explanations for what happened to their parents in the early years of reunification. “The long-term wounds were concealed because people were absorbed finding a place in the new society,” says Steffen Mau of Humboldt University in Berlin. “Perhaps you need 25 years to realise this.”

This summer Marie-Sophie Schiller, a young Leipziger who hosts a podcast called “East—A Guide”, had an “emotional” talk with her parents about their experiences after 1990. She was astonished to learn about their daily hardships and humiliations. Stefan Meyer, an activist who grew up in East Berlin, remembers watching his parents’ confidence ebb as they struggled to find their feet in the new country.

After 1990 “the whole software of life changed” for east Germans, says Markus Kerber, a bigwig at the interior ministry. Short-term pain was inevitable. Average labour productivity in the east was 30% of that in the west. Kohl’s decision to exchange Ostmarks at a 1:1 rate for Deutschmarks made swathes of firms uncompetitive overnight. Those that survived struggled with the western rules they had to import wholesale. By one estimate, 80% of east Germans at some point found themselves out of work.

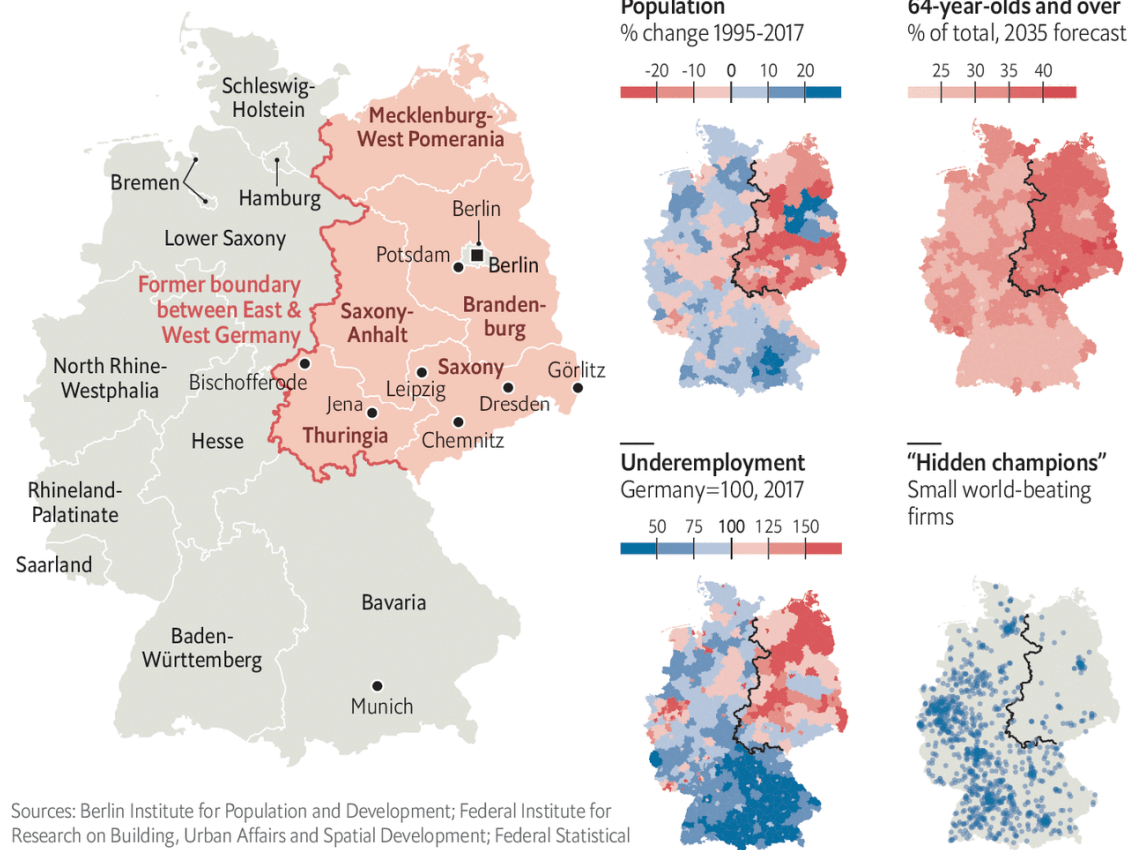
Perhaps the Treuhand could have proceeded more gently, some argue today. Maybe the unified country should have developed a new constitution rather than simply extending the western one eastwards. The west might have learned from the more enlightened aspects of life in the gdr, such as free child care and encouraging women to work outside the home. Radical parties on left and right take such arguments to a ludicrous extreme, arguing that reunification was the “colonisation” of a bewildered people by an exploitative west.

Understanding required

Such views tap into a feeling among many easterners that they have struggled to take back control of their own destiny. Ms Köpping says east Germans hold barely 4% of elite jobs in the east. Many rent flats from westerners, who own much of the eastern housing stock. “Sometimes east Germans feel that they’re ruled by others, not themselves,” says Klara Geywitz, a Brandenburger running to lead Germany’s Social Democrats. Nor have east Germans stormed the national citadels of power. Almost 14 years after she took office Mrs Merkel—and Joachim Gauck, president from 2012-17—remain exceptions rather than a vanguard. Rarely one to dwell on her origins, Mrs Merkel has lately begun to reflect publicly on the mixed legacy of reunification. “We must all...learn to understand why for many people in east German states, German unity is not solely a positive experience,” she said on October 3rd.

Still catching up

Germany

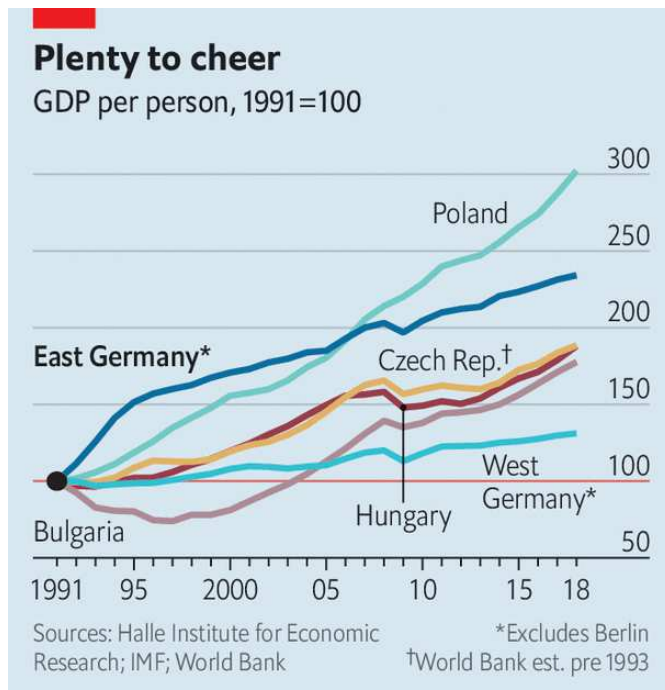


The Economist

One obstacle to such understanding is that Germans view reunification differently. Half of west Germans consider the east a success. Two-thirds of east Germans disagree. Many westerners were oblivious to the upheaval their new compatriots endured. “On October 4th 1990 [the day after reunification], after a night of partying I carried on my life as normal,” says Mr Kerber. “Not a single east German had the same experience.” In places western stereotypes of easterners have persisted, the *Jammerossi* (“complaining easterner”), ungrateful for the largesse showered on the east after unification, or *Dunkeldeutschland* (“dark Germany”), a cold-war term implying backwardness. More recent is the notion of the east as a cradle of neo-Nazism, bolstered by the strength there of the far-right Alternative for Germany (afd). Portrayals of the east in Germany’s national (for which read western) media have often read like dispatches from an exotic, troubled land, where the far right are always marching in the streets or thumping immigrants.

Such accounts risk ignoring the huge strides made by east Germany since reunification. Citizens were liberated from the humiliations of life in a surveillance state. They were allowed to choose their leaders, express their opinions and travel, to west Germany and beyond. Economically, despite the hardships of the early years, the east soon began to converge with the west, and life improved drastically across a range of measures. Today some east German regions have lower unemployment rates than western post-industrial regions like the Saarland or the Ruhr valley. West-east transfers of close to €2trn (\$2.2trn) have reduced the infrastructure gap. (Today they run at around €30bn a year, mainly in the form of social-security payments.) Wages in the east now stand at around 85% of the level in the west, and the cost of living is lower. The life-expectancy gap has closed, the air is cleaner, the buildings smarter. According to Allensbach, a pollster, 53% of east Germans are content with their personal economic situation, the same figure as in the west. “It all worked surprisingly well, but this story doesn’t fly in the east,” says Werner Jann of the University of Potsdam.

One of the best



The Economist

Last year Andrea Boltho, Wendy Carlin and Pasquale Scaramozzino, three economists, contrasted east Germany's post-reunification performance favourably with the Mezzogiorno in Italy, where gdp per person remains little over half that of the north. Perhaps the most apt comparison is with other parts of Europe that shook off communism. East Germany's per capita growth has outstripped most other eastern European countries (see chart), despite starting from a higher base. As Richard Schröder, a former East German dissident, notes, the application of western laws and practices saw off the threat of oligarchic corruption that has plagued many of Germany's eastern neighbours.

Yet if east Germans do not always appreciate their good fortune, it is because their reference points have been Hamburg and Munich, not Bratislava or Budapest. Implicit in the promise of reunification was a pledge that east Germans could finally enjoy what they had so long envied in the west. For years they were forced to witness a lifestyle that remained out of reach, in the packets of coffee and sweets sent by relatives in the west, the western goods on display in Intershop outlets accessible only to those with hard currency, or the commercials on western television beamed across the border. In 1990 Chancellor Kohl promised east Germans "blooming landscapes". Instead they got deindustrialisation and mass unemployment. "In 1990 300,000 people came to shout 'Helmut!' on Augustusplatz [in Leipzig]," recalls Kurt-Ulrich Mayer, who helped establish Kohl's Christian Democratic Union (cdu) in Saxony. "Four years later he came back, and we needed umbrellas to protect him from all the eggs and tomatoes." Unlike Poles or Hungarians, east Germans had someone else to blame when things went wrong.

The convergence between west and east eventually ground to a halt. Today just 7% of Germany's most-valued 500 companies (and none listed in the dax30 index) are headquartered in the east. This starves municipalities of tax revenue and contributes to the east-west productivity gap, which has stood at around 20% for 20 years. Most assets liquidated by the Treuhand fell into western or foreign hands, hindering the development of an eastern capitalist class.

For many, the best way to get western lifestyles was to move west. Over one-quarter of east Germans aged 18-30 did so, two-thirds of them women. Rural parts of the east were especially affected. As towns and villages emptied and tax revenues slumped, schools were closed, shops shuttered and housing blocks demolished. The mass emigration of youngsters led to a plummeting number of births. Since 2017 net east-west migration has been roughly zero, but there has been no growth in the number of people moving east; the westward exodus has simply fallen to match it.

The east is also much older than the west. Since 1990 the number of over-60s there has increased by 1.3m even as the overall population has fallen by 2.2m. iwh, a research outfit in Halle, thinks the working-age population in the east will fall by more than a third by 2060. By 2035, 23 of Germany's 401 *Kreise* (administrative districts) will have shrunk by at least a fifth, says Susanne Dähler at the Berlin Institute for Population and Development; all of them are in the east. In some districts, there will be four funerals for every birth. Instead of losing people to the west, eastern Germany will lose them to the grave.

The constitutional pledge of “equivalent living conditions” across Germany thus looks unattainable. The government tries to help so-called “structurally weak” regions, in the east as well as the west. But although investment in infrastructure or technical universities may help some towns, it cannot stop the demographic decline in many east German regions.

Coming to terms

The picture is much brighter in some eastern cities. Potsdam, Jena and Dresden have clusters of industry and tourism as well as cheap housing; some, like Leipzig (“Hypezig”, to irritated locals), have been booming for years. The “bacon belt” around Berlin benefits from the success of the capital, especially as older workers move out to the suburbs. Yet even as overall emigration to the west dries up, eastern cities are sucking educated people away from already struggling small towns and villages. That trend may continue, as only half of east German workers work in cities, compared with three-quarters in the west.



The Economist

The changes in the east have social, cultural and political consequences which are now coming to the fore. Last February thousands of Dynamo Dresden supporters at an away game in Hamburg began an unfamiliar chant: “Ost [east], Ost, Ostdeutschland!” A video of the episode went viral, sparking a lively debate: were the fans expressing a dubious “eastern” variant of militant German nationalism? Or was this a cheerful reappropriation of an identity that for so long was taken to connote stupidity and closed-mindedness?

“Identity is key to understanding east Germany,” says Franziska Schubert, a thoughtful Green who represents Görlitz in Saxony’s state parliament. Fully 47% of east Germans say they identify as easterners before Germans, a far higher proportion than at the euphoric moment of reunification. (The equivalent is true for 22% of westerners.) Regional identity is hardly abnormal in Germany—ask the Bavarians—but in the east it can seem grounded in politics as much as culture or tradition.

When Jana Hensel, a writer, recently gave a talk to a school in her home town of Leipzig, she was astonished to find herself spending half an hour fielding questions from teenagers about

an *Ossiquote* (a proposal to give east Germans preference in public jobs). “More than 25 years after the end of the gdr, students have become east German again,” she says. “If we’re not careful, we’ll lose another generation.”

The afd has exploited the power of eastern particularism. Under slogans like “The east rises up!” the party has scored 20%-plus in eastern state elections, most recently in Thuringia on October 27th. There, and in recent elections in Brandenburg and Saxony, it was only voters over 60 whose support for the established parties ensured that the afd did not come first. In Saxony and Thuringia the afd was the most popular party among under-30s. This is worrying in a part of the country where extremism has found fertile ground. More than half of Germany’s hate crimes take place in the east, though it has just 20% of the population and few immigrants.

But eastern identity is not the exclusive preserve of extremes. Many young easterners simply developed an “Ossi” identity after encountering ignorance or scorn in the west. Nor need it be only negative. Matthias Platzeck, a former Brandenburg premier now in charge of a commission for the 30th anniversary of reunification, says that the recent election in his state was the worst-tempered ever. Nonetheless, he hopes for the emergence in the east of healthy self-confidence, built on the back of success stories—and a new focus on the many problems that span east and west. His commission’s informal motto, he says, is “as little state celebration as necessary, as much discussion as possible.” And since the Berlin Wall has gone, no amount of debate will land anyone in jail. ■

Pictures by Stefan Koppelkamm from his book, “Ortszeit / Local Time”

This article appeared in the Europe section of the print edition under the headline "Thirty years after the Wall fell"

159,107

<https://www.nytimes.com/2019/10/31/opinion/trump-impeachment.html?action=click&module=Opinion&pgtype=Homepage>

Opinion

Impeach Trump. Then Move On.

Stop distracting from the core issue, elite negligence and national decline.

By David Brooks

Opinion Columnist

• Oct. 31, 2019



The House speaker, Nancy Pelosi, bottom, on Thursday during a vote on rules for the impeachment inquiry. Credit...Erin Schaff/The New York Times

Is it possible that more than 20 Republican senators will vote to convict Donald Trump of articles of impeachment? When you hang around Washington you get the sense that it could happen.

The evidence against Trump is overwhelming. This Ukraine quid pro quo wasn't just a single reckless phone call. It was a multiprong several-month campaign to use the levers of American power to destroy a political rival.

Republican legislators are being bludgeoned with this truth in testimony after testimony. They know in their hearts that Trump is guilty of impeachable offenses. It's evident in the way they stare glumly at their desks during hearings; the way they flee reporters seeking comment; the way they slag the White House off the record. It'll be hard for them to vote to acquit if they can't even come up with a non-ludicrous rationale.

And yet when you get outside Washington it's hard to imagine more than one or two G.O.P. senators voting to convict.

In the first place, Democrats have not won widespread public support. Nancy Pelosi always said impeachment works only if there's a bipartisan groundswell, and so far there is not. Trump's job approval numbers have been largely unaffected by the impeachment inquiry. Support for impeachment breaks down on conventional pro-Trump/anti-Trump lines. Roughly 90 percent of Republican voters oppose it. Republican senators will never vote to convict in the face of that.

Second, Democrats have not won over the most important voters — moderates in swing states. A New York Times/Siena College survey of voters in Arizona, Florida, Michigan, North Carolina, Pennsylvania and Wisconsin found that just 43 percent want to impeach and remove Trump from office, while 53 percent do not. Pushing impeachment makes Democrats vulnerable in precisely the states they cannot afford to lose in 2020.

Third, there is little prospect these numbers will turn around, even after a series of high-profile hearings.

I've been traveling pretty constantly since this impeachment thing got going. I've been to a bunch of blue states and a bunch of red states (including Kansas, Missouri, North Carolina, Tennessee, Texas and Utah). In coastal blue states, impeachment comes up in conversation all the time. In red states, it never comes up; ask people in red states if they've been talking about it with their friends, they shrug and reply no, not really.

Prof. Paul Sracic of Youngstown State University in Ohio told Ken Stern from Vanity Fair that when he asked his class of 80 students if they'd heard any conversation about impeachment, only two said they had. When he asked if impeachment interested them, all 80 said it did not.

That's exactly what I've found, too. For most, impeachment is not a priority. It's a dull background noise — people in Washington and the national media doing the nonsense they always do. A pollster can ask Americans if they support impeachment, and some yes or no answer will be given, but the fundamental reality is that many Americans are indifferent.

Fourth, it's a lot harder to do impeachment in an age of cynicism, exhaustion and distrust. During Watergate, voters trusted federal institutions and granted the impeachment process a measure of legitimacy. Today's voters do not share that trust and will not regard an intra-Washington process as legitimate.

Many Americans don't care about impeachment because they take it as a given that this is the kind of corruption that politicians of all stripes have been doing all along. Many don't care because it looks like the same partisan warfare that's been going on forever, just with a different name.

Fifth, it's harder to do impeachment when politics is seen as an existential war for the future of the country. Many Republicans know Trump is guilty, but they can't afford to hand power to Nancy Pelosi, Elizabeth Warren or Bernie Sanders.

Progressives, let me ask you a question: If Trump-style Republicans were trying to impeach a President Biden, Warren or Sanders, and there was evidence of guilt, would you vote to convict? Answer honestly.

I get that Democrats feel they have to proceed with impeachment to protect the Constitution and the rule of law. But there is little chance they will come close to ousting the president. So I hope they set a Thanksgiving deadline. Play the impeachment card through November, have the House vote and then move on to other things. The Senate can quickly dispose of the matter and Democratic candidates can make their best pitches for denying Trump re-election.

Elizabeth Bruenig of The Washington Post put her finger on something important in a recent essay on Trump's evangelical voters: the assumption of decline. Many Trump voters take it as a matter of course that for the rest of their lives things are going to get worse for them — economically, spiritually, politically and culturally. They are not the only voters who think this way. Many young voters in their OK Boomer T-shirts feel exactly the same, except about climate change, employment prospects and debt.

This sense of elite negligence in the face of national decline is the core issue right now. Impeachment is a distraction from that. As quickly as possible, it's time to move on.

David Brooks has been a columnist with The Times since 2003. He is the author of "The Road to Character" and, most recently, "The Second Mountain." @nytdavidbrooks

Le Figaro, no. 23394

Le Figaro, vendredi 1 novembre 2019 1036 mots, p. 16

Débats

Michèle Tribalat

« Non, la France n'a pas toujours été une terre d'immigration »

Darbon, Louise

LE FIGARO. - Dans Valeurs actuelles, Emmanuel Macron juge que « nous avons toujours été une terre d'immigration ». Partagez-vous cette appréciation ?

Michèle TRIBALAT. - S'il est vrai que des étrangers ont de tout temps voyagé en Europe, on ne peut en déduire que la France a été de tout temps une terre d'immigration. En 1851 on ne compte que 381 000 étrangers en France, soit 1 % de la population. Il s'agit de voisins européens installés en France, des Belges en grand nombre, notamment. C'est vrai que la France a connu une immigration étrangère précoce par rapport à la plupart de ses voisins, où celle-ci s'est surtout développée dans les années 1960 ou après. La grande vague migratoire des années 1920 a amené en France de nombreux Italiens et Polonais. En 1931, la proportion d'immigrés (nés étrangers à l'étranger) était de 6,6 %.

Je suis donc sidérée par les erreurs du président qui déclare, dans *Valeurs actuelles*, après avoir affirmé que « nous avons toujours été une terre d'immigration », qu'« on a toujours eu 10 à 14 % de la population qui était d'origine étrangère ». En réalité, la France a connu trois grandes vagues migratoires, celle des années 1920, interrompue par la récession et la guerre ; celle des Trente Glorieuses, suivie d'une décrue lors du dernier quart du XXe siècle ; et la vague qui a démarré avec le XXIe siècle et qui est d'intensité comparable, pour l'instant, à celle des Trente Glorieuses. Comment pourrait-on avoir eu une population d'origine étrangère d'une grande stabilité, ne serait-ce que sur cette longue période ? Et qu'entend le président par population d'origine étrangère ? D'après les dernières données diffusées par l'Insee, nous aurions un peu plus de 14 millions de personnes d'origine étrangère sur deux générations en 2018, soit 21 % de la population.

J'avais déjà été frappée par la bévue de Gérard Collomb, qui, devant la commission des Affaires étrangères, « évaluait » à 200 000 la population d'origine étrangère en Île-de-France, ce qui lui paraissait déjà beaucoup, sans choquer personne dans l'assistance. Pourtant, ça ne représenterait que 1,7 % de la population de la région ! Le président n'a pas d'idées plus claires sur les tendances de l'immigration étrangère et ses effets démographiques.

Quels enseignements tirer de la comparaison des vagues d'immigration ?

La composition par origine de la population immigrée a beaucoup changé. En 1982, en France métropolitaine, 56 % des immigrés étaient d'origine européenne et 33 % étaient originaires d'Afrique. Dans l'ensemble de la France hors Mayotte en 2018, ces proportions sont respectivement de 33 % et 46 %. Le courant migratoire qui a le plus augmenté est celui en provenance de l'Afrique hors Maghreb (près de 18 % dans l'ensemble de la France hors Mayotte en 2018, contre 4,3 % en 1982 en métropole).

L'effacement de la contribution européenne est encore plus visible sur les jeunes d'origine étrangère de moins de 18 ans : en France métropolitaine, en 2017, seulement 22 % de ceux-ci sont d'origine européenne, 40 % d'origine maghrébine et 20 % originaires du reste de l'Afrique. Ce qui a beaucoup changé aussi, c'est l'intensité des concentrations, que nous avons mesurée avec Bernard Aubry, pour les jeunes d'origine étrangère de moins de 18 ans. À la fin des années 1960, la proportion de jeunes d'origine étrangère dans les communes d'au moins 5 000 habitants était proche de 15 %. Elle s'est beaucoup accrue, notamment dans les communes d'au moins 30 000 habitants, où elle dépasse 37 % en 2015.

On ne peut guère comparer les immigrés européens venus après la guerre à ceux d'aujourd'hui. Les premiers étaient chrétiens et l'endogamie religieuse a favorisé la mixité des unions avec des Français d'origine. Pour les musulmans venus du Maghreb ou du Sahel, l'endogamie religieuse est un obstacle à cette mixité. Par ailleurs, la manière dont était envisagée l'intégration dans les années 1960 n'a rien à voir avec la conception multiculturaliste à laquelle la France souscrit désormais.

Le président évoque ces citoyens qui font « sécession » avec la République...

Emmanuel Macron parle de sécession mais n'a pas l'air de prendre très au sérieux la ferveur religieuse qui se développe notamment chez les jeunes musulmans. Il y voit une compensation, une provocation de la part de personnes qui « *se moquent de la religion* » qu'elles « *utilisent pour provoquer la République* », laquelle n'aimerait pas les musulmans. Constat qu'il semble partager. C'est une manière d'accréditer la posture du grief. Le président place la responsabilité du côté de la France, qui n'en aurait pas fait assez pour intégrer économiquement les pères et les frères des filles qui se voilent. On retrouve ici la priorité qu'il accorde aux conditions matérielles. D'ailleurs, c'est à la fin de « *la fabrique de l'intégration par le modèle économique* » des Trente Glorieuses qu'il attribue les problèmes actuels. Manifestement, la fracture culturelle ne l'intéresse pas ou il la juge suffisamment superficielle pour disparaître avec la prospérité. Je ne vois pas de grand changement par rapport à sa déclaration de campagne niant l'existence d'une culture française.

Macron souligne l'échec des politiques d'assimilation. Qu'en penser ?

Le mot « assimilation » n'a pas franchi ses lèvres. Il parle de « *l'échec de notre modèle* » (sans autre précision) qui, conjugué à « *la crise que vit l'islam* », expliquerait que des filles ou petites-filles d'immigrés se voilent. C'est un peu court ! De quel modèle parle-t-il ? J'ai bien peur que ce soit du modèle économique plus inclusif qu'il appelle de ses vœux. Le modèle d'assimilation français est mort. Il a été abandonné par les élites et officiellement par l'État, sous Jacques Chirac en 2004, lorsqu'il a souscrit au modèle d'intégration multiculturaliste ainsi défini par la Commission européenne : « *L'intégration est un processus dynamique à double sens d'acceptation mutuelle de la part de tous les immigrants et résidents des États membres.* » L'assimilation, au contraire, est un modèle asymétrique qui privilégie la continuité historique en accordant un privilège à la culture du pays d'accueil. Elle n'a pas tant besoin de politiques particulières que d'un engagement du corps social dans son entier, élites comprises.

* Dernier ouvrage paru : « Statistiques ethniques, une querelle bien française », L'Artilleur, 2016.

C'est à la fin de « *la fabrique de l'intégration par le modèle économique* » des Trente Glorieuses que le président attribue les problèmes actuels. Manifestement, la fracture culturelle ne l'intéresse pas ou il la juge superficielle

HANKS WELT:

Grundlos jammern

- VON RAINER HANK
- -AKTUALISIERT AM 03.11.2019-15:35

Die Hartz-IV-Reformen werden für vieles verantwortlich gemacht. Doch oft stimmt das nicht. Sie sind vielmehr eine Erfolgsgeschichte.

Gegenüber dem Leipziger Gewandhaus steht ein Bauwerk vom Anfang des 20. Jahrhunderts, dessen Giebel das Tympanon eines antiken Tempels imitiert. Darauf eingemeißelt ist der Satz: „Omnia vincit labor“, die Arbeit besiegt alles. Über der Inschrift stehen zwei Skulpturen von Arbeitern, die abwechselnd mit schweren Klöppeln die Glocke schlagen. Das „Krochhochhaus“, so der Name des Gebäudes, hämmert den Menschen mit ziemlich viel Pathos eine Weisheit aus Vergils Lehrgedicht über den Landbau ein: Arbeit ist ein Glücksversprechen.

Wenn das stimmt, ist allein die Möglichkeit einer Welt, der die Arbeit auszugehen droht, der Worst Case. Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit entzieht nicht nur Einkommen, sondern auch Sinn. Man lässt den Dingen ihren Lauf, wird apathisch, verliert allen Elan. Gefragt, was sie unglücklich mache, nennen viele Menschen Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Mehr noch: Auch wer Arbeit hat, fühlt sich weniger zufrieden, wenn andere arbeitslos sind.

Im Jahr 2005, als die berühmt-berüchtigten Hartz-Reformen in Kraft traten, waren in Deutschland fast fünf Millionen Menschen ohne Arbeit, davon 1,8 Millionen Langzeitarbeitslose, die länger als ein Jahr keine Arbeit hatten. Dass es je wieder Vollbeschäftigung geben könnte, wurde von vielen als Illusion verworfen. Und heute? Kurz vor dem Jubiläum „15 Jahre Hartz IV“ am 1. Januar 2020 hat sich die Zahl der Arbeitslosen mehr als halbiert, auf 2,3 Millionen. Es gibt nur noch gut 700.000 Langzeitarbeitslose. 45 Millionen Menschen sind erwerbstätig – das ist Rekordbeschäftigung; 33 Millionen darunter in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen – ebenfalls eine Rekordzahl, die den Vorwurf entkräftet, der Preis der neugewonnenen Arbeit seien vornehmlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Von sozialem Kahlschlag kann keine Rede sein

Auch wenn es neben den Hartz-Reformen noch weitere Faktoren gibt, die diesen enormen Beschäftigungserfolg verantworten: Die Geschichte der Rückgewinnung von Arbeit in Deutschland widerspricht in nahezu allen Punkten dem linken Narrativ eines Sozialabbaus, eine Lesart, der „Die Linke“ als Partei bekanntlich ihre Existenz – und zuletzt ihren Erfolg in Thüringen – verdankt. Folgt man dem Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, den „Die Linke“ 2017 für die Wahl zum Bundespräsidenten vorgeschlagen hatte, bedeuten die Hartz-Reformen „eine Verschlechterung in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“. Deutschland sei „unsozialer, kälter und inhumaner“ geworden, sagt er.

Die linke Verelendungstheorie geht so: Die Hartz-Reformen sind erstens das Ende des Sozialstaates, wie wir ihn kannten, sie haben zweitens ein neues Prekariat arbeitender Armer geschaffen und am Ende, drittens, die Ungleichheit im Land vergrößert. Diese fatale Ungerechtigkeit der Hartz-Reformen habe, viertens, auch politische Risiken – „Neoliberalismus bringt Rechtsradikalismus“. Nichts von alledem lässt sich belegen.

Erstens ist es verfehlt, Hartz IV als „sozialen Kahlschlag“ zu brandmarken. Dass seit 2005 die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit zurückgehen, ist wahr. Doch dies ist der verbesserten Beschäftigung geschuldet, die weniger Transferzahlungen erforderlich machte. Arbeitslosigkeit kommt die

Allgemeinheit heute billiger zu stehen als vor den Reformen. Das bedeutet nicht, dass der Sozialstaat insgesamt geschrumpft wäre. Im Gegenteil: Insgesamt sind die Sozialausgaben überproportional auf inzwischen knapp eine Billion Euro angeschwollen. Das sind fast 50 Prozent mehr als Mitte der 2000er Jahre. Von Kahlschlag keine Rede!

Hartz-Reformen sind der Grund für den Anstieg der Armutsquote

Dass die Deutschen sich diesen Ausbau des Sozialstaats leisten konnten, ist Folge der Hartz-Reformen, die für sprudelnde Steuereinnahmen und üppige Sozialbeiträge mitverantwortlich sind. Wenn mehr Menschen Arbeit haben, zahlen sie mehr Steuern und insgesamt mehr Sozialversicherungsbeiträge. Dies (verbunden mit niedrigen Zinsen) brachte den deutschen Finanzminister in die komfortable Lage, den Staat auszubauen, ohne neue Schulden machen zu müssen. Vollbeschäftigung ist nicht nur ein Gewinn in sich und für die Menschen, die nicht mehr arbeitslos sind. Sie ist auch eine soziale Wohltat für das Land.

Dass es, zweitens, Armut in Deutschland gibt, ist unbestritten. Die Zunahme des Armutsrisikos liegt in dem gestiegenen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund; die Armutsquote bei Personen ohne Migrationshintergrund hat sich in den vergangenen 25 Jahren wenig verändert. Das soll nicht heißen, dass Armut unter Migranten weniger schlimm wäre. Es soll nur zeigen, dass der Anstieg der Armutsquote keinen Bezug zu den Agenda-Reformen hat, sondern vor allem daran liegt, dass Migranten Defizite in der Sprache haben oder soziale Netzwerke fehlen, was eine Beschäftigungsaufnahme erschwert – und sie deshalb auf Unterstützung angewiesen sind.

Erfolg der Sozialstaatsmodernisierung

Verfehlt ist es, drittens, zu behaupten, Hartz IV habe die Ungleichheit vergrößert. Das Gegenteil ist wahr: Die Ungleichheit der Einkommen hat zwar seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts zugenommen, wie überall in den entwickelten Ländern. Doch die Spreizung der Einkommen ist 2005 zum Stillstand gekommen, ausgerechnet in jenem Jahr, in dem die Gesetze in Kraft getreten sind. Unser Wohlfahrtsstaat komprimiert die Ungleichheit der Markteinkommen besonders stark. Das genau ist das Ziel einer Sozialen Marktwirtschaft.

Viertens wird für den Erfolg des Rechtspopulismus inzwischen alles und jeder verantwortlich gemacht. An erster Stelle stehen aber nicht die Reformen des Arbeitsmarktes, sondern der Schock der Migration von 2015. Eine maßgebliche Rekrutierungsbasis der Rechten sind nicht die arbeitslosen Hartz-IV-Bezieher, sondern jene Zurückgebliebenen, die wähnen, die Migranten zögen als privilegierte „Einwanderer in den Sozialstaat“ an ihnen vorbei. Die AfD wurde bekanntlich nicht als Anti-Hartz-IV-Partei gegründet, sondern als konservativ-liberale Anti-Euro-Protestbewegung, von wo sie sich immer weiter ins Extreme bewegt hat. Der Populismus hat einen völkischen Verteilungskampf innerhalb des Sozialstaates eröffnet. AfD-Mann Björn Höcke plädiert wie die Linke für mehr Sozialstaat, dessen Wohltaten indessen den Fremden vorenthalten werden sollen. Das ist in der Tat schlimm, hat aber mit den Hartz-Reformen nichts zu tun.

Die Agenda-2010-Reformen sind ein Beleg für die Leistungsfähigkeit des deutschen Modells der Sozialen Marktwirtschaft und nicht Ausweis seiner Kapitulation. Die Reformen mögen die Linke gespalten haben – in SPD, Linke und sozialchauvinistische Teile der AfD –, aber sie haben die Gesellschaft geeint, weil sie Teilhabe wieder ermöglicht haben. Teilhabe ist in einer Arbeitsgesellschaft nur über Arbeit möglich. Die ökonomische Spaltung in Arbeitslose und Arbeitsplatzbesitzer wurde – zumindest von der Tendenz her – überwunden. Hartz IV und die Agenda-Reformen werden als Erfolg der Sozialstaatsmodernisierung in die Geschichtsbücher eingehen.

Die Allmacht der EZB muss gebrochen werden

Stand: 03.11.2019 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Nicolas Baverez

EZB-Präsidentin Christine Lagarde fällt das Erbe ihres Vorgängers Mario Draghis auf die Füße. Negativzinsen kreieren Blasen und destabilisieren die Gesellschaften Europas, deren Mittelschicht erodiert. Holen sich die Nationalstaaten ihre Verantwortung zurück?

Jetzt, nach dem Amtsantritt von Christine Lagarde als Präsidentin der EZB, werden sich die Negativzinsen als strittigster Punkt des Erbes von Mario Draghi erweisen, wie es auch in den öffentlichen Kontroversen deutlich wird. Der Einsatz der Negativzinsen gehörte zum Maßnahmen-Arsenal zur Förderung der Wirtschaft, das nach dem Crash von 2008 eingesetzt wurde, um eine Deflationsspirale zu verhindern.

Dabei wurden drei Ziele verfolgt: eine Senkung sämtlicher Steuersätze, eine Umverteilung von Portfolios auf Kredite und Vermögenswerte und eine Senkung des Wechselkurses, ein Hauptanliegen der Währungsbehörden aus der Schweiz und Dänemark.

Die Entscheidung Mario Draghis, diese negativen Zinssätze im Juni 2014 einzuführen, lassen sich zunächst durch die Fehler seines Vorgängers Jean-Claude Trichet erklären. Die absurden Zinserhöhungen von 2008 und 2011, zu einer Zeit, als sich mehrere Staaten bereits in Zahlungsverzug befanden, brachten den Euro-Raum in Gefahr.

Dadurch erklärt sich auch, dass dieser zehn Jahre brauchte, um das Aktivitätsniveau vor der Krise wieder zu erreichen, während es den USA in schon fünf Jahren gelang, weil Ben Bernanke dort bereits 2009 massive Ankaufprogramme für Vermögenswerte eingeführt hatte.

Draghi - der Retter des Euro?

Mario Draghi wird als Retter des Euro in die Geschichte eingehen. Doch der Preis, den es für das Überleben dieser einzigartigen Währung zu zahlen galt, wird nach wie vor stark unterschätzt. Die Euro-Zone durfte ihre Währung behalten, konnte jedoch nicht der Japanisierung entkommen, mit einem langsamen, hinter dem der USA weit zurückliegenden Wachstum, einer Inflationsobergrenze von einem Prozent und einer Arbeitslosenquote, die nur von zwölf auf sieben Prozent gesenkt werden konnte, während in der Welt Vollbeschäftigung herrscht, sowie einem schwächelnden Bankensystem, das nur zum Teil rekapitalisiert und nicht restrukturiert wurde.

Dieser missglückte Aufschwung wiederum hat mit zur Schockwelle des Populismus geführt, die den Kontinent überrollt und sowohl seine Integration als auch seine Demokratie bedroht.

Die negativen Zinsen sind eine der Hauptursachen für die Stagflation der Euro-Zone und auch für den Populismus mitverantwortlich. Auf die reale Wirtschaft haben sie keinerlei positiven Einfluss mehr, da die Zentralbanken zwar über die Macht verfügen, Geld zu erschaffen, aber nicht, seine Verwendung zu steuern.

Doch mit unbegrenztem und kostenlosem Geld wird sofort spekuliert. Und so sorgen die negativen Zinsen wiederum für eine Blasenökonomie und verbreiten eine fiktive Kaufkraft durch Vermögensspekulation, wodurch sich wiederum die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Absturzes erhöht.

Eine Maschinerie, die neue Blasen kreiert

Die Negativzinsen stellen vor allem so etwas wie eine Maschinerie dar, um neue Spekulationsblasen zu kreieren. Sie verzerren die Zuweisung von Ressourcen zugunsten der Rentenzahlungen und zum Nachteil von Investitionen und Innovationen, was wiederum den Boom von Immobiliengeschäften in den Ballungsräumen der Großstädte erklärt. Sie sorgen für mehr Ungleichheit und Monopole, indem sie die Konzentration von Reichtum der großen und reicheren Unternehmen fördern.

Sie vernichten das Sparen, sorgen für eine Verarmung der Mittelschicht, was dann wieder den Extremismus fördert und für verschärfte Spannungen zwischen den verschiedenen Nationen der Euro-Zone sorgt. Europa kann sich weder auf die Homogenität seiner Bevölkerung noch auf ein starkes Nationalgefühl oder den sozialen Zusammenhalt verlassen, der etwa Japan auszeichnet. Es muss also dringend ein Weg zum Ausstieg aus den Negativzinsen gefunden werden.

Die negativen Zinsen erinnern uns daran, dass auch die Geldpolitik nicht alles kann. Die EZB wird nur durch eine Neuregelung der Wirtschaftspolitik im Euro-Raum dieser Falle entkommen können, die die Mobilisierung der Haushaltsmargen der Überschussstaaten, massive Investitionen in Bildung, die digitale Revolution, den ökologischen Übergang und die Sicherheit sowie einen wirksamen Schutz des Binnenmarkts, der Wissenschaft und der strategischen europäischen Vermögenswerte kombiniert.

Wenn die EZB mit den negativen Zinssätzen ihre Kompetenzen überschritten hat, dann liegt das in erster Linie daran, dass die Regierungschefs der Union und ihrer Staaten die Ausübung ihrer Machtbefugnisse aufgegeben haben. Jetzt liegt es an ihnen, ihre Verantwortung wieder zurückzuholen.

159,115

<https://www.grin.com/document/94719>

Vergleich der Regierungssysteme von Frankreich und Deutschland

Facharbeit (Schule), 1999

12 Seiten, Note: 15 Punkte

 [MANUELA ORTLEPP \(AUTOR\)](#)

Gratis online lesen

Gliederung

0.Schaubilder des Staatsaufbaus

1.Einleitung / Erster Vergleich der Organisation der Staatssysteme

2.Gewaltenteilung in beiden Ländern

2.1.Frankreich

2.2.Deutschland

2.3.Vergleich der Gewaltenteilung

3.Aufgaben der Präsidenten im Vergleich

3.1.Funktion des Präsidenten in Frankreich

3.2.Funktion des Präsidenten in Deutschland

3.3.Vergleich der Funktionen

4.Wahlen der Präsidenten im Vergleich

4.1.Wahlen zum Präsidenten in Frankreich

4.2.Wahlen des Bundespräsidenten in Deutschland

4.3.Vergleich der Wahlen

5.Funktionsweise der Staatssysteme (Auswirkungen)

5.1.Funktionsweise des französischen Staatssystems

5.2.Funktionsweise des deutschen Staatssystems

5.3.Zusammenfassung

6.Wertung und offene Fragen

Begriffserklärung

Literaturangaben

Aktuelles in beiden Ländern

1.Einleitung

Eine wechselvolle Geschichte verbindet die Deutschen mit ihrem Nachbarland Frankreich. Bis 1945 war die Beziehung der beiden Länder oft von tiefer Feindschaft und blutigen Auseinandersetzungen geprägt. Heute jedoch

findet eine enge, vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit statt. Beide Staaten bemühen sich um eine Entwicklung in Richtung der Europäischen Union. Die aktuelle Situation ist in beiden Ländern ähnlich. Regierung und Bevölkerung sind in vielen Bereichen mit gleichen Herausforderungen konfrontiert, so zum Beispiel mit den Problemen der Arbeitslosigkeit, der Staatsfinanzen und des politischen Desinteresses. Dennoch reagieren Parteien und die öffentliche Meinung beider Länder verschieden auf diese Aufgaben. Ursachen hierfür liegen in der Geschichte, in den Unterschieden der politischen Systeme und der politischen Verhaltensweisen. Die Unterschiede im politischen System sollen im folgenden näher betrachtet werden. Die Gründe für diese liegen zum einen in der Differenz der Wahlsysteme, zum anderen im unterschiedlichen Staatsaufbau. Während Frankreich ein Einheitsstaat ist, zählt Deutschland zu den föderalistischen Bundesstaaten. Typische Kennzeichen für den Einheitsstaat sind, dass die Staatsteile (Regionen) kaum Souveränität besitzen, es nur eine zentrale Macht gibt und nur Teile der Staatsaufgaben regional bearbeitet werden. Politische Entscheidungen, auch solche von regionaler Bedeutung, werden in diesem System in zentralen Verwaltungsorganen, in der Hauptstadt oder in dezentralen Organen unter Kontrolle der politischen Zentrale getroffen. Gründe für die Entscheidung für dieses System sind zum einen die Sicherung einer einheitlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, zum anderen die Einheit des Landes gegen Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Gebiete. Deutlich wird die Zentralisierung in der Einteilung in Departements, die durch einen vom Staat bestellten Präfekten regiert werden. Diese Einteilung ist auf die geschichtliche Entwicklung unter Napoleon zurückzuführen. Frankreichs Staatsaufbau ist also historisch bedingt. Dieser zentralistische Staatsaufbau bringt jedoch auch Nachteile mit sich. So zum Beispiel die Bevormundung der Provinzen durch die Zentrale, mangelnde Bürgernähe bei Gesetzgebung und die lange Dauer der Entscheidungsprozesse. Wesensmerkmale eines Bundesstaates hingegen sind, dass der Gesamtstaat aus mehreren Gliederstaaten oder Bundesstaaten zusammensetzt ist. Diese haben einen eigenen politischen Gestaltungsraum und Verantwortung, so auch in Deutschland. Das Grundgesetz regelt hier Befugnisse, Bestellung und Amtsdauer der Bundesorgane und die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern (Bundesstaaten) in der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung.

Die Prinzipien des Staates sind in Frankreich wie in Deutschland durch die ersten Artikel der Verfassung bzw. des Grundgesetzes festgelegt. In der Präambel der französischen Verfassung steht (hier leicht gekürzt wiedergegeben): „Das französische Volk erklärt feierlich seine Zustimmung zu den Menschenrechten und zu den Prinzipien der nationalen Souveränität, die in der Erklärung von 1789 festgelegt und durch die Präambel der Verfassung von 1946 konkretisiert und vervollständigt wurden.“ Artikel 2 der französischen Verfassung definiert die Grundzüge des Staates: „Frankreich ist eine unteilbare, weltliche, demokratische und soziale Republik. Sie sichert die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, ohne Berücksichtigung der Herkunft, Rasse oder Religion. Sie respektiert alle Glaubensrichtungen. Das nationale Symbol ist die Fahne der Tricolore: blau, weiß, rot. Die Nationalhymne ist die Marseillaise. Der Grundsatz der Republik ist Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Ihr Prinzip: Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk.“ Diese Grundsätze entsprechen in ihrer Absicht den deutschen Prinzipien, die in den ersten vier Artikel des Grundgesetzes verankert sind. Die Souveränität liegt in beiden Staaten beim Volk. Die französische Verfassung sagt dazu im Artikel 3: „Die nationale Souveränität liegt beim Volk, welches sie durch die Repräsentanten und mittels des Volksentscheides ausübt.“ Der Artikel 20 Absatz 2 des deutschen Grundgesetzes sagt dazu folgendes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung ausgeübt.“ Dennoch wird diese in beiden Staaten garantierte Volkssouveränität sehr unterschiedlich interpretiert. Wie oben schon erwähnt, ist auch das Wahlsystem beider Länder eine Ursache für die Unterschiede im politischen System. Gemeinsamkeit in beiden Staaten ist das Wahlrecht aller Staatsbürger ab 18 Jahren. Die Bürger haben das Recht (und eigentlich auch die staatsbürgerliche Pflicht) zu wählen. In beiden Ländern wird eine geheime und direkte Wahl durchgeführt. In Deutschland werden das Länderparlament und der Bundestag direkt gewählt, in Frankreich hingegen der Präsident und das Parlament. Hinzu kommen die jeweiligen Regionalwahlen. Der Unterschied besteht darin, dass in Deutschland ein personalisiertes Verhältniswahlrecht durchgeführt wird, in Frankreich jedoch basieren die Wahlen auf dem Mehrheitswahlrecht. Das deutsche System wird durch Erst- (Mehrheitswahlsystem) und Zweitstimme (Verhältniswahlsystem) bestimmt. Es wird also eine Kombination aus zwei vollkommen verschiedenen Wahlsystemen realisiert. In Frankreich finden zwei wichtige Wahlen statt. Es wird in den 577 regionalen Wahlkreisen je ein Abgeordneter in die Nationalversammlung gewählt (Elections legislatives). Überregional ist die Wahl des Präsidenten ein wichtiges Ereignis (Elections présidentielles). Beide Wahlen werden in zwei Wahlgängen durchgeführt. Dies ist aufgrund des Mehrheitswahlrechtes erforderlich. Im folgenden findet eine genauere Gegenüberstellung der Funktion des Präsidenten und seiner Wahl in den Staaten Deutschland und Frankreich statt. Als Voraussetzung wird vorher auf das Zusammenwirken von Legislative und Exekutive in beiden Ländern eingegangen.

2. Gewaltenteilung in beiden Ländern

2.1. Frankreich

Das heutige politische System Frankreichs ist eine Reaktion auf Erfahrungen mit dem nicht funktionsfähigen Parlamentarismus in der III. und IV. Republik. Die 1958 ausgearbeitete Verfassung legt fest, dass die Exekutive (Regierung = Ministerrat + Präsident) sehr stark ist, das Parlament hingegen wenige Möglichkeiten hat. Als Oberhaupt der Regierung hat der Präsident enorm große Macht. In Frankreichs Regierungssystem findet man eine Mischung aus präsidentiellen und parlamentarischen Elementen. Der Präsident ist Vorsitzender der Regierung. Er wird direkt vom Volk gewählt und hat sich nicht vor dem Parlament zu verantworten. Die Regierung geht aus der Mehrheit im Parlament hervor, ist vor dem Parlament verantwortlich und kann von diesem gestürzt werden. Bei einem Sturz der Regierung bleibt der Präsident weiterhin Oberhaupt des Staates. Das französische Parlament besteht aus zwei Kammern: dem Senat und der Nationalversammlung. Der Senat ist dabei das Organ, welches weniger Macht hat, aber Kontinuität in die Politik bringen soll. Seine indirekte Wahl durch Wahlmänner der Provinzen begünstigt die Wahl konservativ orientierter Senatoren. Die direkt gewählte Nationalversammlung hat Gesetzgebungsfunktion, die aber durch die Verfassung genau festgelegt und begrenzt ist. Auch ist die Nationalversammlung im Laufe der Zeit immer weiter in ihren Machtbefugnissen eingeschränkt worden. Dazu kommt, dass die Nationalversammlung nur zwei zeitlich begrenzte Sitzungsperioden pro Jahr hat. Die Rolle der Parteien ist im politischen System Frankreichs, aufgrund von historisch bedingtem Misstrauen gegenüber organisierten Interessengruppen als Gefahr für den Staat, stark eingeschränkt.

Auch die Unabhängigkeit der Justiz ist in Frankreich nicht konsequent realisiert. Der Oberste Gerichtshof ist zwar unabhängig, der „Oberste Rat für den Richterstand“ ist aber vom Präsidenten insofern abhängig, dass der Präsident 9 der Mitglieder ernennt und den Vorsitz innehat. Er ernennt ebenfalls 3 Mitglieder und den Präsidenten des Verfassungsrates.

Die Demokratie und Gewaltenteilung ist in Frankreich zwar in der Verfassung festgelegt, die Franzosen bezeichnen ihr Staatssystem selbst aber als legale, zeitlich begrenzte Diktatur des Präsidenten. So ist die Volkssouveränität durch die direkte Wahl gewährleistet, die Gewaltenteilung und gegenseitige Kontrolle der Institutionen hingegen ist stark eingeschränkt.

2.2. Deutschland

Die Legislative in Deutschland wird vom Bundestag verkörpert, dessen Mitglieder direkt durch das Volk gewählt werden. Seine Legislaturperiode dauert 4 Jahre. Nach dieser Zeit wird erneut eine geheime, direkte und gleiche Wahl durchgeführt. Diese erfolgt nach dem Prinzip des für Deutschland typischen personalisierten Verhältniswahlrechts. Die Exekutive, die aus den Ministern und dem Bundeskanzler besteht, wird von der Mehrheit im Bundestag gestellt. Diese Regierung ist somit gleichzeitig Teil der ausführenden (Exekutive) und der gesetzgebenden Gewalt (Legislative). Diese Gewaltenschränkung ist typisch für parlamentarische Regierungssysteme. Die Kontrolle erfolgt nicht wechselseitig durch Legislative und Exekutive, sondern durch die Parteienkonkurrenz. Da die Regierung und auch die Abgeordneten des Bundestags von der Zustimmung durch die Bürger bei der nächsten Wahl abhängig sind, müssen sie ihre Handlungen genauestens überlegen und werden nur wiedergewählt, wenn ihre Maßnahmen Zustimmung in der Mehrheit ihrer Wähler finden. Die Kontrolle hat sich damit in die Legislative verschoben und erfolgt über die Opposition (Parteien der Minderheit), die durch die Nutzung der Medien die Bevölkerung von allen Beschlüssen in Kenntnis setzt. Auch versucht sie, durch Kritik an den Regierenden Wählerstimmen für die nächste Wahl zu gewinnen. Die kurze Legislaturperiode ist hier von Nutzen, da regelmäßig eine Bewertung der Maßnahmen der Regierung durch die Bevölkerung erfolgen muss. Dies ist eine typische Erscheinung parlamentarischer Demokratien: das Redeparlament. Es baut auf die Wirkung der Massenmedien und das politische Interesse der Bevölkerung. In Deutschland findet man aber auch Elemente der präsidentiellen Demokratien in Form eines Arbeitsparlamentes in den Ausschüssen des Bundestages. Dieses Arbeitsparlament steht nicht in engem Kontakt zur Öffentlichkeit. Hier wird unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Mitarbeiter an den Gesetzen gearbeitet. Der Bundesrat hat als zweites Element der Legislative ebenfalls Kontrollfunktion, da er politisch anders zusammengesetzt sein kann als der Bundestag. Dies ist ein förderales Element im Staatsaufbau Deutschlands. Der Bundespräsident gehört ebenfalls der Legislative an. Er ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik und muss Gesetze gegenzeichnen, wirkt aber an deren Ausarbeitung nicht mit. Damit kann man in Deutschland von einer umfassenden und vielseitigen Kontrolle aller Institutionen ausgehen, die von den Alliierten bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes sicher beabsichtigt war.

2.3. Vergleich der Gewaltenteilung

Die Prinzipien beider Staaten basieren auf den Grundideen der Demokratie. Demokratie und Volkssouveränität werden jedoch sehr unterschiedlich interpretiert. In Frankreich ist die Legitimierung des Präsidenten durch direkte Wahl gewährleistet. Der Wille des Volkes, der sich im idealtypischen Parlamentarismus in der Institution des

Parlamentes äußert, hat jedoch kaum eine Bedeutung. Die Nationalversammlung hat kaum Rechte. Auch haben kleine Parteien wenig Chancen, da das Mehrheitswahlrecht sie von vorn herein benachteiligt. In Deutschland ist die Demokratie anders realisiert. Man hat vermieden, die Macht auf eine Institution zu konzentrieren, obwohl man bei den Funktionen des Bundeskanzlers von einer Konzentration sprechen könnte. Die absolut unabhängige Justiz gewährleistet dennoch Sicherheit gegenüber Machtmissbrauch. In Frankreich ist das anders. Selbst die Justiz, ursprünglich Institution der Kontrolle, ist in gewissen Bereichen vom Präsidenten abhängig. In beiden Ländern findet man eine Gewaltenverschränkung, d.h. die Kontrolle der Institutionen hat sich in die Legislative verschoben. Da in Frankreich das Parlament kaum Rechte hat, ist die Wirksamkeit dieser Kontrolle jedoch fraglich.

Der direkte Vergleich des Staatsaufbaus ist aus dem Schaubild am Anfang der Arbeit ersichtlich.

3. Aufgaben der Präsidenten im Vergleich

3.1. Funktionen des Präsidenten in Frankreich

Der Präsident der französischen Republik ist die Schlüsselfigur im Verfassungsgefüge und im politischen System. Er wird direkt durch das Volk für 5 Jahre gewählt. Somit wird seine Macht direkt durch das Volk legitimiert. Er ist während dieser Amtszeit nicht absetzbar. Sein Amt enthält umfassende Machtbefugnisse und verleiht ihm eine doppelte Rolle. Einerseits ist er „Hüter“ der Verfassung und Repräsentant der Einheit der Nation nach innen und außen und damit Oberhaupt aller Institutionen und Parteien Frankreichs. Man kann ihn in dieser Funktion als „überparteilichen Schiedsrichter“ bezeichnen. Gleichzeitig ist er aber auch Chef der Exekutive und somit der Regierung und legt damit die Richtlinien für die Politik dieser sehr detailliert fest. Dazu ist zu sagen, dass man in Frankreich von einer „doppelköpfigen Exekutive“ spricht. Auf der einen Seite steht die Regierung, auf der anderen der Präsident. Durch die Ergebnisse der Wahlen wird die Zusammenarbeit beider beeinflusst. Bei politischer Einheit beider Institutionen kommt es zu einer schnelleren Entschlussfindung. Seit 1958 stieg die Macht des Präsidenten stetig. Sie wurde durch die verschiedenen Präsidenten auf nahezu alle wichtigen politischen Problembereiche ausgedehnt. Den Ministern bleibt somit immer weniger eigener Entscheidungsspielraum. Es erfolgt eine Konzentration der Macht auf den Präsidenten. Diese fördert gleichzeitig die Personalisierung der Politik. Die Aufgaben des französischen Präsidenten sind sehr vielschichtig und umfangreich. Einige dieser Aufgaben sollen im folgenden verdeutlicht werden. Sie ergeben sich aus der Verfassung und in manchen Bereichen auch aus der freien Interpretation dieser.

I Im politischen Normalzustand

a) Rechte und Pflichten hinsichtlich der Regierung

Er ernennt den Premierminister und kann ihn auch entlassen, obwohl der Artikel 8 der Verfassung vorsieht, dass der Premier den Rücktritt seiner Regierung selbst vorschlägt. Er ernennt und entlässt auch die anderen Minister. Der Präsident ist ebenfalls Vorsitzender des Ministerrates. Er hat teilweise gesetzgebende Macht: er muss in manchen Fällen die Verordnungen und Gesetze, die im Ministerrat beratschlagt wurden, unterzeichnen.

B) Bestimmung der Außenpolitik

Der Präsident leitet persönlich die Außenpolitik Frankreichs. Er ernennt die Botschafter, die Frankreich im Ausland repräsentieren. Er verhandelt und unterzeichnet Verträge mit anderen Staaten, die wichtigsten mit der Zustimmung des Parlaments. Er repräsentiert Frankreich in der Welt. Er empfängt ausländische Staatsoberhäupter im Palais d'Élysée. Gleichzeitig ist er Oberbefehlshaber der Armee. Die Entscheidung über den Einsatz von Raketen und Atomwaffen fällt er allein.

c) Er ernennt wichtige Beamte und Militärangestellte.

d) Rechte und Pflichten hinsichtlich des Parlamentes

Der Präsident eröffnet und schließt außerordentliche Sitzungen des Parlaments, sei es die auf Anfrage des Premierministers stattfindenden oder die durch die Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung einberufenen. Er greift in den Gesetzgebungsvorgang ein. Er verkündet die Gesetze innerhalb von 15 Tagen nach der Weitergabe an die Regierung. In dieser Frist kann er vom Parlament eine erneute Verhandlung eines schon beschlossenen Gesetzes verlangen. Wenn ein Gesetz nach dem Urteil des Präsidenten der Verfassung widerspricht, so kann er den Verfassungsrat einschalten. Der Präsident hat das Recht, die Nationalversammlung unter bestimmten Voraussetzungen aufzulösen. Er hat das Recht, in folgenden begrenzten Sachgebieten einen Volksentscheid zu

veranlassen: bei der Organisation öffentlicher Rechte und um die Bestätigung eines Gesetzes zu erhalten, welches in die Funktionsweise der Institutionen eingreift.

e) Rechte und Pflichten hinsichtlich der Judikative

Der Präsident hat das Recht, die Strafe eines Verurteilten aufzuheben. Er kann das vom hohen Gerichtshof erlassene Urteil widerrufen, wenn der Verurteilte kein schweres Vergehen begangen hat. Dabei ist zu erwähnen, dass die Todesstrafe in Frankreich 1981 abgeschafft wurde. Der Vorsitz des „Obersten Rates der Gerichtsbarkeit“ ist ebenfalls Aufgabenbereich des Präsidenten. Er ernennt auch 9 Mitglieder dieses Rates. Der Präsident ist der Bürge für die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit.

f) Rechte und Pflichten in Bezug auf die Verfassung

Der Präsident wacht über die Einhaltung der Verfassung und kann den Verfassungsrat einschalten, um ihn die Rechtmäßigkeit eines Gesetzes prüfen zu lassen. Er ernennt 3 Mitglieder und den Präsidenten dieses Rates. Er hat das Recht, in Übereinkunft mit dem Kongress oder über die Möglichkeit des Referendums, die Verfassung zu verändern.

II Im politischen Ausnahmezustand

Der Artikel 16 der Verfassung hebt im Falle eines Ausnahmezustandes die Gewaltenteilung auf und überträgt dem Präsidenten alle Macht. Dieser hat somit das Recht, eine legale und zeitlich begrenzte Diktatur auszuüben. Als Gründe für das Inkrafttreten dieser Regelung zählen einerseits die Bedrohung der Institutionen der Republik, die Gefahr für die Unabhängigkeit der Nation, die Bedrohung der Grenzen der Nation oder die schwere unmittelbare Bedrohung der Aufrechterhaltung internationaler Verträge, auf der anderen Seite der Fall, in welchem die öffentliche Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Vor der Erklärung des Ausnahmezustandes müssen der Premierminister, und die Präsidenten der Nationalversammlung, des Senats und des Verfassungsrats konsultiert werden. Der Präsident informiert die Nation über den Ausnahmezustand. Von diesem Notverordnungsrecht hat der ehemalige Präsident der V. Republik Charles de Gaulle ab April 1961 über einen Zeitraum von 5 Monaten Gebrauch gemacht.

Zwischenzusammenfassung:

Der französische Präsident hat viel Einfluss auf das politische Geschehen in Frankreich.

Dieser Einfluss wird durch die lange Amtszeit gestärkt, die eine Gefahr bietet aber auch politische Stabilität garantiert. Der Präsident wird durch die zweite exekutive Kraft, die Regierung, „kontrolliert“ und kann ohne deren Kooperation schlecht arbeiten. Da die Regierung aber unabhängig vom Präsidenten durch das Parlament gestürzt werden kann, kann dieser sich seiner Position relativ sicher sein. Der Präsident ist keiner Autorität gegenüber, insbesondere nicht dem Parlament, verantwortlich. Seine einzige Verantwortlichkeit ist die Strafverantwortung für das Verbrechen des Hochverrates. Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung der V. Republik kam es zu einer stetigen Machtzunahme in Bezug auf die Position des Präsidenten. Funktionen von Parlament und regionalen Organen wurden in den Machtbereich des Präsidenten übernommen. Dem wirkt die Entwicklung der Dezentralisierung entgegen, die eigentlich eine Machtzunahme der regionalen Organe beabsichtigt.

3.2.Funktion des Präsidenten in der Bundesrepublik Deutschland

Der deutsche Bundespräsident wird durch die Bundesversammlung für 5 Jahre gewählt. Er hat den Vorsitz des Staates inne. Er leistet den Amtseid nach Artikel 56 des Grundgesetzes. Im Grundgesetz sind gewisse Unvereinbarkeiten festgelegt. So darf er weder der Regierung noch einer anderen gesetzgebenden Gewalt (auch auf Länderebene) angehören. Er darf kein besoldetes Amt oder ein Gewerbe oder einen Beruf ausüben. Er muss gewisse Anordnungen und Verfügungen vom Bundeskanzlers gegenzeichnen lassen. Für alle seine Handlungen muss er sich gegebenenfalls vor dem Bundesverfassungsgericht verantworten. Eine Anklage kann durch Bundestag oder Bundesrat stattfinden. Seine Funktion ist an sich repräsentativer Natur, jedoch hat er auch die Möglichkeit, ins politische Geschehen einzugreifen. Seine Aufgaben lassen sich in innere und äußere untergliedern.

1. Aufgaben nach außen

Er repräsentiert die Bundesrepublik Deutschland in der Welt. Er schließt im Namen des Bundes Verträge mit ausländischen Staaten und vertritt die Interessen des Bundes völkerrechtlich. Auch beglaubigt und empfängt er Gesandte.

2. Aufgaben nach innen

Der Bundespräsident unterbreitet Vorschläge für das Amt des Bundeskanzlers, welcher vom Bundestag gewählt wird. Er hat die Macht, den Bundeskanzler und die Bundesminister zu entlassen. Er hat außerdem das Recht, den Bundestag einzuberufen und kann diesen unter bestimmten Bedingungen auch auflösen. Der Bundespräsident ernennt ebenfalls Bundesrichter, Bundesbeamte, Offiziere und Unteroffiziere ernennen und kann diese entlassen (Art. 60). Durch die Ernennung der Bundesrichter hat er Einfluss auf die Judikative. Auch verleiht er Titel, Orden und Ehrenzeichen des Bundes. Der Bundespräsident hat die Aufgabe, Gesetze, welche von Bundestag und Bundesrat beschlossen wurden, gegenzuzeichnen (auszufertigen) und diese im Bundesgesetzblatt zu verkünden. Er kann auf Antrag der Bundesregierung und mit Zustimmung des Bundesrates den Gesetzgebungsnotstand erklären (Art. 81). Der Bundespräsident verfügt über das Begnadigungsrecht. Auch kann er den Verteidigungsfall verkünden. Beschlossen wird dieser vorher durch Bundestag und Bundesrat. Im Falle seiner Verhinderung oder bei vorzeitigem Ausfall wird das Amt des Bundespräsidenten durch den Bundesratspräsidenten wahrgenommen.

Zwischenzusammenfassung:

Der deutsche Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt Deutschlands, ist in seinen Amtshandlungen aber stark von Bundestag und Bundesrat abhängig und kann von diesen angeklagt werden. Er hat vorwiegend repräsentative Funktion. Sein Einfluss auf das politische Geschehen ist trotz einiger wesentlicher Rechte und Pflichten (siehe oben) eher beschränkt. Das Bundesverfassungsgericht muss im Falle einer Anklage über Rechtmäßigkeit seiner Handlungen, also Schuld oder Unschuld, entscheiden. Diese Beschränkung seiner Macht beugt einem Missbrauch seiner Möglichkeiten vor. Dies ist durch die Alliierten so beabsichtigt, um einer diktatorischen Herrschaft (siehe Nationalsozialismus) vorzubeugen.

3.3. Vergleich der Funktionen

Die Grundzüge der Aufgaben der Präsidenten sind im wesentlichen in beiden Ländern gleich. So haben beide die Funktion des Staatsoberhauptes inne. Dennoch ist aufgrund der historischen Entwicklung der französische Präsident mächtiger als der deutsche. Die Aufgaben des deutschen Bundespräsidenten beschränken sich vorwiegend auf die Repräsentation des Landes, formale Zustimmung zu Gesetzen und Beschlüssen und die Publikation dieser. Die Rechte und Pflichten des französischen Präsidenten sind weitaus umfangreicher, obwohl sie die gleichen Bereiche abdecken. Er ist ein wichtiger Teil der Exekutive und kann bei vollständiger Ausschöpfung seiner Macht sich über Parteien, Nationalversammlung und Regierung hinwegsetzen. Die Kontrolle des Präsidenten erfolgt direkt durch das Volk über Volksentscheide, die aber durch den Präsidenten selbst organisiert werden müssen. Diese Volksentscheide sind jedoch zweifelhaft in ihrer Funktion als wirksame Kontrolle. Da der Volksentscheid auch ein Risiko für die Legitimation des Präsidenten im Falle der Ablehnung ist, wurde in der historischen Entwicklung immer weniger von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Im Fall der Zustimmung des Volkes ist der Präsident in seiner Funktion bestätigt. So kann der Volksentscheid auch als Vertrauensbeweis aufgefasst werden und ein Präsident, der keinen Gebrauch von dieser Möglichkeit macht, vom Volk in Frage gestellt werden. Dennoch ist dem Präsidenten das Risiko in den meisten Fällen zu hoch. So bleiben die Wahlen als einzige Kontrollmöglichkeit für das Volk, dem Präsidenten zuzustimmen oder seine Politik abzulehnen. In Deutschland werden die Aufgaben, die in Frankreich allein durch den Präsidenten ausgeführt werden, auf Bundestag und Bundesregierung aufgeteilt und durch diese mitbestimmt. Die Exekutive, die in Frankreich fast vollständig durch den Präsidenten ausgeübt wird und kaum einer Kontrolle unterliegt, wird in Deutschland durch Opposition in der Legislative kontrolliert. Dies soll eine Machtkonzentration auf eine Person verhindern. Die Wahl des Bundespräsidenten muss trotz seiner geringen politischen Macht gut überlegt sein, da dieser die Bundesrepublik Deutschland im Ausland repräsentiert.

4. Die Wahlen der Präsidenten im Vergleich

Die unterschiedlichen Funktionen der beiden Präsidenten werden unter anderem durch die unterschiedlichen Arten der Wahlen möglich. Diese sollen im folgenden gesondert betrachtet werden, da sie für die Legitimation der Amtshandlungen verantwortlich sind.

4.1. Die Wahlen zum französischen Präsidenten

Der französische Präsident wird direkt vom Volk gewählt. Voraussetzung für die Kandidatur ist ein Alter von mindestens 23 Jahren und eine Liste mit 500 Unterschriften von „Bürgern“ aus mindesten 30 Departements. Diese Bürgen müssen ein politisches Amt innehaben. Jeder Kandidat wird vom Verfassungsrat überprüft und bestätigt. Im Falle, dass einer der Kandidaten stirbt, wird die Liste vom Verfassungsrat auf „Eis gelegt“ und die Wahl

aufgeschoben. Die Wahlkampagne beginnt 15 Tage vor dem ersten Wahlgang. Eine Wahlkommission überwacht, dass jedem Kandidaten die gleichen Informationen zukommen. Der Staat zahlt jedem Kandidaten eine Wahlkampfpauschale von 3 Mio Francs. Die Wahl erfolgt alle 7 Jahre in dem nationalen Ereignis der Präsidentschaftswahlen. Diese Wahl stellt die Weichen für die Politik der nächsten Legislaturperiode. Sie besteht, wenn nötig, aus zwei Wahlgängen. Im ersten Wahlgang kommt es zu einer ersten Abstimmung über die aufgestellten Kandidaten. Kann keiner der Kandidaten in diesem eine absolute Mehrheit erreichen, kommt es zu einer Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen. Der Präsident ist so direkt legitimiert und kann seine umfangreichen Aufgaben und Rechte im Namen des Volkes wahrnehmen. Er kann sich vorerst der Unterstützung durch das Volk sicher sein. Die absolute Mehrheit, die für die Übernahme des Amtes nötig ist und die direkte Wahl, gibt eine gewisse Sicherheit für die Politik. Die Bevölkerung ist bei extremen Kandidaten vorsichtig (siehe 1995: Le Pen), da sie sich der Gefahr des mächtigen Präsidenten bewusst ist.

Die Amtszeit des Präsidenten beträgt, wie schon gesagt, 7 Jahre. Im Falle des Ablebens des Präsidenten oder einer Amtsenthebung übernimmt der Präsident des Senates das Amt des Präsidenten, allerdings mit reduzierten Privilegien. Er kann die Nationalversammlung nicht auflösen und sich auch nicht des Referendums bedienen. Eine Änderung der Verfassung ist durch ihn ebenfalls nicht möglich.

(Anmerkung: Nur in diesem Zusammenhang wurde das Stichwort „Amtsenthebungsverfahren“ in den Materialien gefunden.)

4.2. Die Wahl des deutschen Bundespräsidenten

Der Bundespräsident in Deutschland wird durch die Bundesversammlung für 5 Jahre gewählt. Die Bundesversammlung umfasst 1312 Vertreter, welche zur Hälfte aus dem Bundestag stammen und zur anderen Hälfte von den Länderparlamenten bestimmt werden. Diese beiden Organe werden direkt vom Volk gewählt. So findet eine indirekte Legitimation des Bundespräsidenten statt. Dies ist ausreichend, da der Bundespräsident vorwiegend repräsentative Funktion und damit eingeschränkte politische Macht hat.

4.3. Vergleich der Wahlen

Der Hauptunterschied besteht darin, dass der französische Präsident direkt durch das Volk legitimiert wird, während der Bundespräsident durch die Bundesversammlung gewählt wird. In Frankreich ist diese direkte Legitimation die Voraussetzung dafür, dass der Präsident ohne Widerstand aus dem Volk seine umfangreiche Macht ausüben kann. Hätte der Bundespräsident ebenso umfangreiche Pflichten und Rechte, müsste auch eine direkte Wahl erfolgen. Die Franzosen sprechen aufgrund dieser Methode den Präsidenten auch von einer legitimierten Diktatur durch den Präsidenten.

5. Funktionsweise der Staatssysteme

5.1. Funktionsweise des französischen Staatssystems

In Frankreich basiert das Funktionieren des Systems vorwiegend auf einem starken Präsidenten und einer stabilen Regierung. Der Präsident kann jedoch nur optimal regieren, wenn die Regierung hinter ihm steht. Ist dies nicht der Fall, kommt es zu Spannungen. Die Regierung muss für die vom Präsidenten vorgegebene politische Richtung eine Mehrheit im Parlament finden. Die politische Einheit zwischen dem Präsidenten, dem Parlament bzw. dem Premierminister kann zu schnellen Fortschritten in politischen Entscheidungsfindungen führen. Die Zentralisierung wirkt dem jedoch entgegen, weswegen seit den 80er Jahren eine Dezentralisierung angestrebt wird.

In Frankreich gab es in der Geschichte keine starken Parteien. Dies schränkte die Handlungsfähigkeit des Parlaments ein und machte die autoritäre Rolle des Präsidenten nötig. Entscheidend für dieses System ist, dass der Präsident die politische Richtung vorgibt und so Unstimmigkeiten im Parlament entgegenwirkt. Somit ist der politische Kurs für 7 Jahre von einer Person abhängig. Dies bietet gleichzeitig Vor- und Nachteile für die Politik. Dieser lange Zeitraum macht es möglich, eine konsequente Politik zu betreiben und Stabilität und Kontinuität zu gewährleisten. Gesetze können ihre Wirkungen zeigen und langfristige Fortschritte bewirken. Jedoch besteht auch die Gefahr, dass die Politik in eine extreme Richtung gelenkt wird und diese über den langen Zeitraum beibehalten wird. Für Nachfolger wird es schwer, eingefahrene Strukturen zu verändern. In der Außenpolitik kann dies zu schwerwiegenden Folgen führen. Auch besteht die Gefahr, im Falle der Wahl eines Präsidenten, der seine Wahlversprechen kaum verwirklicht und Bestrebungen für bessere soziale Absicherung vernachlässigt, dass das Volk schwere soziale Einbußen in Kauf

nehmen muss. Daraus resultiert eine gewisse Vorsicht der Wähler bei den Präsidentschaftswahlen gegenüber extremen Kandidaten. Das Volk wählt immer im eigenen Interesse und muss sich im Ernstfall der Verantwortung stellen, einen Fehler gemacht zu haben.

5.2. Funktionsweise des deutschen Staatssystems

Der deutsche Bundespräsident hat kaum Einfluss auf die Funktionsweise des Staatssystems. Zwar hat er die Möglichkeit Gesetze abzulehnen, jedoch macht er von diesem Recht kaum Gebrauch, da der Bundestag, der die Gesetze erarbeitet hat, die Vertretung des Volkes ist und in dessen Interesse handeln sollte. So kann der Präsident auf die Zustimmung des Volkes vertrauen. Auch hat er die Möglichkeit, den Ausnahmezustand zu verhängen. Es gab in jüngerer Geschichte aber keinen Anlass dafür. Der Bundespräsident hat theoretisch die Macht, das Regierungssystem „lahmzulegen“. Diese Funktion ist eingeschränkt durch genaueste Bestimmung in der Verfassung. Die politischen Richtlinien in Deutschland werden durch den Kanzler und nicht durch den Präsidenten vorgegeben und jeder Minister hat das Recht, diese in seinem Resort auszugestalten.

Die Parteien spielen in Deutschland eine wichtigere Rolle als in Frankreich. Starke Parteien, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition, sind hier die Voraussetzung für das Funktionieren des Systems. Der Bundespräsident lässt die Parteimitgliedschaft während seiner Amtszeit ruhen. Er hat so gewissen Abstand zu dem Geschehen in der Regierung und ist in der Lage, neutrale Entscheidungen zu treffen.

Ein Problem in Deutschland ist die kontroverse Arbeitsweise der Parteien. Die Einigung der Parteien untereinander ist schwierig und setzt einen langwierigen Prozess von Diskussionen und Kompromissfindung voraus. Deshalb kann es nicht, wie in Frankreich, zu einer so einheitlichen und klar bestimmten Politik kommen. Dies hat Vor- und Nachteile. Einerseits schafft es die Möglichkeit, immer wieder neue Ideen und Vorschläge einzubringen, andererseits wird die Entschlussfindung erschwert.

5.3. Zusammenfassung

Die Art und Weise der Funktionsfähigkeit beider Staaten ist stark unterschiedlich. Obwohl die Funktionen der Präsidenten auf der gleichen Grundlage basieren, hat sie sich in verschiedene Richtungen entwickelt und führt heute zu unterschiedlichen Arbeitsweisen der Systeme. Beide Systeme bieten Vor- und Nachteile. Der Hauptvorteil in Frankreich ist die Kontinuität und vorgegebene politische Richtung, die eine gewisse Stabilität bieten. Unstimmigkeiten im Parlament wird wirkungsvoll vorgebeugt. Der Nachteil dieses Systems ist die Gefahr des Machtmissbrauchs durch den Präsidenten. Diese Gefahr besteht in Deutschland nicht: eindeutiger Vorteil dieses Systems. Der Nachteil besteht jedoch in der Möglichkeit der vielen Meinungen, welche durch die unterschiedlichsten Parteien vertreten werden. Dies führt zu Konflikten und Unstimmigkeiten, welche Entscheidungsfindungen verzögern. In Frankreich verzögert die zentrale Organisation, auch regionaler Probleme, diese. Im Grunde genommen sind die Ergebnisse beider Systeme ähnlich, obwohl die Schwachstellen und Stärken in unterschiedlichen Institutionen liegen.

6. Wertung

Die Funktionsweisen beider Staatssysteme lassen sich aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Aus der Sicht der Alliierten war es nach dem 2. Weltkrieg notwendig Vorkehrungen zu treffen, um dem Machtstreben einer einzelnen Person entgegenzuwirken. Dies hat sich bislang bewährt. Das Ausland hat von Seiten des deutschen Bundespräsidenten keine Gefahr zu befürchten. Die große Gefahr des Machtmissbrauchs besteht jedoch in Frankreich. Hier stellt sich für uns die Frage, warum Frankreich, als Mitglied der Alliierten, in Deutschland dem Machtmissbrauch so konsequent vorbeugt, im eigenen Land die Entwicklung und steigenden Macht des Präsidenten jedoch zuließ. Vermutlich vertraut man in Frankreich darauf, dass das Volk sich seiner Verantwortung gegenüber dem eigenen Land und dem Ausland, bei den Präsidentschaftswahlen bewusst ist. Aus deutscher Sicht hoffen wir, dass das französische Volk nie in eine Situation kommt, in der es seine Hoffnung auf die radikalen Ansichten einer Person stützen muss.

Die Überlegungen, die man anstellte um den nicht funktionsfähigen Parlamentarismus der III. und IV. Republik zu überwinden, hatten jedoch auch ihre Berechtigung. Ein Regierungssystem ist ohne Kompromisse im Parlament nicht funktionsfähig. Da es in Frankreich keine gut organisierten Parteien gab, musste die Führung durch den starken Präsidenten erfolgen. Die Grundidee ist also verständlich, unserer Meinung nach fehlen aber Schutzmechanismen, die einem Machtmissbrauch durch den Präsidenten vorbeugen. Die Nachfrage bei französischen Jugendlichen führte uns zu der überraschenden Erkenntnis, dass diese sich der Macht ihres Präsidenten und der damit verbundenen Gefahr

nicht bewusst sind. Eigenartigerweise ist aber in der französischen Verfassung für den Fall der Vertretung des Präsidenten diesem Machtmissbrauch stärker vorgebeugt. Ist dies bewusst geschehen? Die Gesetzgebung in Deutschland ist durch den beibehaltenen Parlamentarismus erschwert, beugt aber Machtmissbrauch vor. Die Schwierigkeiten, welche sich durch den Parlamentarismus ergeben, wurden von den Alliierten bewusst in Kauf genommen. Vor der Verabschiedung eines Gesetzes kommt es in Deutschland regelmäßig zu heftigen Debatten, was deutlich macht, dass die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Parteien nur bedingt erfolgt. Dies führt zu einem politischen Desinteresse und Resignation in der Bevölkerung. Dem könnte eine Kooperation der Parteien entgegenwirken.

Für beide Staatssysteme trifft folgender Ausspruch von Winston Churchill zu: „Die Demokratie ist die schlechteste Regierungsform - mit Ausnahme all jener anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Dies bedeutet in Bezug auf unsere Beispiele, dass die Regierungsformen auf der Basis alter Verfassung aufgebaut sind und versuchen, deren Fehler nicht zu wiederholen und Verbesserungen anzustreben, aber immer noch mit Fehlern behaftet sind. In Frankreich heißt das, eine Entwicklung weg vom konfliktreichen Parlamentarismus hin zu mehr Autorität des Präsidenten. In Deutschland geht die Tendenz in die entgegengesetzte Richtung. Die Alliierten wollten um jeden Preis Autoritäten einschränken und eine Wiederholung des Nationalsozialismus unterbinden. Deshalb liegt der Schwerpunkt im deutschen System auf der Macht des Parlamentes. Auch diese Absicht ist, aus den eben erklärten Gründen, verständlich.

Aufgrund der komplexen Struktur der Staatssysteme ist eine kurzfristige Veränderung hin zu weniger Fehlern und besserer Umsetzung der Grundideen der Demokratie nicht möglich. Jedoch besteht die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum Veränderungen herbeizuführen. Dies zeigt das Beispiel der Dezentralisierung in Frankreich. Genauso kann sich über einen langen Zeitraum eine ungewollte Entwicklung einstellen. Auch dies lässt sich am Beispiel Frankreichs nachweisen. Die Machtkonzentration auf den Präsidenten war nicht von Anfang an beabsichtigt. In Deutschland ist die Staatsordnung durch die Verfassung so eng vorgegeben, dass sich eine solche ungewollte Entwicklung kaum vollziehen kann.

Unser Vergleich führt uns also, obwohl er keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, zu dem Ergebnis, dass beide Staatssysteme sowohl mit Vorteilen, als auch mit Nachteilen behaftet sind. Sie sind jedoch keine starren Systeme, sondern befinden sich in einem Prozess der Entwicklung. Das Ziel dieser ist eine optimale Umsetzung der Demokratie in einem funktionsfähigen Staatssystem.

Begriffserklärungen

Dezentralisierung

Moderne Bestrebungen in der französischen Wirtschaft und Verwaltung, vor dem Hintergrund der europäischen Einigung, alte Hirarchiestrukturen abzuschaffen und den Regionen mehr Selbstbestimmung in eigenen Angelegenheiten zu verschaffen.

Exekutive

Ist die ausführende Gewalt in einen Staat.

Föderalismus

Er ist ein Gegenmodell zum Zentralismus. Ist ein staatliches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Strukturprinzip, dessen wesentliches Kennzeichen das Bestreben ist, die kleinere Einheit gegenüber der übergeordneten, größeren abzusichern ohne deren Funktionsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Legislative

Ist die gesetzgebende Gewalt in einem Staat.

Legislaturperiode

Zeitraum zwischen zwei Wahlen für die jeweilige Institution.

Legitimation

Die Rechtfertigung der Ausübung staatlicher Gewalt, zum Beispiel durch Wahlen.

Opposition

Die aus der Wahl resultierende Minderheit, welche einen Gegensatz zur Regierung (ursprünglich zur Mehrheit) bildet. Sie dient der Kontrolle der Regierung.

Parlamentarismus

Gesellschaftliche Organisationsform durch ein Parlament. Dieses ist durch das Volk legitimiert und hat uneingeschränkte Macht.

Personalisiertes Verhältniswahlrecht

Ist ein kombiniertes Wahlsystem aus Verhältnis- und Mehrheitswahlsystem. Dabei wird eine Erst- und eine Zweitstimme abgegeben. Dies findet zum Beispiel Anwendung bei der Wahl des deutschen Bundestages.

Souveränität

Eigenbestimmung, absolute und dauerhafte Macht eines Organs z.B. Staatssouveränität oder Volkssouveränität

Literaturverzeichnis

- Verfassung des Freistaates Thüringen und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Landeszentrale für politische Bildung)
- Informationen zur politischen Bildung Heft 186 Frankreich (Bundeszentrale für politische Bildung)
- Etudes Francaises - Nouveaux Horizons Band 1 und 2 (Klett)
- Staatsformen der Gegenwart (Buchners Kolleg Politik)
- Materialien aus Frankreich (Politikunterricht)

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE BEZIEHUNG:

Macron braucht Hilfe

- EIN KOMMENTAR VON [MICHAELA WIEGEL](#)
- -AKTUALISIERT AM 05.11.2019-08:10



Frankreichs Präsident fühlt sich von Deutschland unverstanden und führt sich immer öfter auf wie ein enttäuschter Liebhaber. Jetzt liegt es an Berlin die Ehe mit Paris wiederzubeleben – denn eine Scheidung ist unmöglich.

Von dem [Emmanuel Macron](#), der im Bundestag einmal verwegene Liebeserklärungen an die Deutschen abgegeben hat, ist ein Jahr danach nicht mehr viel übrig. „Wenn Sie Worte aus Frankreich nicht verstehen, denken Sie daran, dass Frankreich Sie liebt“, sagte der Präsident damals in Berlin. Rückblickend klingt das, als habe er schon geahnt, wie viel Irritation er in Deutschland hervorrufen würde. Macron führt sich in Europa immer häufiger auf wie ein enttäuschter Liebhaber, launisch und unberechenbar. Mal verlangt er im Alleingang und zum Missfallen der baltischen Staaten sowie Polens eine Annäherung an Russland. Dann wieder lenkt er erst im letzten Moment im Streit um einen weiteren Brexit-Aufschub ein.

Als Königinnenmacher hat er zwar Erfolg gehabt. Mit [Ursula von der Leyen](#) und Christine Lagarde konnte er zwei Gleichgesinnte an Schlüsselstellen plazieren. Später aber schreckte er nicht davor zurück, von der Leyen mit dafür verantwortlich zu machen, dass Sylvie Goulard, seine Kandidatin für die EU-Kommission, im Europaparlament scheiterte. Dabei hat er selbst es zugelassen, dass er als Gegner der Selbstbehauptungsversuche des Parlaments wahrgenommen wurde. Macron hatte es nicht vermocht, dem EVP-Spitzenkandidaten Manfred Weber nach dessen Niederlage die Hand zu reichen. Allerdings hat damals auch die Bundeskanzlerin keinen Vermittlungsversuch unternommen. Zwischen den verhärteten Fronten wurde Goulards Kandidatur dann „gekillt“ – genau so, wie ein EVP-Pressesprecher dies in den sozialen Netzwerken angekündigt hatte. Dabei ist es Zeit, dass sich die proeuropäischen Kräfte zusammenraufen.

Tragfähige Bündnisse

Macron ärgert sich über den mangelnden europäischen Reformeifer in Berlin. Das hat ihn blind werden lassen für die geostrategischen Folgen seiner eigenen Haltung. Eigenmächtig entschied er, die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien zu verhindern. Schon macht Russland den beiden Ländern Kooperationsangebote. Dabei hatte Macron noch in seiner fulminanten Sorbonne-Rede von 2017 unter dem Schlagwort „europäische Souveränität“ ein ganz anderes Konzept vorgestellt. Europa sollte sein Schicksal selbst in die Hand nehmen und im Verhältnis zu China, Russland oder der Türkei mit neuer Geschlossenheit auftreten. Er sprach von der Verantwortung der [EU](#), dem westlichen Balkan eine europäische Perspektive zu bieten. Jetzt könnte ausgerechnet er dazu beitragen, dass die proeuropäischen Kräfte in Nordmazedonien und Albanien unterliegen.

Macron fühlt sich in dieser Frage unverstanden. Ihm will nicht einleuchten, warum Deutschland nicht half, das aus seiner Sicht viel zu bürokratische Beitrittsverfahren zu überarbeiten. Er ist enttäuscht,

dass es wegen der deutschen Weigerung nicht gelang, die Beitrittsverhandlungen neu zu organisieren. Einige Länder wie die Niederlande und Spanien zeigten zwar Interesse an einer Revision. Aber eine Blockade herbeiführen wie Macron wollte dann doch keiner. Dabei stellt der Franzose berechnete Fragen, die sich seit der Ost-Erweiterung der Europäischen Union aufdrängen. Wie stellt Europa sicher, dass neue Mitgliedstaaten sich nicht nur vorübergehend zur Unabhängigkeit von Justiz und Presse bekennen? Wie werden Werte- und Wohlstandsunterschiede überbrückt? Letztlich geht es um die Frage, wie Erweiterung und Vertiefung gleichzeitig gelingen können. Die Bundesregierung hat sich einer Antwort darauf entzogen. Macron steht allein da. Der Sonnenkönig, wie er gern hämisch genannt wird, ist nackt. Ohne Deutschland sei sein europäisches Projekt zum Scheitern verurteilt, hatte er früh gewarnt.

Auf der europäischen Bühne erlebt der Franzose gerade seinen „Gelbwesten“-Moment. Von allen Seiten prallt ihm Unverständnis entgegen, auch wenn die EU-Staats- und -Regierungschefs ebensowenig wie die meisten EU-Abgeordneten je gelbe Westen überziehen würden. Dass es so weit kommen konnte, hat ähnliche Gründe wie die Straßenrevolte in Frankreich. Macrons autoritäre Führungsmethoden werden der komplexen Interessenlage in der EU nicht gerecht. Es reicht nicht, mit brillanten Ideen vorzupreschen und von den anderen Gefolgschaft zu erwarten. Es gilt, die Verantwortlichen und die öffentliche Meinung der anderen EU-Länder viel stärker als bisher einzubeziehen. Macron ist ideenreicher als die meisten anderen Führungspersonlichkeiten Europas. Seine Redekunst und Überzeugungskraft sind außergewöhnlich. Aber eine Führungsrolle wird er nur dann voll ausfüllen können, wenn es ihm gelingt, tragfähige Bündnisse zu schmieden.

Eigentlich sollte ihm die Bundeskanzlerin mit ihrem Erfahrungsschatz dabei zur Seite stehen. So lautet auch das Versprechen, das sich die beiden Länder im Aachener Vertrag feierlich gegeben haben. Darin heißt es, dass Deutschland und Frankreich stets einheitliche Positionen für EU-Gipfel erarbeiten. Das war im Januar. Doch schon beim ersten Probelauf, dem gemeinsamen Kabinetttreffen Mitte Oktober in Toulouse, reichte der Ehrgeiz nicht so weit, eine gemeinsame Westbalkan-Strategie auszuhandeln. Die Meinungsverschiedenheiten zum Erweiterungsprozess wurden diplomatisch überdeckt. Wenn die pompös „Deutsch-Französische Ministerräte“ genannten Sitzungen nicht zum Ritual erstarren sollen, müssen aber Streitfragen dort auch geklärt werden. Dann hätte der Gipfel in Toulouse auch das Forum für eine deutsch-französische Initiative über eine Schutzzone in Nordsyrien werden können. Der mutige Vorstoß Annegret Kramp-Karrenbauers wäre dann mit dem UN-Sicherheitsratsmitglied und Nato-Partner Frankreich an der Seite viel ernster genommen worden.

Macron mag ein unbequemer Partner sein, aber er verdient mehr Unterstützung. Deutschland und Frankreich haben sich viel vorgenommen. Sie wollen gemeinsam Kampfflugzeuge und Panzer bauen sowie ihre Rüstungsexporte einvernehmlich regeln. Sie bleiben füreinander unentbehrlich. Es ist an Deutschland, zu entscheiden, ob daraus mehr wird als eine Zwangsehe.

URTEIL IN KARLSRUHE:

Verfassungsgericht kippt die drastischen Hartz-IV-Sanktionen

- AKTUALISIERT AM 05.11.2019-10:36



Die Agenda 2010 erhält einen Schuss vor den Bug: Unkooperativen Arbeitslosen sämtliche Gelder zu streichen, ist verfassungswidrig. Bis zu einer bestimmten Grenze dürfen die Jobcenter aber weiterhin gehen.

Die Kürzungen von Hartz-IV-Leistungen bei Pflichtverletzungen sind teilweise verfassungswidrig. Das entschied das Bundesverfassungsgericht am Dienstag in Karlsruhe. Hält sich ein Empfänger nicht an Absprachen oder Auflagen, sind demnach Kürzungen der Leistungen um maximal 30 Prozent möglich. Die bisher möglichen Abzüge bei Verletzung der Mitwirkungspflicht um 60 oder sogar 100 Prozent sind hingegen verfassungswidrig, entschied der Erster Senat. Der Vizepräsident des Gerichts, Stephan Harbarth, verkündete das Urteil am Vormittag.

Hartz IV-Leistungen betragen gegenwärtig 424 Euro für Alleinstehende. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ drehen die Jobcenter Hartz-IV-Empfängern den Geldhahn zu, wenn diese ihren Pflichten nicht nachkommen. Nahm ein Empfänger eine zumutbare Arbeit nicht an oder brach sie ab, wurde ihm die Leistung bisher laut Gesetz um 30 Prozent gekürzt. Im Wiederholungsfall wurden 60 Prozent abgezogen, danach entfielen die Barleistungen für wiederum drei Monate sogar ganz und es gab nur noch Gutscheine für Sachleistungen.

Jede der Sanktionen wurde bislang stets für drei Monate verhängt. Diese starre Dauer ist demnach ebenfalls nicht haltbar. Auslöser für das Verfahren in Karlsruhe war die Klage eines Arbeitslosen aus Thüringen, dem Leistungen gekürzt worden waren. Das Sozialgericht Gotha rief in dem Rechtsstreit das höchste deutsche Gericht an, weil es die Vorschriften für verfassungswidrig hielt. Es war der Ansicht, dass mit der vom Gesetzgeber gewählten Höhe des Regelsatzes bereits das vom Grundgesetz garantierte Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum festgelegt wurde und dies nicht unterschritten werden darf.

Der Erste Senat hatte nur über Regelungen zu entscheiden, die für Langzeitarbeitslose gelten, die älter als 25 Jahre sind. Für Unter-25-Jährige sind die Sanktionen noch härter, diese waren aber nicht Gegenstand des Verfahrens.

Schäuble: „Das Mandat der EZB ist ein begrenztes“

- AKTUALISIERT AM 05.11.2019-13:32



Der ehemalige Finanzminister warnt die Euro-Notenbank. Zur neuen EZB-Präsidentin äußert er eine klare Meinung.

Bundestagspräsident [Wolfgang Schäuble](#) appelliert an die neue EZB-Chefin Christine Lagarde, die Arbeit der Zentralbank strikt auf die Geldpolitik beschränken. „Das Mandat der EZB ist ein begrenztes“, sagte der CDU-Politiker und frühere Finanzminister und ergänzte: „Denn eine unabhängige Notenbank ist demokratisch nur zu verantworten, wenn sie ein begrenztes Mandat hat.“

Er sei sicher, dass [Lagarde](#) eine „sehr vernünftige und leistungsstarke Geldpolitik betreiben“ werde. Die ehemalige französische Finanzministerin und IWF-Chefin sei international sehr hoch angesehen.

Hintergrund der Mahnung ist die Debatte, ob die Europäische Zentralbank (EZB) nicht schon jetzt über die Geldpolitik hinaus auch Wirtschaftspolitik betreibt, indem sie etwa mit einer Niedrigzinspolitik Investitionen erleichtert. So sprach CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt von einer „Ersatzstrukturpolitik“ der EZB unter dem früheren Chef Mario Draghi. Lagarde sei dringend aufgefordert, hier umzusteuern. „Wir brauchen eine Zinswende und den Einstieg in den Ausstieg aus der Nullzins-Politik“, sagte Dobrindt an diesem Dienstag in Berlin.

Verstärkt wird die Debatte durch die mäßige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Währungsunion. Die EZB hatte im September ein umfassendes Stützungs paket für die Wirtschaft beschlossen, das eine Zinssenkung, die Wiederauflage der auch intern umstrittenen Anleihekäufe sowie Erleichterungen für Banken umfasst. Lagarde hatte am Montag in Berlin eine Laudatio auf Schäuble gehalten, der für sein Engagement für Europa geehrt wurde.

LEBENSERWARTUNG GESTIEGEN:

Die Deutschen leben immer länger

- VON DAVID KAMPMANN

- -AKTUALISIERT AM 05.11.2019-17:31

Neugeborene Kinder haben in diesen Tagen beste Chancen, sehr alt zu werden. Das zeigen neue Statistiken. Aber die Lebenserwartung steigt nicht mehr so steil an wie noch Jahrzehnte zuvor.

Die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland steigt kontinuierlich. Dies zeigen Zahlen, die das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Dienstag veröffentlicht hat. Aktuell beträgt sie bundesweit im Schnitt 83,3 Jahre bei neugeborenen Mädchen und 78,5 bei Jungen. Für die Statistik wurden die Sterbetafeln der Jahre 2016 bis 2018 herangezogen. Hier ergab sich jeweils ein Plus von etwa 0,1 Jahren bei Mädchen und Jungen gegenüber der letzten Berechnung (2015 bis 2017).

Sven Voelpel, Altersforscher und Professor für Betriebswirtschaft an der Jacobs University in Bremen, schreibt diesen Anstieg verschiedenen Faktoren zu. Die medizinische Versorgung habe sich verbessert, die Kindersterblichkeit sei gesunken und das Bewusstsein dafür, was gesund ist und was nicht, sei ein anderes als noch vor Jahrzehnten. Voelpel betont jedoch, dass Menschen, die länger leben, in den letzten Lebensjahren oft nicht gesund sind. „Schwere Krankheiten verlaufen nicht mehr zwangsläufig tödlich. Heute kann man trotz Krankheit ohne weiteres sehr alt werden“, sagt er.

Die Lebenserwartung steigt auch nicht mehr so stark an wie noch vor zwei Jahrzehnten. Bis zur Sterbetafel 2006 bis 2008 nahm die Lebenserwartung Neugeborener jahrzehntelang im jährlichen Durchschnitt um rund 0,2 Jahre bei den Mädchen und um etwa 0,3 Jahre bei den Jungen zu. Jetzt steigt sie im Schnitt um 0,1 Jahre. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass Faktoren, die Menschen älter werden lassen, etwa der gestiegene Bildungsgrad, nicht mehr so intensiv wirken wie noch vor Jahrzehnten.

Die verschiedenen Bundesländer weisen Unterschiede auf. So steht Baden-Württemberg bei beiden Geschlechtern auf Platz eins. Frauen haben dort eine Lebenserwartung von 84,1 Jahren, Männer von 79,7 Jahren. Die niedrigsten Werte weisen Frauen im Saarland mit 82,1 Jahren sowie Männer in Sachsen-Anhalt mit 76,3 Jahren auf. Für Voelpel hängen diese Diskrepanzen mit dem Bildungsgrad, den Unterschieden zwischen Stadt und Land sowie dem Gesundheitsbewusstsein zusammen. Baden-Württemberg sei in diesem Bereich führend, ebenso wie bei der Freizeitgestaltung, was zu einer Verbesserung der Lebensqualität und somit zu einer höheren Lebenserwartung führe.

Trente ans après la chute du mur de Berlin, une économie est-allemande encore convalescente

Par [Jean-Michel Hauteville](#)

Publié le 5 novembre 2019 à 02h16, mis à jour à 11h21

REPORTAGE Peu compétitive, l'industrie de l'ancienne RDA ne s'est pas remise du choc de la réunification, scellée en 1990, et des privatisations. Même si le niveau de vie des habitants a fortement progressé.

Avec ses façades anguleuses et ses hautes mosaïques exaltant la condition ouvrière, Eisenhüttenstadt (Brandebourg) a des airs de musée du communisme grandeur nature. Les Volkswagen ont certes remplacé les Trabant, qui pétaradaient jadis dans ses larges avenues rectilignes, mais la ville-modèle socialiste, fondée en 1950 sous le nom de Stalinstadt par les autorités de la République démocratique allemande (RDA), n'a guère changé d'apparence depuis la chute du rideau de fer.

Il n'empêche : un silence déroutant, une insaisissable mélancolie emplissent son centre-ville impeccablement rénové et entièrement classé au registre des monuments historiques. De rares passants, souvent âgés, arpentent ses vastes esplanades. Eisenhüttenstadt est une ville exsangue. Victime des bouleversements économiques engendrés par la réunification allemande, la cité ouvrière, située à la frontière polonaise, à 120 kilomètres de Berlin, s'est vidée de la moitié de ses résidents en une génération. De ses 51 000 habitants de 1989, il en reste à peine 25 000 aujourd'hui.



Les immeubles staliniens de Lindenallee (avenue des Tilleuils) dans le centre-ville d'Eisenhüttenstadt, ex-Stalinstadt, classé au registre des monuments historiques. AMELIE LOSIER POUR « LE MONDE »

« *Eisenhüttenstadt est encore une ville industrielle* », insiste Frank Balzer, le maire social-démocrate de la commune. Après son élection, en 2018, l'ancien syndicaliste a mis fin à une longue carrière bien à l'image de sa ville : M. Balzer a été embauché, en 1982, à EKO-Stahl, l'immense usine sidérurgique qui s'étire sur plusieurs kilomètres aux abords de la ville, le long du canal Oder-Spree. Il y a travaillé pendant trente-six ans. Désormais propriété d'ArcelorMittal, l'aciérie n'emploie plus que 2 500 personnes, contre près de 15 000 à son apogée, avant la réunification de 1990.

Balayées par la concurrence des groupes d'Allemagne de l'Ouest

Tous ceux qui sont partis n'ont pas été licenciés : de nombreux services, comme la garderie ou l'entretien, ont été externalisés au moment de la privatisation. Mais d'autres entreprises d'Etat présentes dans la cité-modèle, comme le combinat de la viande ou la société de bâtiment WGK, ont mis la clé sous la porte, balayées par la concurrence des groupes d'Allemagne de l'Ouest. Des milliers

d'emplois ont disparu. D'ailleurs, EKO-Stahl a bien failli subir le même sort, en 1993. « *Jusqu'à notre reprise par [le sidérurgiste belge] Cockerill-Sambre, nous avons dû batailler pour sauver notre usine* », se souvient l'édile. Soutenus par la population, les métallos sont allés jusqu'à bloquer l'autoroute pour mettre la pression sur les autorités.

Et pourtant, Helmut Kohl (1930-2017) avait promis à ses futurs compatriotes d'Allemagne de l'Est des lendemains qui chantent. « *Par nos efforts communs, nous parviendrons bientôt à transformer le Mecklembourg-Poméranie occidentale et la Saxe-Anhalt, le Brandebourg, la Saxe et la Thuringe en paysages florissants, où il fait bon vivre et travailler* », avait juré le chancelier de la République fédérale d'Allemagne à propos des cinq Länder est-allemands, au cours d'une allocution télévisée historique. C'était le 1^{er} juillet 1990 ; la République fédérale d'Allemagne (RFA) et la RDA officialisaient alors une union économique et monétaire qui allait servir de prélude à leur réunification, scellée le 3 octobre de la même année.

A Berlin, le mur de la honte, qui avait divisé l'ancienne capitale pendant vingt-huit ans, était tombé huit mois plus tôt, le 9 novembre 1989, et les deux Allemagnes étaient dans l'euphorie. La formule aux accents lyriques du chancelier avait frappé les esprits et, manifestement, elle avait plu à son auteur. Peu après la réunification, le chef du gouvernement promettait de nouveau des « *paysages florissants d'ici trois à quatre ans* ». En 1998, son parti, la CDU, faisait campagne dans les nouveaux Länder avec ce même slogan.



Dans le hall de la mairie, la mosaïque « *Unser neues Leben* » (« *Notre nouvelle vie* ») de Walter Womacka, date de 1959, lorsqu'Eisenhüttenstadt s'appelait Stalinstadt. AMELIE LOSIER POUR « *LE MONDE* »

Aggravation des déséquilibres

Mais, en fait, l'union fatidique de juillet 1990, saluée par des scènes de liesse et des feux d'artifice à Berlin-Est, allait rapidement provoquer la ruine de l'économie des nouveaux Länder et, en particulier, de leur industrie, certes vieillissante et inefficace, mais somme toute encore puissante et pourvoyeuse du tiers des emplois. Le fautif était le deutschemark, la devise de la RFA, introduite en RDA en remplacement du mark est-allemand. Imprudent, Helmut Kohl avait choisi la parité entre les deux marks pour la conversion des salaires et des prix. C'était une décision généreuse, qui mettait symboliquement les Osis (Allemands de l'Est) sur un pied d'égalité avec leurs compatriotes de l'Ouest et, surtout, garantissait le maintien de leur pouvoir d'achat.

Mais cela équivalait aussi, de fait, à une réévaluation monétaire, en RDA, de l'ordre de 300 %, aggravant les déséquilibres économiques déjà considérables entre la petite république socialiste et la locomotive capitaliste à laquelle elle s'arrimait. Les mises en garde des experts n'y ont rien fait. « *Moi, je suis un homme politique ; je prends des décisions politiques. Et vous, vous êtes économiste, vous allez bien trouver une solution* », avait répondu avec désinvolture le chancelier à Edgar Most (1940-2015), le vice-président de la Banque d'Etat de la RDA. Quant à Karl Otto Pöhl (1929-2014), le très respecté président de la Bundesbank, la banque centrale de la RFA, ses critiques de la frivolité monétaire d'Helmut Kohl lui coûtèrent rapidement son poste.

« La disparition de la monnaie nationale de la RDA a précipité la ruine de son industrie »

Et voilà que, du jour au lendemain, les importateurs des autres pays du bloc socialiste doivent régler, avec des devises occidentales dont ils ne disposent pas, les produits est-allemands qu'ils achètent. Les biens fabriqués en RDA, fortement renchérissés, perdent donc rapidement leurs débouchés habituels. Et en trouver de nouveaux n'est pas chose aisée. Sur le marché ouest-allemand, les sociétés étatiques de l'Est n'ont aucune chance face aux grands groupes rhénans ou bavarois, bien plus performants. « *La disparition de la monnaie nationale de la RDA a précipité la ruine de son industrie* », résume Holle Grünert, chercheuse au département de sociologie de l'Université Martin-Luther de Halle-Wittenberg (Saxe-Anhalt).

Des privatisations à une cadence infernale

Et ce 1^{er} juillet 1990 n'est pas seulement synonyme de révolution monétaire. Ce jour-là, les 432 combinats d'Allemagne de l'Est, ces énormes groupes étatisés qui produisaient, ici de l'acier, là des produits chimiques, des locomotives, des médicaments ou des jouets en bois, selon les consignes de planification économique du gouvernement, changent de propriétaire en un tournemain. Ils passent tous sous le contrôle de la Treuhandanstalt, une agence nationale nouvellement créée à l'initiative de la RDA, afin de privatiser ses entreprises d'Etat.

L'organisme se met au travail avec ardeur. Dirigé par Detlev Rohwedder, le patron d'un groupe sidérurgique de la Ruhr, il commence par démanteler les combinats, bien trop gros et complexes pour être cédés entiers à des investisseurs. En quelques mois, les 432 groupes tentaculaires, intégrés verticalement et horizontalement, sont morcelés en 12 000 entreprises. La Treuhand poursuit ensuite son travail de privatisation à une cadence infernale. En l'espace de quatre années et demie, jusqu'à sa dissolution, fin 1994, elle privatise quelque 7 853 sociétés est-allemandes – au rythme de cinq cessions par jour en moyenne –, tandis que 3 713 entreprises sont liquidées.



Lindenallee (avenue des Tilleuls), à Eisenhüttenstadt, en octobre.

AMELIE LOSIER POUR « LE MONDE »

Les conséquences sur l'emploi sont d'autant plus brutales que les entreprises qui parviennent à échapper à la faillite licencient à tour de bras pour survivre dans leur nouvel environnement capitaliste. Pour ne rien arranger, elles se démènent dans un flou juridique qui rend leur existence encore plus précaire. « *Les entreprises d'ex-RDA en attente de privatisation n'étaient plus des partenaires sûrs, car il était entendu qu'elles changeraient de propriétaires, à une échéance incertaine* », rappelle M^{me} Grünert. Le nombre d'actifs dans l'industrie en Allemagne de l'Est, après avoir culminé à 3,3 millions en 1988, se divise par quatre en six ans. « *Le processus de privatisation a contribué à l'effondrement de l'activité industrielle* », souligne Joachim Ragnitz, directeur adjoint de la filiale est-allemande de l'institut économique Ifo à Dresde (Saxe).

Perte de millions d'emplois, émigration à l'Ouest

La perte de millions d'emplois, mais aussi l'irrépressible désir d'ailleurs de la jeunesse, longtemps confinée dans les limites oppressantes de la RDA, provoquent une émigration de masse des forces vives des nouveaux Länder. L'exode commence dès la chute du mur de Berlin : 70 000 Osis décampent à l'Ouest pendant le seul mois de janvier 1990. La population active tombe de 10 millions d'actifs, à la fin des années 1980, à 6,5 millions, trente ans plus tard. « *Kohl nous avait promis des paysages florissants, et il a tenu parole : la Treuhand a fermé nos usines et, à la place, on a des parcs* », ironise le maire d'Eisenhüttenstadt.



Lydmilla-Hypius-Weg, l'ancien collège Youri Gagarine, devait être converti en maison de retraite. AMELIE LOSIER POUR « LE MONDE »

Mais la roue a fini par tourner, et l'ex-RDA se porte mieux. Après avoir oscillé autour de 18 %, de 1996 à 2006, le taux de chômage a entamé une nette décrue. Actuellement, seuls 6,5 % des actifs est-allemands sont en recherche d'emploi. C'est moins impressionnant que les 4,7 % de chômage des « anciens Länder » de l'Ouest, mais cela reste du jamais-vu depuis la réunification. Même Eisenhüttenstadt est en situation de quasi plein-emploi. En août, il y avait plus de 1 700 postes vacants dans la ville-musée et alentour, et seulement 5,8 % de la population active au chômage. « *Les perspectives de l'emploi sont excellentes dans notre ville : les travailleurs qualifiés sont très prisés dans les secteurs de la technique, la mécanique et le paramédical* », s'enorgueillit Frank Balzer.



Un bâtiment administratif du centre-ville d'Eisenhüttenstadt, en octobre. AMELIE LOSIER POUR « LE MONDE »

Le niveau de vie a fait un grand bond en avant dans toute la région. En 1991, le produit intérieur brut (PIB) par habitant de l'Allemagne de l'Est était inférieur de 66 % à celui de l'Allemagne de l'Ouest ; en 2018, la différence n'était plus que de 21 %. « *Et grâce à la redistribution des richesses, le revenu réel moyen par habitant des régions de l'Est s'élève à 92 % de celui de l'Ouest* », souligne M. Ragnitz. Mais, ces dernières années, les écarts de revenus ont cessé de se résorber, et un rattrapage semble peu probable à moyen terme.

Déserts industriels

Quant à l'industrie est-allemande, elle ne s'est jamais remise du choc de la réunification. Le nombre d'emplois dans le secteur manufacturier frôle le million : c'est le tiers du niveau de 1988. Des régions entières du Brandebourg ou du Mecklembourg-Poméranie occidentale se sont muées en déserts industriels. Même dans les Länder qui ont su garder et moderniser leurs usines, comme la Saxe ou la Thuringe, la productivité est généralement moindre et les salaires sont plus bas qu'en Bavière ou en Bade-Wurtemberg. Les entreprises de l'Est sont avant tout des sites de production, de simples satellites de grands groupes installés ailleurs. Les activités à forte valeur ajoutée, comme la recherche et développement, restent concentrées à l'Ouest.

En dépit de ces péripéties, les Allemands de l'Est s'affirment globalement satisfaits de leur sort. Dans un sondage publié fin septembre, ils étaient 70 % à se dire « gagnants » de la réunification, démentant les clichés sur les Ossis geignards, pessimistes et nostalgiques du socialisme. « *Vous savez, à l'époque de la RDA, je ne me rendais pas compte à quel point nous vivions sous une cloche à fromage, se remémore Holle Grünert. Je n'aimerais pas retourner vivre là-dessous.* »

5. November 2019, 18:51 Uhr

Verfolgte Schüler

Das geopfert Kind



Jugendliche aus der Pankower Jungen Gemeinde im Jahr 1982. Einer trägt den Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" an seinem Parka.

(Foto: Archiv Bertram)

Stefan Gerber ist ein guter Schüler, er will Arzt werden. Doch mit 16 wird er in der DDR zum Staatsfeind erklärt und von der Schule geworfen. So wird er Pförtner. 39 Jahre später schreibt seine Lehrerin ihm einen Brief.

Von [Renate Meinhof](#)

Sigrun Scholl hat sechs Briefe geschrieben. Fünf hat sie zerrissen. Schon bei der Anrede schlitterte ihr Stift. Durfte sie einen erwachsenen Mann beim Vornamen nennen, nur weil er ihr Schüler gewesen war? Sie fragte sich, was angemessen sei, ob überhaupt etwas angemessen sein könne nach alledem, was sie getan oder unterlassen hatte, je nachdem, wie man es sehen will. Vor 39 Jahren begann die Geschichte, im September 1980. Stefan war gerade fünfzehn geworden, als Sigrun Scholl an der Erweiterten Oberschule seine Klassenleiterin wurde.

Seit dem Mauerfall ist die Furcht nicht von ihr gewichen, er könnte sie aufgespürt haben, vor der Wohnungstür stehen und Rechenschaft von ihr fordern.

Den sechsten Brief schickte sie ab.

Es war Februar, als er ihn öffnete.

Er las, faltete das Papier wieder zusammen, schob es ins Kuvert und erzählte niemandem davon. Es war September, als Stefan Gerber entschied, dass er nicht antworten wolle, noch nicht.

Wenn totalitäre Staaten sich aus der Welt verabschieden, bleibt Verheerung zurück, bleiben beschädigte Seelen, und neben der verwirrenden Freiheit hält allgegenwärtig die Schuld ihre Stellung. So war es auch nach dem Mauerfall 1989, als die DDR sich zu verabschieden begann.

Sigrun Scholl hat dreißig Jahre gebraucht, um den Mut zu finden, ihre Verstrickungen, ihre Schuld zu offenbaren, sich zu öffnen - einer Fremden gegenüber.

Seit 1975 wohnt sie in der alten Stadt mit den mächtigen Kirchen. Vor ihr, auf dem Couchtisch, steht ein Teller mit Schnittchen und Kaffee dazu. Draußen, in den Neubauschneisen, surren Bahnen vorbei.

Nichts in der Wohnung erinnert an Genossin Scholl, an die Deutsche Demokratische Republik, der sie begeistert diente, abgesehen von dem blassen Malimo-Handtuch, das im Bad hängt. Ostfrottee. Malimo hat Weltniveau, so hieß es doch. Manchmal wischt sie das Waschbecken damit aus. Sigrun Scholl ist 82, eine kluge, rüstige Frau. Sie hat einen anderen Namen. Ihre Söhne wüssten um die Geschichte, sagt sie, ihre Freundinnen auch. Nie habe sie hinterm Berg gehalten damit. Die weite Welt aber gehe der Name nichts an.

Die Geschichte. Welches Ende wird sie finden, wo doch Stefan Gerber seine Narben trägt wie alle anderen auch, die das Schulsystem des sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates fast zerbrach? Auch er hat einen anderen Namen. Die weite Welt soll nicht wissen, durch welches Dunkel er gehen musste, wo doch am Ende für ihn vieles noch gut geworden ist.

"Wir waren vierzehn und haben über unser Leben entschieden", sagt die Autorin Caritas Führer 54 ist er jetzt, hat Familie, einen Beruf. Damals wollte er Medizin studieren und Arzt werden. Was er wurde? Pförtner, Altenpfleger. Er arbeitete im Krankenhaus, schrubbte Toiletten, trug amputierte Beine in den Müll und abgetriebene Föten.

Den Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee hatte er verweigert. Darauf stand Gefängnis. Man hätte ihn holen können, jeden Tag. Doch sie holten ihn nicht. Schließlich stellte er einen Ausreiseantrag. Und wartete. Als er im Herbst 1988 aus der DDR ausgebürgert wurde, ließ man ihm genau drei Stunden, um das Land zu verlassen.

Stefan Gerber gehört zur Opfergruppe der "Verfolgten Schüler", wie Susann Mai aus Worbis in Thüringen, die heute noch die Schritte des Direktors auf dem Flur hört, wenn er kam, um sie zu holen. Oder Caritas Führer, die Pastorentochter aus dem Erzgebirge, die das, was sie und ihre fünf Geschwister in der Schule durchmachten, nur durchs Schreiben bearbeiten konnte. "Die Montagsangst" heißt ihr Buch. "Alles darin ist erlebt worden", sagt Caritas Führer in einem Café in Dresden. "Wir waren vierzehn und haben über unser Leben entschieden."

Irgendwann wusste sie, dass Vergebung der einzige Weg ist. Und sie konnte das: vergeben, jedem Einzelnen. "Jetzt ist Schluss", habe sie sich gesagt, "ich will frei sein."

Verfolgte Schüler. Sie gerieten in der SED-Diktatur schon als Kinder oder Jugendliche mit der Staatsmacht aneinander, oft ihres Glaubens wegen. Weil sie nicht in die Freie Deutsche Jugend, die FDJ, eintraten, nicht an der Jugendweihe teilnahmen, nicht am Wehrkundeunterricht, der am 1. September 1978 Pflichtfach für die neunten Klassen wurde. Weil sie sich weigerten, im Sport mit Handgranatentrappen zu werfen, das Gewehr in die Hand zu nehmen, zu schießen.

Weil sie den Aufnäher der kirchlichen Friedensbewegung am Ärmel trugen: "Schwerter zu Pflugscharen". Ein Stück Vlies, ein Bibelwort des Propheten Micha, wurde binnen Wochen zum Politikum.

Weil sie als Christen die Lippen zusammenpressten, wenn sie den Gottesfluch in Heinrich Heines Gedicht über die schlesischen Weber hätten aussprechen müssen. Das war vorzutragen, jeder einzeln. Vor aller Augen, aller Ohren.

Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten - In Winterskälte und Hungersnöten. Wir haben vergebens gehofft und geharrt. Er hat uns geöffit, gefoppt und genarrt.

Lauter minutenkurze Bekenntnisse. Worte, die darüber entschieden, ob man in diesem Land eine Zukunft haben würde - oder nicht. Oft hatten diese Kinder die besten Noten, die verwegenen Begabungen - und wurden Schuster, Melker, Krankenschwestern, Zerspaner, weil sie kein Abitur machen und nicht studieren durften.

Auch Langhaarige konnten schnell zu Opfern werden, oder Kahlgeschorene, oder "Rowdys", Breakdancer, "Gammler", Punker, "Penner". Eigenwillige junge Menschen jedenfalls, die sich nicht anpassten, die Westmusik hörten oder spielten. Sie, die "*feindlich-negativen Elemente*", wurden bespitzelt, gedemütigt, verhört und erpresst. Manche sperrte man ein. Richtlinien, wie vorzugehen sei, hatte das Ministerium für Staatssicherheit ausgearbeitet.

Uwe Johnson, gestorben 1984, "Dichter beider Deutschland", als der er oft bezeichnet wird, hat genau diese "Zersetzung" einer Oberschulklasse im Mecklenburg der Fünfzigerjahre so karg, schön und gewaltig beschrieben, als 19-Jähriger, in seinem ersten Roman "Ingrid Babendererde", der nach seinem Tod veröffentlicht wurde. Ingrid und Klaus fliehen am Ende in den Westen, wohin ihre Seelen gar nicht wollen.

Johnsons Buch, das er schrieb, als die Mauer noch gar nicht gebaut war, wirkt heute, dreißig Jahre nach dem Ende der Diktatur, wo so vieles offenliegt, wie eine Typologie unzähliger Verfolgungserzählungen von Schülern in der DDR.

Und während Zehntausende Lehrer nach dem Mauerfall weiter unterrichteten, Beamte wurden, Karriere machten, haben viele Opfer im Leben keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen, bis heute. Stefans Eltern schreiben an Erich Honecker. Sie sind Christen, und ihr Sohn ist längst ein Staatsfeind. An die 4000 durchliefen nach der Wende Rehabilitierungsverfahren, wenn sie nachweisen konnten, was ihnen geschehen war, auch Stefan Gerber. Seine Eltern hatten alles aufgeschrieben, alles aufgehoben. Er wollte schriftlich haben, dass ihm Unrecht angetan worden war. Andere wollten genau das nicht: noch einen Stempel, den des Opfers. Gerade hat der Bundestag eine Gesetzesnovellierung verabschiedet, nach der nun auch "Verfolgte Schüler", wenn sie bedürftig sind, sogenannte Ausgleichszahlungen beantragen können. Es ist ein Zeichen, eine Anerkennung. Am Freitag stimmt der Bundesrat darüber ab.

Der sechste Brief. Stefan Gerber hat auf dem Umschlag schon ihre Handschrift erkannt. Weich wirkt sie, musterhaft. "Lieber Stefan, (Ich darf Sie noch so nennen?)" , schreibt sie am 24. Februar. Nach ein paar einleitenden Sätzen kommt Frau Scholl zum Kern. "Es geht um Ihre Relegierung von der Schule im Rahmen der Aktion ‚Macht Schwerter zu Pflugscharen‘. Als Pazifistin entsprach diese Forderung meinen innersten Wünschen. Dennoch schwieg ich und beugte mich dem äußeren Druck. Ich bewunderte Ihre Standhaftigkeit, tat aber nichts, um der Relegierung zu widersprechen. Für mein Schweigen gab es verschiedene Gründe." Dazu wolle sie hier aber nichts schreiben, denn auf keinen Fall gehe es ihr um eine Rechtfertigung.

"Ich möchte Ihnen nur sagen, dass es mir unendlich Leid tut, mit dazu beigetragen zu haben, einem jungen, ehrlichen Menschen ein großes Unrecht angetan zu haben. Ich bereue es zutiefst."

Für Stefan Gerber, der aus einer christlichen Familie stammt und sich als Pazifist verstand, begann der harte Weg, als er sich weigerte, an den Schießübungen im Sportunterricht teilzunehmen. Einige Mitschüler "verurteilen im Beisein der Klassenleiterin Frau Scholl und der FDJ-Gruppe seine Haltung", notiert Stefan Gerbers Vater damals. Es solle beobachtet werden, wer in den Pausen mit Stefan spreche.

"O Gott, das wären ja Stasi-Methoden", sagt Sigrun Scholl, als man ihr die Stelle vorliest. Sie erinnert sich nicht daran.

Der Vater wird in die Schule zitiert. Ihm wird mitgeteilt, dass Stefan nicht in die Abiturstufe komme, wenn er nicht bereit sei, den Frieden mit der Waffe zu verteidigen.

"Frau Scholl sprach offen davon, dass Ideen des Pazifismus eingedämmt werden müssen", schreibt der Vater auf.

Stefan wird in diesen Monaten fast täglich zu Gesprächen aus dem Unterricht geholt, meistens mit dem Direktor, oft auch mit Frau Scholl. Klar sei, er müsse nach der 10. Klasse einen Beruf lernen. Die Eltern erheben Einspruch, schicken eine Eingabe an Erich Honecker, versuchen aber schon, eine Lehrstelle für ihren Sohn zu finden.

Niemand will ihn nehmen.

Als Stefan Gerber, ein sehr guter Schüler, sich im Frühjahr 1982 den Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" an die Jacke heftet, eskaliert die Lage. Verhöre, Drohungen, Klassenversammlungen, auch mit einem Offizier der Nationalen Volksarmee.

Stefan sei "ein Staatsfeind". Mit dem Aufnäher an der Jacke dürfe er das Schulhaus nicht mehr betreten. Das tut er auch nicht, doch ist es längst zu spät. Wegen "unerlaubtem Fernbleiben vom Unterricht" bekommt er die Höchststrafe. Er wird der Schule verwiesen, auf eine Polytechnische Oberschule umgeschult. Nie war er unerlaubt dem Unterricht ferngeblieben. Man hatte ihn nur ständig zu Verhören geholt.



[Detailansicht öffnen](#)

Ein Stück Stoff als Politikum: Wer den Aufnäher der kirchlichen Friedensbewegung trug, bekam sofort Ärger mit der Schule.

(Foto: Archiv Bertram)

Mehrere Wochen lang folgen ihm nun die Herren der Staatssicherheit auf Schritt und Tritt. Er soll merken: Wir haben dich im Blick. Stefan ist 16 Jahre alt.

Ach ja. Ein Zettel geht in diesen Tagen durch die Reihen. Mitschüler wollen Stefan ein Abschiedsgeschenk machen. Wer gibt ein Passfoto ab? Der Zettel wird abgefangen, und alles fliegt auf. Anhand ihrer Schrift wird die Schülerin ermittelt, die das Geschenk zusammenbasteln wollte. Sie wird verhört. Frau Scholl erklärt der Klasse: Wer Solidarität mit Stefan zeige, unterstütze "staatsfeindliche Tendenzen".

Und genau das teilt sie auch den Eltern mit, die sie am Wochenende aufsucht, um ihnen die Konsequenzen vor Augen zu führen, die es haben würde, sollten ihre Kinder Sympathie für Stefan zeigen.

Frau Scholl hat nicht nur geschwiegen, wie sie in ihrem Brief an Stefan geschrieben hat. Genossin Scholl tat mehr, als sie hätte tun müssen. Und das hatte Gründe.

Aber wie reagierte das Kollegium, als Stefan von der Schule flog? Sie sagt: "Man hat uns zusammengerufen und mitgeteilt: Stefan kommt nicht mehr."

Wenn man Sigrun Scholl aus den Aufzeichnungen von Gerbers Eltern vorliest, wird sie still. "Ich will mich da auch nicht reinwaschen, ich sprech mich nicht frei", sagt sie auf dem Sofa. "Es tut mir leid, dass ich manchmal so rigoros war, zweihundertprozentig, der Ruf ging mir voraus, vielleicht war ich auch fanatisch, es war so."

Egon war anders, aber sie liebte ihren Bruder. Er wollte in die Freiheit fliehen - und verlor sie 1965 war sie "aus vollem Herzen" in die Partei eingetreten und "dann auch ein Kommunist geworden", sagt Sigrun Scholl. "Ich wollte helfen, den Sozialismus aufzubauen, die bessere Gesellschaftsordnung. Ich habe sogar die Mauer verteidigt."

Sie sagt, sie habe Stefan sehr gemocht. Ernst sei er gewesen, so höflich, trotz allem. "Mensch, du kannst ja nichts dafür. Warum machst du das?", habe sie bei sich gedacht. Sie habe aber die "Kräfte dahinter" gesehen, "*feindlich-negative Kräfte*", die vorgehabt hätten, die DDR zu "unterhöhlen". Auch die Kirche, von der es hieß, der kapitalistische Westen steuere sie.

Gerbers gehörten zur Kirche. In der "Diktatur des Proletariats" herrscht die Arbeiterklasse über eine Minderheit, das steht bei Marx. Gerbers gehörten zur Minderheit, zur Intelligenzija, zur Opposition. Man wollte Eltern bestrafen und ließ deren Kinder über die Klinge springen?

"Ja, es ist verrückt", sagt sie, "aber es war so. Man sah auf das, was dahintersteht. Wenn man das einzelne Kind sieht, den Jugendlichen, ist das schrecklich. Man hat praktisch das Kind ..." Frau Scholl zögert. "Man hat das Kind geopfert."

Man hat Kinder für eine Idee geopfert?

"Ja, natürlich", sagt sie. "Eine Idee, die sich dann nachher aufgelöst hat, in ein Nichts zerronnen ist." So wurde Stefan Gerber geopfert, und Tausende andere wie er.

Doch wie jede Geschichte hat auch diese noch eine andere Seite. Für Sigrun Scholl nämlich stand es in diesen Jahren auf Messers Schneide, denn auch ihr Bruder war Opfer geworden, gehörte zur Minderheit. Egon, den sie liebte, nur war er so ganz anders als sie. Er wollte die Freiheit, ein besseres Leben. Die Schwester warf ihm das vor. "Die Frage der Freiheit war ihm wichtiger als die Familie", sagt sie. Arzt war er, Gynäkologe. Ein Fluchthelfer hatte ihn 1979 angesprochen. Da wagte er es - und

wurde verhaftet. Seine Freundin hatte ihn verraten. Egon, ihr einziger Bruder, war ein Staatsfeind, ein Republikflüchtling.

Sigrun Scholl muss bei der Stasi antreten: Genossin, was wusstest du? Nichts, gar nichts. Das ist die Rettung. Oder nicht?

Und steht am Abend die Mutter vor der Tür ihrer Tochter und ihres Schwiegersohns, aufgelöst in Angst: "Egon ist im Gefängnis. Ihr seid Genossen. Ihr müsst zur Parteileitung. Ich fordere euch auf: Geht! Sorgt dafür, dass er wieder freigelassen wird. Ihr habt doch die Verbindung ..."

Sagt der Schwiegersohn: "Wie stellst du dir das vor? Wie? Denkst du etwa, dass wir ihn rauskriegen?" Wenn Sigrun Scholl von diesem Abend erzählt, ist es, als wäre alles gerade eben erst geschehen, als liefe die ganze Szene wie ein Film in diesem Wohnzimmer ab.

"Bloß nicht weinen", hämmerte es in ihrem Kopf, "denn dann wissen sie: Jetzt kriegen sie dich klein." "Mein Mann ist nicht gegangen", sagt Sigrun Scholl, "ich auch nicht. Wutentbrannt hat die Mutter uns die Tür zugeschlagen. Später hat sie es eingesehen. Der Riss ging mitten durch die Familie. Ich war kein Mensch mehr."

Und *wenn* sie gegangen wären?

Frau Scholl schweigt. "Wenn wir das gemacht hätten, dann hätten *wir* sicherlich Toiletten schrubben müssen, und meine Kinder auch." Pause. "Wie Stefan."

Von Egons Flucht an habe Angst sie beherrscht. "Ich wollte beweisen, dass ich eine gute Genossin bin", sagt sie, "ich wollte unbedingt zeigen, auf welcher Seite ich stehe. Deshalb war ich dann auch so radikal - auch auf Kosten von Stefan."

Wie ging es mit Egon weiter?

Sie brachten ihn ins Stasigefängnis nach Berlin-Hohenschönhausen. Im September 1979 wurde er zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und kam nach Bautzen. Ein Jahr später kaufte der Westen ihn frei. Erst 1990 sahen sich die Geschwister wieder. Es war schwer am Anfang, sagt Frau Scholl, aber sie haben sich dann "ausgesöhnt" und später oft besucht. Keine sechzig ist er geworden. Egon liegt im Westen begraben. Nicht einmal als Toter wollte er zurück in den Osten.

Worbis, Thüringen.

Weil der Direktor beleibt war und wuchtig wie ein Schrank, knarrte das Holz der Flurdielen bei jedem seiner Schritte. Sie hörte es, spürte es. Fast täglich kam er, um Susann Mai aus dem Unterricht zu holen. Er trat ein, nickte in ihre Richtung. Das hieß: Komm mit. "Totenstill war es. Alle schwiegen", sagt Susann Mai. "Ich stand den ganzen Tag unter Hochspannung."

Sie sieht sich um im Direktorenzimmer ihrer alten Schule. Damals stand hier der gelbe Sessel, an dessen Rahmen sie sich festkrallte, um nicht weinen zu müssen, denn der Schrank schrie sie an. "Das wird Konsequenzen haben", brüllte er.



Susann Mai hatte mit zwölf beschlossen, nicht in die FDJ zu gehen. Abitur und Studium waren ihr deshalb verwehrt.

(Foto: Renate Meinhof)

"Bloß nicht weinen", habe es in ihr gehämmert, "denn dann wissen sie: Jetzt kriegen sie dich klein." Susann Mai ist Jahrgang 1967, die Älteste von vier Kindern einer katholischen Familie im Eichsfeld. Ihr Verbrechen war es, dass sie in der siebenten Klasse kundtat, nicht in die FDJ eintreten zu wollen. "Ich habe versprochen, als Christ zu leben, und deshalb kann ich einem atheistischen Staat nicht dienen." So habe sie es gesagt.

Das war das Ende, mit zwölf Jahren.

Sie zeigt ihr Zeugnis. Klassenbeste war sie, ein Zugpferd, so nannte man sie. Das konnte, nein, das durfte nicht sein. "Du verbaust dir das ganze Leben", sagten die Lehrer zu ihr, aber sie blieb dabei. "Es war bei mir dann nur noch Trotz."

Ärztin wollte sie werden, wie Stefan Gerber, aber weil sie kein Abitur machen durfte, war daran nicht zu denken. So lernte sie Krankenschwester in Erfurt, bekam zwei Kinder, zog sie groß. In ihrer Heimat arbeitet sie seit Jahren politisch mit, alles im Ehrenamt. Auch sie durchlief ein Rehabilitierungsverfahren. Gerade hat sie wenig Zeit. Susann Mai studiert jetzt, was sie immer wollte, Medizin.

Ihr Vater war in der DDR Maschinenbauingenieur. Jahrelang hatte er sich gewehrt, in die SED einzutreten. "Ich habe meine Seele nicht verkauft", sagt Franz-Josef Mai in seinem Haus in Worbis, "und ich habe meine Kinder nicht animiert, ihre Überzeugungen zu opfern." Da sitzen sie am Tisch, ein Vater mit seiner Tochter. Sie halten sich bei der Hand. Jetzt können sie weinen.

Und auch dieses Bild bleibt. Sigrun Scholl steht in ihrer Wohnungstür, Neonlicht im Hausflur. "Wollen Sie Stefan einen schönen Gruß bestellen?", fragt sie beim Abschied in zögerndem Ton. "Ich schäme mich, ihn um Verzeihung zu bitten, das ist so lapidar. Sagen Sie ihm: Es tut mir leid aus ehrlichem Herzen."

Irgendwann will Stefan Gerber seiner alten Lehrerin Antwort geben. Ein Brief, vielleicht. Wenn die Zeit alle Wunden heilen soll, dann wird es etwas dauern.

MANGEL AN FACHKRÄFTEN:

Frankreich führt Quotenregelung für Migranten ein

Erst war Präsident Macron gegen feste Quoten zur Regulierung der Einwanderung. Doch nun vollzieht er eine Kehrtwende in der Migrationspolitik. Es geht ihm vor allem darum, diejenigen ins Land zu lassen, die die Wirtschaft braucht.

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 06.11.2019-08:08

Die französische Regierung hat in der Einwanderungsdebatte eine Kehrtwende eingeleitet. Bereits zum Sommer 2020 sollen feste Zuwanderungsquoten in Kraft treten. Premierminister Edouard Philippe hat angekündigt, dass der Gesetzentwurf an diesem Mittwoch dem Kabinett vorgelegt wird. Danach wird die Nationalversammlung darüber debattieren. Als Vorbild gilt das sogenannte Punktesystem in Kanada. Es soll keine Quoten per Herkunftsland geben, sondern nach Qualifizierung. „Wir werden die Anzahl der Personen nach Beruf und Gebiet festlegen“, sagte Arbeitsministerin Muriel Pénicaud am Dienstag im Fernsehsender BFM-TV.

Quoten seien kein Tabuthema. „Frankreich will nach Bedarf Einwanderer rekrutieren. Das ist ein neuer Ansatz, der mit dem in Kanada und in Australien vergleichbar ist“, sagte Pénicaud. Die Fachkräfte sollen Arbeitsvisa erhalten, die zunächst zeitlich befristet werden. In Frankreich herrscht ein Mangel an technischen Zeichnern, Automechanikern, Zimmerleuten und Dachdeckern. Auch Haushaltshilfen und Tierärzte zählen zu den Mangelberufen. Pénicaud sprach von etwa 33000 möglichen Zuwanderern pro Jahr. Die Listen über die Mangelberufe sollten jedes Jahr aktualisiert werden.

Macrons Zweifel

Über die Quotenregelung wird in Frankreich bereits seit Jahren diskutiert. Im Präsidentschaftswahlkampf 2017 zählte sie zu den Vorhaben des rechtsbürgerlichen Kandidaten François Fillon. Emmanuel Macron lehnte Quoten damals ab. „Ich glaube nicht an Quotenpolitik, weil wir nicht garantieren können, dass die Quoten eingehalten werden“, sagte er im März 2017 der protestantischen Wochenzeitschrift „Réforme“.

Macron hat in einem langen Interview mit dem nationalkonservativen Monatsmagazin „Valeurs Actuelles“ jetzt die Gründe für seinen Meinungswandel dargelegt. Frankreich sei zutiefst gespalten, in etlichen Vierteln mit hohem Einwandereranteil drohe eine „Sezession“ von der Mehrheitsgesellschaft. Darauf müsse er reagieren. Frankreich könne es nicht länger hinnehmen, dass illegale Einwanderer nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeführt würden. Macron nannte ein konkretes Beispiel aus dem vergangenen Jahr: „Wir haben 3289 Malier aufgegriffen, die kein Bleiberecht haben, aber nur 260 Rückführungen wurden vollzogen.“ Das sei nicht akzeptabel, deshalb habe er einen Sonderbotschafter ernannt, der mit den Herkunftsländern verhandele. Die Zahlen für das laufende Jahr seien wesentlich besser. Er habe damit gedroht, keine Visa mehr auszustellen, sollten die Herkunftsländer nicht kooperieren. Zugleich brauche Frankreich Zuwanderung.

„Es gibt Berufe, für die finden sich keine Franzosen mehr, zum Beispiel Tellerwäscher. Das war schon vor 40 Jahren unmöglich!“, sagte Macron dem Magazin. „Mir ist legale, über Quoten ausgewählte Zuwanderung während einer begrenzten Zeit von Jahren lieber als Schwarzarbeit von Ausländern.“ Ihm sei es lieber, dass Leute auf legale Weise aus Guinea oder der Elfenbeinküste kämen „als über bulgarische oder ukrainische Schlepperbanden“, sagte Macron. Sowohl die Regierung Bulgariens als auch der Ukraine bestellten nach dieser Äußerung die jeweiligen französischen Botschafter ein.

Stärkere Kontrolle von Migranten

Der Elysée-Palast äußerte sich nicht dazu, es hieß aber, der neue Kommunikationschef, der Historiker Joseph Zimet, habe seine Kündigung angeboten. Der Grünen-Politiker Yannick Jadot reagierte positiv auf die geplante Gesetzänderung. „Wenn die Quoten mit den Regionen und den Gewerkschaften abgestimmt werden, kann das eine interessante Idee sein“, sagte Jadot. Die Vorsitzende des Rassemblement National, [Marine Le Pen](#), kritisierte hingegen, dass die Quotenregelung auf eine Idee des Arbeitgeberverbandes Medef zurückgehe.

Mit dem Gesetzentwurf sollen die Kontrollen für Asylbewerber verschärft werden. So soll eine Karenzzeit von drei Monaten eingeführt werden, bevor Asylbewerber Anspruch auf den vollen Leistungskatalog der staatlichen Krankenversicherung erhalten. Der Präsident entrüstete sich darüber, dass ein „Behandlungstourismus“ durch Asylbewerber aus Georgien und Albanien entstanden sei. Frankreich hat im vergangenen Jahr einen Anstieg von 22,7 Prozent bei den Asylanträgen verzeichnet.

Auch der Zugang zur medizinischen Grundversorgung AME soll stärker kontrolliert werden. Macron beklagte, dass es zu erheblichem Missbrauch komme. So würden die Leistungen zunehmend von Leuten genutzt, die mit einem Drei-Monate-Touristenvisum nach Frankreich gekommen seien und im Anschluss einen Antrag auf die allen illegalen Einwanderern zustehenden kostenlosen medizinischen Leistungen stellten. Macron hat bei den Ankündigungen vor allem Marine Le Pen im Blick, deren Partei im Aufwind liegt. Laut einer jüngsten Umfrage ist der Abstand zwischen Macron und Le Pen bei den nächsten Präsidentenwahlen auf knapp zehn Prozent geschrumpft.

Quelle: F.A.Z.

Zeitgeist / Wiedervereinigung:

Verzweigung statt "Viertes Reich"

Eine Kolumne von Josef Joffe

Vor dreißig Jahren hatte man Angst, Deutschland könne zu mächtig werden – doch die Vorstellung blieb ein Hirngespinnst. Heute gibt das Land ganz andere Anlässe zur Sorge.

6. November 2019, 15:53 Uhr [24 Kommentare](#)

Als die Berliner Mauer fiel, stieg in der westlichen Welt das Gespenst des "Fourth Reich" auf – die Vorstellung von einem neuen Großdeutschland, das abermals nach der Vorherrschaft greifen würde. Es war vor dreißig Jahren schon ein Hirngespinnst und ist es bis heute geblieben.

JOSEF JOFFE ist Mitglied des Herausgeberrats der ZEIT.

Absurd war das Angstgebilde nicht. Die 1990 wiedervereinigten Deutschen waren nun wieder die Nummer eins – mit der stärksten Wirtschaft, größten Bevölkerung und mächtigsten Armee. (Bundeswehr und NVA addierten sich auf 680.000 Soldaten.) Fallen würden, so der Gedankengang, die Ketten des Kalten Krieges, welche die Deutschen eingebunden und gezähmt hatten. Im Herzen Europas würde sich wieder jene unheimliche Macht zurückmelden, die zweimal im 20. Jahrhundert die Welt ins Verderben gestürzt hatte. Das "Fourth Reich" wurde zum geflügelten Wort.

Kein Wunder, dass die großen Nachbarn – England, Frankreich, Italien – die Wiedervereinigung zu stoppen, zumindest zu verlangsamen suchten. Die Deutschen hatten Glück. Es kam in Gestalt des US-Präsidenten George H. W. Bush daher, der die Ängste beiseiteschob: "Ich teile nicht die Sorge mancher europäischen Länder über ein geeintes Deutschland"; denn "unerschütterlich ist das deutsche Bekenntnis zur Allianz". Washington räumte Stein um Stein aus dem Weg; 1994 waren die letzten russischen Truppen aus dem Land verschwunden.

Es war ein Segen sondergleichen. Anders als das Bismarck-Reich 1871 wurde Deutschland nicht *gegen*, sondern *mit* Europa vereint – ein geradezu märchenhaftes Wiegegengeschenk. Anders als die Weimarer Republik war Deutschland nicht von Feinden umzingelt. Es blieb eingebettet in die westliche Gemeinschaft. Es rüttelte nicht an den Grundfesten der europäischen Ordnung, hatte Berlin doch feierlich auf die verlorenen Ostgebiete sowie auf eigene Atomwaffen verzichtet.

Die Deutschen traten nicht mehr als Eroberer auf, sondern als "Friedensmacht", um ein Wort von Willy Brandt aufzugreifen, das seitdem Teil der Staatsräson ist. Statt in der neuen Freiheit Machtpolitik zu betreiben, integrierte sich die Bundesrepublik noch tiefer in Europa, vorweg mit der Vergemeinschaftung der D-Mark im Euro. Sie hat nicht wie Kaiser und Führer auf-, sondern abgerüstet. Die Bundeswehr ist auf 180.000 zusammengeschrumpft. Dieses Deutschland bedrohte niemanden und wurde auch nicht bedroht. Der Riese verzweigte sich und wurde 2014 laut BBC-Umfrage zum beliebtesten Land auf Erden.

Auf dieser neuen Bühne entfaltete sich des Märchens zweiter Teil: eine Kulturrevolution, welche die ängstlichen Nachbarn in Erinnerung an Wilhelm und Adolf zunächst nicht erkannt hatten. Denn die Bundesrepublik wollte von Anfang an das Gegenteil des "Vierten Reichs" sein. Die Rattenfänger hatten ihr Geschäftsmodell verloren; der innenpolitische Machtkampf entfaltete sich in der Mitte, während die Extreme gekappt wurden. Weder der Terror der RAF noch Massenarbeitslosigkeit konnten den liberalen Rechtsstaat aushebeln. Selbstbescheidung statt Überhebung ist das Markenzeichen der Zweiten Deutschen Republik.

Was ist dann das Problem dreißig Jahre nach dem Mauerfall?

Es ist nicht Überdehnung, sondern "Unterdehnung". Denn morsch wird so manches Brett der internationalen Bühne, die den Deutschen fast ein Menschenalter lang fast kostenfreie Sicherheit bot. Waffengewalt war für die anderen, derweil die Deutschen ihren Garten kultivierten und Exportüberschüsse anhäuften. Nun rüttelt im Westen Donald Trump an den alten Sicherheitsgarantien.

Im Osten schiebt Wladimir Putin seine Schachfiguren vor. Im Süden und Südosten drängen Migranten und Flüchtlinge nach Europa. Die humanitäre Pflicht kollidiert mit dem Gebot der Grenzsicherung, die in der Hand des türkischen Machtmenschen Erdoğan einen prächtigen Hebel gegen die EU abgibt. Mal will der Mann Geld, mal Fügsamkeit, und die EU gibt beides.

Aufgrund ihrer segensreichen Karriere hat die Friedensmacht Deutschland die neuen Bedrohungen noch lange nicht verarbeitet, weder seelisch noch militärisch. Welch ein Paradox! Anno 1989 graulten sich die Freunde vor dem "Vierten Reich", das in ihrer Mitte aufwachsen würde – ausgreifend und arrogant. Heute *sehnen* sie sich geradezu nach einem deutschen Einsatz in üblen Zeiten. Die Friedenssoll endlich zur Verantwortungsmacht heranwachsen, die nicht nur kommerziell, sondern auch strategisch denkt, und zwar für das Ganze.

Die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen prägte 2015 das Wort vom "Führen aus der Mitte". Sie übersah, wie schief das Bild war. Aus der Mitte können Schäfer allenfalls führen, wenn keine Wölfe in der Nähe lauern. Führen heißt, erstens, zielgerecht nach vorn zu gehen und, zweitens, die Sicherheit der Schafe zu organisieren, statt in der Mitte zu wandern. Die heutige Verteidigungschefin (AKK) hatte mit der Schutztruppe entlang der türkisch-syrischen Grenze schon mal eine gute Idee. Aber gut gemeint ist das Gegenteil von gut – jedenfalls in einer Nation, die siebenzig Jahre lang gelernt hat, wie kommod das Leben in der Herde ist.

Hinzu kommt eine politische Konjunktur, wo die Deutschen selber führungslos sind und die Mitte – hier die Merkel-, dort die SPD-Dämmerung – von den Flanken her aufgerieben wird. Ein stabiles Gemeinwesen kann sich eine Weile lang selber regieren. Bloß mehren sich die Weckrufe in Gestalt von Trump, Putin, Xi und Erdoğan, die an Europas Sicherheit nagen. Lichtjahre trennen Deutschland vom "Vierten Reich", das einst die Gemüter quälte. Jetzt dozieren die Freunde wie im ersten *Spider-Man*-Film: "Mit großer Macht kommt auch große Verantwortung."

Chute du mur de Berlin : trente ans après, 9 cartes sur le décalage persistant entre l'ex-RDA et le reste de l'Allemagne

Par [Pierre Breteau](#) Publié le 6 novembre à 10h36, mis à jour à 09h30

DÉCRYPTAGES **Sur les revenus, le chômage, la démographie ou les résultats électoraux, la frontière est toujours visible entre les deux Allemagnes.**

Trente ans après la chute du mur de Berlin, le 9 novembre 1989, qui a mené à la réunification du pays en octobre 1990, l'écart en termes économique, social ou même culturel persiste entre l'ex-RDA et l'Allemagne de l'Ouest.

Dans leur [rapport annuel sur « le statut de l'unité allemande »](#), publié en 2018, les autorités du pays pointaient le « *très lent rattrapage* » des Etats fédéraux (Länder) de l'ex-Allemagne de l'Est. Pourtant, [57 % des citoyens de l'Est](#) se sentent considérés comme des citoyens de seconde zone.

Trente ans après la chute du mur, le taux de chômage ou la productivité connaissent encore des écarts substantiels, mais le gouvernement fédéral a fait les comptes : alors que le PIB par habitant de la RDA représentait 43 % de celui de l'Ouest en 1990, le niveau des cinq Länder de l'Est atteignait 75 % de leurs voisins occidentaux en 2018.

MÉTHODOLOGIE

Ces cartes et graphiques présentent l'héritage de la RDA dans l'est de l'Allemagne aujourd'hui (avec des données de 2011 à 2018) avec une série d'indicateurs économiques, sociaux ou culturels. Pour qu'ils soient retenus, ces indicateurs devaient aussi être disponibles à l'échelle de l'arrondissement (« kreis » en allemand) pour être cartographiés à grande échelle.

Ce rattrapage de l'Est et l'Ouest est un processus lent, voire très lent. Sur certains aspects, la frontière entre les deux Allemagnes reste nettement marquée : c'est ce que nous avons voulu montrer en concevant les neuf cartes ci-dessous. Nous avons choisi des indicateurs – revenu des ménages, âge, résultats électoraux, taux d'équipement, religion, etc. – qui couvrent de manière la plus large possible les différents aspects de la vie des Allemands.

D'avantage d'athées. La République démocratique allemande (RDA) était un régime communiste athée, qui décourageait la pratique religieuse. Trente ans après, cet héritage reste marqué. Les disparités sont encore fortement marquées géographiquement entre les arrondissements de l'ex-Allemagne de l'Est et la partie ouest du pays. C'est dans le Land de Thuringe qu'on trouve le plus fort taux de personnes sans religion déclarée avec 94,1 % à Weimar, ou encore 88,1 % à Brandebourg-sur-la-Havel.

Une population plus âgée. A la chute du mur de Berlin, en novembre 1989, la démographie de l'ex-RDA a subi deux bouleversements majeurs. D'une part, une partie des [jeunes qualifiés sont allés s'installer à l'Ouest](#) – cela représente [1,9 million de personnes](#) en trente ans. De l'autre, et jusqu'au milieu des années 2000, la natalité a brusquement plongé : le nombre d'enfants par femme s'est effondré de 1,58 à 0,78 en cinq ans, avant de remonter lentement. Avec l'inertie démographique, les conséquences pour la croissance de la population de l'est de l'Allemagne sont toujours visibles aujourd'hui : l'âge moyen de la population est plus élevé à l'Est qu'à l'Ouest ([entre 46 et 48 ans à l'Est selon les arrondissements, contre 40 à 44 à l'Ouest](#)), même si la natalité des cinq Länder de l'Est a de nouveau dépassé celle de l'Ouest (1,61 enfant par femme contre 1,57 en 2017).

Un héritage politique toujours marqué à gauche. Sur les choix politiques, les habitants de l'Est ont conservé certains réflexes, ils votent toujours plus massivement que les autres pour Die Linke, le parti de gauche radicale né de la fusion en 2007 du Parti du socialisme démocratique (l'ancien parti unique de l'ex-RDA) et de l'Alternative électorale travail et justice sociale. Dans les Länder de l'Est, leur moyenne dépassait 16 % aux élections fédérales de 2017. A l'autre extrémité du spectre politique, le parti d'extrême droite Alternative für Deutschland (AfD) a réalisé ses meilleurs scores dans l'ex-RDA, 22 % en 2017.

Un chômage difficile à résorber. C'était l'un des principaux objectifs de la réunification. Pourtant, en trente ans, l'Est n'a pas réussi à rattraper l'Ouest en matière, notamment, d'emploi et de revenus. Ainsi, le taux de chômage recule certes mais atteint encore 6,9 % dans les cinq Länder de l'Est en 2019, soit deux fois plus que les 3,1 % de la moyenne nationale.

Des revenus environ 20 % plus faibles. Le niveau de vie des Allemands de l'Est a continuellement augmenté depuis 1989, mais n'a pas rejoint celui de l'Ouest. L'écart de revenu médian entre les deux Allemagnes était à son maximum (à 4 432 euros par an en moyenne) au lendemain de la réunification, en 1991, puis s'est résorbé jusqu'à 2 092 euros en 1997. Mais depuis le début des années 2000, il est lentement remonté pour atteindre 3 623 euros en 2016. Pour toute la période, l'écart des revenus a fluctué mais est resté voisin de 20 %.

Des exploitations agricoles gigantesques. En trente ans, la transition d'une économie dirigée à une économie libérale n'a pas achevé la transformation des usines ou des structures de production. Ainsi, les anciennes coopératives agricoles ou gigantesques entreprises d'Etat continuent de dominer les structures agraires de l'ex-RDA ; en 2017, une exploitation agricole moyenne de l'Est dépasse les 200 hectares, contre environ 25 hectares à l'Ouest.

Davantage de logement public. A l'époque de la RDA, l'Etat ne reconnaissait pas la propriété privée et les logements appartenaient au domaine public. L'agence gouvernementale [chargée de la privatisation des entreprises d'Etat et de biens immobiliers, la Treuhand](#), a vendu une part importante de l'immobilier de logement dans les années qui ont suivi la réunification, mais une partie de ce parc a été maintenue dans des structures publiques.

Moins d'étrangers. La faible part des étrangers dans l'est du pays est elle aussi un héritage de la RDA ; cette situation est aussi une des causes du manque de dynamisme démographique est-allemand. L'immigration compensant moins encore qu'à l'Ouest la faible natalité des Allemands.

Un plus faible taux d'équipement automobile. Parmi les indicateurs de consommation, le taux d'équipement en automobile est sans doute parmi ceux qui ont le plus convergé entre l'Est et l'Ouest. Aujourd'hui le taux d'équipement des anciens Länder de l'Est demeure inférieur de 10 à 20 % à celui de l'Ouest.

Le Figaro, no. 23397

Le Figaro, mardi 5 novembre 2019 1236 mots, p. 14

Débats

Pourquoi une majorité d'Allemands de l'Est critique la réunification qu'elle avait plébiscitée

Lemasson, Sylvie

Les Allemands de l'Est ont voulu la réunification, gage de liberté et de niveau de vie accru, mais beaucoup l'ont vécue aussi comme une quasi-annexion, un déclasserment social et une dépréciation de leur identité culturelle, explique l'universitaire*. Le titre de l'un des derniers livres de Christa Wolf, célèbre écrivain de l'ancienne République démocratique allemande (RDA), continue de marquer les esprits des Allemands de l'Est. Trente ans après la chute du mur de Berlin, son fameux *Ce qui reste* (écrit en 1979 et publié en 1989) interroge toujours le quotidien d'une population, toutes générations confondues, en demande d'inventaire politique. Si un peu plus des deux tiers des sondés reconnaissent un gain précieux et irrécusable en matière de libertés individuelles, ils sont tout aussi nombreux à juger négativement le processus de l'unification allemande qui s'est soldé à leurs yeux par une absorption pure et simple de leur pays par l'Allemagne de l'Ouest (RFA).

Déjà à l'époque, l'intelligentsia est-allemande comme la majorité des manifestants dressés contre le parti communiste au pouvoir (SED) réclamaient non pas la disparition de la RDA mais un changement de régime dans le sillage des transitions alors en cours d'Europe centrale. Or dès l'ouverture du mur de Berlin, le 9 novembre 1989, Bonn s'est engouffré dans les premières brèches. En perdant la maîtrise des contrôles aux postes-frontières, les autorités est-allemandes se sont trouvées d'emblée disqualifiées. L'afflux en quelques heures de la population est-allemande à Berlin-Ouest équivaut à un plébiscite du système occidental avec l'assurance d'une vie meilleure. L'annonce d'une libre circulation électrise des Allemands de l'Est dont les déchirures familiales résultent de la division du monde en deux blocs antagonistes. Au soir du 9 novembre, personne n'imagine revenir en arrière et renouer avec un régime dictatorial maniant la délation entre citoyens et la surveillance de chaque individu comme une règle d'airain.

Si trente ans plus tard, le tremblement de terre qui a englouti tous les étages de la maison est-allemande ne suscite aucun regret, c'est la politique de reconstruction qui anime les débats. Car dans les cinq Länder de l'Est (sur les seize que compte l'Allemagne réunifiée), on aime se rappeler les réformes envisagées par les participants de la Table ronde début 1990. En prenant modèle sur la Pologne, ce cénacle réunit alors les forces vives de l'opposition et des mouvements civiques de la RDA. Il planche sur les contours d'une communauté contractuelle entre les parties est et ouest-allemandes. En d'autres termes, il réfléchit à un ensemble confédéral permettant à l'ex-RDA de sauvegarder ses acquis sociaux. Mais ce projet de société novatrice, dépouillée de tout avatar du SED, s'écroule rapidement sous le poids des propositions ouest-allemandes.

Les alternatives à une fusion orchestrée par le chancelier Kohl font pâle figure face à la puissance de feu économique de la RFA. Bonn décide d'agir vite. La reconnaissance d'une stricte parité entre les deux monnaies, en surévaluant de facto l'épargne est-allemande, aiguille le train de l'unification vers l'unité monétaire - et partant politique.

Au plan international, la sortie de l'ordre de Yalta dépend aussi de la partie ouest-allemande, qui s'empare du dossier diplomatique. Dans le cadre du traité « 2 + 4 », conclu de jure entre les deux États allemands d'un côté, les États-Unis, la France, la Grande-Bretagne et l'Union soviétique de l'autre, le ministre des Affaires étrangères Hans-Dietrich Genscher ignore son homologue est-allemand en parlant, déjà, au nom d'une seule entité. Les discussions sur la reconnaissance de la frontière orientale de la « grande » Allemagne (vis-à-vis de la Pologne), sur l'intégration du territoire est-allemand à l'Otan (vis-à-vis de l'URSS) ou sur la « nouvelle » armée allemande (vis-à-vis de la France) sont autant de points épineux que Bonn tranche directement avec ses partenaires étrangers. En considérant que la RDA est dépourvue de toute légitimité, puisque son socle idéologique n'a plus de raison d'être, la RFA s'impose

comme le seul interlocuteur crédible. Mikhaïl Gorbatchev ne s'encombre de surcroît d'aucun verrou, et surtout pas d'une RDA symbolisant l'époque révolue de la guerre froide.

Enfin, deux slogans contestent, puis rejettent le régime du SED. En passant de « *nous sommes LE peuple* » (signifiant la volonté de décider en lieu et place du SED) à « *nous sommes UN peuple* » (exprimant le souhait d'une unité panallemande), les manifestants signent la mort d'un système dépassé par les événements. En mars 1990, des élections démocratiques débouchent sur une large victoire de la CDU est-allemande, parti frère de Kohl.

Mais alors pourquoi une majorité d'Allemands de l'Est exprime-t-elle tant d'amertume, et parfois de ressentiment à propos d'un processus de réunification pourtant doublement plébiscité par elle ?

A posteriori, cette réunification se juge pour beaucoup, sinon comme une véritable annexion, du moins comme un déclassement social, voire culturel. La fameuse thérapie de choc, conduite au nom de l'économie de marché, a laissé sur le carreau des millions de personnes. Les entreprises non conformes au mode de production de l'Ouest ont fermé à tour de bras quand elles n'ont pas été bradées par l'organisme en charge de la privatisation des anciens bassins d'activités de la RDA. La précarisation du tissu social touche particulièrement les femmes, naguère très investies dans la société est-allemande. Privées de crèches d'entreprise et d'encadrements propices à de nouveaux emplois, elles payent au prix fort l'effondrement de pans entiers de l'économie de la RDA. Le déclin démographique que connaissent les Länder de l'Est découle en partie de ces changements radicaux. Et la relève des cadres venus de l'Ouest dès 1990 est loin d'être assurée.

Que reste-t-il donc d'un pays pour lequel la chute du Mur de Berlin devait se transformer en « *paysages florissants* », selon la formule du chancelier Kohl qui embarque alors dans son équipe gouvernementale la jeune Angela Merkel venue de l'Est ? La machine à unifier se serait-elle muée en une broyeuse identitaire ? La Constitution allemande n'a accordé aucune place à certains acquis est-allemands. Le droit à l'avortement hérité de la RDA, moins restrictif qu'en RFA, aurait pu atténuer le sentiment d'une méconnaissance, sinon d'une indifférence venant d'une RFA « au-dessus de tout ». La Table ronde avait d'ailleurs suggéré un référendum sur la nouvelle Constitution.

Aujourd'hui, l'analyse critique du processus de réunification se traduit par un rapport différent à l'Europe et à l'histoire allemande. Ceux qui soulignent la domination de l'ex-RFA et l'absence d'ascenseur social dans l'ex-RDA, au chômage endémique et aux salaires inférieurs, sont également ceux qui cultivent une identité régionale et nationale forte. Plus remarquable encore, la référence à l'ascendant est-allemand joue un rôle de plus en plus important parmi la génération qui n'a pas connu la RDA. L'idéal d'une société solidaire et égalitaire sert d'exutoire. Mais la recherche d'une voie singulière banalise aussi les marges politiques, le parti d'obédience communiste (Die Linke) et le parti d'extrême droite (AfD). Bien qu'il ne faille confondre l'essence des deux formations, force est de constater qu'elles engrangent leurs meilleurs résultats dans les Länder de l'Est. La question se pose désormais de savoir si « l'Autre Allemagne » se scrute davantage dans l'ancienne RFA ou dans l'ancienne RDA.

** Maître de conférences en science politique à Sciences Po Grenoble, Sylvie Lemasson est spécialiste de l'Europe centrale et orientale. Elle a notamment publié Une histoire de frontières - La République des deux Nations, Lituanie et Pologne (L'Harmattan, 2016).*

La critique du processus de réunification se traduit par un rapport différent à l'Europe et à l'histoire allemande. Ceux qui soulignent la domination de l'ex-RFA sont également ceux qui cultivent une identité régionale et nationale forte

https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/harald-stutte-mein-ganz-persoener-9-november-16465731.html?printPagedArticle=true#pageIndex_5

EIN BETROFFENER BERICHTET:

Warum für mich die Mauer schon vier Jahre früher fiel

- VON HARALD STUTTE
- -AKTUALISIERT AM 07.11.2019-13:43



1984 versuchte unser Autor im Alter von 19 Jahren aus der DDR zu fliehen. Er wurde gefasst, saß im Knast, wurde freigekauft. Erst jetzt hat er seine Stasi-Akte eingesehen.

Der erste Gewinner an diesem sonnigen Oktobermorgen ist schnell gefunden: meine Eitelkeit. „Ja, das ist wirklich ein beachtlicher Aktenstapel“, bestätigt mir die freundliche Mitarbeiterin der Leipziger Außenstelle des BStU, des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Und fügt hinzu: „So eine Aktenmenge ist eher die Ausnahme.“ Auf einem kleinen Rollwägelchen liegen gut neun Kilo Papier, verteilt auf acht Ordner. Meine Jugend, mehrere tausend Seiten, abgeheftet in Mappen unterschiedlicher Farbe und Dicke. Eigentlich könnte ich wieder gehen, nachdem ich erfahren habe, wie umfassend sich das paranoide System des ehemaligen Stasi-Spitzelapparats mit mir beschäftigt hat. Doch wenn ich schon mal hier bin, in der „Runden Ecke“, der ehemaligen Bezirkszentrale der **Stasi** meiner alten Heimatstadt Leipzig, warum nicht ein bisschen Akten schmökern. Kann ja nicht schaden – oder doch? Viel wurde berichtet, über das vergiftete Erbe der SED-Diktatur, über Akten, aus denen hervorging, dass Freunde, Familienmitglieder, sogar Ehepartner im Dienste dieses verdorbenen Systems gespitzelt und Menschen zerstört haben. Es also doch lieber sein lassen?

35 Jahre lang hat mich diese Geschichte kaum interessiert. Weil ich die Gegenwart in dieser bunten Republik, in Europa und der Welt viel spannender fand als das Wühlen in der tristen Vergangenheit dieser farblosen, spaßbefreiten DDR. Weil diese 19 Jahre, die ich bis 1984 in der DDR zugebracht habe, in meinem heutigen Leben eigentlich keine Rolle spielen. Zuguterletzt: weil ich die Beschäftigung mit der DDR insgesamt irgendwie unsexy fand. Doch heißt es nicht, dass Menschen mit zunehmendem Alter dazu neigen, sich auf mentale Zeitreise zu begeben, zurück zu den Wurzeln des eigenen Ichs? Tatsächlich habe ich einen Antrag auf Akteneinsicht erst gestellt, als die Diskussion um die Abwicklung der **Stasi-Unterlagenbehörde** Fahrt aufnahm und die Befürchtung im Raum stand, die Akten könnten in ominösen Bundesarchiven verschwinden – unauffindbar für den einzigen Menschen, den sie je wirklich interessieren könnten: mich. Und so erreichte mich im Zuge des Antrags ein Anruf der Stasi-Unterlagenbehörde ausgerechnet im Vorfeld dieses omnipräsenten Mauerfall-Jubiläums. Er klang wie: Hallo, ich bin es, deine Vergangenheit.

Was diese Vergangenheit so spannend machte – für das damalige Ministerium für Staatssicherheit zumindest –, war allein die Tatsache, dass ich, wie man das im DDR-Sprech nannte, „rübermachen“ wollte, in den Westen gehen, flüchten – zu einer Zeit, als „Flucht“ oder „Flüchtling“ noch eine komplett andere Bedeutung hatten als heute. Wir waren damals eine renitente Schulklasse, hatten gerade das Abitur gemacht – zusammen mit drei Freunden wollte ich in den Sommerferien 1984 nur noch weg. Während es einer der Freunde über Ungarn in die Bundesrepublik schaffte, scheiterten wir anderen an Bulgariens Südgrenze zur Türkei. Fünfeinhalb Monate Untersuchungshaft im Leipziger

Stasi-Knast schlossen sich an, anschließend acht Monate im Strafvollzug in Naumburg inklusive Möbelproduktion für Ikea.

Eigentlich ein simpler Vorgang – zwei Teenager wollten weg. Doch für das auf Misstrauen gegen jedermann basierende Spitzelsystem des damaligen Stasi-Ministers [Erich Mielke](#) war selbst der dilettantische Fluchtversuch von Halbwüchsigen eine Art Staatsaffäre. Vier Monate Dauerverhör, Hunderte Seiten Verhörprotokolle, Hausdurchsuchungen und Recherchen im Verwandten- und Freundeskreis.

Mein damaliges Vergehen: Verstoß gegen Paragraph 213 des Strafgesetzbuches – da klingeln bei Juristen sofort die Alarmglocken: Im StGB der Bundesrepublik steht der 213er nämlich für den „minder schweren Fall des Totschlags“. Im StGB der DDR umschrieb dieser Paragraph den „ungesetzlichen Grenzübertritt“, für den im erschwerten Fall bis zu acht Jahre Haft drohten – also eine ähnlich hohe Freiheitsstrafe wie im Westen den „Totschlägern“. Das sei nur am Rande für jene erwähnt, die ein Problem haben, der DDR das Etikett „Unrechtsstaat“ anzuheften. Mit uns Teenagern waren sie damals gnädiger verfahren; zu 22 Monaten Haft wurden wir in einem Verfahren verurteilt, das nicht einmal ansatzweise rechtsstaatlichen Maßstäben genügte.

Zumindest mein Aktenberg zeichnet das Bild einer schweren Straftat, in deren Umfeld jeder Stein meines Lebens umgedreht wurde. Jeder Schnipsel, der sich in meinem Reisegepäck befand, wurde akribisch ausgewertet. „1 Busfahrkarte CSSR“, „2 Zeitungen BRD“, „1 Buch ‚Wie wird man USA-Präsident‘“, „1 Nasenspray“ lese ich in dem 64 Posten umfassenden „Übernahmeprotokoll“, wo alle Dinge aufgelistet wurden, die der „Beschuldigte“ bei sich trug. Der Stasi verdanke ich, dass ich noch einmal einen Blick in mein altes Kinderzimmer werfen darf, das anlässlich der Hausdurchsuchung fotografiert wurde – an der Wand hängen Bilder von [Friedrich Nietzsche](#), George Washington und Saddam Hussein, dessen Plakat ich am Irak-Stand auf der Leipziger Messe ergattert hatte, Ausdruck meiner pubertären Verirrungen, die die Stasi-Mitarbeiter offenbar komplett überforderten.

Und ich vertiefe mich in die Abschriften meiner Vernehmung, die sich über einen Zeitraum von mehr als vier Monaten hinstreckten, stets geführt durch einen Mittdreißiger, der sich mir zunächst nur als „Unterleutnant“ vorstellte und nach dem DDR-Nationalfeiertag am 7. Oktober seinen Titel in „Leutnant“ ändern durfte. Dieser Mann, der in meiner Erinnerung mit seinen tief liegenden Augen und der hohen Stirn etwas vom jungen [Nick Cave](#) hatte. Die Vernehmungen begannen stets wochentags mit der gleichen Phrase, gestellt im breitesten Leipziger Sächsisch: „Ihnen wird Gälähgenheit gägäb’n, Ihre bisher gemachten Aussach’n zu ergänzen und zu berichtigen!“ Stutte antwortet stets: „Ich habe meinen bisherigen Aussagen nichts hinzuzufügen.“ In einer persönlichen Anmerkung dieses Peter List, so der Name des Vernehmers, den ich erst durch das Studium meiner Akten erfahre, lese ich: „Stutte gibt nur zu, was er glaubt zugeben zu müssen.“

Die damalige Angst, die Unsicherheit, was mit mir geschieht, weil man in der DDR einfach über nichts informiert wurde, dieses Gefühl des Ausgeliefertseins einem menschenverachtenden System gegenüber – nichts ist beim Blick in die Akten heute mehr spürbar. Nur Staunen, mit welchen Lächerlichkeiten und Banalitäten sich dieser Apparat auseinandersetzte. Die Verhörprotokolle dokumentieren ein sich über Monate hinziehendes Katz-und-Maus-Spiel zwischen dem Stasi-Vernehmer und mir. „Wer ist dieser ominöse amerikanische Staatsbürger Zane Szegfu, dessen Adresse auf einem Zettel steht?“ – Wir hatten in Budapest gleichaltrige Jungs aus New Orleans kennengelernt und uns mit ihnen ein paarmal getroffen. „Was wollten Sie in der Budapester Botschaft der BRD?“ – Wir hatten unsere Namen hinterlegt, falls uns etwas zustoßen sollte. Und ich lese den Namen des „Rentners Mansch“, der als Schöffe in diesem seltsamen Prozess für Heiterkeit sorgte, weil er eingeknickt war und uns irgendwann die Frage stellte „Wo habt’n ihr die Dollar her?“ – auf die bei unserer Flucht mitgeführten Devisen anspielend.

Ich wollte weg

Dabei war die Sache doch klar: Ich wollte weg. Und nein, dieser 19-Jährige wollte Honecker und das ganze System nicht stürzen. Doch das misstrauische System spekulierte, es könnte „geheime Kreise“

geben, Fluchthelfer, Widerstandsgruppen, Mitwisser. Ich musste mich zu zahlreichen Dingen äußern, die damals in meinen heimischen vier Wände gefunden wurden: Plaketten der polnischen Gewerkschaft Solidarność, erworben bei einer Reise nach Polen; pazifistische Aufnäher der DDR-Oppositionsbewegung mit dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“, ein selbstgemaltes Schild mit einem durchgestrichenen Panzer. Seitenweise musste ich erklären, was jedes dieser Symbole bedeutet.

Im Schlussbericht der Untersuchungszeit lese ich, Stutte sei schon früher „durch eine ungefestigte politische Haltung“ aufgefallen. Wie, um das herauszufinden, brauchten diese Experten ein halbes Jahr Untersuchungshaft? Hätte mich jemand gefragt, hätte ich ihnen das auch schon früher erklären können. Weiter steht da: „Bereits seit dem 9. Schuljahr orientierte sich Stutte regelmäßig an politischen Sendungen von BRD-Funkmedien, woraus in der Folgezeit Zweifel an der Richtigkeit der sozialistischen Entwicklung in der DDR erwachsen und eine Hinwendung zum Gedankengut bürgerlicher Philosophen erfolgte ...“



Von Grenzen die Nase voll: Autor Stutte, irgendwo auf Reisen, 1986. :Bild: privat

Ich würde mit meinem damaligen Stasi-Vernehmer heute gern ein Bier trinken, so wie Soldaten einst verfeindeter Mächte nach einem Krieg, wenn die Waffen längst schweigen, die Gemüter sich abgekühlt haben. Schließlich verbindet uns ein mehrere Monate währende, wenn auch unangenehme Zeit intensiver Gespräche. Auch ich mutete ihm damals einiges zu: Er musste sich in seiner Freizeit all meine Musikkassetten mit Punkmusik anhören, die ich bei meinem Fluchtversuch für meinen Walkman bei mir hatte – auf den Kassetten hätten ja „geheime Botschaften“ gespeichert sein können. Was haben UK Subs, Exploited und The Clash im Kopf dieses „Kämpfers an der unsichtbaren Front“ (wie sich die Stasi selbst besang) wohl angerichtet?

Nein, ich hege gegen diesen Peter List keinen Hass, wohl eher Mitleid. Ich habe durch das Gefängnis 13 Monate verloren, wurde anschließend in den Westen abgeschoben und konnte endlich loslegen – mit dem, was man so unter Leben versteht. Er musste in diesem tristen Land als Büttel eines bössartigen und zudem im Volk verachteten Sicherheitsapparats bleiben, verlor fünf Jahre später nach dem Fall der Mauer Job, Heimat, sein gesamtes ideologisches Biotop. Ich würde ihn heute gern fragen, ob es bei ihm Momente des Zweifels gab, tagtäglich Menschen zu verhören, die eingesperrt wurden, weil sie Kritik geäußert hatten, sich in Briefen an Westverwandte über das System beschwert, eine DDR-kritische Parole an eine Wand geschmiert hatten. Und ob wir für ihn tatsächlich das Böse verkörperten, ob er seinen Staat durch uns gefährdet sah. In unserem Urteil heißt es wörtlich: „Außerdem haben die Angeklagten in einem erheblichen Maße die staatliche Ordnung beeinträchtigt und das Ansehen der DDR im sozialistischen Ausland geschädigt.“

Ich würde gern wissen, was aus diesem Peter List nach der Implosion seines Systems, das zu schützen ja seine ureigene Aufgabe war, geworden ist: ein Austräger von Postwurfsendungen wie der von Ulrich Mühe gespielte Stasi-Hauptmann Gerd Wieseler im Film „Das Leben der Anderen“? Vielleicht setzt er seinen Kampf gegen den liberalen Rechtsstaat politisch in den Reihen der AfD fort oder ist ein freiberuflicher Nick-Cave-Imitator geworden. Was hat er empfunden, als die Mauer fiel?

Für mich fiel die Mauer – zunächst die meines kleinen, dann jene meines großen Gefängnisses DDR – am 18. September 1985, einem warmen Spätsommertag. Dieser Mittwoch war mein ganz persönlicher

9. November. In einem beige-farbenen Bus der Marke „Magirus Deutz“ wurden wir gut zwei Dutzend Häftlinge von Chemnitz aus in Richtung Gießen gefahren; nichts hielt uns auf, kein Eiserner Vorhang, kein Grenzpolizist, kein Schlagbaum. Die Bundesrepublik hatte uns freigekauft, so nannte sich dieser Menschenhandel damals. Mit 95 847 D-Mark ließ sich die DDR jeden politischen Häftling vergolden – zu zahlen in Kaffee, Südfrüchten, Naturkautschuk oder Metallen. Diese Tage im September 1985 und mein neues Leben empfand ich wie einen nicht enden wollenden Rausch, der sich nicht in Naturkautschuk oder Bananen aufwiegen ließ. Es waren damals die kleinen Dinge, die große Gefühle auslösten: auf ein Cure-Konzert gehen, in einem Buchladen schmökern, von keiner Zensur beschränkt, ein Wochenende bei Freunden in Kopenhagen verbringen. Und endlich studieren, was ich wirklich wollte.

Meine Mauer war schon gefallen

Am historischen 9. November 1989, als der „Sekretär für Informationswesen“ Günter Schabowski in einer Pressekonferenz stotternd den Eisernen Vorhang ins Rutschen brachte, jobbte ich hinter der Bar im trendigen Restaurant „Trumpf“ in Hamburg-Eppendorf. Ich war Student der Politikwissenschaft im ersten Semester und kurz davor mit einem Freund von einem mehrmonatigen Trip durch Westafrika zurückgekehrt. Gina, eine australische Mitbewohnerin, rief mich mit sich überschlagender Stimme an. „Hast du schon gehört?“ Hatte ich nicht. Die sich überstürzenden Ereignisse betrafen mich zunächst nicht, so empfand ich das. Meine Mauer war ja schon gefallen.

Als dann nach Mitternacht die ersten Trabis aus Mecklenburg durch Eppendorf tuckerten, hatte ich sogar das Gefühl: Ich bin vor ihnen weggelaufen; jetzt holen sie mich ein. Doch die Bilder sich in den Armen liegender Menschen, das allmähliche Zerbröseln dieser hässlichen Mauer, die Aussicht, mit der Familie, Verwandten, Freunden im Osten sich endlich wieder normal austauschen zu können – das alles waren große Momente, die in der Rückschau an Bedeutung sogar noch gewonnen haben. Heute bedauere ich es, diese epochalen Ereignisse nicht im Epizentrum des Geschehens erlebt zu haben. Auch wenn ich es nicht sofort spürte: Natürlich hat dieser 9. November mein Leben verändert. Bis zu diesem Tag war ich ein nicht abgeschlossener Vorgang eines „Feindes der Republik“; dann schloss die Weltgeschichte die Akte „DDR“.

Extinction Rebellion:

Weit entfernt von der Ökodiktatur

Die Debatte um Extinction Rebellion hat die Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratie und radikalem Klimaschutz aufgeworfen. Nur: Geht es darum wirklich?

Von **Nils Markwardt**

6. November 2019, 20:28 Uhr

Weit entfernt von der Ökodiktatur – Seite 1

In einem Interview, das Roger Hallam vor einigen Wochen dem *Spiegel* gab, machte der Mitbegründer von Extinction Rebellion deutlich, dass der menschengemachte Klimawandel seiner Meinung nach nicht mehr über den Weg der Parlamente aufgehhalten werden könne, ja sprach diesen sogar die Legitimität dafür ab: "Wenn eine Gesellschaft so unmoralisch handelt", sagte der britische Umweltaktivist, "wird Demokratie irrelevant. Dann kann es nur noch direkte Aktionen geben, um das zu stoppen."

Nach dem Gespräch wurde Hallam von der Polizei vorübergehend verhaftet, weil er versucht hatte, mithilfe von Drohnen den Verkehr auf dem Flughafen Heathrow lahmzulegen. Viele Beobachter sahen sowohl in Hallams Aktionen als auch in seinen Äußerungen ein starkes Indiz dafür, dass der Klimaaktivismus an seinen Rändern gefährliche wie antidemokratische Fantasien der Selbstermächtigung entwickle. Für all jene, die im ökologischen Engagement per se eine drohende Diktatur der Dekarbonisierung vermuten, war Hallams Bekenntnis, dass er den Klimaschutz für "größer als die Demokratie" halte, zudem ein gefundenes Fressen.

Nun muss man festhalten, dass Hallams apodiktische Argumentationsfigur des Ausnahmezustands tatsächlich jenen Geist des Autoritarismus atmet, den man sonst eher aus rechtsreaktionären Zusammenhängen kennt. Wobei natürlich zu ergänzen wäre, dass die irrlichternden Einlassungen eines Einzelnen an sich noch nicht dazu taugen, eine ganze, international lose organisierte Bewegung zu delegitimieren – zumal die deutschen Ableger von Extinction Rebellion während ihrer Aktionen des zivilen Ungehorsams bis dato eher offensiv freundlich gegenüber Polizei und Behörden gewesen sind.

Nichtsdestotrotz (oder gerade deshalb) ließe sich diskutieren, ob Extinction Rebellion nun in jener Tradition des zivilen Ungehorsams steht, die von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung über den Widerstand gegen die bundesrepublikanische Volkszählung bis hin zu den Antiatomkraftprotesten wichtige soziale Transformationsprozesse angestoßen hat. Oder ob es sich hier um einen aufmerksamkeitsökonomisch gut kalkulierten Protestkarneval handelt, der am Ende nur eine breite gesellschaftliche Koalition für den Klimaschutz konterkariert.

Abgesehen davon, dass sich diese Frage ob der Heterogenität der erst Ende 2018 gegründeten Bewegung noch nicht wirklich beantworten lässt, scheinen sich einstweilen viel wichtigere und fundamentalere Fragen zu stellen: Stehen der dringende Schutz des Klimas und die Demokratie in einem grundsätzlichen Konflikt? Und falls ja: wie genau? Um eine der Antworten bereits vorwegzunehmen: Klimaschutz und Demokratie befinden sich tatsächlich in einer strukturellen Spannung – jedoch anders, als derzeit oft debattiert wird.

Was derzeit nämlich oft diskutiert – oder besser: polemisch in die Debatte geworfen – wird, ist das Schlagwort einer vermeintlich drohenden "Ökodiktatur". Das ist schon deshalb eigentümlich, weil es, sieht man von wenigen Aktivisten wie Hallam ab, momentan praktisch keine politischen Kräfte gibt, die propagieren würden, parlamentarische Verfahren zugunsten des Klimaschutzes auszusetzen. Die

Frage nach der Ökodiktatur ist damit allerdings insofern noch nicht vom Tisch, als sie sich angesichts des enormen klimapolitischen Handlungsdrucks ja in Zukunft verstärkt stellen könnte. Und es ist keineswegs nur Hallam, der implizit die Metaphorik des Ausnahmezustands bedient. Bekanntlich forderte auch Greta Thunberg ein kollektives Gefühl der "Panik" ein, ebenso sprachen mittlerweile mehr als 60 deutsche Städte und Gemeinden den – weitgehend symbolischen – "Klimanotstand" aus.

Und das lässt historisch sensibilisierte Ohren zumindest aufhorchen. Die Veranschlagung von Not- und Ausnahmezuständen war in der Geschichte tatsächlich oft durch den Willen motiviert, in der Folge demokratische Rechte stark einzuschränken oder abzuschaffen. Der Rechtsphilosoph Carl Schmitt, der gemeinhin auch als "Kronjurist des Dritten Reiches" apostrophiert wird, baute sogar seine überaus einflussreiche Souveränitätstheorie um den Ausnahmezustand herum. Demnach sei eben "souverän, wer über den Ausnahmezustand entscheidet". Anders gesagt: Es herrscht derjenige, der für sich erfolgreich das Recht reklamieren kann, das geltende Recht auszusetzen.

Diskursive Derailing-Strategie

Folgt man wiederum dem italienischen Denker Giorgio Agamben haben sich dieses Schmittsche Souveränitätsverständnis im Laufe des 20. Jahrhunderts nicht nur die Nationalsozialisten und andere totalitäre Regime zu eigen gemacht. Auch innerhalb der westlichen Demokratien sei der Ausnahmezustand permanent geworden und diene als ein "Paradigma des Regierens", was sich dieser Tage beispielhaft an der Antiterrorgesetzgebung, den sich zunehmend verselbstständigenden Geheimdiensten oder den eingezäunten Flüchtlingslagern zeige.

Ist die Rede vom Klimanotstand nun eine grün gewendete Variation dieses Souveränitätsdenkens, das mit dem Verweis auf den ökologischen Ausnahmezustand schlichtweg seinen Teil der Herrschaft einfordert? Kann es vor diesem Hintergrund also doch irgendwann eine Ökodiktatur geben? Ausschließen lässt sich das freilich nicht, weil sich auch nicht ausschließen lässt, dass Gregor Gysi Mitglied des Wu-Tang Clans wird oder der HSV in zwei Jahren die Champions League gewinnt. Abgesehen davon, dass die Warnung vor der vermeintlich drohenden Ökodiktatur in der Regel eine Art diskursive Derailing-Strategie ist, um von der eigentlichen Debatte um notwendige Klimaschutzmaßnahmen abzulenken, erscheint sie auch schon in Anbetracht des gesellschaftlichen und politischen Status quo abenteuerlich. Denn es ist ja eben gerade nicht so, dass die deutsche oder irgendeine Regierung der G20 bisher mit einem überambitionierten Maß an ökologischer Ordnungspolitik aufgefallen wären, geschweige denn letzterer uneingeschränkte Priorität eingeräumt hätten. Im Gegenteil: Bedenkt man, dass die drohenden Folgen des Klimawandels mindestens seit dem ersten Bericht des Club of Rome aus dem Jahr 1972 bekannt sind, zeichnet sich die jüngere Vergangenheit vielmehr durch eine andauernde Verschleppung umweltpolitischer Maßnahmen aus.

So stimmt es zwar, dass Deutschland den Ausstoß der Treibhausgase in den letzten 30 Jahren gesenkt hat. Nur geht das erstens zum erheblichen Teil auch schlicht auf die Abschaltung vieler Industrieanlagen der ehemaligen DDR zurück. Und zweitens werden die selbst gesteckten Ziele des Pariser Klimaabkommens ja trotzdem deutlich verfehlt. Zumal, um nur zwei viel diskutierte Fälle liberal-konservativer Freiheitssymbolik zu nennen, der Verkauf von SUV hierzulande keineswegs sinkt, sondern nach wie vor steigt, und sich der Fleischverzehr in den letzten zwanzig Jahren auf einem konstanten Niveau bewegt.

Wobei die erste Paradoxie in diesem Zusammenhang darin liegt, dass es im Fall der Ordnungspolitik die Versäumnisse der Vergangenheit sind, die zum Handlungsdruck der Gegenwart geführt haben – und es die kommenden Versäumnisse der Gegenwart sind, die wiederum zu einem noch stärkeren Handlungsdruck in der Zukunft führen werden. Dass der Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur, die ökologische Regulierung der Wirtschaft sowie verbraucherpolitische Anreize und der Erlass von moderaten Verboten ausgeblieben sind, ist wiederum vor allem jenen politischen Kräften zu verdanken, die in sozialen Fragen oft dafür plädieren "den Gürtel enger zu schnallen" und in sicherheitspolitischen Zusammenhängen wenig Hemmungen haben, die Bürgerrechte einzuschränken. Das wäre die zweite Paradoxie.

Sollten die drastischen Konsequenzen des Klimawandels deshalb nicht verhindert werden, führte dies in den nächsten Jahrzehnten potenziell zu jener dritten Paradoxie, wonach auf die Zunahme von Naturkatastrophen und neuen Ressourcenkämpfen sowie klimabedingten Migrationsbewegungen

autoritäre Maßnahmen folgen könnten. Nur würde es sich aller Wahrscheinlichkeit nach dann nicht um Ökodiktaturen handeln, sondern eher um postökologische Autokratien, die sich vor allem um die Versorgung der Meistbietenden kümmern.

Neben der hypothetischen Debatte um vermeintliche Ökodiktaturen gibt es auch eine andere, ganz handfeste Spannung zwischen Demokratie und Klimaschutz. Wie der Soziologe Stephan Lessenich in seinem gerade erschienenen und überaus lesenswerten Buch *Die Grenzen der Demokratie* bemerkt, basieren moderne Demokratien nämlich seit jeher auf einem doppelt destruktiven Verhältnis zur Natur.

Wertschöpfung durch Naturzerstörung

Zum einen fußen und fußen demokratische (ebenso wie staatssozialistische) Industrienationen, allen voran Deutschland, auf einer Art petrochemischem Konsens. Dieser ging davon aus, dass jener wirtschafts- und energiepolitische Raubbau an der Natur, der nicht nur zum Wohlstandszuwachs, sondern damit auch zur relativen Befriedung des Klassenkonflikts führte, praktisch gratis zu haben sei. Oder wie Lessenich schreibt: Die Demokratie "hat sich gesellschaftliche Naturverhältnisse eingerichtet, die funktional absolut unverzichtbar, ökologisch jedoch vollkommen unhaltbar sind – und sich in diesen Verhältnissen eingerichtet".

Dass die hierzulande wie weltweit andauernde Wertschöpfung durch Naturzerstörung jedoch keineswegs *for free* ist, wird mittlerweile nicht nur durch den Klimawandel deutlich, sondern zeigt sich exemplarisch auch in den sogenannten "Ewigkeitskosten", die jedes Jahr Millionen verschlingen, um die einstigen Kohlereviere vor Grundwasserverschmutzung und Bodenabsenkungen zu bewahren. Ein konsequenter Klima- und Umweltschutz gerät also deshalb in Spannung zur Demokratie, weil sich die ökologischen Kosten für das Wirtschaftswachstum, das seit jeher ein Hauptinstrument für den sozialen Ausgleich darstellt, nicht einfach mehr externalisieren lassen. Und dieses Problem wird mittelfristig auch von keiner noch so großen Green-Tech-Offensive zu lösen sein.

Zudem kommt ein zweiter, wenn man so will psychopolitischer Aspekt hinzu. Denn die Natur, so konstatiert Lessenich, fungierte in den demokratischen Industrienationen stets auch als letztes Glied innerhalb fein abgestufter Hierarchie- und Herrschaftsverhältnisse: "In seiner oder ihrer Beziehung zur Natur kann sich jede*r mal so richtig gehen lassen, im gesellschaftlichen Naturverhältnis können alle Bürger*innen [...] und selbst noch der*die der globalen Subalternen eingeschlossen, endlich auch einmal Herren des Geschehens sein."

Konkreter gesagt: In der "Kohlenstoffdemokratie" dient die Natur als schier unendlicher Raum sozialer Ermächtigung, in dem Heizpilz, Pauschalurlaub oder Durchdrücken des Gaspedals Gefühle von materieller Teilhabe und individueller Freiheit sicherstellen. Letztere dienen dabei nicht nur, aber eben auch zunehmend als psychopolitische Kompensation für die systematische Ausweitung von Niedriglöhnen und der Beschneidung betrieblicher Mitbestimmung, weshalb es politisch zumindest konsequent erscheint, dass gerade diejenigen, die für letztere geworben haben, nun beim Thema Diesel oder Tempolimit ihr Herz für den "kleinen Mann" entdecken.

Auch all das wirft jedoch nicht die Frage einer vermeintlichen Ökodiktatur auf, sondern erfordert, wie der von Lessenich zitierte US-Wissenschaftshistoriker Lynn Townsend White Jr. bereits vor einem halben Jahrhundert konstatierte, vielmehr das Gegenteil: Um zu überleben, muss sich die Demokratie neu erfinden.